



# **Die Kälte des Dezember**

*DER ILLUSTRIRTE PRESSESPIEGEL ZU HAINBURG*

**Im Eigenverlag**

# Ein Zeitdokument

**Zusammengestellt und herausgegeben von:  
H. Baschnegger, G. Navara, M. Wagner  
Farbfotografie: R. Golebiowski, G. Navara  
Gestaltung: H. Baschnegger  
Verantwortlich im Sinne des Mediengesetzes:  
die Herausgeber  
Druck: Druckerei ALWA, Flachgasse 5, 1140 Wien**



# Die Kälte des Dezember

*DER ILLUSTRIRTE PRESSESPIEGEL ZU HAINBURG*

**Im Eigenverlag**

*Hainburg war eines der brisantesten innenpolitischen Themen der jüngeren Geschichte der 2. Republik. Viele Schlagworte sind dazu gefallen: Zeitenwende, das Jahr eins nach Hainburg, nichts ist mehr wie es vorher war. Eine der vergessendsten Städte Österreichs wird zum Symbol für die möglicherweise angebrochene Neuzeit. Die wahre Bedeutung vermag heute noch niemand zu erkennen.*

*Was nicht verschwiegen werden darf: Die Herausgeber selbst haben zum Thema eine sehr engagierte Meinung. Trotzdem - dieses Buch sollte kein Agitationswerkzeug werden, darum die Aufzeichnung der Geschehnisse anhand von Zeitungsmeldungen. Wir waren um Ausgewogenheit bemüht, aber Bemühung befreit nicht von Irrtümern.*

*Im Rückblick erscheint manches in einem anderen Licht. Wer bei den Geschehnissen dabei war, wird wissen welches Blatt am nächsten der Wahrheit lag. Dabei zeigte sich oft, daß die vielgeschmähten Boulevardblätter sehr wohl fähig sind die zarten Linien nachzuzeichnen.*

*Hainburg war auch ein Medienspektakel. An manchen Tagen befanden sich weit über hundert in- und ausländische Presseleute am Ort des Geschehens. Die ähnlichen Aussagen der hart konkurrierenden und politisch divergenten Printmedien entkräfteten unserer Ansicht nach die Vorwürfe einer tendenziösen und unverantwortlichen Berichterstattung.*

*Dieser Pressespiegel faßt die wichtigsten Meldungen der zwölfkältesten Tage von Hainburg zusammen. Beigegeben sind ihm 32 bisher unveröffentlichte Farbfotos der Besetzung und Landschaftsaufnahmen der Au um die gekämpft wurde. Mit Absicht haben wir als Kontrast Bilder der sommerlichen Au gewählt.*

*Zusammengestellt wurde dieses Zeitdokument für die am Geschehen Beteiligten und alle, die sich betroffen fühlten und fühlen.*

*Die Herausgeber*

# PROLOG

Lorenz: „Volksbegehren scheitert!“  
Hainburgdiskussion immer härter

Nö. Naturschutzreferent Brezovszky entschied:  
**Nun grünes Licht für das  
DoKW-Projekt Hainburg**

In Hainburg wird ab 1987 die Donau aufgestaut

**Maulkorb für den Hofrat,  
bis die Rodung beginnt?**

Hainburg: Umweltbeamter muß schweigen

● Hainburg-  
Besetzer: „Wir  
werden Bagger  
stoppen!“ doch:

**Konrad Lorenz  
glaubt nicht  
an Schonfrist für die Au**

**Haiden gibt Startzeichen  
für den Bau von Hainburg**

**Eiserner Vorhang um  
Baustelle Hainburg!**



**Stopfenreuther Au**



**Gewaltloser Widerstand**

# Montag, 10. Dezember

*Auschützer blockieren ab 5.30 Uhr  
zufahrende Holzarbeiter*

*Erste Barrikaden*

*Erster Gendarmerieeinsatz am  
frühen Nachmittag*

*Einzug der Baumaschinen*

*Der erste Baum fällt*

*Zahl der Aubesetzer wächst über Nacht*

Hunderte Beamte im Hainburg-Einsatz ● Baummord begann

# Die Gendarmerie kämpfte brutal Weg für Au-Zerstörer frei!



**HUNDERTE** Gendarmen geleiteten Montag nachmittag die Schlägertrupps in die Hainburger Au. Bis 17 Uhr war bereits ein 700 Meter langer Streifen gerodet; die Naturschützer wurden brutal vertrieben.

Zunächst hatte Montag früh alles friedlich begonnen. Schon seit einigen Tagen waren Naturschützer – in Zelten vor der Kälte gedeckt – als „Wachposten“ in der gefährdeten Hainburger Au. Montag um 5.30 Uhr trafen weitere Umweltschützer ein. Denn laut Informationen von Baufirmen stand der Rodungsbeginn unmittelbar bevor.

Zu gleicher Zeit wurden über Weisung des Innenministeriums und der Sicherheitsdirektion Hunderte Gendarmen aus dem gesamten östlichen Teil Niederösterreichs zusammengezogen. Von der Zentralschule in Mödling setzten sich ebenfalls Hundertschaften in Marsch.

Die Demonstranten hatten inzwischen an allen Zufahrtswegen zu der Au Menschenketten errichtet. So wollten die Anhänger des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens das Eindringen der Bauprupps verhindern. Mit abgefallenen Ästen und Steinen wurden Straßen blockiert.

Kurz nach sieben Uhr früh kamen die ersten Bauarbeiter mit den Motorsägen.

Versuchte einer der Männer, mit einer Schlägerung zu beginnen, dann wurde der bedrohte Baum von einem Demonstranten mit seinem Körper geschützt. Die Bauarbeiter diskutierten in voller Ruhe mit den Naturschützern. Immer wieder betonten sie, wie froh sie seien, doch Arbeitsplätze zu haben.

Gegen Mittag zogen sich die Bauprupps wieder zurück. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Gendarmerie ruhig verhalten. Doch dann wurden nach einem „Schlachtplan“ sämtliche Funkwagen aus dem östlichen Niederösterreich sowie Junge Beamte der Gendarmerie-Zentralschule aus Mödling zur Au geschickt.

Gegen 13.30 Uhr war es dann soweit: Ein Beamter forderte die Naturschützer auf, den Weg für die Rodungsarbeiter freizumachen. Als dies nicht geschah, traten die Gendarmen in Aktion. Was folgte, war ein brutaler Einsatz, der vermutlich eine ganze Reihe von Disziplinaruntersuchungen und Prozessen auslösen wird.

Universitätsprofessor Gustav Wendelberger als Augenzeuge: „Es gab arge Prügeleien. Dutzende Haarbüschel lagen herum. Ich habe ein solches Haarbüschel zusammen mit einem Protestbrief an den Bundespräsidenten geschickt und diesen aufgefordert, wieder für die Rechtmäßigkeit in diesem Staat zu sorgen.“

Eine Frau, die 48jährige Valerie Publig aus Wien-Floridsdorf, wurde von Gendarmen über die Böschung geworfen. Sie mußte von der Rettung mit einem Beinbruch ins Hainburger Krankenhaus gebracht werden. Der 21jährige Josef Strauss wurde von einem Gendarmen gewürgt, von hinten an der Jacke gerissen und erlitt eine Kehlkopfverletzung. Auch ein weiterer Demonstrant wurde erheblich verletzt.

Immer wieder versuchten die Naturschützer sich vor die Räder der Baufahrzeuge zu werfen. Und im-

mer wieder wurden die Demonstranten von Gendarmen weggezerrt. Drei Naturschützer wurden festgenommen.

Gegen 15 Uhr hatte das Großaufgebot der Gendarmerie die Situation unter Kontrolle. Die Kolonne der Baufahrzeuge rollte in die Hainburger Au.

Um Punkt 15.30 Uhr fiel der erste große Aubaum. Der Bau des umstrittenen Donaukraftwerks, das wir laut einem Geheimbericht der EWirtschaft gar nicht brauchen, hatte begonnen.

Gegen 17 Uhr war ein 700 Meter langer Streifen in den Auwald geschlägert. Viele Tiere waren vor den

Von Peter Grotter, Erich Schönauer und Karl Wendl.  
Fotos: Josef Schröpfer, Fritz Schaler, Harald Hofmeister, Gino Molin.

lärmenden Baumaschinen in andere Teile der Au geflüchtet.

Augenzeugen fiel auf, daß einige Gendarmen mit denselben Funkgeräten ausgerüstet waren, die auch Angestellte der Donaukraftwerke verwendeten.

Montag abend erklärten mehrere Gendarmerie-Postenkommandanten aus dem Marchfeld einem

# 15.30 Uhr: Erster Baum fällt!



15.30 Uhr: Der erste Baum fällt: Hunderttausende werden folgen

„Krone“-Redakteur, daß sie den harten Einsatz gegen die Naturschützer mißbilligten, doch das brutale Vorgehen sei „von höherer Stelle“ angeordnet worden.

In den nächsten Tagen soll der „Eiserne Vorhang“ um den Auwald errichtet werden, um ein Eindringen von Demonstranten zu verhindern. Auch sind Verhandlungen mit einem privaten Bewachungsdienst im Gang, der mit scharfen Hunden die Gendarmerie ablösen soll.

Die Österreichische Hochschüler-schaft hat inzwischen zu einem Vorlesungsstreik aufgefordert und alle Studenten ersucht, in die Hainburger Donauau zu marschieren und gegen die Baumfällungen zu protestieren.

Niederösterreichs Sicherheitsdirektor Schüller erklärte am Abend der „Krone“: „Wir erwarten für Dienstag das gleiche. Deshalb haben wir weiterhin starke Gendarmeriekraft zusammengezogen.“

Die Umweltschützer berieten in der Nacht auf heute in einem Gasthaus in Stopfenreuth über ihr weiteres Vorgehen.

## Für das Unrecht . . .

Hunderte Gendarmen, die Montag nachmittag auf höchste Weisung Meter für Meter der naturgeschützten Au von Hainburg für Bulldozer und Motorsägen freikämpften, haben nach Befehl gehandelt. Die Hüter des Gesetzes standen aber diesmal nicht auf Seite des Gesetzes. Denn gleich mehrere Verordnungen verbieten derzeit ganz

eindeutig die Rodung des Auebietes und die Schlagerung von 1,2 Millionen Bäumen. An dem brutalen Räumungseinsatz mußten vermutlich gegen ihren Willen auch viele junge Gendarmeschüler teilnehmen. Nicht nur sie haben an diesem 10. Dezember den Glauben an die Demokratie verloren . . .

Hans Peter Hasenöhr

## Scharfe Kritik an Vorgangsweise der Gendarmerie in Hainburger Au

### Bestürzung über harte Räumaktion

Wien (d. k.)—Das harte bis brutal geschilderte Vorgehen der Gendarmerie gegen die friedlichen Anti-Hainburg-Demonstranten hat bei vielen Politikern Bestürzung, ja Empörung hervorgerufen. ÖVP-Umweltsprecher Heinzinger beklagte bitter: „Die Regierung ist von allen guten Geistern verlassen. Sie hat alle Warnungen in den Wind geschlagen. Wie kann die SPÖ ihre Geschichte, das Demonstrationsrecht,

so verraten?“ ÖVP-Sozialsprecherin Hubinek prangerte das „gebrochene Demokratieverständnis“ an und befürchtete, daß durch die Gewaltaktion der Demokratie ein großer Schaden beigelegt worden sei.

Oppositionschef Mock bedauerte, daß die Regierung nicht auf seinen Vorschlag eingegangen sei, eine Aussprache zwischen Befürwortern und Gegnern von Hainburg herbeizuführen. SPÖ-Abge-

ordneter Cap forderte eine genaue Untersuchung darüber, wieso zwei der Demonstranten verletzt worden seien: „Diese Eskalation wird sicher Konsequenzen für die traditionellen Parteien haben.“ Innenminister Blecha verteidigte den Gendarmerieeinsatz als „allermildeste Form“, Recht und Gesetz zum Durchbruch zu verhelfen: „Es hat keine Gewaltanwendung mit Waffen, mit Gummiknüppeln gegeben.“

## Kraftwerk Hainburg ohne Baubewilligung!

Wien.—Im Fall des Kraftwerkes Hainburg scheint schon wieder geltendes Recht mit Füßen getreten zu werden. Darauf verweist Dr. Friedrich Weber, Anwalt des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“: Es gibt bisher keine einzige Baubewilligung eines der zuständigen Bürgermeister der Donaugemeinden, obwohl diese nach der nÖ. Bauordnung zwingend vorgeschrieben sind.

Wie bereits mehrfach berichtet, wurden auch für die schon bestehenden Donaukraftwerke keine Bauverhandlungen durchgeführt, es liegen auch keine Baubescheide vor, wie sie jeder kleine Häuselbauer vorzuweisen hat. Dabei gibt es Urteile des Obersten Gerichtshofes, daß Amtsmißbrauch vorliegt, wenn ein Bürgermeister „rechtswidrig eine Baubewilligung erteilt oder eine unzulässige Bauführung nicht untersagt“.

An alle vom Kraftwerksbau Hain-

burg betroffenen Bürgermeister hat nun Dr. Weber ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die zwingenden Bestimmungen der niederösterreichischen Bauordnung verweist. Nach Paragraph 100 „ist die Baubewilligung insbesondere zu versagen, wenn die sanitären Verhältnisse oder das Orts- und Landschaftsbild durch das zu errichtende Bauwerk beeinträchtigt werden“. Die Bürgermeister sind im Zugzwang . . .

F. Graupe

Rodungsarbeiten begannen mit Zusammenstößen — Drei Verhaftungen, eine Verletzte

# Demonstranten verschanzten sich in der Hainburger Au

**MANFRED SCHEUCH** Man spricht davon

WIEN (AZ). In der Hainburger Au geht der Wirbel nun los: Montag kam es zu ersten Zusammenstößen, weil Demonstranten den Beginn der Rodungsarbeiten verhindern wollten. Während die Behörden von rund 400 Hainburggegnern sprachen, die am Rande der Au aufgezogen waren, sprach das Konrad-Lorenz-Volksbegehren von 1000 Teilnehmern, von denen sich 900 in der Au verschanzt hätten.

Gruppen von Demonstranten hatten bereits in den Morgenstunden Barrikaden an den Einfahrten zur Au gebildet. Als am Vormittag die ersten Arbeiter ankamen, die die Rodungsarbeiten für die Wildzäune durchführen sollten, wurden sie daran gehindert, die Au zu betreten. Daraufhin versuchten etwa 150 Gendarmen, die Demonstranten zu vertreiben. Bei den Zusammenstößen soll es nach Angaben des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens eine Verletzte gegeben haben. Die Sicherheitsbehörden bestätigten diese Darstellung später und sprachen ihrerseits von drei Festnahmen. Zwei Demonstranten wurden wenig später wieder freigelassen.

Die Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf hat für die Dauer

der Rodungsarbeiten ein Aufenthaltverbot in der Au erlassen. Die Österreichische Hochschüler-schaft hat die Studenten zu einem Hörerstreik aufgerufen und zu „gewaltfreien Aretierungsaktionen“ aufgefordert.

Der Direktor der Donaukraftwerks AG, Kobilka, erklärte in einem Hörfunkinterview, das er noch vor Beginn der Zusammenstöße gegeben hatte, etwa 50 bis 60 Arbeiter hätten den Auftrag bekommen, Schlägerungsarbeiten für den Wildzaun durchzuführen. Sie würden von den Umweltschützern aber daran gehindert. Die Exekutive müsse — sollten die Demonstranten nicht abziehen — eingreifen, weil sich die Donaukraftwerks AG ihr Recht ja nicht selbst verschaffen könne. Später stellte die Kraftwerks-

gesellschaft in einer Aussendung fest, die Rodungsarbeiten könnten deshalb nicht aufgeschoben werden, weil dies den Umweltschutzaufgaben widersprechen würde: Diese besagten nämlich in einem Punkt, daß die notwendigen Rodungen aus Rücksicht auf die Natur (Vegetations-

markigen Kampfpapieren ablaufen wollen.

So einfach ist das: „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, dekretiert die öffentlich-rechtliche Pflicht-

„Widerstand“

vereinigung der Studenten. Und im Vollbesitz juristischer Weisheit bedarf sie keiner Höchstgerichte zur Klärung der Frage — klar, das Unrecht liegt bei den andern.

Für einen Studentenuk ist die Sache leider zu ernst. Das ist ein grober Mißbrauch des

Begriffs „Widerstandsrecht“, das etwa das deutsche Grundgesetz klar gegen jeden (auch den Staat) zubilligt, der die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen unternimmt.

Jene, die Leib und Leben im Widerstand gegen eine totalitäre Staatsgewalt riskierten, müßten sich eigentlich gegen einen solchen Begriffsmißbrauch wehren. Der Ruf nach „Widerstand“ gegen vom Volk gewählte und abwählbare, von unabhängigen Richtern kontrollierbare Politiker zeugt von einem beängstigenden Verkennen des demokratischen Rechtsstaates.

# Hainburg-Demonstranten von 250 Gendarmen vertrieben

Manche Menschenknäuel mußte die Gendarmerie „wegräumen“, ehe der erste Baum in der Hainburger Au fallen konnte

**MORGENAUSGABE**



- Umweltschützer wollten Rodung verhindern
- Verletzte bei Exekutive-Einsatz



Unabhängige Tageszeitung für Österreich  
 Verlagsadresse: Lindengasse 48-52, 1070 Wien • Tel. 96 21/0 • Erscheinungsort Wien • P. b. b.  
 Verlagspostamt 1070 Wien • Lire 1000,-, Dinar 90,-, DM 2,-, sfr. 1,90, Drachm. 90,-, Plas 130,-  
 Dienstag, 11. Dezember 1984 • Nr. 343 • S 5,-

Ein Prügelkommando der Gendarmerie beendete Montag abend die Demonstration von mehr als 1500 Hainburg-Gegnern in der Stopfenreuther Au. Die Demonstranten wurden über Böschungen geworfen, mit Füßen getreten und einige schwer verletzt. Während des Übergriffs der Behörden sangen Demonstranten die Bundeshymne und Weihnachtslieder (Seite 2 und Chronikteil).

Gutachter fühlt sich mißbraucht, weil seine Expertise völlig entschärft wurde

# Anzeige gegen Brezovszky

Bei einem Kraftwerksbau, wie den bei Hainburg geplanten, werden folgende direkte Einflüsse wirksam: Die Flächenverluste in Zusammenhang mit den Baugebieten, die Veränderungen des Flusses durch Stauehaltung und Untermassereinstellung sowie Störungen durch Altstruktivierung und Dammerlegung. Dazu kommt die Unterbrechung der eingingeschilderten dynamischen Wechselwirkungen zwischen Donau und Au.

All diese Faktoren führen zur Zerstörung des Gesamtsystems Donau-Au.

Die von uns im Original-Gutachten zitierten Aussagen sind:

Im Original unterstrichen: Zerstörung der Umwelt

Jetzt wird der Streit um das Donaukraftwerk Hainburg sogar ein Gerichtsfall. Der Staatsanwaltschaft wird heute eine Sachverhaltsdarstellung überreicht.

Betroffener: Landesrat Ernest Brezovszky. Verdachtsmomente: Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung. Gutachten in unzulänglicher Verkürzung hätten als Entscheidungsgrundlage gedient.

Bei einem Kraftwerksbau, wie den bei Hainburg geplanten, werden folgende direkte Einflüsse wirksam: Die Flächenverluste in Zusammenhang mit den Baugebieten, die Veränderungen des Flusses durch Stauehaltung und Untermassereinstellung sowie Störungen durch Altstruktivierung und Dammerlegung. Dazu kommt die Unterbrechung der eingingeschilderten dynamischen Wechselwirkungen zwischen Donau und Au.

Statt dieses Bedenkens leeres Papier: Manipulation?

HERWIG SCHMIDL

## KOMMENTAR



Seit Montag geht es in den Donauauen nicht mehr nur um Hainburg, sondern vor allem um die Erhaltung einer glaubwürdigen Demokratie. Die Frage ist nicht mehr, ob wir den Strom des Kraftwerkes Hainburg brauchen oder nicht, sondern wieviel Recht vom Volk noch ausgeht, oder ob ihm das Recht schon ausgegangen ist.

Seitdem ein Volksbegehren gegen dieses Kraftwerk angelaufen ist, hat es der Bauherr, die Donaukraftwerke, eilig. In aller Herrgottsfrüh werden Arbeiter in die Au geführt, die im Akkord Bäume abschneiden sollen. Weil sich Umweltschützer ihnen in den Weg stellen, bekommen sie auch den Akkordzuschlag nicht. Logisch, daß das in der

## Hainburg und die Demokratie

Arbeitschaft böses Blut macht. Es spricht für die Besonnenheit österreichischer Arbeiter, daß es nicht schon zu diesem Zeitpunkt zu Schlägereien, nicht bloß Baumschlägereien, kommt.

Das ist eine süffisante Methode, Gewalt zu säen, und paßt gar nicht ins Bild der Zweiten Republik. Der zuständige Landesrat, der die Entscheidung für Hainburg zu fällen hatte, verkürzte Gutachten so, daß sich Gutachter mißbraucht vorkommen. Eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wird in Form einer Sachverhaltsdarstellung deponiert.

Das alles stimmt bedenklich: Eine politische Entscheidung, die angezweifelt wird, ist nichts Besonderes, kommt eher alle Tage vor. Aber eine politische Entscheidung, deren rechtliche Substanz nun gerichtsanhängig wird, ist eine Ausnahme und sollte es auch bleiben.

Weshalb haben sie es so eilig mit dem Bau des Kraftwerkes? Doch wohl nur, damit hier die Regierung beweisen kann, welche enorme Durchsetzungsfähigkeit sie hat. Daß das Recht auf Seiten der Stärkeren liegt, ist eine altbekannte und vielfach ausprobierte Tatsache. In einer funktionierenden Demokratie aber sollte nicht der Stärkere, sondern die stärkeren Argumente siegen. Wer aber so rasch auf so angezweifeltem Rechtsboden mit dem Bau beginnt, dem sind die Argumente ausgegangen. Und spielen dem anderen, den Hainburg-Gegnern, das Recht auf Notwehr geradezu in die Hand.

Jetzt einmal vom Rechtlichen abgesehen: So ungeschickt wurde Politik in diesem Land noch nie gemacht.

Als der Wiener Zoologe Hans Steiner die „Entscheidungsgrundlagen“ des niederösterreichischen Umweltschutzlandesrates Ernest Brezovszky durchlas, stockte ihm der Atem: Von seinem Gutachten waren zwar lange Passagen zitiert, doch urplötzlich hörte die Zitierung auf.

Denn was da folgte, paßte zur Entscheidungsfindung über Hainburg nicht ins Zeug: „All diese Faktoren führen zur Zerstörung des Gesamtsystems Donau-Au“, heißt es im Original-Gutachten. Und einige Absätze weiter: „Es wird daher vorgeschlagen, eine Verwirklichung der Pläne der DOKW, auch in modifizierter Form, nicht zuzulassen.“

Für den Anwalt des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, Gerhard Maierhofer, ist jetzt das Maß voll: Am heutigen Dienstag um 8.30 Uhr wird er der Staatsanwaltschaft Wien eine Sachverhaltsdarstellung übergeben. Fazit: Die Staatsanwaltschaft soll gegen Brezovszky eine Untersuchung wegen Dokumentenfälschung und Amtsmissbrauch einleiten.

Ernest Brezovszky sieht sich als Verfolgter: „Ich habe um jede Naturschutz-Auflage gekämpft. Das Steiner-Gutachten

ist an sich negativ, ich konnte seiner Empfehlung, das Kraftwerk bei Regelsbrunn zu bauen, nicht folgen.“

Der Zoologe Steiner andererseits fühlt sich mißbraucht: „Die Wahrheit kommt hier nicht in vollem Umfang zum tragen. Das ist ein Mißbrauch meines Gutachtens, damit das Gesamtbild verändert wird.“

Am heutigen Dienstag geben die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens eine Pressekonferenz, bei der weitere Gutachter, die ihre Gutachten nach eigener Meinung unzulässig gekürzt in Brezovszkys „Entscheidungsgrundlagen“ wiederfanden, aussagen werden.

HERWIG SCHMIDL ■



ÖSTERREICHISCHER ALPTRAUM



Besetzer probten „gewaltlosen Widerstand“ gegen Maschinen

## VP-Busek appelliert an Steger

Der Kampfgeist der Wiener ÖVP gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg scheint ungebrochen: Vizebürgermeister Erhard Busek appellierte Montag an Vizekanzler Norbert Steger, die DOKW-Verantwortlichen zur Raison zu rufen, die mit der illegalen Rodung – so Busek – von 1,2 Millionen Bäumen beginnen. Um zu klären, ob die Hainburg-Bescheide nicht rechtswidrig sind, fordert die Wiener ÖVP ein Fakultätsgutachten.

Nach Ansicht Buseks ist für das Wiener Trinkwasser keinerlei Garantie gegeben. Er beruft sich dabei auf ein Gutachten der MA 15, in der vor Beeinträchtigung der Wasserqualität der Donau gewarnt wird. Allerdings hat der Magistratsgutachter seine Bedenken in der Vorwoche plötzlich nach „Planungsänderungen“ zurückgezogen.

## Hainburger Au ist nun „Sperrzone“!

Die Motorsägen heulten nur kurz auf. „Wie soll ich denn da arbeiten, wenn ihr euch vor die Bäume stellt?“, fragte einer der Holzfäller. Daß die DOKW nicht mit der Rodung in Hainburg beginnen konnten war denn auch das Ziel der 1500 Demonstranten, die die Au seit Tagen besetzen.

Unter Strafandrohung – das Baugebiet wurde schon am 6. Dezember zur Sperrzone erklärt – und in ständiger Angst vor der Gendarmerie, deren Einsatz DOKW-General Josef Kobilka forderte, weil sich die Arbeiter „ihr Recht ja nicht selbst verschaffen können“. Zunächst sucht Kobilka jedoch nach Schleich-

wegen, um etwa vom Donauufer Bautrupps eindringen zu lassen. Bis dann doch die Gendarmerie die Au säuberte.

Währenddessen sorgte der versuchte Baubeginn in Wien für Wirbel: VP-Jugendchef Othmar Karas beklagte die „undemokratische Vorgangsweise“ und sah sich darin auch von VP-Chef Mock bekräftigt: „Ich bin nicht glücklich, daß hier Politik der starken Hand gezeigt wird – solche Probleme sollte man partnerschaftlich lösen.“ Was derweil die Besetzer versuchten: Sie frühstückten gemeinsam mit den Arbeitern (siehe auch Chronik-Teil). C. S.

● Rodung der Au vorerst gestoppt

● DOKW holten Gendarmerie

● In der Nacht Sitzstreik



# Demonstranten hängen sich Arbeitern an Arme, Beine!

Sie legten sich vor Traktoren und Lastwagen der Kraftwerksbauer, hängten sich an Arme und Beine der Holzfäller, hielten zwischen Baumstämmen und Sägen ihre Füße, errichteten Feuerstellen an den Zufahrtsstraßen, Steinbarrieren und Menschenmauern: Rund 1500 Demonstranten entschieden Montag früh in der Hainburger Au die erste Konfrontation mit 100 Arbeitern der DOKW zunächst für sich. Der Baubeginn war gestoppt.

Zu Mittag kam die Gendarmerie: 250 Schüler und Chargen der Exekutive zerrten, traten und warfen die Demonstranten auseinander, gleich über die nächste Böschung. So gab es auch schon die ersten Verletzten mit Hautabschürfungen und Prellungen. Aber sie kamen wieder, sangen die Bundeshymne oder Weihnachtslieder und setzten ihren passiven Widerstand gegen die Rodung der Au verzweifelt fort.

Der Tag X – kurz nach dem offiziellen und umstrittenen Startschuß für den Kraftwerksbau – hatte bei winterlichen Temperaturen friedlich begonnen.

Bereits seit Samstag kampierten Hunderte Hainburg-Gegner mit Schlafsack und Zelt an den 30 Wegen und Zufahrtsstraßen der Stopfenreuther Au. Montag gegen 5.30 Uhr stieß auch Dr. Günther Nennung zu ihnen. Koordinatoren der DOKW hatten bereits Zufahrtsschilder und Richtungspfeile für Baumaschinen aufgestellt.

Kurz darauf traf ein Konvoi mit Holzarbeitern aus Kärnten, Salzburg und Oberösterreich ein – aber sofort blockieren Menschenmassen die Weiterfahrt. Viele legten sich vor die Räder, unter ihnen Universitätsprofessor Elfrune Wendelberger: „Wir werden die Aktion ohne Aggression führen, mit friedlichen Mitteln.“ Über Nacht war ein Sitzstreik vorgesehen. Ein DOKW-Arbeiter: „Ihr seids von Radikalen aufgehüllt.“

Andernorts wetten Demonstranten längst um zehn Kisten Wein – der Auwald werde bis 1. März 1985 nicht gerodet werden. Fünf Arbeiter haben sich jedoch in die Büsche geschlagen und beginnen einen Strauch umzusägen. Minuten später hängen Demonstranten an ihren Armen und Beinen,



Demonstrant Nennung



Nobel ging's nicht zu bei der Räumung der Hainburger Au: Es setzte Prügel für viele Demonstranten



Auch Freda Meissner-Blau war gegen das Umsägen der Bäume. Rechts: Schließlich zog Gendarmerie auf



Bilder: Seidl, Babitsch, Dworak

einer hält den Fuß zwischen die Kettensäge und dem Baumstamm.

Günther Nennung trifft inzwischen am Gendarmerieposten Eckartsau ein: „Jeder handelt hier in Eigenverantwortung. Wir agieren gegenüber den Arbeitern nur mit passiven Mitteln.“

Während er noch mit dem stellvertretenden Bezirkshauptmann Dr. Helmut Leiss diskutiert, werden die ersten Verbotstafeln montiert: „Betreten der Baustelle bei Strafe verboten – 3000 S oder zwei Wochen Ersatzhaft.“

In den Mittagsstunden treffen die ersten Mannschaftswagen der Gendarmerie ein: Die Bezirkshauptleute von Gänserndorf und Bruck an der Leitha haben angeordnet, die Demonstration aufzulösen. Kein Lärm von Sägemaschinen, gespannte Ruhe. Einsatzleiter Überacker von den Donaukraftwerken: „Wir arbeiten erst, bis uns die Exekutive den Weg frei macht.“ Tatsächlich soll wenig später eine Frau mit Knochenbrüchen ins Spital gebracht worden sein. Demonstranten werden geschlagen. Die Schlägerung der Au ist bis 31. Jänner 1985 geplant.

CONRAD SEIDL,  
FRIEDRICH BABITSCH,  
CHRISTIAN PURKHARD ■



Photos: „Die Presse“/Hofmeister

IMMER WIEDER MUSSTE DIE EXEKUTIVE GEWALTSAM EINSCHREITEN

## Gendarmerieeinsatz in den Hainburger Auen Kraftwerksgegner wollten Rodungen verhindern

Eigenbericht der „Presse“ von  
VERENA KIENAST

**STOPFENREUTH.** Mit tumultartigen Szenen, Massenschlägereien und Festnahmen endete gestern nachmittag in der Stopfenreuther Au, was zunächst als „friedlicher“ Protest und als Barriere gegen den Beginn der Rodungsarbeiten für das Kraftwerk Hainburg begonnen hatte. Rund 200 Demonstranten mußten von etwa doppelt so vielen Gendarmen und Polizisten gewaltsam von den Baumaschinen vertrieben werden, deren Einsatz die Hainburggegner hatten verhindern wollen. Dabei wurden mehrere Personen verletzt.

Die Protestaktionen der Hainburggegner hatte in den frühen Morgenstunden begonnen: Als die ersten Fahrzeuge zum Beginn der Rodungsarbeiten auf die Zufahrtsstraßen zur Au auffahren wollten, legten sich die Teilnehmer der Protestaktion – einige warteten bereits seit Samstag – vor die Räder der Fahrzeuge und verhinderten so ein Weiterfahren.

Den ersten Anlaß für ein Eingreifen der Gendarmerie gab es gegen Mittag, als ein junger Journalist von einem Vertreter der DoKW daran gehindert wurde, das Auegebiet mit seinem Pkw zu verlassen.

Als Umweltschützer Dozent Bernd Lötsch auf dem Schauplatz eintraf, verbreitete sich plötzlich das Gerücht, die Exekutive werde bald mit einem Großaufgebot kommen, um den Beginn der Rodungsarbeiten zu ermöglichen. Gegen 14 Uhr kam tatsächlich ein Konvoi aus Richtung Eckartsau in die Stopfenreuther Au. Drei Autobusse und zahlreiche Kleinbusse – insgesamt waren es 20 Fahrzeuge – mit insgesamt etwa 300 Gendarmen wurden aufgeboten. Von den Behörden wurde das Verhältnis anders dargestellt: 150 Sicherheitsorgane gegen 300 Demonstranten.



DER RODUNGSBEGINN WURDE ZUNÄCHST VERHINDERT

Demonstrativ sammelten sich daraufhin die großteils jugendlichen Teilnehmer der Aktion und setzten sich vor den in der Einfahrt stehenden Baumaschinenzug. Nachdem die Demonstranten einer Aufforderung der Exekutive, die Straße zu räumen, nicht nachkamen, begannen die Gendarmen die jungen Leute wegzutragen. Manche von ihnen gaben jedoch nicht so schnell auf, versuchten sich wieder auf die Straße zu legen, wurden jedoch von der Exekutive daran gehindert.

Nachdem die erste Straßensperre aufgelöst war, setzte sich eine Kolonne aus wenigen Baumaschinen, einigen Privatfahrzeugen von DoKW-Vertretern und Arbeitern in Bewegung. Begleitet wurde der Troß nicht nur von den Demonstranten, sondern auch von den Gendarmen, die

immer wieder hartnäckige Demonstrationen von der Straße treiben mußten. Etwa 50 Meter weiter wurde der Zug wieder aufgehalten, wieder mußten die Gendarmen die Jugendlichen, die „passiven Widerstand“ leisteten, von der Straße tragen. Handgreiflichkeiten, Beschimpfungen, einige Verletzte und zahlreiche Festnahmen waren die Folge.

Mit den Rodungsarbeiten wurde noch gestern nachmittag begonnen, die Kraftwerksgegner wollen ihren „friedlichen“ Widerstand fortsetzen. Seitens der österreichischen Hochschülerschaft wurde gestern angekündigt, heute, Dienstag, stündlich Busse von der Wiener Uni in die Auen zu führen: Die Studenten, so wurde erklärt, sollten die Vorlesungen bestreiken.

## Busek: Rodung der Au ungesetzlich Kostet Aufschub 800 Millionen?

Eigenbericht der „Presse“

**WIEN (ron).** Die seit gestern, Montag, laufenden Vorbereitungen zur Rodung des Auwaldes stehen nunmehr im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung um den Bau des Donaukraftwerks Hainburg. Der Wiener VP-Vizebürgermeister Erhard Busek appellierte an Handelsminister Steger (als für die E-Wirtschaft zuständigen Ressortchef) und Justizminister Ofner (als Obmann der niederösterreichischen FPÖ, die gegen den Bau ist), die DoKW zu einem Aufschub der Arbeiten bis nach der Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens durch das Parlament zu bewegen. Zudem sei das Fällen der 1,2 Millionen Bäume ungesetzlich, meinte Busek. Denn der Hauptausschuß des Nationalrats müsse erst der Übereignung des benötigten Auwaldes aus dem Besitz der Bundesforste in den Besitz der DoKW zustimmen.

Dem hielt gestern die DoKW entgegen, daß ein Aufschub der Rodungsarbeiten ein Verstoß gegen die Naturschutzauflagen wäre: Der Wasserrechtsbescheid schreibe diese Arbei-

ten ausdrücklich für die Monate Dezember und Jänner vor. Werde die heurige Winterperiode für die Rodung versäumt und könnte diese erst mit Jahreswechsel 1985/86 erfolgen, so bedeute dies einen volkswirtschaftlichen Verlust von etwa 800 Millionen Schilling, betonte die DoKW. Dieser Verlust setze sich aus dem Hinausschieben der Stromgewinnung um ein Jahr und aus der Erhöhung der Baupreise zusammen.

Busek verstärkte am Montag bei einer Pressekonferenz die ablehnende Haltung der Wiener Volkspartei gegen Hainburg. Der angekündigte Staatsvertrag zwischen dem Bund und Wien – die Bundeshauptstadt soll aus dem Wasserwirtschaftsfonds mehr als vier Milliarden Schilling zur Lösung der Kanal- und Trinkwasserprobleme im Zusammenhang mit dem Bau des Donaukraftwerks erhalten – sei derzeit nicht mehr als ein paraphierter Aktenvermerk mit einer Reihe offener Fragen, meinte der Mock-Stellvertreter.

Landwirtschaftsminister Haiden habe in der Vorwoche bei der Bekanntgabe der Auflagen für das Kraftwerk andere

Termine für die Wiener Vorhaben genannt als die Stadt Wien. Offensichtlich seien diese Auflagen nur zur Beruhigung der Bevölkerung erteilt worden, schloß Busek.

Der Wiener Umweltschutzrat Helmut Braun (S) erklärte im Gespräch mit der „Presse“, daß es offenbar Mißverständnisse in der Frage gebe, welche Auflagen und damit verbundene Projekte bis zum Aufstau im Herbst 1987 erfüllt beziehungsweise realisiert sein müssen. Der Ausbau der Hauptkläranlage auf ein vollbiologisches System sei bis zu dem Zeitpunkt sicher fertig. Die Sanierung der benachbarten EBS, wo der Klärschlamm verbrannt wird, „muß“ – so Braun – bis dahin abgeschlossen sein. Auch bezüglich der Errichtung des Grundwasserwerks auf der Donauinsel ist der Umweltschutzrat optimistisch: Sollte es beim Bau dieses Werks Probleme geben, werde der Aufstau nur zu 75 Prozent erfolgen, um das alte Wasserwerk in der Lobau noch in Betrieb halten zu können, versicherte der SP-Politiker. Keine Terminauflagen Haidens gebe es, was den Neubau der Hauptsammelnkanäle betrifft.

## Tumulte in der Au: Hainburg-Gegner wurden vertrieben

Eigenbericht der „Presse“

**STOPFENREUTH (kl).** Ausschreitungen, Massenschlägereien und Festnahmen – so endete gestern nachmittag in der Stopfenreuther Au der Protest Hunderter Demonstranten gegen den Baubeginn für das Kraftwerk Hainburg. Die vorwiegend jugendlichen Kraftwerksgegner mußten von einem Großaufgebot an Gendarmerie und Polizei gewaltsam von den Baumaschinen vertrieben werden. Anschließend begannen die Rodungsarbeiten.

Der Protest der Hainburg-Gegner hatte in den frühen Morgenstunden noch relativ „friedlich“ begonnen: Die Demonstranten legten sich vor die anrollenden Maschinen und hinderten sie an der Weiterfahrt. Als sie dann am Nachmittag der Aufforderung, den Weg frei zu machen, nicht folgten, schritt die Exekutive ein. Dabei kam es zu Schlägereien, mehrere Personen wurden verletzt.

Parallel zu den Ereignissen in der Stopfenreuther Au formierten sich am Nachmittag vor der Oper in Wien etwa 80 Hainburggegner, die zum Innenministerium zogen. Eine Abordnung der Demonstranten wurde von Innenminister Blecha empfangen.

# Auschützer wollten Rodungen in Hainburg verhindern

Sie legten sich auf Zufahrtswege – Zusammenstöße mit Gendarmerie – Frau verletzt – Demonstranten wollen ausharren

HAINBURG (SN-dick). In der Stopfenreuther Au wurden Montag die Rodungsarbeiten für den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg aufgenommen. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Umweltschützern und der Gendarmerie. Drei Personen wurden festgenommen, eine Frau wurde verletzt.

Bereits Montag früh hatten sich Gegner des Kraftwerksbaues in der Au versammelt. Sie wollten gewaltfrei die Rodungsarbeiten verhindern. Sie blockierten den Holzfällertrupp und deren Maschinen den Weg. Daraufhin gingen am frühen Nachmittag etwa 300 Gendarmen gegen die Demonstranten vor.

Nach Angaben von Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens sei-

en die Ausschützer von den Sicherheitsorganen „zusammengetrieben und brutal verprügelt“ worden. Die Umweltschützer sprachen von etwa 1000 Demonstranten; die Exekutive gab die Zahl der Ausschützer mit 300 bis 350 an. Am Abend hatte sich die Situation in der Stopfenreuther Au weitgehend beruhigt. Die Demonstranten bekundeten jedoch ihren Willen, weiter auszuharren.

Die Exekutive war von den Donaukraftwerken zu Hilfe gerufen worden. Sie sollte dafür sorgen, daß das Verbot zum Betreten des Bauplatzes eingehalten wird. Nach einer Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf ist seit Freitag der Vorwoche ein Hektar Auwald für die Rodung freigegeben und als Bauplatz ausgewiesen.

## Anklage gegen Brezovszky

Heute, Dienstag, wollen Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens gegen den niederösterreichischen Landesrat Ernest Brezovszky Anklage wegen des Verdachtes auf Amtsmissbrauch erheben. Die Österreichische Hochschülerschaft forderte Montag alle Studenten zu einem Hörerstreik auf. Die Studenten wurden aufgefordert, sich an den gewaltfreien „Aurentungsaktionen“ zu beteiligen.

Der freiheitliche Landesparteiobermann Niederösterreichs, Justizminister Harald Ofner, sagte am Montag, die Entwicklung rund um Hainburg

bedrücke ihn. Er sei unglücklich, daß es so weit gekommen sei, werde sich aber in dieser Sache weiterhin gegenüber der Bundesregierung loyal verhalten. Ofner betonte neuerlich, daß er ein entschiedener Gegner des Kraftwerksbaues Hainburg sei.

Die Donaukraftwerke-AG lehnte Montag den Aufschub der Rodungsarbeiten mit dem Hinweis ab, daß es unmöglich sei, während der Nist- und Brutzeit der geschützten Vögel zu roden. Die Arbeiten könnten daher nur im Dezember und Jänner durchgeführt werden.



Die Stopfenreuther Au vor der Rodung

Zwischen der Gendarmerie und Umweltschützern kam es Montag vor Beginn der Rodungsarbeiten für das Donaukraftwerk Hainburg zu Zusammenstößen. Drei Personen wurden festgenommen und eine Frau verletzt.

## Die Au wurde am Montag zur Baustelle erklärt

Sonntagnachmittag in der Au: Nebel-schwaden liegen über der Donau. Es hat den ganzen Morgen genieselt. Von den Bäumen tropft Wasser. Die Erde ist feucht. Eine matte Dezembersonne bricht sich Bahn; das Dickicht der Bäume, die sich im Wasser eines Altarms spiegeln, leuchtet auf einmal in den besten Farben auf. Mein Nachbar stößt mich an: Vor uns hat sich ein Eisvogel auf einem Ast niedergelassen; er zählt zu den in Europa aussterbenden Tierarten. Am Ufer des Wassers spielt ein Wieselpärchen. Über uns schwebt ein Graureiher und lässt sich in einer Baumkrone nieder. Im weichen Grund entdecken wir frische Hufspuren eines Hirschs.

Man will es nicht glauben, dass ausgerechnet hier, in einer Landschaft, für die es in Mitteleuropa keine Entsprechung mehr gibt, morgen schon die Baumaschinen lärmen sollen. Das Ganze erscheint mir wie eine Fata Morgana.

### An der SPÖ irre geworden

Mein Begleiter möchte noch schnell bei einer kleinen Lichtung vorbeischaun; er hat dort im Sommer eine Schmetterlingsart entdeckt, die es sonst hierzulande nicht mehr gibt. Er weiss, auf welchen Pflanzen die Tiere ihre Eier ablegen: «Sicher hat man vergessen, einige Stauden abzuschneiden und zu sichern. Morgen kann es schon zu spät sein.»

Mein Freund ist Biologe; er unterrichtet an einem Wiener Gymnasium. Er hat mit seinen Schulklassen unzählige Exkursionen in die Donau-Au unternommen; heute ist er allein gekommen: Wiener Lehrer halten es derzeit nicht für ratsam, ihren Schülern praktischen Anschauungsunterricht zu geben. Das könnte ihnen politisch ausgelegt werden. Ein anderer Mittelschullehrer hat im Geschichtsunterricht über das in der Verfassung verankerte

Recht des Volksbegehrens gesprochen; das hat ihm eine Rüge seines Direktors eingebracht: «Der Mann gehört wie ich der SPÖ an», sagt der Lehrer. «Nur hat er dort eine Funktion und ich nicht. Ich habe erst jetzt begriffen, warum die SP hierzulande (sozialistische) und nicht (sozialdemokratische) Partei heisst.»

### Tiere im letzten Réduit

Wir stossen auf eine Gruppe Jugendlichen in dicken Anoraks, die frierend von einem Fuss auf den andern treten, neben ihnen Rucksäcke, eine Gummimatte und Thermosflaschen mit Tee. Sie zeigen auf einen toten Baum. Dort hat sich ausgerechnet an dem Tag, an dem Minister Haiden seine Baubewilligung erteilte, ein Seeadler niedergelassen. Früher kamen die Tiere nicht so weit donauaufwärts; seitdem weiter unten, in den kommunistischen Staaten, ihre Brutgebiete schon weitgehend zerstört sind, paaren sie sich oberhalb der Marchmündung. Die Landschaft an der Ungarischen Pforte gegenüber von Hainburg ist zum letzten Rückzugsgebiet geworden. Die Jugendlichen bewachen den Adlerhorst rund um die Uhr.

Sie sind keine Naturwissenschaftler, sondern Jus-Studenten der Uni Wien. Sie wissen das Recht auf ihrer Seite: «Wenn die Holzfäller mit der Gendarmerie anrücken, werden wir den Beamten erklären, dass Seeadler und ihre Niststätten in Österreich durch Gesetz geschützt sind und die Exekutive gehalten ist, geltendes Recht durchzusetzen.» Noch glauben diese jungen Staatsbürger an den Rechtsstaat.

### Die Holzfäller – Fremde und im Akkord

Montagvormittag: Es nieselt wieder. Die Au ist feucht und kalt. Eine militärische Manöverstimmung hat sich ausge-

breitet. Aus dem Dickicht und dem Grau des Nebels hört man die Geräusche von Sprechfunkgeräten. Traktorenlärm kommt auf. Die ersten Forstarbeiter rücken an; ihr Dialekt verrät, dass sie nicht aus der Umgebung sind. Sie kommen aus Gegenden, wo es mehr Arbeitslose gibt als anderswo in Österreich, aus Kärnten, aus der Südsteiermark. Sie sind böse, dass man sie am Arbeiten hindert. Die Donaukraftwerke AG bezahlt sie nicht im Stundenlohn, sondern nach den Festmetern Holz, die sie geschlagen haben. Sie sind «Freierverbende» und unterstehen daher auch nicht dem Schutz des Gewerkschaftsbundpräsidenten Benya, der als der oberste Kraftwerksherr gilt.

Ihr Aufmarsch ist den Aubewachern nicht verborgen geblieben: Alle Zufahrtswege zur Au sind mittlerweile blockiert. Es sollen gegen 600 Jugendliche, zumeist Studenten der Uni Wien, aber auch solche aus Graz, Linz und Salzburg sein, die sich auf die Wege und Fahrstrassen gesetzt haben. Sie sind nicht allein: Vereinzelt sitzen Männer mit ergrauten Schläfen neben ihnen – Dozenten und Professoren derselben Hochschulen.

Einige von ihnen waren sogar an dem Gutachterkrieg beteiligt, der der Baubewilligung vorangegangen ist. Sie sind entsetzt darüber, wie man ihre Argumente verdreht und ihre Namen missbraucht hat. Einzelne haben sich auf der Liste einer Kommission gefunden, die laut Landwirtschaftsminister Haiden die Einhaltung der Naturschutzauflagen während des Baus und beim späteren Betrieb des Kraftwerks überwachen soll: «Haiden hat uns nie gefragt», versichern sie. Ein Jurist erläutert mir die Rechtswidrigkeit des Vorgehens: «Nicht bloss die Au, auch der österreichische Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Wir haben heuer im Februar der Zerschlagung der österreichischen Demokratie durch die Aus-

trofaschisten vor fünfzig Jahren gedacht. Das war der sogenannte christliche Ständestaat. Nun darf sich nicht unter umgekehrten politischen Vorzeichen und im Namen des (Sozialstaats) Österreich wiederholen, was damals zur Radikalisierung geführt und dem Nationalsozialismus schliesslich Tür und Tor geöffnet hatte.» Besonnene Worte, wie sie durchwegs alle dieser friedlichen Aubesetzer prägen.

### Für die Beschützer «Betreten verboten»

Aber der Rechtsstaat hat noch andere Mittel: Hundert Mann Gendarmerie, alle korrekt, freundlich, liebenswürdig, wie man es von der österreichischen Exekutive erwartet (einer hat sogar ein Auto aufgehalten, damit einer der Aubesetzer ungefährdet die regennasse Fahrbahn überqueren konnte), stehen bereit (morgen schon werden es mehr sein, sagt man mir). Ein Offizier verliest eine Erklärung der zuständigen Bezirkshauptmannschaft: Der Auwald wird zur Baustelle erklärt, deren Betreten bei Strafe bis zu 3000 Schilling (oder einer Gefängnisstrafe in entsprechendem Tagsätzen) untersagt ist. Ich werde also den Seeadler in seinem Horst nicht mehr sehen, den Eisvogel im Geäst über dem Altarm, das spielende Wieselpärchen am Ufer und den Graureiher in der Luft, ohne mich gegen die Republik Österreich strafbar zu machen.

Vielleicht wird man demnächst schon auch den Staatsadler auf der Stampiglie der Bezirkshauptmannschaft unter Schutz stellen müssen. Auf einer in Stopfenreuth gehissenen rot-weiss-roten Fahne haben ihn Unbekannte bereits durch ein Fragezeichen ersetzt.

Arthur Meyer, Hainburg



**Sumpfschwertlilien**



**Ein Österreichisches Denkmal**

# **Dienstag, 11. Dezember**

*Erneuter Räumungsversuch am Morgen  
scheitert*

*Beginn der Verhandlungspause*

*Anzeige gegen Brezovszky bei der  
Staatsanwaltschaft*

*Hunderte übernachteten ohne Ausrüstung  
unter freiem Himmel*

Die Funkzentrale der Demonstranten in Stopfenreuth ist Tag und Nacht besetzt (linkes Bild). Gendarmerie stand wieder im Grobeinsatz gegen mehr als 3000 Demonstranten (Bild rechts)



# Kampf um die Au wird härter

- Viele Verletzte bei Rangeleien
- 350 Gendarmen gegen 3000 Naturschützer

Bereits 3000 Naturschützer demonstrierten Dienstag gegen die Zerstörung der Hainburger Au – und die Gendarmerie rückte mit insgesamt 350 Mann noch härter und brutaler als 24 Stunden zuvor gegen die Menschenmauer. Der Kampf gegen die Rodung von 1,2 Millionen Bäumen forderte Dienstag nach Augenzeugenberichten wieder Dutzende Verletzte mit Hautabschürfungen und Prellungen. Die DOKW gaben gleichzeitig einen neuen Schachzug bekannt: Von heute, Mittwoch, sieben Uhr früh an wird die gesamte Bevölkerung von Engelhartstetten eine Woche lang eingeladen, kostenlos in der Au Holz zu schlägeln!

Offiziell wird nur zögernd die Zahl der Verletzten bekanntgegeben: Eine Frau hatte einen Sprung des Wadenbeins erlitten, ein Demonstrant eine Kehlkopfprellung. Ein Gendarm wurde im Spital mit einer Armprellung behandelt, nachdem er sich beim Wegräumen einer Barriere verletzt hatte.

Noch über Nacht hatten Hunderte Naturschützer abgebrochene Barrieren aus Holz und Stein neuerlich aufgebaut – manche bis zu zwei Meter hoch, während in einem Gasthaus von Stopfenreuth eine Krisensitzung der Demonstranten über neue Aktionen abgehalten wurde. Denn Holzfäller hatten zuvor bereits eine 700 Meter lange Schneise gefällt – für einen Wildzaun, obwohl die Tiere längst vor dem Lärm der Motorsägen geflüchtet waren. Außerdem sind drei Demonstranten vorübergehend festgenommen und angezeigt worden.

In den Morgenstunden schaltete der Einsatzleiter einer Gendarmeriegruppe sein Megaphon ein – und

wünschte „Guten Morgen – und bitte bleiben Sie ruhig“ Zwei Barrieren wurden kurzerhand „gestürmt“. Demonstranten wie Gendarmen stürzten im Handgemenge zu Boden.

Nach neun Uhr trifft wieder die Mödlinger Gendarmerieschule mit 250 Mann ein. Sie bildet einen Kreis um die Baumaschinen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Sicherheitsdirektion von Niederösterreich die Verantwortung bereits an das Innenministerium abgegeben, um „weitere Verletzungen auf beiden Seiten“ zu vermeiden (Seite 2): Dann wird's fast gemächlich: Ein Fleischhauer kommt mit einem Würstelwagen und heißem Tee. Arbeiter und Demon-

stranten bedienen sich, diskutieren miteinander. Kurz darauf trifft noch ein Wagen der Gendarmerie ein – mit Kaltverpflegung: Wurstsemmeln. Die Demonstranten erhalten freilich nichts. Ein paar singen hinter einer Barriere „Großer Gott, wir loben dich“. Es gehe um den Schutz der Schöpfung. Auch die Bundeshymne und Spirituals werden angestimmt.

Während Dienstag nachmittag weitere 1000 Naturschützer aus Tirol erwartet wurden, kamen aus Wien stündlich 50 Demonstranten mit einem eigenen Busdienst in die Au.

**FRIEDRICH BABITSCH,  
CHRISTIAN PURKHARD**

Naturschützer legten sich vor die Baufahrzeuge und stoppten den Holzfällerkonvoi



Bilder: Bissuti, Vienna-Report



Über Nacht waren wieder Dutzende Stein- und Holzbarrieren aufgebaut worden



Bild: Barbitsch

HANS RAUSCHER

**KOMMENTAR**



## Sinowatz wählt den harten Weg

In diesen Tagen hat Bundeskanzler Sinowatz mit großer Wahrscheinlichkeit den Einzug einer grün-alternativen Gruppierung ins Parlament garantiert. Der Beschluß, die Demonstranten in der Hainburger Au mit der Gendarmerie wegräumen zu lassen, wird vielleicht bei der Mehrheit der Österreicher auf Zustimmung stoßen, aber ein paar entscheidende Prozent bei den Jung- und Erstwählern, bei den liberalen Schichten, bei den berühmten „Kreisky-Wählern“ wird es nach Lage der Dinge kosten.

Die SPÖ ist nunmehr eine Partei, deren Innenminister Blecha – vormals als „Linker“ und Schutzherr der Parteijugend bekannt – die Gendarmerie auf Bäumeschützer löst. Eine Partei, deren Umweltminister Steyrer im Verein mit dem Allerweltsphilosophen Hundertwasser lächerliche „Patenschaften“ über ein paar Alleebäume vor seinem Ministerium übernimmt, die Schlägerung in der Au aber akzeptiert. Eine Partei, in der blitzartig Schiedsgerichte gegen ihre unliebsamen Mitglieder entstehen. Eine Partei, deren „Rebell“ Josef Cap jetzt schmäht ist (weil er auch den Parteiausschluß fürchtet?).

Eine Partei schließlich, deren Vorsitzender diesen ganzen Kurs eindeutig bestimmt hat.

Denn das muß man ganz nüchtern und ohne Wertung konstatieren: Die Vorgangsweise rund um Hainburg geht von Anfang an auf Sinowatz zurück.

Er hat, wie seine Berater auch mehr oder minder offen bestätigen, den politischen Beschluß gefaßt (von dessen Notwendigkeit er ehrlich überzeugt ist), Hainburg auf diese Weise „durchzuziehen“. Man hätte mit dem Bau noch ein Jahr warten können, bis zumindest das Volksbegehren (wenn schon nicht die Anrufung der Höchstgerichte) abgelaufen ist. Energiepolitisch besteht keine Notwendigkeit für sofortigen Baubeginn.

Aber Sinowatz fürchtet, daß ihm die Sache bei einer weiteren Verzögerung aus der Hand gleitet. Daß er als führungsschwacher Kanzler dasteht.

Man hätte die Besetzer in der Au frieren lassen können und nach ihrem Abzug schlagen können. Das hätte Kreisky gemacht. Tatsächlich hört man schon in der SPÖ die Parole: „Der Kreisky hätte das anders gelöst.“

Aber Sinowatz entschloß sich zum Durchgreifen. Ein nachträgliches Gespräch mit den Volksbegehren-Leuten wird da wohl nicht viel retten können. Sinowatz hat den harten Weg gewählt. Man wird bei den Wahlen sehen, ob diesen Weg jemand außerhalb der Kernschichten der SPÖ ein Stück mitgeht.

In der Regierungserklärung ist das Kraftwerk Hainburg vorgesehen. Rechtlich steht dem Baubeginn nichts entgegen. Und wenn nun dieses Kraftwerk nicht durchgeht, dann wird gar nichts mehr gehen, dann können wir die Republik zusperrn!“ In unmißverständlich klaren Worten nahm Bundeskanzler Fred Sinowatz nach der Sitzung des Ministerrats – die übrigens länger als üblich gedauert hatte – zu den Vorgängen rund um Hainburg Stellung.

Der Kanzler betonte, daß ihm jedes Verständnis über die Vorgangsweise der Demonstranten fehle. Denn: „Das ist keine friedliche Demonstration, sondern eine ungesetzliche Belagerung und Besetzung.“

Dennoch kündigte er Gespräche mit den Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens an, um die „gewalttätige Demonstration“ nicht weiter eskalieren zu lassen. Darauf angesprochen, was er

## Für Kanzler Sinowatz bleibt die Au-Besetzung ungesetzlich

denn noch zu bereden hätte, meinte der Kanzler schlicht: „Hainburg!“

Zu Gesprächen mit Kraftwerksgegnern und Befürwortern hatte zuvor auch OVP-Chef Alois Mock aufgerufen. Er verlangte, „angeichts der Ereignisse der letzten Stunden zunächst einmal einen Waffenstillstand“. Innenminister Karl Blecha gab

am Nachmittag sogar dem Parlament einen Situationsbericht über die Vorgänge in der Hainburger Au: Er vertrat die Ansicht, daß die Exekutive in einem demokratischen Rechtsstaat dafür Sorge tragen müsse, daß Recht Recht bleibe. Außerdem, so der Minister, gäbe es ein abgeschlossenes, behördliches Bewilligungsverfahren für den Bau des Kraftwerkes, der Teil der Au sei zu einer Baustelle erklärt, und deshalb müsse die Exekutive eingreifen.

Ein Initiativantrag, den SPÖ und die FPÖ eingebracht hatten und der die friedliche Beilegung des Streits sowie den störungsfreien Beginn der Rodungen zum Inhalt hatte, wurde schließlich von den Regierungsparteien angenommen.

Der OVP-Antrag, erst nach der Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Parlament mit dem Bau zu beginnen, wurde abgelehnt. **PAUL CECHE**

Obwohl die Demonstration in der Hainburger Au zu Unrecht erfolge, will Sinowatz mit den Grünen reden

# Hainburg-Besetzer setzen auf „Doppelstrategie“

Mit einer „Doppelstrategie“ wollen die Hainburg-Gegner den Kraftwerksbau stoppen: bei der Staatsanwaltschaft mit rechtlichen Mitteln, in der Au durch einen „gewaltfreien Dschungelkampf“

In der Stopfenreuther Au versuchen die Demonstranten, ihre Ohnmacht gegen die auch rechtlich umstrittene Rodung für das Kraftwerk Hainburg nicht in ohnmächtige Wut gegen Arbeiter und Gendarmen ausfern zu lassen.

Den Geländevorteil ausnutzend, pirschten sich auch Dienstag Hunderte Umweltschützer an den Platz, wo am Montag die ersten Bäume gefallen waren. „Ein gewaltfreier Dschungelkampf“, beschreibt Hochschüler-Vorsitzender Herbert Rainer das Demonstrant- und-Gendarm-Spiel. In Wien beklagte derweil der Ökologe Bernd Lötsch, daß nun versucht werde, „die ‚Ökorilla-Taktik‘ zu kriminalisieren“. Die Besetzer würden weiterhin am Beschluß der Gewaltfreiheit festhalten – bei Konfrontationen mit der Exekutive

sangen sie friedlich die Bundeshymne.

Vom solcherart gelobten Staat, bekundet dagegen Kunst-Professor Hundertwasser, wolle er keine Auszeichnung entgegennehmen: „Ich schäme mich, von diesen verantwortungslosen Leuten Ehren entgegen-genommen zu haben.“ Dann zerriff er den von Fred Sinowatz verliehenen „Großen Österreichischen Staatspreis“.

Noch während die Besetzer der Au von Gendarmen bedrängt wurden (ausführlicher Bericht im Chronik-Teil), übergab der Rechtsanwalt des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens dem Wiener Oberstaatsanwalt einen 21seitigen Antrag zur Strafverfolgung von Landesrat Ernest Brezovszky wegen mißbräuchlicher Auslegung der Naturschutz-Gutachten.

**CONRAD SEIDL**



KURIER-Bild: Kristian Bissut

Schämt sich seines Staatspreises: Friedensreich Hundertwasser



**GENDARMERIEBEAMTE** beim Räumen der Straßensperren. „Die von uns, die auch gegen das Kraftwerk san, die packen net so zu. Dafür tan die, die die Besetzer net mögen, umso fester“, erzählt ein Gendarmerieschüler nach einem Handgemenge.

# Rodungen vorerst blockiert



Fotos: Josef Schröpfer, Fritz Schaler

◀ Barrikaden aus abgebrochenen Ästen, geschlägerten Bäumen und Steinen verhinderten am Dienstag die weitere Rodung der Hainburger Au. Naturschützer hatten die ganze Nacht ausgeharrt. Vorerst ist die Rodung gestoppt, alles wartet auf das Gipfelgespräch mit der Regierung in Wien.



## Der verletzte Gendarm sagt: Ein fürchterlicher Schlag

„Plötzlich waren meine Beine blockiert, wie wenn sie jemand umklammert, und dann hab' ich einen fürchterlichen Schlag gegen den Arm bekommen“ –, so schildert der 38jährige Revierinspektor Ferdi-

VON ALFRED PULLETTZ

nand Woltran aus Mödling seine schmerzhaft Begegnung mit Demonstranten in der Au.

Der Beamte war mit einigen seiner Kollegen Montag vormittag nach Hainburg beordert worden. „Wir waren auch die Nacht über dort zur Bewachung. Während die Demonstranten recht ordentlich mit Nahrung versorgt waren, konnten wir nur einmal am späten Abend kurz in ein Gasthaus gehen.“

Dienstag früh dann sollten sie einen Übergang in die Au für den Durchgang der Arbeiter sichern. „Die erste Gruppe konnten wir noch überzeugen. Aber dann kam eine zweite, die ist durchgebrochen und hinter uns sofort in den Sitzstreik gegangen. Unser Leiter Major Schmid hat die Räumung befohlen. Da wurden wir zum erstenmal auch beschimpft“, erinnert sich Woltran. „Wir haben die Leute weggetragen. Da ist das mit meinem Arm passiert. Ich hab' noch eine Zeit weitergemacht, aber dann waren die Schmerzen so arg, daß ich mich in den Bus gesetzt hab'.“ Im Krankenhaus Mödling konstatierten die Ärzte Prellungen des Oberarmmuskels und des Ellbogens.

Nachschub für die Demonstranten: Wie lange werden sie in der Au bleiben? Auch das Personal des Krankenhauses Hainburg hilft den Naturschützern. Primarius Zacherl, Anhänger des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, brachte persönlich Lebensmittel zum Hauptquartier der Naturschützer. ▼



# „Waffenstillstand“ in der Au

**Tausende Demonstranten verhinderten am Dienstag die weitere Schlägerung**  
**Gendarmen warten auf Befehl von oben**

Die Naturschützer haben Dienstag vormittag weitere Rodungen in der Hainburger Au verhindern können. Sie stoppten mit Barrikaden und Menschenketten den Vormarsch der Bauarbeiter, die von einem Kordon von 200 Gendarmen eskortiert wurden. Dabei kam es zu kleineren Auseinandersetzungen. Die Entscheidung, ob die Sicherheitsbehörden mit Gewalt gegen die Naturschützer vorgehen, soll jetzt auf höchster Ebene gefällt werden. Insgesamt befinden sich bereits 3000 Demonstranten in der Au, es werden ständig mehr.

Nachdem Montag die Gendarmen den Weg für die Bauarbeiter freigekämpft hatten und auch bereits ein Streifen von 700 Meter Länge in den Wald geschlagen worden war, dachten sich die Natur-

VON PETER GROTTNER

schützer eine neue Strategie aus, um die bedrohten Bäume zu retten. Sie errichteten auf allen wichtigen Verbindungsstraßen innerhalb der Au in einem Abstand von etwa 20 Metern Barrikaden, die sie im Ernstfall mit ihrem Körper verteidigen wollten. Damit sollte verhindert werden, daß sich die Bautrupps frei im Gelände bewegen können, was natürlich für eine zügige Rodung notwendig wäre.

Die Bauarbeiter wurden Dienstag um acht Uhr früh von starken Gendarmereinheiten begleitet in die Au gebracht. Sie wollten zu ihren Maschinen und Traktoren gelangen. Doch der Weg dorthin war versperrt. Eine Barrikade wurde von den Sicherheitsbehörden zwar noch beseitigt, dann wurde der Vormarsch aber gestoppt. Der Widerstand war zu groß. Neuerlich kam es zu Tumulten.

Auf einer kleinen Lichtung blieben die Gendarmen stehen, die Arbeiter in ihrer Mitte. Die Beamten wiederum waren von den Naturschützern umgeben. Einen weiteren Vormarsch, bei dem es sicher zu schweren Zwischenfällen gekommen wäre, wollten die Beamten nur auf ausdrückliche Weisung des Innenministeriums durchführen.

Ein hoher Beamter der Einsatzleitung erklärte: „Wenn es uns befohlen wird, weiterzumarschieren, dann werden wir es natürlich machen, aber große Freude macht uns ein derartiger Einsatz nicht.“

Bei diesem Waffenstillstand blieb es auch bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe. Die Organisatoren des Widerstandes im Kampf um die Au mußten nun die immer größere Zahl von Naturschützern mit Lebensmitteln versorgen. Dabei wurden sie durch Geld-, aber auch Sachspenden unterstützt.



Bis Dienstag befanden sich nämlich bereits dreitausend Demonstranten in der Au, die mit Bussen, aber auch Zügen herangebracht wurden. Für die Wochenmitte werden tausend Naturschützer aus Tirol erwartet.



Nachschub für die Gendarmen: Wie lange wird der Einsatz dauern?

## Vorlesungen werden in die Au verlegt

Die Demonstranten sind nicht nur Studenten, sondern auch Anwälte, Universitätsprofessoren, Hausfrauen, Taxifahrer, Biologen, Ärzte, Vogelkundler, Angestellte, Arbeiter und auch Pensionisten. In der Hochschule für Bodenkultur und in der politikwissenschaftlichen Fakultät blieben Dienstag viele Hörsäle leer. Die Professoren planen bereits, ihre Vorlesungen in die Auwälder bei Stopfenreuth, dem „Hauptquartier“ der Umweltschützer, zu verlegen.

## Im CB-Funk spricht Gendarmerie mit ...

Der CB-Funk, mit dem sich die Gruppen der Umweltschützer im Auwald verständigen, wird von der Gendarmerie abgehört. Immer wieder gab es Fehlalarme, da sich offensichtlich Kriminalbeamte mit tragbaren Handgeräten in den Funkverkehr der Demonstranten einschalteten und falsche Informationen verbreiteten. Um das zu verhindern wird seit Dienstag von den Umweltschützern „Stille Post“ gespielt. Es wurde ein Nachrichtensystem mit Boten aufgebaut.

## Die verletzte Naturschützerin: Menschen flogen wie Puppen

„Ich sah nur Menschen, die wie Puppen durch die Luft flogen. Ich werde den Augenblick nie vergessen, wie sich die Gendarmen mit haßerfülltem Blick auf uns stürzten“, erzählte die 48jährige dreifache Mutter und Umweltschützerin Valerie Publig aus Wien-Floridsdorf nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus Hainburg der „Krone“.

VON ERICH SCHÖNAUER

Die Hausfrau, die mit anderen Demonstranten die Zufahrt zur Au blockierte, wurde von den Gendarmen von der Straße über die Böschung geschleudert, sie mußte mit einem Knöchelbruch ins Spital eingeliefert werden. Am Freitag wird sich entscheiden, ob die dreifache Mutter noch operiert werden muß. Die Schwerverletzte: „Möglicherweise müssen mir die Ärzte eine Platte in den linken Fuß einsetzen.“

Trotzdem hat Valerie Publig nicht bereut, daß sie in die Hainburger Au gefahren ist. „Ich würde es wieder machen. Was ist mein kaputter Fuß im Vergleich zur drohenden Zerstörung des Auwaldes? In Gesprächen mit Arbeitern und auch Gendarmen haben wir gesehen, daß sie das Problem verstehen, aber aus Angst sich nicht offen auf unsere Seite stellen können.“ Valerie Publig: „Auch mein Bruder ist Bauarbeiter. Ich weiß, er muß davon leben, trotzdem werde ich für die Au weiterkämpfen.“



Die verletzte Naturschützerin

Der Bundeskanzler empfängt heute die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens zur Aussprache:

# Hainburg-Gipfel soll jetzt Lage entschärfen

Wien. — Jetzt soll ein Hainburg-Gipfel die brisante Situation in der Stopfenreuther Au entschärfen: Kanzler Sinowatz wird heute um 14 Uhr die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens zu einer Aussprache empfangen. Der Regierungschef versicherte immer wieder: „Wir wünschen keine Eskalation, sondern eine österreichische Lösung.“ Bis zum Gipfelgespräch soll in Hainburg zwischen Gendarmerie und Demonstranten „Waffenruhe“ herrschen.

Die gestrige Ministerratssitzung dauerte mit knapp zwei Stunden ungewöhnlich lange. Kanzler Sinowatz wurde nachher mit der Journalistenfrage konfrontiert, ob es nicht möglich sei, die Rodung des Auwaldes bis zum Volksbegehren zu stoppen. Seine Antwort darauf war mehr als deutlich: „Wenn es nicht möglich ist, einen korrekt zustandegewonnenen Kraftwerksplan zu verwirklichen, dann wird in Österreich nichts mehr gebaut,

watz wurde nachher mit der Journalistenfrage konfrontiert, ob es nicht möglich sei, die Rodung des Auwaldes bis zum Volksbegehren zu stoppen. Seine Antwort darauf war mehr als deutlich: „Wenn es nicht möglich ist, einen korrekt zustandegewonnenen Kraftwerksplan zu verwirklichen, dann wird in Österreich nichts mehr gebaut,

VON DIETER KINDERMANN

dann kann die Republik zusperrn.“ Der Kanzler beharrte darauf, daß die Rodungsarbeiten aus Umweltschutzgründen im Winter begonnen werden müßten, und bezeichnete die „Besetzung“ der Au als ungesetzlich.

Innenminister Blecha wies im Parlament alle Behauptungen entschieden zurück, daß die Sicherheitskräfte bei ihrem Einsatz in der Au brutal vorgegangen seien. Nicht die Exekutive, sondern die Kraftwerksgegner hätten den Boden der Legalität verlassen und Gewalt angewendet. Blecha wörtlich: „Wir

haben in Österreich sichergestellt, daß es keinen Absturz in die Niederungen zum Polizeistaat gibt. Wir werden aber auch dafür sorgen, daß es zu keinem Versinken in die Anarchie kommt.“

ÖVP-Chef Mock setzte sich für eine friedliche Abklärung der Hainburg-Standpunkte, für einen „Waffenstillstand“ in der Au ein. Er forderte, die Rodungsarbeiten so lange zu stoppen, bis das Konrad-Lorenz-Volksbegehren im Parlament behandelt worden sei. Er verlangte auch, den Kraftwerksbau einer scharfen begleitenden Kontrolle zu unterwerfen, um die Einhaltung der Umweltauflagen zu garantieren.

SPÖ-Klubobmann Wille kündigte an, daß Gewerkschafter eine friedliche Demonstration in der Hainburger Au planten, „um den Willen der arbeitenden Menschen, der schweigenden Mehrheit, zum Ausdruck zu bringen“. FPÖ-Abgeordneter Guggerbauer kritisierte dagegen, das explosive Klima in Hainburg sei durch Pannen in der öffentlichen Verwaltung heraufbeschworen worden. Die Regierungsparteien appellierten schließlich an Innenminister Blecha, alles zu tun, damit die Streitigkeiten friedlich beigelegt und die Rodungsarbeiten begonnen werden können.

Bemerkenswert eine Stellung-

nahme des Wiener Weihbischofs Kuntner: Er bedauerte, daß Gendarmen in Ausübung ihrer Pflicht behindert werden, die Gegner des Bauprojektes aber offenbar keine andere Möglichkeit sehen, ihre Vorstellungen zu artikulieren. Der Bischof wörtlich: „Jenseits aller Probleme rechtlicher Natur denke ich an die verheerenden Schäden, die

bei solchen Konflikten in den Herzen junger Menschen angerichtet werden: Schwindendes Vertrauen, Enttäuschung und Verlust des Glaubens an eine friedliche Austragung unterschiedlicher Auffassungen.“ Nachzutragen wäre noch, daß sich Bundespräsident Kirchschiager genau über den Gendarmereinsatz in Hainburg informieren ließ.

## Herr Strudl



„Nach den letzten Ereignissen frag ich mich, ob man so eine Demokratie haben oder bereits die Diktatur der Donaukraftwerke.“

## Thema des Tages

VON PETER GNAM



### Miteinander reden

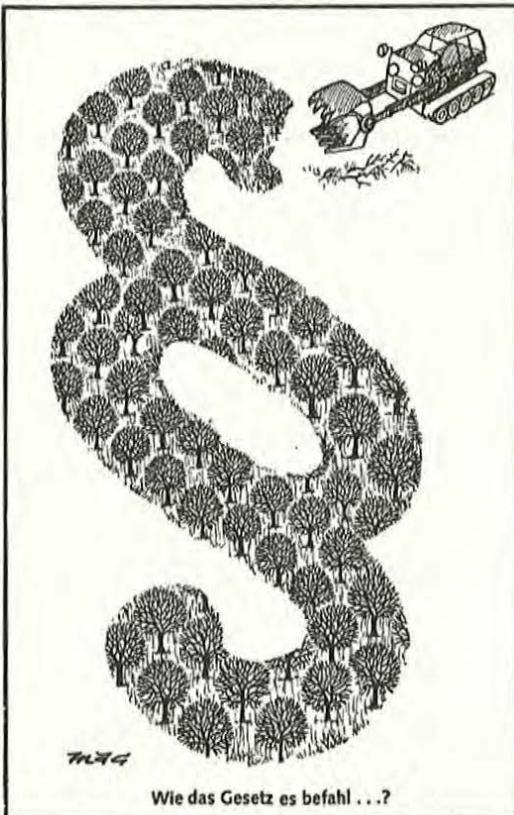
Die vernünftigen Leute, die das Konrad-Lorenz-Volksbegehren gegen Hainburg stützen — und zu diesen sind zweifellos die Herren Nennung und Jörg Mauthe zu zählen —, werden gestern sicher nachdenklich geworden sein. Nachdenklich, weil es jetzt im „Bürgerkrieg“ von Hainburg bereits auf beiden Seiten Verletzte gibt. Erwischt hat es zunächst einmal eine Demonstrantin und auch einen Polizisten. Das allein wäre Anlaß genug, sich zu überlegen, was es für einen Sinn hat, Demonstranten gegen völlig unbeteiligte Gendarmen und Bauarbeiter antreten zu lassen. Die sind nämlich die völlig falsche Adresse, denn die „Schuldigen“ sitzen ganz woanders. In geheizten Büroräumen, in sicherer Deckung und weit vom Schuß.

Diese Herren lassen wegschleppen, lassen roden, biegen sich die Gesetze zurecht. Ihnen sollte der Protest gelten und nicht Gendarmerschülern, die auf Kommando gehorchen müssen.

Auf der anderen Seite sollten sich die Träger des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens vor jenen hüten, die unter dem Deckmantel Hainburg etwas ganz anderes, nämlich die Demontage der parlamentarischen Demokratie, im Sinn haben. Eine bekannte linke Agitatorin — ihren Namen zu nennen hieße sie unverdienterweise aufzuwerten — sprach gestern bereits vom „sogenannten demokratischen Staat Österreich“, von einem politischen Nachspiel, „egal wie der Kampf ausgehen wird“, und von einer Regierung mit „totalitären Ansprüchen“.

Diese Töne klingen bekannt. Schon einmal waren das die schrillen Fanfarenklänge, die dann einen demokratischen Rechtsstaat auslöschten.

Wie gesagt: Es gibt vieles, worüber Nennung, Mauthe, aber auch Sinowatz, Blecha und Mock nachdenken sollten. Vielleicht redet man zunächst einmal miteinander, denn das hat noch nie geschadet.



Wie das Gesetz es befahl ... ?

# Aufstand der Brezovszky-Gutachter Jetzt hat der Staatsanwalt das Wort

Wien. — Der niederösterreichische Naturschutzlandesrat Brezovszky steht im dringenden Verdacht, Urkundenfälschung und Amtsmissbrauch betrieben zu haben. Mehrere Gutachter verwehren sich gegen die mißbräuchliche Verwendung ihrer Stellungnahmen, die Staatsanwaltschaft Wien wurde aufgefordert, gegen Brezovszky Vorerhebungen und eine Voruntersuchung einzuleiten.

Gestern, Dienstag, hat Dr. Michael Mayrhofer vom Anwaltssteam des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens dem Oberstaatsanwalt eine detaillierte „Sachverhaltsdarstellung“ übergeben. Darin werden folgende Vorwürfe erhoben:

- Im Zuge von Probebohrungen der DoKW erstattete die BH Gänserndorf Anzeige wegen rechtswidriger Schlägerungen in der Au. Brezovszky habe diese unter den Tisch lassen.
- In seinen „Entscheidungsgrundlagen“ für den Naturschutzbescheid sehen die Anwälte klare Fälle von Urkundenfälschung: Aus ab-

lehrenden Gutachten wurden wahllos Absätze herauskopiert, entscheidende Passagen weggelassen und durch Absätze aus der Feder Brezovszkys (mit anderer Schreibmaschine) „ergänzt“. In der Tatsa-

VON FRIEDRICH GRAUPE

che, daß diese Seiten als Originalunterlagen dargestellt wurden, sieht Univ.-Prof. Hans Steiner (Boku) eine eklatante Irreführung der Öffentlichkeit.

Der Biologe und Psychologe Prof. Max Piperek stellte bei der gestrigen Pressekonferenz fest, daß sein

Gutachten ablehnend war, dennoch aber als für den Kraftwerksbau gewertet wurde.

● Auf Niederösterreichs Naturschutzdirektor Prof. Harald Schweiger wurde eingewirkt, sein ablehnendes Gutachten zu ändern. Als er dies verweigerte, zog Brezovszky wasserrechtliche Gutachten heran, die im Naturschutzverfahren nicht verloren hatten.

Der Aufstand der Gutachter ist in vollem Gang. Auch der der Künstler: Maler Friedensreich Hundertwasser zerriß gestern öffentlich seinen „Großen Österreichischen Staatspreis“ und meinte: „Ich schäme mich, von diesen verantwortungslosen Leuten Ehren entgegenzunehmen zu haben.“ Den mit dem Preis verbundenen Geldbetrag stellt er als „Rechtshilfe für umweltpolitisch Verfolgte“ zur Verfügung.

# Die eiskalte Nacht von Hainburg

„Wenn es sein muß, dann feiern wir auch Weihnachten in der Hainburger Au.“ Hunderte Naturschützer, die zum Teil schon seit Tagen in diesem Gebiet in Notlagern, Zelten, Heuschuppen oder Rinderstallungen hausen, sind fest entschlossen, wochenlang friedlichen Widerstand gegen den Kraftwerksbau zu leisten. Die „Krone“ verbrachte eine Nacht mit den Demonstranten.

Es ist eiskalt, als sich die Szenerie in der Au am Montagabend einigermaßen beruhigt hat. Ein Großteil der Gendarmeriebeamten ist bereits abgezogen, lediglich einige Funkwagen sowie Hundeführer sind unterwegs, um jederzeit eine Kontrolle über das Geschehen zu haben.

VON KARL WENDL

Die Demonstranten hocken in kleineren und größeren Gruppen zusammen. Sie sind erschöpft, und die Diskussionen sind eher ruhig und einigermaßen sachlich. Lediglich manchmal kommen Emotionen durch, wenn es darum geht, wie einige Beamte am Nachmittag eingeschritten sind.

Doch keiner macht den einzelnen Gendarmen Vorwürfe. Wutentbrannt wird nur auf die für das Chaos zuständigen Behördenleiter und Politiker geschimpft.

Doktor Hellmut W., ein Salzburger Lungenfacharzt: „Wenn man mitansieht, wie hier unsere Demokratie mit Füßen getreten

wird, wie Gesetze weggewischt werden und wertvolle Natur zerstört wird, muß man sich wehren.“

Ähnlich klingt der 23jährige Biologiestudent Vinzenz K. aus der Steiermark: „Auf Grund meines Studiums habe ich einen Einblick in die ganze Sache. Wenn hier Leute davon reden, daß sowieso nichts zerstört wird, dann muß man doch an der Glaubwürdigkeit solcher Personen zweifeln.“

Kurz nach 22 Uhr ziehen sich die meisten der rund 300 Naturschützer, die in Hainburg und Umgebung geblieben sind, in ihre Behausungen zurück: In Schlafsäcke eingehüllt, kauern sie in Autos, Bussen, Zelten oder Kellerabteilen von Wohnhäusern. Manche wiederum haben auf Bauernhöfen Unterschlupf gefunden und versuchen im Heu oder auf Anhängern zu schlafen. Der 22jährige Student für Politikwissenschaften Gerhard W. aus Wien: „Leider hab' ich nur mehr einen Platz auf einem Miststreuer gefunden. Wenn es jedoch darum geht, um die Natur zu kämpfen, so nehme ich auch die-

se Strapaze auf mich.“

Dienstag um vier Uhr früh ist Tagwache. Vor der Zentrale der Umweltschützer, einem Bauernhof in Stopfenreuth, treffen die Demonstranten zusammen. Aufgeteilt in Gruppen sollen kurze Zeit später verschiedene Stützpunkte in der Au bezogen werden. Über die normalen Zufahrtswege ist dies seit Sonntag nicht mehr möglich. Alle markanten Einfahrtspunkte sind von Gendarmen abgeriegelt. Die Naturschützer haben aber auch dafür vorgesorgt: Über Schleichwege, die während der Nachtstunden von Spähtrupps ausgekundschaftet wurden, gelangen die jungen Leute durch Gestrüpp und Auwald zu jenen Stützpunkten der Rodungsarbeiter, an denen Materiallager errichtet wurden. Viele Demonstranten verletzen sich bei diesen Gewaltmärschen. Medizinstudenten verarzten ihre Kollegen.

Trotz dieser widrigen Umstände denkt niemand ans Aufgeben.

Gerhard K. (23), Student an der Universität für Bodenkultur in Wien: „Hainburg wird zwar auf Dauer nicht zu verhindern sein. Je länger wir aber durchhalten können, um so stärker wird die Öffentlichkeit darüber informiert, wie es die Politik in unserem Land bestellt ist...“



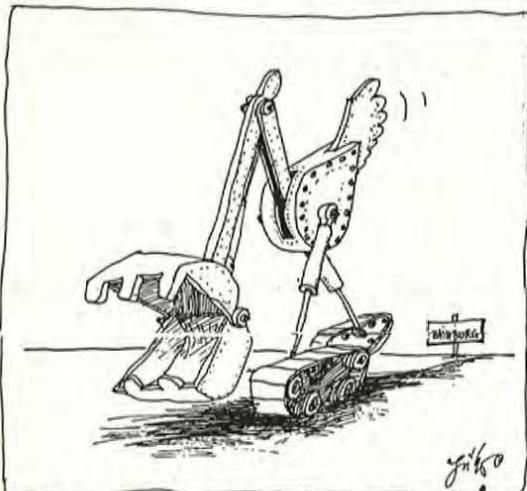
Fotos: Gino Molin

▲ Auf Wacht in der Au: Das Zeltlager der Naturschützer ist auf Privatgrund errichtet und darf daher von der Exekutive nicht betreten werden.

## Die Presse 12. 12. 1984

### Rodung in Hainburg geht weiter

Kraftwerksgegner bei Sinowatz - ÖVP für „Waffenstillstand“ - „Recht muß Recht bleiben“



Der letzte Reiter ...

Karikatur: H. Hütter

WIEN (SN). Die SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung beharrt auf der weiteren Rodung der Donauau in Hainburg, um im Frühjahr 1985 mit dem Bau des Kraftwerks beginnen zu können. Der oppositionellen Volkspartei geht es jetzt um einen „Waffenstillstand“ in der Auseinandersetzung um die Errichtung des Kraftwerks. Dienstag verlangte sie - noch während der Ministerrat tagte - eine friedliche Diskussion über Hainburg, ohne gewaltsame Auseinandersetzung. Eine derartige Diskussion bot Bundeskanzler Fred Sinowatz nach der Regierungssitzung den Betreibern des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“, die gegen den Kraftwerksbau auftreten, für heute, Mittwoch, nachmittag an.

Unter Berufung auf die Regierungserklärung von SPÖ und FPÖ sagte Sinowatz nach dem Ministerrat vor Journalisten, nach der behördlichen Klärung stehe dem Bau von Hainburg nichts mehr im Wege. Die Regierung werde alles tun, um keine Verschärfung der Situation herbeizuführen. Er habe aber kein Verständnis für die Vorgangsweise der Hainburg-Gegner.

Innenminister Karl Blecha bezeichnete das Verhalten der Kraftwerksgegner in Hainburg am Montag

als gesetzwidrig. Das Verhalten der Gendarmerie, die die Demonstranten weggetragen hätten, verteidigte Blecha mit dem Hinweis darauf, die Exekutive habe dafür zu sorgen, daß Recht Recht bleiben müsse. Bundeskanzler Sinowatz ergänzte diese Feststellung Blechas mit der Erklärung, wenn das Recht nicht mehr eingehalten werde, könne man die Republik zusperrern. In Österreich müsse dafür garantiert werden können, daß dem Recht zum Durchbruch verholfen wird. Auch sagte Sinowatz, er werde sich bemühen, daß der Faden zur Jugend, die gegen das Hainburger Projekt ist, nicht abreiße.

Vertreter des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“ zeigten gestern den niederösterreichischen Naturschutz-Landesrat Ernest Brezovszky bei der Staatsanwaltschaft wegen Amtsmissbrauch an. Dem Landesrat wird unter anderem vorgeworfen, bei der Veröffentlichung der Gutachten entscheidende Passagen nicht bekanntgegeben zu haben. Unter anderem kreidet man Brezovszky an, daß er den Satz des Gutachters Professor Steiner, „eine Zerstörung dieser Auen durch den geplanten Kraftwerksbau sei daher jedenfalls ein Naturschutzproblem internationaler Dimension“, nicht veröffentlicht habe.

#### Baubewilligungen fehlen

Für die Errichtung des Donaukraftwerks bei Hainburg gibt es keine Baubewilligungen und auch keine Bauplatzklärung. Die Errichtung des Kraftwerks ist auch in keinem Flächenwidmungsplan enthalten. Zuständig für das baurechtliche Verfahren ist nicht der Bund, zuständig dafür sind die jeweils betroffenen Gemeinden. Unterläßt es ein Bürgermeister, ein baurechtliches Verfahren einzuleiten, macht er sich eines Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig und kann nach Paragraph 302 Strafgesetzbuch angezeigt und verurteilt werden. Bisher gab es bei keinem einzigen Donaukraftwerk derartige baurechtliche Verfahren und deshalb auch keine Baubewilligungen. Theoretisch müßten nun die Kraftwerksbetreiber auch bei den bereits bestehenden Wasserkraftwerken an der Donau um die nachträgliche Baugenehmigung ansuchen und sich diese von den jeweils zuständigen Gemeinden erteilen lassen.

Im Nationalrat sprachen sich die Vertreter aller Parlamentsparteien für eine friedliche Lösung des Konflikts um Hainburg aus.



**Altarm**



**Bärlauch**

## Anzeige gegen Brezovszky

Die Proponenten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens haben gestern, Dienstag, bei der Staatsanwaltschaft Wien gegen den niederösterreichischen SP-Landesrat Ernest Brezovszky Anzeige wegen des Verdachts des Amtsmißbrauchs erstattet. Als Anzeiger scheinen in dem 21 Seiten umfassenden Akt unter anderem der Wiener VP-Stadtrat Jörg Mauthé, VP-Gemeinderat Johannes Hawlik, der frühpensionierte frühere Leiter der niederösterreichischen Naturschutzabteilung Hofrat Erich Czwiernia, Günter Nening, Friedensreich Hundertwasser, die Universitätsprofessoren Rupert Riedl, Friedrich Schaller, Walter Ur, Eifruhe Wendelberger und Gustav Wendelberger auf.

In den Unterlagen zur Anzeige heißt es, Brezovszky stehe „im dringenden Verdacht“, sein Amt „wesentlich mit dem zumindest bedingten Vorsatz mißbraucht zu haben und weiter zu mißbrauchen“, indem er dem Land Niederösterreich das Recht auf gesetzeskonforme Anwendung und Durchsetzung der Bestimmungen des niederösterreichischen Naturschutzgesetzes versage.

In einer ersten Reaktion erklärte Brezovszky in einer Aussendung, er sehe der Klage mit Ruhe und Gelassenheit entgegen.

Bei einer Pressekonferenz des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens

kündigten die Rechtsanwälte Gürtler und Wille gestern an, sich im Namen einiger Grundeigentümer an den Verwaltungs- und den Verfassungsgerichtshof zu wenden. Die entsprechenden Anträge, samt jenen auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung, sollen heute, Mittwoch, eingebracht werden. Es genüge beispielsweise bereits die mögliche Gefährdung von Brunnen.

Einen spektakulären Akt setzte bei der Pressekonferenz der Maler Friedensreich Hundertwasser. Er zerriß vor laufenden Kameras die Urkunde des ihm 1981 zuerkannten Staatspreises.

Der Präsident der österreichischen UNESCO-Kommission, Professor Manfred Wagner, erklärte gestern wegen der Vorfälle und Entscheidungen um Hainburg seinen Rücktritt. Auch der Österreichische Kunstsenat protestierte gegen den Bau des Kraftwerks. Der Wiener Weihbischof Florian Kuntner appellierte an alle am Konflikt Beteiligten, nach Lösungen zu suchen, die gegenseitiges Vertrauen wieder ermöglichen.

Nach Prüfung der dem Innenministerium übergebenen Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens könne das Anti-Hainburg-Volksbegehren nun in der Woche vom 4. bis 11. März 1985 durchgeführt werden. Dies erklärte Innenminister Karl Blecha Dienstag abend.



Photos: „Die Presse“

### DIE HAINBURGGEGNER ERRICHTETEN BLOCKADE UM BLOCKADE

Insgesamt vierzig Barrikaden verhinderten für Gendarmen und Bautrupps jedes Durchkommen.

## Mock ruft zu „Waffenstillstand“ auf

VP-Obmann Mock hat gestern mit tag an beide Seiten appelliert, einen „Waffenstillstand“ zu vereinbaren. Denn: „Jede weitere Konfrontation birgt nur die Gefahr überhitzter Emotionen und eine Eskalation von Gewalttätigkeiten in sich.“ Bundeskanzler Sinowatz möge, so Mock, alle Interessierten zu einer „Hainburg-Konferenz“ einladen. Zu den Gesprächen habe man einige Zeit, da man die sechswöchige Einspruchsfrist ge-

gen das Hainburg-Volksbegehren abwarten könne. Außerdem sei eine rasche Behandlung des Volksbegehrens durch das Parlament zu gewährleisten, forderte der Oppositionschef

Wie Alois Mock weiter feststellte, rufe die Vorgangsweise der Regierung die Behandlung des Volksbegehrens gegen den Bau des Konferenzentrums vor zweieinhalb Jahren in Erinnerung. Damals habe die

Regierung sogar versprochen, das Begehren „mit allem Respekt“ zu behandeln. Doch ehe es im Parlament soweit war, sei mit den Bauarbeiten bereits begonnen worden.

Weniger ausgewogen Wiens VP-Obmann Erhard Busek: Hainburg sei vor allem für junge Menschen längst zu einer grundsätzlichen demokrati-politischen Frage geworden, meinte er. Ihre Bedeutung gehe mittler-

weile „weit über Fragen hinaus wie die Rettung der Au, die Sicherung des Wiener Trinkwassers oder die Energieversorgung“. Die Demokratie könne es sich nicht leisten, vor allem junge Menschen in die innere Emigration zu treiben, „nur weil ein paar Politiker gewaltsam die bestehenden Gesetze nach ihrem Gutdünken auslegen“. Und schließlich appellierte der Wiener VP-Chef an Bundespräsident Kirchschiäger, dieser

möge seinen (angeblichen) Wunsch der Regierung unmißverständlich nahebringen, das Ergebnis des Volksbegehrens abzuwarten.

VP-Umweltsprecher Heinzinger sprach von „rechtswirksamen Rechtsbruch“ des Landesrates Brezovszky und „überfallsartiger Entscheidung“ Minister Haidens. Im übrigen forderte auch er einen „Waffenstillstand“.

## 12.12.1984 Tiroler Tageszeitung

# Schlägerungen in Hainburger Au vorerst verhindert



WIEN (tan). Zu einer dramatischen Zuspitzung der Situation kam es gestern in der Hainburger Au: Gegner des dort geplanten Donaukraftwerkes blockierten durch Barrikaden und Menschenansammlungen sämtliche Zufahrtswege, während die Gendarmerie ihre Einsatzkräfte verstärkte. Damit waren die weiteren Rodungsarbeiten, die zum Wochenbeginn unter erheblichem Widerstand der Kraftwerksgegner aufgenommen worden waren, am gestrigen Tag unmöglich. Zugleich wandten sich die Demonstranten an Bundespräsident Rudolf Kirchschiäger, um sich über die von ihnen behauptete brutale Vorgangsweise der Sicherheitskräfte zu beklagen.

Die tatsächliche Lage auf dem etwa sieben Quadratkilometer großen Gelände bei Stopfenreuth, in dem die ersten Schlägerungen vorgenommen werden sollen,

wurde überwiegend widersprüchlich dargestellt. Sicher ist, daß dort zweitausend bis dreitausend Demonstranten und mindestens zweihundert Gendarmen versammelt waren. Die Exekutive griff jedoch im Unterschied zum Vortag nicht ein. Daher war es den Umweltschützern möglich, Barrikaden zu errichten. Sie verwendeten dazu Balken, Hölzer, Äste und Steine.

Beide Seiten, also die Demonstranten und die Sicherheitskräfte, warfen gestern einander vor, brutal vorzugehen. Die Jugendlichen behaupteten, sie seien von den Beamten der Exekutive getreten und geschlagen worden, einigen der Kraftwerksgegner seien sogar Kopfhare büschelweise ausgerissen worden. Zugleich wiesen sie den Vorwurf, einem Gendarmen sei der Arm gebrochen worden zurück. Dieser Beamte habe sich vielmehr bei

der Beseitigung einer Barrikade selbst eine Verletzung zuzugewogen. In den gestrigen Nachmittagsstunden stellte sich heraus, daß es sich dabei ohnedies nur um eine Prellung handelte.

Inzwischen wurde aus dem Innenministerium bekannt, daß aus der Bundesrepublik Deutschland einige Mitglieder sogenannter K-Gruppen eingereist und in Hainburg eingetroffen sein sollen. Diese Personen, von denen insgesamt zwölf Fahrzeuge benützt werden, gelten als der harte Kern zahlreicher Demonstrationen. Das Personenkomitee des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wies gestern alle diesbezüglichen Behauptungen zurück. Sogar die radikal eingestellten Jugendlichen aus der Jugendszene Wiens seien von den österreichischen Umweltschützern zurückgehalten worden, um ein Eskalieren der Situation zu vermeiden.



*Zwei Fronten: Das Pokerface der Politiker  
und der  
unerschütterliche Optimismus der Aubesetzer.*



Auen haben es wahrscheinlich an sich, daß sie im Sommer sinnlich-schwül, im Winter aber ebenso nervtötend feuchtkalt sind. Jene von Hainburg ist da — Kraftwerk hin, Ausschützer her —, keine Ausnahme. Das ist aber, zumindest bisher, auch schon das Brutalste an der Sache. Die Aubesetzung durch Kraftwerksgegner machte Dienstag eher den Eindruck eines zeitverschobenen Woodstock — make love, not electricity.

Stopfeneuth im feuchten Grauen eines Dezembertages: Rund 150 Kraftwerksgegner schließen sich aus ihren Zellen, in denen sie hier am Rande der kleinen Ortschaft am Nordufer der Donau, die Nacht verbracht haben. Sie sind nicht der Verwegensten: Die — eine Handvoll ist es nur — haben gleich in der Au genächtigt, in Schlafsäcken, zugedeckt mit allem, was zu finden war.

„Geschützt“ wird die Einfahrt in das Rodungsgebiet, das ungefähr nach einem einstündigen Fußmarsch von der Donaubrücke entfernt beginnt. Hier muß der etwa fünfzigköpfige Arbeitertrupp mit seinen Motorsägen durch. Hier ist die „Front“. Um 8.30 Uhr gibt es den ersten Zwischenfall: Als die Gendarmen aufziehen, um den Arbeitern den Weg frei zu machen, werden sie von Demonstranten daran gehindert. Einige Umweltschützer hängen sich an einen Gendarmen, der kommt zu Fall und prellt sich die Hand.

9.30 Uhr: Am Gendarmenposten im verschlafenen Eckartsau, rund acht Kilometer vom Schauplatz des Geschehens, herrscht Riesenaufregung. „Wir sind umzingelt“, sagt ein Beamter in Zivil, „uns bleiben nur zwei Möglichkeiten: Der Rückzug oder der Gummiknüppel. Aber das wird nicht bei uns, sondern in Wien entschieden.“

**Eine idyllische Lichtung**

„Umzingelt“ stimmt in gewissem Sinn. Auf der idyllischen Lichtung in der Au, besagte Fußstunde von der nächsten Straße entfernt, bietet sich tatsächlich ein seltsames Bild: Etwa 200 Gendarmen bilden — Gesicht nach außen — einen Kreis, rundherum etwa 1500 Demonstranten, in der Mitte die 50 Arbeiter mit ihren Kettensägen und Äxten sowie die Journalisten und Fotografen. Wie eine Tangente dazu verläuft der umstrittene Waldweg, durch den die Arbeiter müßten. Er ist durch etwa 30 „Barrikaden“ versperrt — aufgeschichtetes dürres Holz, das die bereitstehende Schraubraupe problemlos beiseite schieben könnte.

Gummiknüppel gibt es nicht, aber die Kälte... Man diskutiert. Ein Demonstrant: „A Blockhaus ist auch Kultur.“ Ein Gendarm: „Ja, aber drinnen wollen sie an Fernseher und Heizung.“ Der Demonstrant: „Na, i net, i tua nie fernsehen.“ Der Gendarm: „Es ist ja das Vorrecht der Jugend, unzufrieden zu sein, aber wenn sie die Nachkriegszeit erleben hätten...“ Die Unterhaltung wird von Gejohle unterbrochen. Ein Trupp hat Verpflegung gebracht. Die Suppe wird in Plastikbechern verteilt, Bananen und Orangen werden ganz einfach in die Menge geworfen. Hinten kracht ein morscher Baum, den einige zum Barrikadenbau abgebrochen haben.

Die Arbeiter in der Mitte haben sich ihre Brote selbst mitgebracht. Auf Diskussionen läßt sich kaum



Konfrontation Gendarmen — Demonstranten: „Darf man im Hällen lernen, Herr Gendarm?“

Lokalausweis in der Hainburger Au

**„Dann hau i mi eben vor die Baumaschin...“**

VON AZ-REDAKTEUR HERBERT LACKNER (TEXT) UND OTTO BARTEL (PHOTOS)



Bauarbeiter ohne Arbeit: Verfolgt von „Aufpassern“

einer von ihnen ein. Die jugoslawischen Gastarbeiter stehen dem Ganzen ohnehin fassungslos gegenüber. Zwei Mädchen kommen durch die poröse Gendarmesperre in die Mitte des Rings und bieten den Arbeitern Tee an. Zuerst zögern sie und nehmen dann doch den Becher: „Wann des so weitergeht, gibts da morgen an Würstelstand.“ Etwas abselbst auf einer Wiese steht ein Ausschützer mit einem Sprechfunkgerät und berät sich mit in den Wäldern verschanzten Gruppen: „Hier Posten drei habts ihr schon was zum Essen kriegt?“

Ein dürrer Kerl mit großem Schlapphut redet auf einen Gendarmen ein: „Wenns da herinfahrts, dann leg i mi am Weg. I hab i schon gestern vor an Traktor gehaut.“ Der Gendarm: „Und wenn die Maschin trotzdem weiterfahrts?“ „Na dann fahrts eben eben über mi drüber.“ Auch die Aussicht auf 3000 Schilling Geldstrafe schreckt den Todesmutigen nicht ab. Da würde er eben die zwei

Wochen Ersatzarrest absitzen, dort für seine Prüfung lernen und „sicher an Eisner kriegen“. Unsichere Frage an den Beamten: „Da kann ma ja des Lemmaterial mitnehmen?“

In der hohen Politik gibt es zur selben kalten Stunde eine Reihe von Stellungnahmen: Die Hochschülerschaft beklagt, daß Demonstranten „auf brutaleste Art und Weise von der Polizei geschlagen und getreten“ wurden. Der Bundesjugendring fordert „Schluß mit Gewalt und Brutalität“. Ein Sprecher der Sicherheitsbehörden erzählt von „unglaublicher Brutalität“ der Demonstranten. VP-Chef Mock fordert einen „sofortigen Waffenstillstand“. Kärntens FP-Obmann Haider (ausgerechnet er!) weiß von „brutalen Polizeiaktionen“. Weihbischof Kuntner sieht „verheerende Schinden in den Herzen junger Menschen“ heraufdämmern.

Aber die waren wahrscheinlich alle bei einer anderen Veranstaltung...



Holz-„Barrikaden“: Leichtes Hindernis

**MANFRED SCHEUCH Man spricht davon**

Wurde dem Innenminister gestern nachmittag vom Nationalrat die Lösung der Quadratur des Kreises aufgetragen? Leicht wird es jedenfalls nicht sein, die Demonstrationen in der Au friedlich zu beenden und gleichzeitig dem Recht der Donaukraftwerke auf den Baubeginn zum Durchbruch zu verhelfen. Trotzdem haben die Volksvertreter von Karl Blecha

**Schwerer Auftrag**

nicht das Unmögliche verlangt. Schon die Einsätze der Gendarmen an den ersten zwei Tagen des Hainburg-Wirbels zeigten, wie sehr man um eine „österreichische Lösung“ bemüht ist, bei der eben nicht am Ende buchstäblich oder symbolisch Geschlagene ihre Verbilligung über einen Staat mit heimnehmen, der nur auf diese Weise das Gesetz zu vollziehen weiß. Auf der an-

deren Seite aber haben die Verantwortlichen auch klargestellt, daß sie nicht bereit sind, den Gang des Rechts auf Dauer durch Demonstranten verhindern zu lassen.

Die von bekannter Seite mit Greuelberichten angeheizten Emotionen erschweren es zweifellos, den Au-Besetzern die Unrechtmäßigkeit ihres Vorgehens klarzumachen. Daß ihr Anspruch, für die Masse der Bevölkerung zu reden, Anmaßung ist, könnte ihnen eine Gegendemonstration der Arbeiter vor Augen führen: Nicht als Ausdruck gewalttätiger Macht, sondern als Hinweis darauf, daß auch eine noch so lautstarke Minderheit der Demokratie nicht ihren Willen aufzwingen darf. Auch dabei wird es darauf ankommen, daß sich alle Beteiligten an das bewährte österreichische Rezept gewaltloser Lösungen halten.

## Krise um Hainburg: Nun Arbeiterdemonstration?

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (red.). Nach einem Zusammenstoß im Morgengrauen mit einem verletzten Gendarmen standen einander den ganzen gestrigen Tag rund 3000 Anti-Hainburg-Demonstranten und etwa 250 Exekutivbeamte in der Stopfenreuther Au abwartend gegenüber. Man will Gespräche, die heute um 14 Uhr bei Bundeskanzler Sinowatz beginnen sollen, abwarten. Innenminister Blecha sprach im Parlament von drohender Anarchie, aber „geringstmöglichem physischem Einsatz“, SP-Klubchef Wille von möglichen Gegendemonstrationen von Arbeitern.

Der Tag hatte unheilverkündend begonnen, da Gendarmen abgetrieben werden sollten und die „Protestierer“ bei einer Barrikade der Aufforderung nicht folgten, Platz zu machen. Beim Handgemenge erlitt ein Gendarm eine Zerrung und Prellung am rechten Oberarm. Dann blieb man aber abwartend einander gegenüber stehen. Die Gendarmen bildeten einen Kordon, „um die Lage im Griff zu haben“, die Hainburg-Gegner blockierten Baufahrzeuge und Rodungstrupps. So blieb es bis zum späten Nachmittag, als die Dunkelheit einfiel.

Überaus hektisch waren die politischen Aktivitäten, Äußerungen und Appelle. Bundeskanzler Sinowatz (nach dem Ministerrat) und Innenminister Blecha (in einer Erklärung vor dem Nationalrat) beharrten auf dem sofortigen rechtmäßigen Baubeginn und auf dem Recht der Kraftwerksbauer. Blecha: Es sei sichergestellt, daß „kein Absturz in den Polizeistaat und kein Versinken in Anarchie“ stattfindet. Und es stehe fest, daß die Demonstrationen ständig eine Reihe von Gesetzen und Verboten mißachten.

Heute, 14 Uhr, sind Exponenten der Hainburg-Gegner bei Bundeskanzler Sinowatz zu Gesprächen eingeladen. Man erhofft sich dabei eine Klärung der Lage. Oppositionschef Mock hatte am Dienstag zu einem Waffenstillstand und einer „Hainburg-Konferenz“ aufgerufen und gemeint, man möge mit Rodungen und Bauarbeiten etwa sechs Wochen warten.

Inzwischen haben die Proponenten des Hainburg-Volksbegehrens gegen Landesrat Brezovszky Anzeige wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs erstattet. Auch wurden für heute Beschwerden beim Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof angekündigt. Dabei wurde „aufschiebende Wirkung“ (also Baustopp) beantragt.

Den spektakulärsten Demonstrationsakt setzte vor Photographen und laufender Kamera der Maler Friedensreich Hundertwasser: Er zerriß die Urkunde, mit der ihm 1981 der Staatspreis zuerkannt worden war, und versprach den damit verbundenen Geldbetrag den Hainburg-Gegnern zu stiften.

## Pattstellung in den Hainburger Auen Nach Tumulten warten Gendarmen ab

Eigenbericht der „Presse“ von ANDREAS SCHWARZ und VERENA KIENAST

STOPFENREUTH. Dramatisch hat sich gestern vormittag die Situation in der Stopfenreuther Au verschärft. Zunächst stellten sich etwa 250 Hainburggegner rund 50 Gendarmen, die einen weiteren Rodungstrupp in die Au bringen wollten, in den Weg. Bei der darauffolgenden Auseinandersetzung wurde ein Gendarm verletzt. Anschließend wurde gleichsam „Waffenstillstand“ geschlossen: Die Protestierer, die im Laufe des Tages durch ganze Busladungen auf 3000 anwuchsen, versperrten weiter die neuralgische Zufahrt, bewacht von etwa 250 Gendarmen, die auf Weisungen aus dem Innenministerium warteten.

Der Morgen hatte überaus hektisch begonnen: Als nach acht Uhr 50 Gendarmen in die Stopfenreuther Au zogen, um ihre Kollegen, die in der Nacht gewacht hatten, abzulösen und um gleichzeitig einen weiteren Rodungstrupp in den Auwald zu schleusen, mußten sie zunächst zwei Barrikaden beiseite räumen. Bei der dritten (von 40) stellten sich ihnen 250 Hainburggegner in den Weg.

Als die Protestierer der Aufforderung, den Weg freizumachen, nicht nachkamen, schritten die Exekutivbeamten ein. Ein Teil des Rodungstrupps gelangte bis zur nächsten Barrikade. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Gendarmen und den Protestierern erlitt ein Gendarm, der 38jährige Revierinspektor Ferdinand Woltran aus Mödling, eine Zerrung und Prellung am rechten Oberarm.

Danach war die Situation festgefahren. Die Hainburggegner hatten den Weg wieder „zurückerobert“, ständig neue Demonstranten – sie wurden unter anderem durch von der Hochschülerschaft organisierte Busfahrten aus Wien herangebracht – kamen hinzu. Die Gendarmrie ließ sich auf keine weiteren Auseinandersetzungen ein, der Rodungstrupp war in zwei Teile zerrissen.



NACHSCHUB FÜR DIE BLOCKIERER

Nun ließen sich die Demonstranten gemüht vor den Baufahrzeugen nieder, blockierten deren Weiterfahrt und diskutierten mit DoKW-Vertretern und Gendarmen. Letztere bildeten einen Kordon, um die Hainburggegner jederzeit im Griff zu haben, warteten darüber hinaus aber ab. „Wir warten auf eine Weisung aus Wien, was jetzt zu geschehen hat“, hieß es auf die Frage, ob eine gewaltsame Auflösung der Demonstration bevorstehe.

Die Gemüter beruhigten sich rasch. „Schaut's, wir haben ja nichts gegen euch persönlich.“ Oder: „Das ist ungesetzlich, daß hier gebaut werden soll.“ So lauteten die häufigsten Argumente, mit denen die Demonstranten gestern versuchten, die Gendarmen zu überzeugen. Zwischendurch hörte man immer wieder lautes Lachen von den buntgemischten Gruppen – zeitweise gesellten sich auch einige wartende Holzfüller dazu. Weniger gelöst war dagegen die Stimmung unter den Vertretern der DoKW, die ungeduldig auf einen Entscheid aus Wien warteten.

Mit Kind und Hund, mit Schlafsack und Zelt kamen ständig neue Demonstranten, um ihre Gesinnungsgenossen zu verstärken. Gegen Mittag wurde die Verpflegung für die Gendarmen und die Holzfüller gebracht – aber auch für so manchen Hainburggegner fielen eine Wurstsammel und ein Becher Tee ab.

Nur einmal wurde der „Waffenstillstand“ unterbrochen, als ein Holzfüllertrupp einen neuerlichen Versuch unternahm, mit der Arbeit zu beginnen. Fünf Bäume wurden umgeschnitten, dann verhinderten die Demonstranten die Fortsetzung der Arbeit. Bis zum späten Nachmittag blieb die Blockade aufrecht, der von der Exekutive offenbar erwartete Einsatzbefehl zur Räumung blieb aus.

Bis zum späten Abend entspannte sich die Situation weitgehend. Gendarmen blieben zwar zur Überwachung im Einsatz, weiterhin in die Au strömende Hainburggegner sowie Verpflegung und Decken für die Besetzer ließ man jedoch passieren.

## Wo der Spaß aufhört

VON DIETER LENHARDT

Seit zwei Tagen wird in der Hainburger Au eine ganz traurige Farce gegeben: Gewaltloser Widerstand mit Gewalt, Widerstandsrecht wider das Recht, Hetz- und Verhetzung bunt gemischt, grüner Fanatismus, gepaart mit kaum verhülltem Studentenwahlkampf. Dem allen gegenüber ziehen mehr Gendarmen auf, als man in einem friedlichen Land gerne auf einem Fleck sieht. Die Staatsgewalt wehrt sich zwar waffenlos, aber immerhin in Uniform und letztlich mit vollem Ernst. Sie hat nämlich keine andere Wahl, sie beschlösse denn ihre Kapitulation.

So hat sich der Spaß aufgehört. Nur ein Bruder Leichtfuß kann die Konfrontation noch ins Lächerliche ziehen.

Die Vorgeschichte darf als bekannt gelten. Außerdem sei zugestanden, daß unter den „Widerständlern“ viele verschrobene Leute sind, die das Rechte zu

tun und für eine heilige Sache zu kämpfen glauben. Und schließlich muß auch einmal gesagt sein, daß Landesrat Brezovszky, mit seinen rechtsgültigen Entscheidungen das Hauptziel der Au-Fanatiker, eine provokant unglückliche Figur abgibt.

Aber was rechtfertigt das? Wen berechtigt das, ein Wort wie „Widerstandsrecht“ in den Mund zu nehmen? Was das Gefasel von „gewaltfreiem Widerstand“ in der Hainburger Praxis bedeutet, nämlich Barrikadenbau und aufreizender Widerstand gegen die Exekutive, sieht jeder „Zeit im Bild“-Seher. Was bedeutet „gewaltfrei“? Daß ich mich in die Haustür des Nachbarn aufpflanzen darf und er sein Haus nur betreten kann, wenn er Hand an mich legt oder legen läßt? Und daß ich, indem ich auf der Schwelle wie ein jähzorniges Kind trete, stoße, beiße und kratze, Wortfetzen wie „unbeschreib-

liche Brutalität“ den verblüfften Vertretern des Rechts ins Gesicht schleudere?

Weil sich zwar das Recht auf seiten der Donaukraftwerke versammelt hat, jedoch noch immer gewisse Verfahren und letzte Stoppversuche im juristischen wie im politischen Gelände laufen, ist die Beurteilung dann heikel, wenn bereits Bauarbeiten beginnen (weil sie beginnen dürfen). Solches läßt sich nicht mehr rückgängig machen. Nur können die Kraftwerke nachweisen, warum ihnen die Zeit davonläuft. Die „Widerständler“ hingegen können nicht nachweisen, warum sie das startbereite Volksgehren seit genau einem halben Jahr verschleppen haben. Ihre ethische Antwort wäre: Weil die Konfrontation gesucht und ersehnt wurde. Wer nun auf „Waffenstillstand“ und „Zeitgewinn“ setzt, übersieht, daß die Au-Fanatiker sich geschworen haben,

zu allen Zeiten und mit allen Mitteln diesen Bau zu bekämpfen und irgendwie zu verhindern.

Es ist einem wirklich zu dumm, mit rechtswissenschaftlichem Ernst zu beweisen, warum das Recht auf Widerstand gegen positives Recht und Staatsautorität und Rechtsstaat in diesem Fall nicht einmal diskutiert zu werden braucht. Eher erinnert man sich, daß wir immer noch das Jahr 1984 schreiben, das auch Titel jenes Romans ist, in dem gezielt Begriffe vertauscht, Frieden für Krieg und Liebe für Haß eingesetzt und verordnet werden. Newspeak (Neusprech) als Gehirnwäsche und -verdrehung: Gewaltlosigkeit steht in der Au für veritable Gewalt, klares Unrecht für eine erdichtete Art höheren Rechts, eine mit riesigem, auch ausländischem Hetzaufwand mobilisierte winzige Minderheit maß sich an, ein ganzes Volk zu bevormunden.

Und trotzdem ließe sich einige Geduld üben angesichts der lähmenden Aufgabe, geradewegs für Law and Order eintreten zu müssen. Wenn nur die Wemms nicht wären: Wenn nicht abermals Grenzen zwischen Recht und Unrecht zu verschwimmen drohten; wenn andernfalls nicht das Prinzip des Fanatismus samt Scheuklappen triumphierte; und wenn nicht gerade durch eine läßliche Behandlung derartiger Außenseiter der in der schweigenden Mehrheit schlummernde reaktionäre Instinkt geweckt und Massenwut auf Minderheiten aufgestaut würde. Denn das Au-Theater ist zwar eine Farce, aber immerhin ein Lehrstück, wie keimende Toleranz wieder erstickt werden kann.



**Donauufer**



**Neue Siedler**

# **Mittwoch, 12. Dezember**

*Aufbau der Lager*

*Zwei- bis dreitausend Aubesetzer*

*Start der Verhandlungen zwischen Kanzler  
Sinowatz und Vertretern der Ausschützer*

*Friedensgarantie bis Sonntag 24.00 Uhr*

# Gendarmen protestieren: „Wir werden verheizt!“



- 4000 Naturschützern gelang der Baustopp
- Fakultäten demonstrieren auch vor der Oper

Hainburger Au, Mittwoch mittag: 4000 friedliche Naturschützer – auch schon aus anderen Bundesländern – wenig Gendarmerie und ein Stopp der Bauarbeiten. Lagerfeuer, Gitarre. Dann ein Knalleffekt in der KURIER-Redaktion: Eine Viermanddelegation

der Gendarmerie bedauert den Einsatz der Kollegen gegen die Demonstranten. Ein Großteil der Gendarmen aus den Bezirken Bruck an der Leitha, Gänserndorf und Mödling erklärte sich mit der Aktion des Innenministeriums nicht einverstanden!

Wörtlich: „Die Gendarmerie wird in den Krieg geschickt und verheizt. Es schaut aus wie in einem Bürgerkrieg. Unser Ruf als ‚Freund und Helfer‘ wird zerstört.“ Die Politiker sollten zuerst das Volksbegehren abwarten. Der Protest wurde beim Fachausschuß der Gendarmerie deponiert. Die Gewerkschaft tagte bereits nachmittags. Oberst Johann Kozler, Chef des Landesgendarmeriekommandos, zeigte sich verstört: „Ich höre davon das erstmal.“

Drunt' in der Au sitzen mittlerweile Gendarmen wie Demonstranten bei Tee und Jause. Ein Uniformierter: „Hätt' ich die Jack'n net an, wär' ich auf eurer Seite. Als Bub bin ich selbst in die Au gegangen und hab' mit dem Feldstecher

Hirschen g'schaut.“ Einige Aurette trinken das klare, von Wurzeln gefilterte Wasser. Plötzlich ein Ruf durchs Megaphon, als DOKW-Arbeiter näherkommen: „Bitte um Begleitung, damit sich die Herren nicht alleine fühlen.“ Dutzende Naturschützer folgen ihnen, verwickeln sie in Diskussionen



KURIER-Bilder: Gerhard Sokol

Viele Naturschützer nächtigen in der Au. Warme Kleidung, Decken und Strohsäcke sind notwendig



Auch der KURIER ist selbstverständlich dabei

über die Schönheit des Augenblicks.

Ein praktischer Arzt aus Wien hält eine Notfalltasche für Erkrankte bereit. Auf einem Kleinbus prangt ein weißes Leintuch mit dem roten Kreuz: Das Auto für Verpflegung, Decken, Verbandszeug.

Zwar gab es Mittwoch keine Verletzten, aber noch in der Nacht provozierte die Besetzung eines Funkstreifenwagens im Gegensatz zu vielen Kollegen einen Zwischenfall: Mit eingeschaltetem Blaulicht und Folgetonhorn verfolgten die Beamten einige Demonstranten, ein Gendarm sprang aus dem Wagen, schlug einen Studenten mit einem Gummiknüppel nieder und raste mit dem Auto wieder davon.

„Wenn uns Gendarmen wieder abschleppen wollen“,

meint einer der Naturschützer, überreichen wir ihnen rosa Nelken.“ Sie liegen bei der Verpflegungsstelle bereit. Dort langen ständig Lebensmittel und Decken ein. Die Hochschülerschaft Tirols hat Mittwoch 6000 Flugzettel verteilt und ruft um Sachspenden auf. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren in Vorarlberg schickt Eßpakete in die Au. Und an der Uni Wien wird rigoros gestreikt.

Bei der Oper gab es Mittwoch nachmittags eine Solidaritätskundgebung; alle Fakultäten waren daran beteiligt.

Dem kuriosen Aufruf der DOKW, Holz gratis in der Au zu schlägern, ist Mittwoch übrigens kein einziger Einwohner Engelhartstettens gefolgt.

FRIEDRICH BABITSCH,  
FRANZ EDER,  
CHRISTIAN PURKHARD ■

# Regierung bietet der Au eine Galgenfrist



Bilder: Kristian Bissut

Und dennoch: Handdruck zwischen Sinowatz und Nennung

Zu Beginn der Verhandlungen zwischen Regierung und den Vertretern der Hainburg-Gegner gab sich Günther Nennung illusionslos, aber kämpferisch: „Noch heute nacht“, formulierte das rot-grüne Aushängeschild des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, „wird in der Au geschlägert.“

Bestenfalls eine Stunde Verhandlungsdauer erwartete er um 18 Uhr, als er mit einer 16köpfigen Delegation im Parlament eintraf – und für unmittelbar danach eine Konfrontation in der derzeit meist umkämpften Au Europas vorhersagte.

Nachrichten davon platzten denn auch in die mehrfach unterbrochene Sitzung, die schließlich bis in die frühen Morgenstunden dauern sollte.

Die Positionen der beiden Verhandlungspartner waren schon vor der erstmaligen Aussprache zwischen Regierung und den Hainburg-Gegnern festgelegt:

Die Regierung wollte ein Nachgeben der Au-Besetzer erwirken und wies darauf hin, daß sie sich weder inländischem und schon gar nicht ausländischem Druck beugen werde.

Nennung und die Seinen wollten erreichen, daß mit der Rodung der 1,2 Millionen Bäume bis zur parlamentarischen Behandlung des eingehaltenen Konrad-Lorenz-Volksbegehrens zugewartet werde. Das Volksbegehren liegt vom 4. bis 11. März 1985 in allen österreichischen Gemeinden zur Unterschrift auf.

Beide Seiten rangen um einen Kompromiß, der wenigstens weitere Eskalationen vermeiden sollte. Schon vormittags hatte der Obmann der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, Josef Hesoun, gemeint: „Was wir jetzt brauchen, ist alles, nur keine Eskalation.“

Goodwill auch auf der anderen Seite: Für die von Einkommensverlusten bedrohten Akkordarbeiter in der Au richtete das Konrad-Lorenz-Volksbegehren ein Solidaritätskonto bei der BAWAG ein: Aus dem Konto 100 10/671/006 werden den Arbeitern Verdienstentgänge ersetzt.

Je später die Stunde, desto geringer die Hoffnung auf Einigung. Kurz vor Mitternacht trat Freda Meissner-Blau (Hainburg-Aktivistin) aus dem

Verhandlungsraum und sagte: „Ich habe nur eine einzige gute Nachricht. Daß uns nämlich die Bevölkerung von Stopfenreuth heute 35.000 Schilling gespendet hat.“

Der Kompromiß, den die Regierung anbot, lautete: Aufschub aller Rodungsarbeiten bis Samstag. Dafür ab sofort permanente Verhandlungen und Einbeziehung der Grünen in eine Art Kontrolle bei den Rodungsarbeiten. Im Gegenzug sollen die Grünen garantieren, daß sie komplett abziehen würden. Eine unüberwindbare Hürde für Nennung, wie es schien. Den kompletten Abzug fordern vor allem die Gewerkschafter.

HERWIG SCHMIDL,  
CONRAD SEIDL,  
HUBERT WACHTER ■

Sinowatz machte den Kraftwerksgegnern zwei Angebote

# Dramatische Verhandlungen um die Hainburg-Blockade

WIEN (AZ). Dramatik und Spannung kennzeichneten Mittwoch die Auseinandersetzung um das geplante Kraftwerk Hainburg: Während in der Au selbst die Besetzung durch Kraftwerksgegner andauerte, traf Bundeskanzler Sinowatz am Abend an der Spitze einer Regierungsabordnung mit Vertretern der Kraftwerksgegner zusammen. Die Aussprache dauerte bei Redaktionsschluss noch an.

Bundeskanzler Sinowatz unterbreitete den Kraftwerksgegnern unter Führung von Günther Nennig zwei Angebote, verläutet von den hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen: Die Hainburg-Gegner sollten das Recht bekommen, Personen zu nominieren, die Mitglieder der begleit-

den Kontrolle über die Erfüllung der Umweltauflagen werden sollen; außerdem soll eine ständige Gesprächsbasis zwischen Regierung und Umweltschützern über Umweltpolitik aufrechterhalten werden. Beides wurde vorerst abgelehnt.

Pospischil: Brezovszkys Entscheid korrekt

## Hainburg: Kampagne schadet Demokratie

NIEDERÖSTERREICH (AZ). „Die Entscheidung für den Kraftwerksbau bei Hainburg fiel nach Recht und Gesetz. Landesrat Brezovszky hat korrekt gehandelt. Daran können auch noch so viele Falschmeldungen und unwahre Behauptungen nichts ändern“, stellte gestern Zweiter Landtagspräsident Karl Pospischil fest.

Klare Worte fand Landtagspräsident Pospischil auch für die Medienkampagne wegen Hainburg: „Die Eskalation der Auseinandersetzung um den Kraftwerksbau haben eindeutig manche Medien, besonders aber eine Tageszeitung, zu verantworten. Es stellt sich da die Frage, ob die Inhaber oder die Herausgeber auch tatsächlich bereit und imstande sein werden, die Verantwortung für weitere Vorfälle zu tragen“, sagte Pospischil. Es gehe schließlich hier

nicht nur darum, daß Landesrat Brezovszky, der korrekt gehandelt habe, in einer geradezu abscheulichen Art und Weise vernichtet werden solle, sondern auch um die Tatsache, daß mit dieser Kampagne der Demokratie schwerster Schaden zugefügt werde. Rechtliche Entscheidungen müßten Recht bleiben, wolle man nicht dem Rechtsbruch, wie er derzeit von den Aubesetzern begangen werde, Tür und Tor öffnen, stellte Pospischil fest.

Karl Wendt fragte Naturschützer: Warum sind Sie in die Au gekommen? Wieso haben Sie Zeit für den Protest?



◀ **Manfred Kment** (31), Gastwirt aus Wien: „Ich habe Verwandte gebeten, mich für einen Tag im Lokal zu vertreten, um Zeit zu haben, die Naturschützer zu unterstützen. Es ist sagenhaft, wie engagiert die Leute sind. Eigentlich sollte jeder Österreicher in die Au kommen.“ ▶



◀ **Dr. Reinhard Kikinger** (36), Zoologisches Institut der Universität Wien: „Meine Kollegen vom Institut und ich haben heute in der Früh spontan beschlossen, in die Au zu fahren. Es ist momentan vorlesungsfrei. Diese Verordnung wurde von der österreichischen Hochschülerenschaft durchgesetzt.“ ▶



◀ **Dr. Irene Lichtscheidl-Schultz** (29), Assistentin am Institut für Pflanzenphysiologie der Universität Wien: „Ich habe mir heute einen halben Tag freigenommen, um mich in der Au umzusehen. Ehrlich, ich bin begeistert, daß so viele Leute gekommen sind, um diese Sache zu unterstützen.“ ▶

Prof. Rupert Riedl, Vorstand des Zoologischen Institutes: „Wir sind alle weit davon entfernt, uns nur deshalb hier in der Au aufzuhalten, weil wir nichts anderes zu tun haben. Ich finde es ausgesprochen wichtig, denn Hainburg ist ein Symbol dafür, was noch alles auf uns zukommen wird.“ ▶



**Michael Landesmann** (23), Student der Volkswirtschaftslehre: „Seit drei Tagen bin ich schon hier. Warum ich Zeit habe? Vergangene Woche bestand ich die letzten Prüfungen für dieses Semester. Anstatt irgendwo auf der faulen Haut zu liegen, engagiere ich mich lieber für eine gute Sache.“ ▶



**Jutta Makowitsch** (30), Angestellte und Mutter zweier Kinder: „Ich betreue in einem Zentrum und privat eine größere Gruppe von Kindern, habe flexible Arbeitszeit und konnte deshalb in die Au kommen. Es ist das erstmal, daß ich hier bin, und ich bin begeistert von der Schönheit der Landschaft.“ ▶



## Sinowatz bremst Gewerkschafter

Wien. — Um eine gefährliche Konfrontation zwischen Gegnern und Befürwortern des Kraftwerks Hainburg in den Auwäldern zu vermeiden, haben gestern Kanzler Sinowatz und Minister Blecha SPÖ-Gewerkschafter gebremst: Kommenden Montag werden Arbeiter und Betriebsräte nicht wie geplant in der Hainburger Au aufmarschieren, sondern zunächst „im Saal“ demonstrieren.

Das ist das Ergebnis einer Vorsprache von Betriebsräten jener Firmen, die beim Bau von Hainburg engagiert sind, beim Regierungschef. Sinowatz und Blecha appellierten an die SP-Gewerkschafter, „nichts zu unternehmen, was die angespannte Situation verschärfen könnte“, billigten allerdings die Anliegen der Arbeiter, wonach „laut geltendem Recht mit dem Bau von Hainburg begonnen werden kann“. Die Demonstration der SP-Gewerkschafter wird jetzt kommenden Montag um 9 Uhr vormittags im Arbeiterkammersaal von Hainburg stattfinden. Das ist am gegenüberliegenden Donauufer und rund drei Kilometer von jenen Anti-Hainburg-Demonstranten entfernt, die die Au besetzt halten.

VON PETER GNAM

Ob es bei Arbeiterdemonstrationen im Saale bleibt, ist angesichts des hinhaltenden Widerstandes der

Kraftwerksgegner allerdings fraglich. SPÖ-Klubobmann Wille gestern zur „Kronen Zeitung“: „Diesmal werden es auf Wunsch des Kanzlers nur ein paar hundert Demonstranten sein. Kommen wollten aber viel mehr. Jetzt wird man sehen, wie das weitergeht.“ Kanzler Sinowatz ergänzte, daß natürlich auch die Gewerkschafter für ihre Anliegen demonstrieren dürften.

Unterdessen nimmt sich auch das Ausland in Form von Zeitungsberichten der „Tumulte in den Donauauen“ an. Hainburg macht sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz Schlagzeilen. Der Berichtserstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ verweist insbesondere darauf, daß es in allen Parlamentsparteien Befürworter und Gegner von Hainburg gibt. Resümee der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Die Vorgänge um Hainburg werden den Grünen in Österreich weiteren Auftrieb geben.“

70jährige Demonstrantin bei Schlägerei mit Gendarmen verletzt

## Jetzt sind schon mehrere Tausend Naturschützer in Hainburger Au!

Immer mehr Naturschützer kommen in die Hainburger Au. Dr. Karl Wimmer von der Niederösterreichischen Sicherheitsdirektion zur „Krone“: „Es dürften etwa 1000 bis 2000 Demonstranten in der Au sein, die Zahl kann aber auch höher liegen.“ Die Leute kommen aus allen Bundesländern mit Bussen, per Bahn oder mit dem Privatwagen, um die bedrohten Bäume zu retten.

Die Zahl der Demonstranten ist deshalb so schwer anzugeben, weil das Gebiet, in dem sich die Leute aufhalten, sehr groß ist. Vertreter der Naturschützer sprachen Mittwoch sogar schon von 5000 Demonstranten. Unter den Naturschützern befinden sich hauptsächlich Studenten, die nach den Vorlesungen nach Stopfenreuth fahren,

VON PETER GROTTNER

aber auch Angestellte, die dienstfrei haben. Der Zustrom von Studenten war am Mittwoch so groß, daß die Hochschülerschaft zusätzliche Busse anfordern mußte, um alle Naturschützer in die Au bringen zu können.

Auf der Brücke in Stopfenreuth kam es Mittwoch kurz vor 19 Uhr zu einer Auseinandersetzung zwischen der Gendarmerie und den Naturschützern. Dabei wurde die 70jährige Loremarie Schönburg aus Biedermannsdorf (NO) zu Boden gestoßen und ihrer Aussage nach von einem Beamten mit dem Stiefel in die Brust getreten. Die Frau mußte mit drei gebrochenen Rippen und einem vermulchten Brustbeinbruch ins Krankenhaus Hainburg eingeliefert werden.



Die zur Schlägerei bestimmten Bäume sind schon markiert ...

## Die Presse 13. 12. 1984

### Bundeskanzler bremst Bauarbeiter: Gegendemonstration nicht sinnvoll

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (red.). Stundenlang verhandelten gestern nacht die Regierung unter Führung von Bundeskanzler Sinowatz und Gegner des Kraftwerksbaus in Hainburg im Parlament um einen Kompromiß. Die Regierung bot den Kraftwerksgegnern vor allem Kontrollmöglichkeiten an, damit sie sich von der Einhaltung der Umweltschutzmaßnahmen überzeugen könnten. Diesen Vorschlag lehnten die Kraftwerksgegner zunächst als unakzeptabel ab. Um 21 Uhr zogen sich die Verhandlungspartner nach dreistündiger, in emotional aufgeheizter Stimmung geführten Diskussionen zu Beratungen zurück. Man sprach von einem 48stündigen Aufschub der Rodungsarbeiten, wenn sich gleichzeitig die Besitzer der Stopfenreuther Au zurückziehen; in dieser Zeit sollte dann ohne Zeitdruck weiterverhandelt werden.

Die Lage an einer der „Fronten“ in der Stopfenreuther Au hatte sich indessen schon vor Beginn der Gespräche im Parlament am Mittwoch mittag entschärft: Nach Verhandlungen zwischen Sinowatz

und Innenminister Blecha einerseits und maßgeblichen Arbeitnehmervertretern andererseits wurde das Vorhaben storniert, „mehrere zehntausend Demonstranten aus Betrieben“ in die Au ziehen zu lassen. Der Bundeskanzler versicherte den Betriebsräten, das Kraftwerk werde gebaut, und auch ein wesentlicher Aufschub des Baus komme nicht in Frage. Nun werden Arbeitnehmer (vor allem aus der Umgebung Hainburgs selbst) voraussichtlich am kommenden Montag in einer Halle des Städtchens an der Donau eine Kundgebung veranstalten.

Auch einer Delegation von Betriebsräten der am Kraftwerksbau beteiligten Firmen erklärte der Kanzler, er halte die von Gewerkschaftsseite geplante Großdemonstration für „derzeit nicht sinnvoll“. Gleichfalls am Mittwoch betonte das Präsidium des ÖGB: „Die Blockade des Baubeginns des Donaukraftwerkes ist ein Rechtsbruch, der von niemandem geduldet werden kann.“ Die Bauentscheidung sei auf rechtmäßigem Weg getroffen worden. „Ein Protest gegen diese Entscheidung darf

nicht dazu führen“, heißt es weiter in der ÖGB-Präsidiumserklärung, „daß unter Mitwirkung ausländischer Gruppen österreichische Gesetze verletzt und in die Rechte anderer eingegriffen wird.“

Ausdrücklich warnte der Gewerkschaftsbund vor einer Entwicklung, die dazu führen könne, daß Gewalt mit Gegengewalt beantwortet würde. Dies könnte „schwere Gefahren für die Demokratie“ mit sich bringen.

Verteidigungsminister Frischenschlager hat in einer Diskussion in Salzburg einen Einsatz des Bundesheeres in der Hainburger Au als „so irrational und absurd“ bezeichnet, „daß ich mich dazu eigentlich gar nicht äußern muß“.

Ausdrückliche Unterstützungserklärungen für den Bau der Donaustufe Hainburg kamen gestern von Vorstand und Aufsichtsrat der VOEST: Es werde auch in Zukunft die Stärkung der industriellen Basis Österreichs durch eine ausreichende Versorgung mit billiger und umweltfreundlicher Energie notwendig sein.

### Brezovszky schlägt zurück Drohungen schon im April

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (ewi). Die derzeitige Hainburg-Konfrontation ist Niederösterreichs Naturschutzlandesrat Ernest Brezovszky schon vor einem halben Jahr angekündigt worden. Am 12. April und dann noch einmal im Sommer waren die Initiatoren des Volksbegehrens bei ihm. „Sie haben mir angedroht, daß sie bei einem positiven Bescheid Anzeige wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt erstatten werden“, sagt Brezovszky im Gespräch mit der „Presse“, „sie haben Proteste aus der Schweiz, die Aktionen des schweizerischen Redakteurs Franz Weber und einen internationalen Skandal angekündigt.“

Er würde auch heute noch den gleichen Bescheid ausstellen und die gleiche Begründung vortragen, erklärte Brezovszky. „Ich habe alles so gemacht, wie es das Gesetz befiehlt.“ Der SP-Politiker beruft sich dabei auf Landtag und Landesregierung, die voll hinter seinem Bescheid stünden. Zu den Vorwürfen von VP-Generalsekretär Michael Graff, er habe gesetzeswidrig gehandelt, meinte der

Landesrat nur kurz: „An seiner Stelle würde ich nicht den Mund so voll nehmen.“ Graff sage viel, und das gehöre eben zur politischen Auseinandersetzung.

Er erhalte täglich zahlreiche Briefe, in denen ihm Anerkennung und Lob für seinen „mutigen Schritt“ ausgesprochen werden, auch von VP-Bürgermeistern. Aber auch Drohungen seien an der Tagesordnung. „Für jeden Hainburg-Baum ein Politiker-Kopf“, heißt es beispielsweise in einem anonymen Schreiben.

Jedoch: „Ich bin hart im Nehmen, ich habe in meiner Jugend geboxt.“ Nun werde er von seinen Möglichkeiten und seinem Wissen „Schritt um Schritt Gebrauch machen“ und „Schlag auf Schlag auf all diese Dinge antworten“. Den ORF jedoch will Brezovszky, nach reiflicher Überlegung, nicht voll attackieren (er überlegte eine Beschwerde bei der Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes), obwohl er vor allem die TV-Berichterstattung über seine einhalbstündige Pressekonferenz als „un glaubliche Manipulation und Skandal“ empfunden habe.

**Wird Hainburg zu einem österreichischen Brokdorf?**

Naturerschützer demonstrieren gegen das Donaukraftwerk / Wiener Befürchtungen / Von Hanni Konitzer

WIEN, 12. Dezember. Dreitausend Naturschützer haben sich seit dem vergangenen Wochenende in den Donauauen östlich von Wien „niedergelassen“, um durch passiven Widerstand die vorgesehene Rodung des Auwaldes für den von der Wiener Regierung genehmigten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg zu verhindern. Die Demonstranten, von denen nach Angaben der österreichischen Sicherheitsbehörden größere Gruppen aus dem Ausland, vor allem aus dem Lager der bundesdeutschen Grünen stammen, blockieren die Zufahrtsweg in die Au, indem sie Holzbarrikaden aufgestellt haben. Einige von ihnen haben sich vor die Räder der großen Baufahrzeuge gelegt, so daß diese nicht weiterfahren können. Nachts kampieren viele der Umweltschützer an Lagerfeuern, was in den nördlichen Dezembernächten mehr unangenehm als romantisch ist.

Am Montag und Dienstag dieser Woche hatten sich die zuletzt jugendlichen Gegner des Hainburger Kraftwerksbaus den provokanten, nicht ungefährlichen „Spaß“ geleistet, an die fünfzig unbewaffnete Gendarmen geradezu generalstabsmäßig durch einen dichten dreifachen Cordon liegender, hockender und stehender Demonstranten so einzuschließen, daß die Gendarmenbesamten einen Tag und eine Nacht lang keinerlei Kontakt zu ihren Kollegen und zur Außenwelt hatten, aber auch keinerlei Versorgung erhielten. Da der Wiener Regierung sehr daran gelegen ist, daß es nicht zu Gewalttätigkeiten zwischen den zum Teil militanten Umweltschützern, den Sicherheitsorganen sowie den Holzfüllern und Bauarbeitern kommt, haben

die Behörden geduldig gewartet, bis die Demonstranten ihren Sperrriegel um die eingeschlossenen Beamten freiwillig wieder öffneten. Im österreichischen Innenministerium wertet man jedoch diese Einschließungstaktik als Beweis dafür, daß die Protestaktionen in der Hainburger Au von langer Hand vorbereitet sind und daß sie nicht nur von „harmlosen“ Naturschützern betrieben werden. „Wir wissen, daß bundesdeutsche K-Leute hier mitmischen“, sagte ein österreichischer Regierungspolitiker.

Nach wird von beiden Seiten das Gespräch gesucht. Die Atmosphäre in den Donauauen ist bisher um vieles auflockert und besser, als es bei den bundesdeutschen Konfrontationen mit Umweltschützern in Brokdorf oder in Frankfurt beim Bau der Startbahn II der Fall war. Aber so mancher verantwortliche Politiker in Wien ist besorgt, daß Hainburg zu einem österreichischen Brokdorf werden könnte. Für Mittwochabend war im Parlament in Wien eine Unterredung zwischen Bundeskanzler Sinowatz und einer Delegation der Kraftwerksgegner vorgesehen. Man hofft noch auf eine „österreichische Lösung“, worunter man einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiß versteht. Wie ein solcher aussehen könnte, ist allerdings schwer vorstellbar.

Die sozialistische-freihheitliche Koalitionregierung hat schon in ihrem Regierungsprogramm den Bau des Großkraftwerkes Hainburg beschlossen und will dieses Bauvorhaben jetzt rasch in Angriff nehmen. Die Regierung verweist darauf, daß Wasserkraft die billigste und umweltfreundlichste Energie ist

und daß Österreich wegen seines Verzichts auf Kernkraft-Nutzung auf seine Wasserkraft besonders angewiesen sei. Seit kurzem ist nun die Baugenehmigung für Hainburg — mit mehr als 300 Bauauflagen zum Schutz der Umwelt — erteilt. Der Bauherr, die Donaukraftwerke AG, hat daraufhin den Auftrag gegeben, in dieser Woche mit den Schlägereien des Auwaldes zu beginnen.

Naturschützer in ganz Europa versuchen schon seit Jahren, das Hainburger Kraftwerksprojekt zu verhindern. Ihnen geht es darum, das letzte geschlossene Auwaldgebiet in Mitteleuropa, die „Stopenreuther Au“ bei Hainburg, vor einer teilweisen Zerstörung durch die Technik zu retten. Sie finden es unbegreiflich und ungerecht, daß die Regierung schon jetzt den Baubeginn des Kraftwerks erlaubt hat, also durch die Rodungen vollendete Tatsachen im Auwald schaffen läßt, obwohl erst Anfang März nächsten Jahres in Österreich ein Volksbegehren gegen den Bau von Hainburg stattfindet. Die Regierung entgegnet, die Initiatoren des „Konrad-Lorenz-Volksbegehrens“ zur Rettung der Hainburger Donauauen hätten diese Aktion schon vor Monaten starten können, statt dessen hätten sie sich betont lange Zeit gelassen.

Rund zehn Prozent des Waldes der „Stopenreuther Au“ — etwa 1,2 Millionen Blüme und Bäumchen — sollen dem Kraftwerksbau weichen. Die längerfristigen Folgen des Kraftwerks auf die Tier- und Pflanzenwelt sowie auf den Wasserhaushalt der verbleibenden Auenlandschaft werden von Zoologen, Biologen und Hydrologen widersprüchlich beurteilt. Die einen sagen, das

Kraftwerk werde letztlich die gesamte Au auf das schwerste schädigen, andere wiederum halten den Kraftwerksbau unter bestimmten Auflagen geradezu für notwendig, um die durch bestehenden Donaukraftwerke entstandenen Veränderungen im Flußbett auszugleichen und einer späteren Austrocknung der Au vorzubeugen. Diese widersprüchlichen Gutachten verwirren. Dazu kommt, daß sich einige prominente Gutachter empört darüber beschwerten, daß der niederösterreichische Landesrat für Naturschutz, Brezovszky, bei der Auswertung ihrer Expertisen gewisse Manipulationen vorgenommen habe. Negative Stellungnahmen zu Hainburg seien von ihm letztlich als positiv dargestellt worden. Ein Wiener Universitätsprofessor hat deswegen sogar Anzeige gegen Brezovszky erstattet.

Bundeskanzler Sinowatz sagt, die Regierung wünsche keine Eskalation der Konfrontationen um Hainburg. Aber Recht müsse Recht bleiben, und das Kraftwerk werde gebaut. Was sich in den Hainburger Donauauen abspiele, sei keine friedliche Demonstration, sondern eine ungesetzliche Belagerung und Besetzung. Der Regierungschef hebt hervor, Österreich lasse sich eine Einmischung von außen in den Fall Hainburg nicht gefallen. Ausländer hätten bei den Protestaktionen nichts zu suchen. Die Baubewilligung für Hainburg lege vor, sollte es nicht möglich sein, einen auf korrektem Wege zustande gekommenen Plan zu realisieren, dann ließe sich überhaupt nichts mehr bauen und man müsse „ganz Österreich zusperrn“, sagt Sinowatz.

13.12.1984 **Tiroler Tageszeitung****Friedliche Besetzung der Hainburger Au: Die Ruhe täuscht**

STOPFENREUTH/HAINBURG (tan). „Haben die Herren schon eine Begleitung?“ rief ein Mädchen mit zarter Stimme durch das Megaphon, als neuerlich einige Forstarbeiter auf die Barrikaden in der Hainburg Au zuzogen. Natürlich blieben die Holzfüller nicht lange ohne grün-alternativen Begleitschutz. Und so stellte sich gestern auch die Situation in der Hainburger Au dar, in der bekanntlich mehrere hundert Umweltschützer durch Menschenansammlungen und Barrikaden seit drei Tagen gegen den rechtmäßig möglichen Baubeginn am geplanten Donaukraftwerk Hainburg protestieren: Herrliches Wetter, strahlender Sonnenschein, das Wasser in den Seitennärrnen der Donau ist bereits mit einer dünnen Eisschicht bedeckt, die während des Tages noch schmilzt, und vor allem unberührte Natur und Stille. In dieser landschaftlichen Szene bewegten sich gestern scheinbar ziellos umherwandernd mehrere Gruppen von Spaziergängern. In ihrer Mitte zur Unützigkeit verurteilte Bau- und Holzarbeiter ohne Werkzeug, neben ihnen Jugendliche mit Schlaf-

säcken, Tragtaschen sowie Hunden und Funkgeräten. Die Holzarbeiter bestätigen, daß ihnen die Umweltschützer bei jedem Schritt auf den Fersen sind. Damit waren die beabsichtigten Rodungen auch gestern unmöglich. Schließlich warfen sich Umweltschützer vor die laufenden Ketten von Motorsägen, wie Holzarbeiter berichten.

Auffallend dabei die Ruhe und Gelassenheit, teilweise sogar Freundlichkeit, mit der sich alle Beteiligten — hundert Holzarbeiter, fünfzig Gendarmen und mehrere hundert Demonstranten — begegnen. Man lernt sich eben auch bei solchen Anlässen kennen, wenn auch nicht schätzen. Auf skeptische und mißtrauische Blicke stoßen nur die Neuen, die in die Au kommen, und von denen niemand weiß, wie sie sich verhalten werden.

Ein ebenso friedliches Bild bieten die rechtswidrig errichteten Lager der Manifestanten. Strohhallen, wahre Berge an Decken, Feuerstellen und Kochgelegenheiten — alles auf dem bereits leicht gefrorenen Boden der angeblich so geliebten Au. Die Idylle

wird lediglich von einer Gruppe hochaktiver Demonstranten unterbrochen: Sie sind, im Gegensatz zu den beauftragten Holzarbeitern, mit Schlägereien befaßt, um Material für den Ausbau der bereits bestehenden vierzig Barrikaden zu besorgen. Die von den Umweltschützern errichteten Wälle können sich schon lassen: Mindestens einhalb Meter hoch ziehen sich diese Sperrn auf der gesamten Breite der Wege bis in eine Tiefe von fünfzig Metern. Ein Durchkommen wäre selbst schweren Baufahrzeugen unmöglich. Diese Barrikaden müssen erst mit erheblichem Einsatz beseitigt werden.

Genau darauf hoffen die angelegerten Holzarbeiter. Sie versichern, keinen Lohn zu erhalten, solange nicht geschlögert wird. So grollen sie zwar den Demonstranten, sind aber nicht aggressiv. Ja einige von ihnen zeigen sogar Verständnis für jene Jugendlichen, die sich aus der Gesellschaft ausgestoßen fühlen. Denn schließliche wisse man ja als Arbeiter, wie teuer die Wohnungen, wie hoch die Mieten seien und was das Leben so koste. Wenn da einer auch

noch keine Arbeit finde, dann sei es zu verstehen, daß er von dieser Gesellschaft nichts wissen wolle.

Und das war der Stand der Dinge: Die Gendarmen lesen in den Zeitungen, sie hätten sich angeblich brutal verhalten und wollen eigentlich nur für Ruhe sorgen, die Holzarbeiter wünschen endlich zu schlägen, um damit ihr Geld zu verdienen, und die Umweltschützer wollen so lange ausharren, bis zumindest das Konrad-Lorenz-Volksbegehren noch vor dem Baubeginn am Kraftwerk behandelt wird. So verharren alle in einer Pattsituation, und dies in Gelassenheit, nicht in Aggressivität. Die Hoffnungen am gestrigen und dritten Tag der Aubesetzung waren groß, als alle auf die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Umweltschützern warteten. Allerdings machte sich niemand Illusionen darüber, daß die betroffenen Arbeiter ihre Familien genau damit erhalten, was die Umweltschützer unter beträchtlichem Einsatz zu verhindern trachten: dem Fällen von 1,2 Millionen Bäumen in der Hainburger Au. Deshalb täuscht die Ruhe.

pro  
wien**Als Wiener Bürgermeister würde ich den Bau von Hainburg nicht zulassen!**

Das Trinkwasser ist gefährdet Die Au wird zerstört Wir brauchen dieses Kraftwerk nicht

**Erhard Busek**

**Ort:** Die Organisationszentrale der Au-Besetzer in Stopfenreuth  
**Zeit:** 29. Dezember 1984  
**Fragen:** Michael Jäger



## Funktionierendes Chaos

### Gespräch mit Dieter Bogner

**Falter:** Die Hainburger Aubesetzung hat, könnte man verkürzt sagen, auf drei Schauplätzen stattgefunden. Zum einen in der Au selbst, zum zweiten in den Medien und der dritte Schauplatz, der in der Berichterstattung aber ziemlich untergeordnet ist, war hier die Organisationszentrale in Stopfenreuth. Mich würde daher zunächst einmal interessieren, wie diese Zentrale entstanden ist, welche Funktion sie erfüllt?

**Bogner:** Das was hier als Organisationszentrale bezeichnet wird, hat in den letzten drei, vier Wochen einige Momente erfahren. Ursprünglich wars von Wien aus ein Vorposten hier in Stopfenreuth, der gebaut wurde, um für den Fall von Schlägerungen einmal ein Standbein zu haben, von dem aus eine Besetzung möglich ist. Dann in konkreten Auseinandersetzungen am Beginn was einmal in diesem ganzen Trubel ein Punkt, wo Informationen von Wien, also von den Wiener Organisationen Volkabgehornt, ÖH und WWF — in die Au und von der Au nach Wien geflossen sind und es war natürlich eine Anlegestelle für die Medien, für die Journalisten und Redakteure. Hier kommen die Bässe an, hier werden Neuanrücklinge informiert, hier wissen wir, in welche Lager die Leute gehen sollen, hier wird das Material verwaltet. Im Grunde genommen aber eine Zentrale für Informationsvermittlung und vor allem für den Nachschub. In keiner Phase aber, und das muß man gleich vorweg betonen, war es eine Kommandozentrale. Es war nie die Absicht, von hier Kommandos, Befehle und Anweisungen auszugeben, denn von Anfang an haben sich die Lager in der Au selbst organisiert. Im Gespräch mit den Leuten in der Au, hier in Stopfenreuth und in Wien sind natürlich Entscheidungen getroffen worden, die wir weitergegeben haben, aber der wichtigste Teil des Ganzen waren immer die Leute in der Au. Et was war klar: Die Wiener Organisationen ÖH, ÖVP, Volkabgehornt ohne Aubesetzer haben keine Basis. Andererseits: Die Aubesetzer ohne Wiener Organisationen sind in wenigen Tagen am Ende.

**Falter:** Wie hat in dieser 3er-Konstellatoin z.B. konkret das Zusammenspiel zwischen Zentrale und Besetzern funktioniert?

**Bogner:** In den chaotischen Verhältnissen, in diesem funktionierenden Chaos, war hier oft ein Informationsüberangebot an Gerüchten, an Tatsachen, es hat sich überschlagen, manches hat von hier in die Lager zurückgeschlagen und hat Aufregung verbreitet. Aber es gab auch den umgekehrten Weg. Kurz gesagt: Organisation hats eigentlich nie gegeben. Und das war das, was die Kritiker nie begriffen haben: Daß wir keine straffe Organisation sind, schon gar nicht eine von irgendwelchen dunklen Mächten gelenkte, wie man uns vorgeworfen hat, sondern eine Netzgemeinschaft, die einfach funktioniert, weil jeder rasch Entscheidungen trifft oder wenn es heißt, das muß gemacht werden, dann sagt einer, ich mache dies, ich mache das, und so ist das einfach gelaufen. Es war so daß praktisch täglich der ganze Laden hier neu aufgebaut werden mußte. Nach jedem Ereignis unten war hier alles durcheinander und dann hat man wieder neu aufgebaut. Und das war al ein Erlebnis für jeden und ihr hat sich gezeigt, daß die Leute wirklich unter dem Druck der Situationen rund um die Uhr arbeiten und so harte funktioniert.

**Falter:** Seit 10 Tagen herrscht nun der sogenannte Wohnzentralfriede. Hat das die Strukturen hier irgendwie verändert?

**Bogner:** In dieser Phase der Entspannung der letzten Tage sind in den Lagern Plena entstanden, und die besprechen jetzt mit ihren Leuten die Besprechungen, wo allgemeine Fragen über die Zukunft, aber auch über die Versorgung behandelt werden. Da sind auch von uns Leute dabei, das geht dann nach Wien, wird dort weiter besprochen und gemeinsam entschieden. Wir versuchen jetzt also in dieser Phase die Funktion der Zentralstelle wieder abzubauen — wir haben aus diesem Grund auch den anfangs eingeführten Begriff „Zentrale“ in „Versorgungsstelle“ umgenannt —, denn die einzigen, die wirklich für die Zukunft wesentliche Entscheidungen treffen müssen, sind — noch einmal — die Leute in den Lagern. In Wien oder hier kann man Vereinbarungen treffen, wenn die Besetzer es nicht akzeptieren oder wenn die andere Sachen akzeptieren, dann hat das gar keinen Sinn, irgendwas zu machen. So hat sich das jetzt herausgebildet und nicht durch straffe Organisation sondern durch ständiges Gespräch, und in den letzten Tagen sind auch die Forderungen aus der Au zusammen mit den hier in Stopfenreuth besprochenen auch in Wien eigentlich als die künftige Verhandlungslinie durchgegangen.

**Falter:** Neben dem zentralen Punkt „ökolo-

gischer Landfriede“ wird in diesem Paket auch die Forderung nach Errichtung eines Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen enthalten sein. Kannst du diese Idee kurz erklären?

**Bogner:** Dazu ist zu sagen: Nationalpark sollte man hier in einem sehr weiten Sinn auffassen, nämlich einen Nationalpark fastlich von Wien, der erstens diese Naturlandschaft schützt, der in dieser Naturlandschaft Teile erschließt und der vor allem die Kulturlandschaft des Marchfeldes und Deutschalten-

burg. Denn wir sind für den Ausbau von standortgerechten Wasserkraftwerken: Es gibt ja sicher Kraftwerksbauten, wo niemand Einspruch erheben wird von ökologischer Seite — z.B. Druckkraftwerke, ich meine, es gibt Flußläufe, die so kaputt sind, daß zwischen zwei Kraftwerken ruhig noch ein drittes gebaut werden kann.

Nur: Hainburg wird nicht akzeptiert und die Umbaufälle zu verbauen wird sicher auch nicht akzeptiert. Aber das wäre ja dann auch überhaupt nicht die Antwort, die so eine

*„Es gibt hunderttausende wissenschaftliche Ergebnisse, die keiner mehr übersehen kann, aber für mich gilt etwas: Es wird hier von der DOK das größte Donaukraftwerk propagiert, weil es den Strom verbilligt, die Donau wird sauber, das Wiener Grundwasser verbessert, die Grundwasser-situation des Marchfelds saniert, die Heilquellen von Deutsch Altenburg für alle Ewigkeit gerettet und der Auwald wird besser als je zuvor. Wer das den Technikern abnimmt, dem ist nicht mehr zu helfen.“*

burg, Hainburg, Petronell miteinbezieht. Gerade das wäre ja die Idee, die Naturlandschaft und die Kulturlandschaft miteinander zu verbinden, die bisher ungenutzt ist, daß man also die Marchfeldschlüssel — die werden restauriert und restauriert und restauriert und es gibt noch immer keine Funktion für sie — zusammen mit den Museen in Eckhardshart, in Orth, in Marchegg zu einer Kulturlandschaft umwandelt. Heute gehen die Rundfahrten der Fremdenverkehrsindustrie ins Burgenland, in den Wienerwald und in die Wachau, das sind die drei Routen. Ins Marchfeld gehen sie nicht, nach Hainburg gehen sie nicht. Aber wenn man das zusammenfassen: Schloß Hof als Studienzentrum für den Nationalpark, Niederleithen als Verwaltungszentrum für den Nationalpark, und die anderen Schlösser mit Funktionen in diesem Bereich füllt, dann hat man hier samt dem Nationalpark einige 100 Dournarbeitsplätze. Und vor allem das Hinterland von Wien wird aus einer Hinterlandfunktion zu einer zentralen Funktion ausgebaut. Ich meine, da kann man mit viel Ideen sehr, sehr viel erreichen.

**Falter:** Eine weitere Forderung lautet — für viele Kraftwerkgegner sicher überraschend: Keine Volkabstimmung „Hainburg — Ja oder Nein“, Warum?

**Bogner:** Weil das rechtlich gar nicht möglich ist. Man kann nicht über ein Projekt abstimmen, das gesetzwidrig ist.

**Falter:** Und angenommen, die Regierung propagiert eine Volkabstimmung über die Frage „Ausbau der Wasserkraft in Österreich — Ja oder Nein?“, was passiert dann?

**Bogner:** Dann entscheidet das Volk wahrscheinlich, daß es für den Ausbau der Wasserkraft ist. Aber das Volk wird weiterhin zu großen Teilen gegen den Bau von Hainburg

**Bogner:** Nein, es ist natürlich so daß gerade in diesen aufregenden Zeiten bestimmte bekannte Leute wie Nennung und Meißner-Blau immer wieder ins Bild kamen. Nun hat da auch niemand etwas dagegen gehabt. Jetzt in dieser Entspannungsphase gehts um etwas: daß möglichst mehr Leute in diesem ganzen Prozeß aktiv werden und das Ganze nicht auf wenigen Identifikationsfiguren aufgebaut wird, sondern daß die Leute schon längere Zeit ihre Arbeit machen sollen, aber möglichst eine größere Gruppe, wir können ja nicht annehmen, daß die Leute wochenlang immer zur Verfügung stehen. Es muß einfach ständig einen fließenden Wechsel geben können.

**Falter:** Wenn das wirklich so läuft — und wir haben ja vorhin mit dem Klaus Buchner gesprochen, der genau geschildert hat, wie sich diese Selbstorganisation in den Lagern entwickelt hat, und daß sie allem Anschein nach auch tatsächlich funktioniert —, dann wäre das ja ein lebendiges Modell von Basisdemokratie, wie es sie selbst in den schönsten Arena-Tagen nicht gegeben hat. Nur, Beschreibungen sind noch keine Erklärung, und es fällt mir wirklich nach wie vor schwer, da einen Ansatzpunkt zu finden: Woher kommt das, wieso gibts das? Zumal die Zusammensetzung der Aubesetzer ja völlig heterogen ist — oder könnte man vielleicht sagen, daß es z.B. gerade wegen dieser sozialen Vielschichtigkeit so funktioniert?

**Bogner:** Ich würde sagen, es funktioniert in einer für jeden einzelnen ungewöhnlichen und fast unbegreiflichen Situation. Eine Aubesetzerin ist rausgegangen und da hat ein Polizist so ironisch gesagt, willkommen in der Freiheit. Darauf hat sie gesagt, was heißt, willkommen in der Freiheit, ich verlaesse sie gerade. Und das ist symptomatisch. Diese Einheit, die sich da gebildet hat, hats notwendig gemacht, daß man miteinander spricht und daß man sich artikuliert. Ein wichtiges Moment war natürlich auch die Unterstützung von außen: Sowie die ersten Aktionen hier waren, begann eine Welle der Hilfsbereitschaft aus allen Bevölkerungsteilen, die bis heute anhält und z.B. die Verpflegungsver-sorgung völlig problemlos gemacht hat. Es kamen bereits in den ersten Tagen aus der Wachau 500 Liter Traubensaft und 1000 Wachauweckeln beher. Es kam sauerferne Paar Wästel, es kamen Konserven, es kam alles. Und diese Hilfsbereitschaft hält wirklich ungebrochen an. Ein weiterer Punkt ist die Solidarisierung mit der Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden. Ab den ersten Polizei-Einsätzen gab es Hausdemonstrationen mit Traktoren. Die Überzeugung der Bauern, sie müssen weitere Polizeieinsätze durch Traktorsperren an den Zufahrtsstraßen verhindern. Ein Widerstand der Bauern gegen ihre übergeordneten Organisationen, Funktionäre u.s.w. Auch hier eine Befolgung von einem Druck, von jahrzehntelangem Druck und die Überzeugung, wir können etwas tun. Ich glaube, das ist eine der Erfahrungen, die gemeint sind, wenn man so schön schlagwort-artig vom „Geist von Hainburg“ spricht.

**Falter:** Unterscheidet sich dieser „Geist“ grundsätzlich von den früheren Protestbewegungen in der 2. Republik. Ist da eine neue Qualität?

**Bogner:** Es ist sicher insofern ein Novum, als diese Bewegung von einer breiten Bevölkerungsschicht getragen wird. Es ist natürlich als Bewegung jetzt, die durch Österreich geht, vergleichbar mit den Ereignissen nach 68, die aber nicht diesen breiten Querschnitt durch die Gesamtbevölkerung dargestellt haben — sowohl alternsmäßig als auch in sozialen Schichtungen. Es sind in diesen drei Wochen sagen wir 40000 Leute durch dieses Ereignis durchgegangen, tragen das weiter in alle Bundesländer, in alle Institutionen, Betriebe bis hinaus in die kleinsten Städte und Dörfer...

*Dr. Dieter Bogner ist hauptberuflich Assistent am Kunsthistorischen Institut der Universität Wien, hat 1978 den Kunstverein „Exakte Tendenzen“ mitbegründet und ist Initiator des „Museums der Räume“ im Schloß Buchberg bei Gars am Kamp. Neben diesem Engagement für aktuelle, konstruktivistische Kunst war er maßgeblich an der Verhinderung der NEWAG-Pläne für ein Kompaktwerk in der unbrüchigen Landschaft oberhalb der Rosenberg beteiligt. Gemeinsam mit dem schon mehrmals im Falter vorgestellten Biologen Günther Schobberger (Nr. 11/84, 28-31) war er während der Au-Besetzung eine Hauptstütze ihrer Organisations- und Informationszentrale in Stopfenreuth. Er ist kein Aktivist des „Konrad Lorenz Volkabgehornt“, seine Motivation formuliert er so: „Aktivierung des individuellen politischen Engagements, — Rechtstitel: ziviler Ungehorsam“.*



**Wilde Weinreben**



**Wasserträger**

# **Donnerstag, 13. Dezember**

*Zunehmend friedliche Kontakte zwischen  
Gendarmen und Besetzern*

*Trotzdem zeitweise Sperre der  
Lebensmittelzufuhr*

*Weitere Verhandlungen*

HUBERT WACHTER

**HINTERGRÜNDE**



**E**igenartig, unglaublich, beängstigend! Was sich dieser Tage rund um Hainburg abspielt, dem kann man eigentlich nur noch fassungslos gegenüberstehen.

Sicher ist: Die österreichische Innenpolitik des Herbstes 1984 ist offenbar instabiler denn je geworden. Sicher ist auch: Trotz einer beschworenen De-Eskalation nach der Krisensitzung zwischen Regierung und Konrad-Lorenz-Leuten zu nächstlicher Stunde am Mittwoch im Parlament ist die Angst auf beiden Seiten größer geworden. Die Angst, daß ab kommenden Montag in der Hainburger Au es wirklich

**Hainburg und die Angst vor dem Montag**

zu ersten Zusammenstößen kommt. Denn für diesen Tag hat es sich „die Regierung vorbehalten, Maßnahmen für einen Baubeginn zu ergreifen“, wie die Zeitbombe im Verhandlungs-Memorandum formuliert wurde.

Fassungslos stehen wohl die meisten Österreicher den Handlungsabläufen des Hainburg-Problems deswegen gegenüber, weil man die Art der Aktionen kaum verstehen kann.

Das gilt sowohl für Regierung wie auch für Umweltschützer.

Letztere agieren trotz der so angespannten Situation mit wilden Gerüchten („Kobra in der Au, Rettungswagen voll von Verletzten“). Oder mit – ebenso unbewiesenen – Greuelmeldungen aus der Au, etwa, daß betrunkene Arbeiter mit laufenden Motorsägen gegen Demonstranten vorgegangen wären.

Klar, daß solches die ohnehin etwas rauen Bauholz-Gewerkschafter auf die Palme treibt.

Aber auch die Regierung agiert nicht gerade glücklich: Von Anfang an hatte man nämlich die Wirkung des Einsatzes von mehreren Hundertschaften an Gendarmen (wenn auch ohne Waffen) weit unterschätzt. Oder was ist davon zu halten, wenn Kanzler Fred Sinowatz & Co sieben Stunden lang mit den Au-

Schützern im Parlament von Angesicht zu Angesicht verhandeln, aber jedes einzelne Wort und jeden Beistrich von im Hinterzimmer wartenden ÖGB-Funktionären „absegnen“ lassen muß?

Keine Frage, daß in diesem Konflikt der ÖGB eine starke Rolle spielt, wie anders ist sonst die Anwesenheit eines Josef Hesoun, eines Sepp Wille, aber auch des DOKW-Chefs Kobilka zu erklären, denen von Heinz Fischer, Karl Blecha & Co eifrigst rapportiert



Zweimal innerhalb von 24 Stunden empfing die Regierung Vertreter der Au-Besetzer

wurde, was mit Günther Nennung, Freda Meissner-Blau und Gefährten ausgehandelt wurde.

Trotz aller Verhandlungen, trotz allen Redens, wird schon heute ein Verschieben des Baubeginns in Hainburg um etliche Monate so gut wie ausgeschlossen. Deshalb auch die „ernste Angst“ vor wirklichen Konfrontationen ab Montag in der Au.

Noch gelingt es dem ÖGB, die Arbeiter aus den Betrieben von einem Marsch auf Hainburg abzuhalten. Ob es den Konrad-Lorenz-Leuten gelingt, die Scharfmacher in den eigenen Reihen zu neutralisieren, bleibt abzuwarten. Für Regierungskreise ist es inzwischen klar, wer diese Scharfmacher sind: die Hochschülerchaft.

Womit der Paradekonflikt im Ernstfall gegeben wäre: Arbeiter gegen Studenten.

österreichische Wirklichkeit 1984/71

Situation in der Au nach Hainburg-Gipfel in Wien beruhigt

# Steger: Zeit arbeitet nun für die Vernunft

- Nennung teilt Schuld am Konflikt
- Regierung verhandelte 10 Stunden

Nach dem zweiten Gipfel der Regierung mit Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens gibt sich Vizekanzler Steger zuversichtlich: Die Zeit arbeite für die Vernunft. (Siehe auch Chronik.)

Während der „Waffenstillstand“ zwischen DOKW und Gendarmerie auf der einen Seite und den Besetzern der Stopfenreuther Au (vertreten durch eine Delegation des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens) auf der anderen Seite zu Verhandlungen genötigt wird, beginnt die Verteilung der Schuld an dem, was nach dem Sonntag passieren könnte.

In einer ersten Verhandlungsrunde, die sieben Stunden der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag gedauert hatte, war vereinbart worden, bis inklusive Sonntag weder Räumung noch weitere Rodungen an der besetzten Baustelle des umstrittenen Donaukraftwerkes Hainburg durchzuführen. Nach weiteren Gesprächen am Donnerstag legte Volksbegehrens-Sprecher Günther Nennung neuerlich ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit ab.

Freilich: „Wir fragen uns, was am Montag passieren soll.“ Wenn es dann zu Ausschreitungen kommen sollte, will er jedenfalls nicht schuld sein: „Ich habe keinen Besetzer in die Au getragen, ich werde auch keinen hinaustragen“ – jeder sei für sich selbst verantwortlich. „Ein großes Packel der Schuld liegt aber bei denen, die das angrichtet ha-

ben“, beharrt Nennung auf der Behauptung, daß es bei der Erstellung der Bescheide pro Hainburg zu mehr Rechtsbrüchen gekommen sei als bei der Besetzung der Au.

Daß die Bundesregierung sich vom Bauvorhaben tatsächlich noch abwenden könnte, scheint für Nennung allerdings als „irreale Annahme“. Was auch Verhandlungspartner, Vizekanzler Norbert Steger, bestätigt: „Es gibt keine Veränderung der Grundsatzposition“, gab er am Donnerstag bekannt und wies darauf, daß immerhin alle Parlamentsparteien Grundsatzbeschlüsse für den Kraftwerksbau gefaßt haben.

Die Regierung, die sich mit den Leuten vom Volksbegehren auf das gemeinsame Ziel „De-Eskalation“, also Abwiegung, geeinigt hat, will nun ständig weiter verhandeln – das nächste Gespräch findet am Freitag vormittag statt. Dazwischen soll Innenminister Blecha als Vermittler für allfällige Konflikte zur Verfügung stehen. Den Besetzern wurde zugesichert, die Au nicht mehr abzusperren und eine Versorgung der campierenden Demonstranten zuzulassen. (Lesen Sie bitte auch den Bericht im Chronikteil.)

CONRAD SEIDL ■

## thema

Von Prof. DDR. Heinz Mayer

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Unrecht zur Pflicht“, sagen die Hainburg-Besetzer. Muß man auch schweres staatliches Unrecht hinnehmen können, nur weil die Rechtskraft es in Recht verwandelt hat? Die Antwort – orientiert am positiven Recht – hat zu lauten: Widerstand ist nur zulässig, wenn die Rechtsordnung dies erlaubt; im übrigen hat sich jeder zunächst dem rechtlichen Willen der

Staatsorgane zu beugen. Ein Ordnungssystem gibt sich als solches aus, wenn jeder darüber befinden könnte, ob er sich an die Entscheidungen der eingesetzten Autoritäten hält oder nicht. Wer also bestehende Anordnungen mißachtet, bewegt sich außerhalb der Rechtsordnung. Der legale Widerstand im demokratischen Rechtsstaat ist im Rahmen der politischen Willensbildung zu leisten: Rechtswidrig

handelnde Staatsorgane sind mittels Wahl aus ihren Ämtern zu entfernen. Soweit die Antwort der Rechtsordnung. Freilich kann man eine Antwort auch auf einer anderen Ebene suchen. Kann es nicht vom Standpunkt einer außerhalb der Rechtsordnung bestehenden Ordnung gerechtfertigt sein, die Rechtsordnung zu mißachten? Die Antwort, die freilich keine juristische, keine wissenschaftliche ist, heißt ja. Wer unter Berufung auf eine „höhere Ordnung“ die Rechtsordnung bricht, ist zwar vom Standpunkt letzterer ein Rechtsbrecher, vom Standpunkt dieser höheren Ordnung dieser höheren Ordnung aber möglicherweise ein ehrenwerter Mensch. Ob es eine solche höhere Ordnung gibt, können wir nicht wissen, sondern nur glauben. Gibt es also für einen Widerstand gegen die Staatsgewalt als Legitima-

tion nur unsere subjektive Überzeugung? Die Staatsphilosophie beschäftigt sich seit ihren Anfängen mit diesem Thema. Auf einen kurzen Nenner gebracht, meint sie, daß ein Widerstandsrecht nicht gegen eine einzelne Rechtswidrigkeit, sondern nur gegen eine Gewalt Herrschaft gerechtfertigt ist. Das System als solches muß ein tyrannisches sein; die Tyrannie muß eine offenkundige sein, und schließlich alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe müssen aussichtslos sein.

Zurück zu Hainburg: Wer dort Gewalt übt, mag sich auf sein Gewissen berufen können; auf das klassische Widerstandsrecht der Staatslehre vermag er sein Handeln nicht zu stützen.

● Gendarmerie ließ keine Essenträger in die Au



Etwa 800 Naturschützer verbrachten die Nacht zum Donnerstag in der Hainburger Au in Zelten

KURIER-Bilder: Gerhard Sokol

# Naturschützer: Sie wollen uns aushungern!

In der kältesten Nacht seit Beginn der Demonstration in der Hainburger Au blockierten 50 Gendarmen Donnerstag um 3.30 Uhr früh die Zeltstadt der Naturschützer und versperrte Essensträger den Weg. Bei etlichen Minusgraden war der Transport von heißem Tee, Brot und Suppenpackungen unterbrochen, obwohl nur wenige Stunden zuvor im Bundeskanzleramt ein „Waffenstillstand“ bis 17. Dezember beschlossen worden war (Lesen Sie bitte Seite 2). Ein KURIER-Reporter wurde angezeigt, als er die Sperre passieren wollte.

Um rund 800 Menschen in der Zeltstadt unmittelbar neben dem geplanten Rodungsplatz zu versorgen, wurde inzwischen von der Hainburger Brücke Essen in Kisten abgeseilt. Eine Staffel besonders ortskundiger Ausschützer agierte als „Waldläufer“ und brachte auf verschlungenen Wegen das Frühstück in die Zelte.

## Jausenpakete kontrolliert

Nicht einmal ein Forstbeamter gelangte mit einem Jausenpaket durch die Sperre der Gendarmen: Er mußte zuerst das Nylo sackerl öffnen. Auch ein Gemeindebediensteter aus Eckartsau scheiterte an den Gendarmen mit einem Essenspaket.

„Sie wollen uns aushungern“, fürchteten die Naturschützer, abgeriegelt von der Exekutive, in ihren Zelten.

In den Vormittagsstunden langten neuerlich 200 Decken aus Vorarlberg bei der Verpflegungsstelle ein sowie ein riesiger Topf Müsli. Nach wie vor werden Zelte, warme Decken, Socken und Hand-

schuhe dringend benötigt. Täglich werden 40 Kilogramm Wurst und 200 Liter Suppe verbraucht, ferner 240 Liter Tee und 400 Kilogramm Orangen. Eine Bio-kette aus Wien stellt einen Teil davon kostenlos zur Verfügung. Das Lorenz-Volksbegehren mußte bisher nur 20.000 Schilling für die Verpflegung aufwenden, 48.000 Schilling für Decken und 7000 Schilling für Zelte und 12.000 Schilling für Funkgeräte.

Innenminister Karl Blecha bezeichnete Donnerstag die Berichte aus der Au als „Unsinn und Unfug“ und als „Gerüchte von außen“. Assiiert von seinem Pressesprecher Andreas Rudas schoß das Ministerium auch scharf auf den KURIER.

„Es stimmt nicht“, erklärte Rudas zum Exklusivbericht des KURIER, Gendarmen würden einen weiteren Einsatz in der Au



Ein Biologieprofessor der Wv. Universität hielt in der Au eine Vorlesung



Manche Presseleute waren unerwünscht: KURIER-Reporter Christian Purkhart reiste inkognito

ablehnen. Die Vorsprache einer Gendarmeriedelegation im KURIER „kann nicht sein“ (Rudas). Daß Gendarmen Demonstranten attackieren, „kann nicht sein“ (Rudas). Ein Gendarm würde ohne Rock auf Seite der Auwaldretter stehen: „Kann nicht sein“, weil's nicht sein darf. Daß gar Essensträger nicht durchgelassen würden, „gibt es nicht“, ebensowenig, daß jemand angezeigt wurde...

## Auch Schulklassen kommen in die Au

In den Vormittagsstunden des Donnerstags trafen rund 20 Autobusse mit weiteren Naturschützern ein. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich rund 3000 Menschen in der Au, darunter auch zwei Schulklassen von der AHS Diefenbachgasse in Wien-Fünfhaus.

Renate Winklbauer, die Mutter einer 15jährigen Schülerin zum KURIER: „Man soll den Kindern zeigen, daß das Recht vom Volk ausgeht. Es ist ein Skandal, was man hier in der Au machen möchte.“ Derzeit schweigen noch die Motorsägen.

Ein Biologieprofessor der Universität hatte an einem Lagerfeuer seine Hörer versammelt und sprach über das Biotop in der Stopfenreuther Au. Dazu drang aus dem Wald Gitarren- und Flötenmusik.

Auch ältere Leute befanden sich längst unter den Ausschützern, Gewerbetreibende ebenso wie Angestellte.

„Irrtümlich“ soll Mittwoch auch ein Mannschaftswagen des Bundesheeres eingetroffen sein, da bereits vor sechs Wochen eine Übung in der Stopfenreuther Au geplant war. Angesichts der Menschenmenge sei die Mannschaft wieder aufgesessen und habe sofort das Gebiet verlassen. Kaum zu glauben, daß Offiziere nicht von der Demonstration unterrichtet waren.

Für das Wochenende werden bereits 10.000 Menschen im Auegebiet von Stopfenreuth erwartet.

FRIEDRICH BABITSCH, MICHAEL MAT-TUSCHKA, CHRISTIAN PURKHARD, WILHELM THEURETSBACHER ■

„Krone“ sprach mit der 70jährigen Naturschützerin, die von Gendarmen verletzt wurde

## „Wir hoffen auf Ende der Gewalt!“

Während Politiker und Naturschützer in der Nacht zum Donnerstag über eine gewaltlose Lösung des Hainburg-Konfliktes diskutierten, wurde in der Au bei der Donaubrücke eine 70jährige Demonstrantin aus Biedermannsdorf (NÖ) von einem Gendarmen schwer verletzt. Lore Marie Schönburg mußte mit zwei gebrochenen Rippen in das Krankenhaus Hainburg eingeliefert werden.

„Als Gendarmen versuchten, eine Menschenkette, die sich auf dem Zufahrtsweg aus Protest auf den Boden gesetzt hatte, auseinanderzureißen, sprang mir ein Beamter mit den Fü-

VON ERICH SCHÖNAUER

ßen auf den Brustkorb“, erzählte die schwerverletzte Frau der „Krone“ im Krankenhaus Hainburg. „Ich konnte nicht reden, ich bekam keine Luft. Ich hatte ein Glück, daß mir der Inspektor nicht auf den Bauch gestiegen ist“, berichtete die noch immer geschockte Demonstrantin.

Frau Schönburg war mit dem Bus von Wien nach Stopfenreuth gefahren, um die Umweltschützer zu unterstützen. Sie borgte Geld von Bekannten aus und kaufte den Naturschützern mehrere Handfunkgeräte zur besseren Organisation.

In der Nacht zum Donnerstag stand sie mit einer Gruppe von Leuten bei der Donaubrücke. „Es war eine sehr schöne Stimmung. Wir haben geglaubt, daß nun durch die Gespräche im Parlament der Gewalt ein Ende gesetzt wird“, berichtete die Frau, deren Großvater in der Ersten



Fotos: Josef Schöpfler

„Ich gehe wieder in die Au!“ Das sagt die von Gendarmen verletzte 70jährige Naturschützerin

Republik Heeresminister gewesen ist. „Plötzlich kamen Leute gelaufen, Scheinwerfer von Gendarmenautos leuchteten auf.“ Die Naturschützerin und auch die 70jährige Dame bildeten eine Menschenkette und setzten sich auf den Boden. „Ich wurde bei den Füßen gerissen. Meine Nachbarin, in die ich mich eingehängt hatte, wurde ebenfalls weggezerrt“, berichtete die Pensionistin. Trotz ihrer Verletzungen – die 5. und 6. Rippe sind gebrochen – will sie die jungen Menschen weiter unterstützen: „Sobald ich gesund bin gehe ich sicher wieder in die Au!“ Lore Marie Schönburg war übrigens zum ersten Mal in ihrem Leben bei einer Demonstration ...

### Der freundlichste Gendarm . . .

Mit einem Expreßbrief aus dem Büro des Innenministers wird für kommenden Montag in einem Wiener Hotel zur Präsentation des freundlichsten Gendarmenbeamten Österreichs eingeladen.

Wir kennen den glücklichen Preisträger noch nicht, möchten aber doch in letzter Minute einige leider uns namentlich nicht bekannte Beamte vorschlagen.

Da wäre jener Gendarm, der den Demonstranten in der Au von Hainburg heißen Tee angeboten hat und dazu erklärte, er sehe den Sinn des Einsatzes nicht ein.

Oder jener Gendarm, der da-

von erzählte, wie er seine Jugend in den herrlichen Donaueuen verbrachte, und dann meinte, er würde am liebsten sein Funkgerät wegwerfen und sich zu den Naturschützern setzen.

Und da wären auch jene Beamten und Offiziere, die Redakteuren der „Krone“ erklärten, sie seien über die teilweise chaotischen Weisungen aus dem Innenministerium verzweifelt, die ganze Sache schade dem Ansehen des Gendarmenriekors.

Wetten, daß keiner von ihnen gewählt werden wird?

Hans Peter Hasenöhrl

Mit gutem Willen nach einer vernünftigen Konfliktlösung suchen

## Kardinal König mahnt: Sorge der Jugend um Umwelt ernst nehmen!

Wien. – Kardinal König warnte gestern in einem „Krone“-Gespräch davor, daß in Hainburg die Erbitterung wachsen und es zu Konfrontationen kommen könnte, die von allen zutiefst bedauert würden. Der Erzbischof von Wien mahnte, die Sorgen junger Menschen um die Umwelt ernstzunehmen, ihre Argumente nicht zur Seite zu schieben, sondern sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Kardinal König räumte ein, daß junge Menschen oft recht emotional argumentieren, nur einen Aspekt sehen und tief enttäuscht sind, wenn sie kein Gehör finden. Er gab aber auch zu bedenken, daß die gespannte Situation nicht entschärft werden kann, „wenn man mit Beleidigungen und Gewalt weiter Porzellan zerschlägt“. Der Erzbischof von Wien grundsätzlich: „Das Umweltproblem geht uns alle an. Es kann nicht von einzelnen Parteien

oder Gruppierungen allein gelöst werden. Deshalb muß man sich zusammensetzen, die Fachleute hören und mit gutem Willen nach einer vernünftigen Lösung suchen.“

VON DIETER KINDERMANN

Kardinal König erinnerte daran, daß die Bischofskonferenz ausdrücklich für einen fruchtbaren Dialog eingetreten sei, bei dem Argumenten jeweils Andersdenkender

gebührende Beachtung geschenkt werden müßte. Der Erzbischof identifizierte sich auch mit der Aussage des Wiener Weihbischofs Kuntner, der zum Hainburg-Konflikt erklärt hatte: „Jenseits aller Probleme rechtlicher Natur denke ich an die verheerenden Schäden, die bei solchen Auseinandersetzungen in den Herzen junger Menschen angerichtet werden.“

Kardinal König plädierte dafür, daß die so brennend aktuelle Umweltfrage zu einem Umdenkenprozeß führen müßte: „Es wird jetzt sehr deutlich, daß die Investitionen in den Fortschritt, für ein besseres Leben, nicht auf Kosten der Natur gemacht werden dürfen. Dem Menschen wurde die Erde übergeben, um als Gärtner für sie zu sorgen.“ Kardinal König erzählte, wie tief er betroffen gewesen sei, als er kürzlich bei einer Brüsselreise einen völlig zerstörten Wald gesehen habe: „Man hat mir gesagt, daß diese Katastrophe auf Schadstoffe aus England zurückzuführen sei. Man muß also die großen Zusammenhänge erkennen und nicht lokale, sondern überregionale Lösungen suchen.“

Kardinal König machte klar, daß die Kirche bei Umweltstreitigkeiten nicht für einzelne Gruppen, sondern für die Schöpfung Gottes Partei ergreife. Die Kirche wolle die Besinnung auf ethische Grundlagen fördern und Anwalt jener sein, die von Umweltproblemen betroffen seien, aber keine Möglichkeit hätten, um ihre Anliegen wirkungsvoll zu vertreten. Der Erzbischof wörtlich: „Mit Fanatismus, wie es ihn früher bei Glaubenskriegen gegeben hat, richtet man nur Unheil an.“



Trotz eines Absperrversuchs des Innenministeriums kamen am Donnerstag wieder viele hundert Demonstranten in die Au von Hainburg, darunter zahlreiche Schulklassen aus Wien.

# Bevölkerung von Hainburg hilft den Naturschützern

Trotz einer versuchten Blockade durch die Gendarmerie sind zahlreiche Schulklassen in die Hainburger Au gekommen. Auch zahlreiche Prominenz – darunter die Sängerin Maria Bill – hren nach Stopfenreuth, um gegen den geplanten Kraftwerksbau protestieren. Die Bevölkerung unterstützt die Naturschützer, mer mehr Landwirte bringen Essen, Getränke und Stroh.

Eine Stunde nach Ende der nächtlichen Verhandlungen im Parlament führen gegen zwei Uhr früh Gendarmen mit ihren Autos in die Au, stellen die Fahrzeuge quer und blockieren die Zufahrtswege. Bereits gegen 19 Uhr waren die Beamten mit Taschenlampen für den Nichteinsatz ausgerüstet worden.

Nicht einmal Fußgänger durften mehr in den Auwald. Auch Reporter der „Krone“ wurden behindert. Sie

VON ERICH SCHÖNAUER, KARL WENDL UND PETER CROTTER

durften nicht zu den Naturschützern, die von der Gendarmerie eingekesselt worden waren. Ein Beamter: „Das ist seit heute nacht ein Sperrgebiet. Es darf nur mit einer Sondergenehmigung betreten werden. Wer hineingeht, macht sich strafbar!“

Auch Umweltschützer die heißen Tee und Decken für ihre Kollegen in den Wald bringen wollten, durften durch die Gendarmeriesperren nicht durch.

Trotz dieser Aktion des Innenministeriums, die Donnerstag mittag beendet wurde, werden die Naturschützer immer mehr von der Bevölkerung der ganzen Umgebung unterstützt. Bäuerinnen kochen am Abend nach der Arbeit in Riesentöpfen Würstfleckerln, bringen „Müsl“, Obst und Brot. Ein Landwirt holte für die Umweltschützer, die in Schlafsäcken die Nacht verbringen, auf Seitenpfaden Stroh, damit sie nicht auf kaltem Boden bei Minusgraden liegen müssen. Donnerstag nachmittag erhielt die Zentrale der Umweltschützer einen Anruf aus der Wachau. Die Bewohner mehrerer Gemeinden wollen die

Versorgung mit Brot und Gebäck übernehmen. Auch in der Wachau droht ja ein Kraftwerksbau.

Donnerstag nachmittag kamen 250 Schüler aus Wiener Gymnasien. Darunter auch zwei Busse mit Jugendlichen aus der Mittelschule in der Diefenbachgasse in Wien-Fünfhaus. Ein Umweltschützer: „Wir freuen uns über die Unterstützung durch die Schüler und die zahlreichen Prominenten, die uns in der Au besuchen.“

Am Nachmittag wurden einige Barrikaden weggeräumt, um die Zufahrt für Lebensmitteltransporte zu ermöglichen.

Die Schauspielerin und Sängerin Maria Bill und ihr Freund Michael Schottenberg waren in der Nacht zum Donnerstag in Stopfenreuth, um sich über die Lage der Demonstranten an Ort und Stelle zu informieren. Maria Bill: „Ein Mensch der all diese Strapazen auf sich nimmt, um eine gute Sache zu unterstützen, ist einfach bewundernswert.“

## Post leitet Untersuchung ein: Werden die Telefone abgehört?

Nun gibt es in Hainburg auch eine Telefonabhörraffäre: Nach Meinung der Ortsbewohner von Stopfenreuth und den Naturschützern werden alle Telefone in diesem Gebiet überwacht.

Ein Indiz für diese Vermutung erhielt am Mittwoch zufällig ein Redakteur des ORF: Als er mit Wien telefonierte, schaltete sich plötzlich ein Postbeamter in die Leitung. Der Journalist fragte darauf: „Entschuldigung, wer sind Sie?“ Die „dritte Stimme“ in der Leitung antwortete: „Ich bin von der Post, wir führen

hier Arbeiten durch...“

Magister Studeny von der Postdirektion Wien dazu: „In der Nacht zum Donnerstag hat es Leitungsstörungen im Wählamt Kopfstetten gegeben. Fernmeldetechniker wollten diese Schäden beheben. Dabei gerieten sie leider in verschiedene Gespräche...“



Sie reden miteinander: Junge Naturschützer und junge Gedarmen



Auch Familien mit kleinen Kindern sind in der bedrohten Au eingetroffen, um gegen den geplanten Baummord zu protestieren. Fotos: Josef Schöpfler

# Sinowatz: Aufschiebung bis Sonntag für Rodung und Räumung der Au

Regierungsgespräche mit Kontaktkomitee des Volksbegehrens werden heute fortgesetzt

Bis zum Sonntag sind Rodungsarbeiten und die Räumung der Au bei Stopfenreuth aufgeschoben. Die Regierung behält sich vor, am Montag mit den Bauarbeiten zu beginnen. Das ist das Ergebnis zweier Gesprächsrunden zwischen Vertretern der Bundesregierung und des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, dem heute eine weitere Aussprache folgen soll. An den Grundsatzzpositionen haben die Aussprachen, die der Deeskalation dienen sollen, nichts geändert. Die Grünen fordern nach wie vor einen Aufschub des Baubeginns bis nach der Behandlung des Volksbegehrens, während sich die Regierung und alle drei Parlamentsparteien für den Bau aussprechen. In der Au selbst, wo gestern rund 1500 Demonstranten lagerten und 60 bis 70 Gendarmen den Dienst versahen, kam es wiederholt zu Verstößen gegen das Stillhalteabkommen. Immer wieder wurde versucht, die Exekutivbeamten zum Einschreiten zu provozieren.



Sinowatz und Kraftwerksgegner Nennung am Verhandlungstisch

Der Aufschub der Rodung und Räumung war bereits bei der ersten rund siebenstündigen Aussprache zwischen Bundeskanzler Dr. Sinowatz, mehreren Regierungsgliedern und einem Personenkomitee des Volksbegehrens, dem u. a. DDR, Günther Nennung, Univ.-Doz. Bernd Lösch und Freda Meissner-Blau angehörten, vereinbart

worden. In einer gemeinsamen Erklärung wurde festgehalten, daß sich beide Teile um eine friedliche Beseitigung der Situation in der Au bemühen werden. Die Volksbegehrensvertreter fügten hinzu, von sich aus keinen weiteren Zuzug in die Au weder zu fördern noch zu veranlassen. Während dieses Gesprächs, wie Bundeskanzler Sinowatz anschließend betonte, in einer guten Atmosphäre verlief, war das Gesprächsklima gestern bei der zweiten dreistündigen Runde durch Gerüchte von außen gestört. Die Aubesetzer hatten behauptet, die Nahrungsmittelzufuhr würde

behindert und man wolle sie aushungern. Innenminister Blecha in einer Gesprächspause: „Behauptungen von Aushungerung sind Unsinn.“ Er selbst habe den Einsatzleiter der Exekutive angewiesen, die Essenszufuhr zu ermöglichen. In einem Fall wollte jemand die Essensausgabe auf einer Kreuzung durchführen und sei daraufhin von einem Gendarmen außerhalb des Kreuzungsbereiches verwiesen worden.

Die Exekutive beauftragte sich unter Hinweis auf die korrekte Einhaltung der Vereinbarung des „Gipfelgesprächs“ äußerster Zurückhaltung, obwohl es laufend zu Gesetzesverstößen kam. So wurden Lagerfeuer entfacht, was nach dem Forstgesetz strikt verboten ist, und die Gefahr eines Waldbrandes heraufbeschworen. In Widerspruch zu der Vereinbarung erhielten die Demonstranten Zuzug, der als „Verpflegungstruppe“ getarnt war und verteilte die Österreichische Hochschülerschaft in mehreren Bundesländern erneut Flugzettel mit Ratschlägen für eine geeignete Ausrüstung der Anti-Hainburg-Demonstranten und der singemäßen Aufforderung, sich trotz der Verhandlungen in den Hainburger Auen weiter aktiv zu betätigen.

Entgegen der Vereinbarung wurden gestern zwei Autobusse mit Demonstranten in die Au gebracht und von den Belagerten ein Wildzaun niedergeworfen, wofür das Volksbegehrenskomitee jedoch die Verantwortung

ablehnte. Vizekanzler Dr. Steger erklärte nach dem Gespräch, der Naturschutz sei aus gutem Grund föderalistisch in der Verfassung angeführt, weil die regionalen Gegebenheiten unterschiedlich seien. In einem Rechtsstaat müsse der Instanzenweg gewahrt werden. Die Bundesregierung könne dem Land Niederösterreich in bezug auf Gutachten nicht in die Kompetenz fallen und Vorschriften machen. Wer behauptet, die Gutachten seien manipuliert, müsse sich an das Land wenden.

Dr. Nennung ist sich bewußt, daß die Absicht der Regierung, daß Kraftwerk zu bauen irreversibel ist. Dennoch wolle man auf einem Aufschub bestehen, andernfalls könne man, sinnig, nicht verhindern, daß sich am Montag 10.000 mündige Bürger in der Au einfinden. Man sollte die Entscheidung der Höchstgerichte abwarten. Er sprach die Hoffnung aus, doch noch zu einem Kompromiß zu kommen und lehnte jede Form von Gewalt ab.

Die Industriellenvereinigung übte gestern scharfe Kritik an den Propagenden des Volksbegehrens. Gerade jene, die einen verfassungsrechtlich bedenklichen Volksbegehrenstext vorlegen, wollen rechtskräftige Bescheide des Landes und des Bundes mit grün/alternativer Militanz unterlaufen.

Die VOEST-Alpine AG teilte mit, daß der Bau des Kraftwerkes Hainburg in ihrem Betrieb 800 Arbeitsplätze für ein Jahr sichern, ein Nein zum Kraftwerk hingegen die angespannte Beschäftigungslage noch verschärfen würde.

## Die Presse 14.12.1984

### Augerüchte sickerten ins Parlament Nachtgespräch mit Hysterieeinlagen

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (ron). Man verabschiedete sich bereits mit einem „Guten Morgen“, als in der Nacht auf Donnerstag der längste Arbeitstag des heurigen Jahres im Hohen Haus zu Ende ging. Trotz einer bis nach Mitternacht dauernden Marathonsitzung im Nationalrat mit 79 Tagesordnungspunkten und 60 Rednern waren nicht die Abgeordneten die letzten, die das Parlament verließen. Vielmehr waren es Vertreter des Hainburg-Volksbegehrens, die nach dem siebenstündigen Gipfelgespräch mit Bundeskanzler Sinowatz scheinbar Geschmack an der ehrwürdigen Umgebung gefunden hatten. „Und ab 1987 sollen diese Grünen da jeden Tag aus- und eingehen dürfen“, sinnierte ein Ordner kopfschüttelnd angesichts der bunten, leger gekleideten Gruppe vor sich hin.

Obwohl jedermann von Anfang an klar war, daß der „Hainburg-Gipfel“ zu keinem überraschenden Ergebnis führen würde, herrschte außerhalb des Ministerzimmers, in dem die Verhandlungen um 18 Uhr begonnen hatten, bis zum Schluß knisternde Spannung. Dafür sorgte das massive Polizeiaufgebot, mit dem das Parla-

ment umstellt worden war, aber auch eine nicht abreißende Serie von Gerüchten in den Gängen und Hallen des Hohen Hauses.

Vorerst berichtete ein bestürzter Hainburg-Gegner, daß unten in der Stopfenreuth Au Spezialeinheiten der Gendarmerie mit der Räumung des besetzten Geländes begonnen hätten. Rasch breitete sich Hysterie aus: Denn bald hieß es, daß bereits ein voller Rettungswagen nach dem anderen die Au verlasse.

Gesprächsteilnehmer „drinnen“ berichteten von erschreckenden Szenen: Da seien mehrmals Auboten mit Funkgeräten ins Verhandlungszimmer gestürzt, hätten „Kobra-Einsatz, Tausende Gendarmen“, viele Schwerverletzte gemeldet. Daraufhin seien die Hainburg-Gegner aufgesprungen, hätten die Regierungsglieder beschimpft. Prof. Wendelberger habe geschrien: „Mein Kind!“ und sei kaum zu beruhigen gewesen.

**Blechas Telefonate:**  
„Es ist wirklich nichts“

Mehrmals habe Innenminister Blecha versichert, keinen Einsatzbefehl

gegeben zu haben. Ebenso oft habe er, um die aufgeschreckten Gesprächspartner zu beruhigen, aus dem Vorzimmer Telefonate geführt und das Ergebnis („Es ist wirklich nichts“) am grünen Tisch mitgeteilt. Das Bestürzendste, so ein Augen- und Ohrenzeuge, sei eigentlich das totale Mißtrauen gegenüber den Vertretern des Staates gewesen.

Vor der Tür zum Verhandlungszimmer beruhigten sich die Gemüter, als Blecha-Pressesprecher Rudas den „offiziellen“ Hergang der Ereignisse erzählte: Der vermeintliche Räumungsbeginn sei lediglich ein routinemäßiger Schichtwechsel der Gendarmerie in der Au gewesen, die Rettungskolonnen habe aus nur einem Fahrzeug bestanden, das mit Blaulicht eine bei einem Sturz in der Finsternis verletzte Frau abtransportierte.

Gegen 21 Uhr schienen sich die Verhandlungspartner endlich zu einem gemeinsamen Nenner durchgerungen zu haben. Die Sitzung wurde unterbrochen, Regierung und Vertreter des Volksbegehrens zogen sich zu getrennten Beratungen zu-

rück. Im Nu geisterte das nächste Gerücht durch die Parlamentsgänge, wonach die Rodung bis nach den Weihnachtsferien aufgeschoben werde. Diese „Galgenfrist“ für den Auwald schrumpfte jedoch mit jedem Gewerkschaftsfunktionär zusammen, der am Ministerzimmer vorbeimarschierte: Als schließlich Präsident Benya und SP-Klubobmann Wille – dieser hatte mit einer Arbeiterdemonstration für den Bau gedroht – gesichtet wurden, war plötzlich wieder von einer Räumungsaktion in wenigen Stunden die Rede. Zu guter Letzt hieß es sogar, Sinowatz sei vom ÖGB und vom ebenfalls anwesenden DoKW-Chef Kobilka „zurückgepiffen“ worden.

Über den wahren Hergang der Verhandlungen war bis zu deren Abschluß um ein Uhr früh selbst von jenen Vertretern des Volksbegehrens nichts zu erfahren, die sich in den Sitzungspausen auf dem Gang die Füße vertragen. Nur einmal, um 22.30 Uhr, kündigte Freda Meissner-Blau eine „Exklusivmeldung“ an: Deren Inhalt beschränkte sich freilich darauf, daß die Stopfenreuther Bevölkerung dem Volksbegehren 35.000 Schilling gespendet habe.

SN-Redakteur Gerold Christian über „politische Hainburg-Gefühle“:

## Religionskrieg an der Zeitenwende

Ein Gespräch mit Stadtrat Jörg Mauthe (contra) und Landesrat Ernest Brezovszky (pro)



Mauthe (gegen Hainburg)

Die Befürworter des Donaukraftwerks Hainburg haben mit den Gegnern dieses Energieprojekts wenig gemeinsam. Sie verbindet nur die Tatsache, daß sie sich falsch verstanden fühlen. Auch im Denken über den jeweils anderen gibt es Gleichklang. „Die anderen handeln nicht dem Gesetz entsprechend“, hört man hier wie dort. Das trifft auch auf zwei Pro- und Kontra-Hainburg-Exponenten, den niederösterreichischen sozialistischen Landesrat Ernest Brezovszky und den Wiener ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe zu. Brezovszky hatte am 26. November die positiven Bescheide zur Genehmigung des Kraftwerks unterschrieben, Mauthe ist schon seit Jahren gegen den Bau eines Kraftwerks bei Hainburg. Für den niederösterreichischen Sozialisten ist die derzeitige Auseinander-

setzung über und in Hainburg ein „Religionskrieg“, für Mauthe stellt es sich als eine „Zeitenwende“, als Eintritt in eine neue Zivilisation und als Ende der „Moderne“ dar.

SN: Herr Stadtrat Mauthe, kann man das Projekt Hainburg noch emotionslos und sachlich diskutieren?

MAUTHE: Ich glaube, man sollte noch emotionsfrei darüber reden können. Aber die Problematik muß man unter einem kultur- und naturgeschichtlichen Gesichtspunkt sehen. Es gibt Fälle, wo ein Projekt zu einem Symbolbegriff wird, an dem sich die Geister scheiden.

SN: Hainburg ist also ein Symbol – wofür?

MAUTHE: Diese Landschaft ist der letzte Rest eines großen Sagen-Stromes Donau und der letzte große Urwald, den wir in Österreich haben. Beides sind Dinge, die ins Archetypische (Urformen entsprechend) hineingehen. Der Strom ist das Symbol der Geschichte und der Wald der letzte Rest des Unberührten.

SN: Wenn aber Österreich das Donaukraftwerk braucht, um billige und reinere Energie erzeugen zu können?

MAUTHE: Das wird behauptet. Es gibt aber auch gegenteilige Behauptungen. Ein wirklich schlüssiger Energiebericht fehlt ja noch immer. Dafür soll der letzte Rest eines Naturgeheimnisses kaputtgemacht werden.

SN: Worauf gründet sich die ablehnende Haltung der Kraftwerksgegner inhaltlich?

MAUTHE: Ich glaube, daß es zwei ganz große, aber verschüttete Begriffe gibt, die jetzt wieder aktuell werden. Der eine Begriff ist der der

Schönheit. Das ist eine lang vernachlässigte und von niemandem beachtete Lebensqualität, um die sich bis vor kurzem nicht einmal mehr die Künstler gekümmert haben. Aber Schönheit braucht man als lebensnotwendiges Vitamin. In einer Zeit, in der die Natur bedroht ist, setzt man Schönheit gleich mit der Natur. Das zweite Problem, das uns sehr viel Kopfzerbrechen macht, ist das einer Unfreiheit, die sich eingeschlichen hat, und die den jungen Leuten sehr auf die Seele drückt. Wir leben ja in einem Zeitalter, wo man einer immer weiter wuchernden Bürokratie ausgeliefert ist. Was sich in Hainburg bei der Bewilligung abgespielt hat, ist ein undurchsichtiges Ineinandergreifen von Bürokratie, ein Akt des bürokratischen Durchziehens. Das hat Landesrat Brezovszky gemacht.

SN: Bezweifeln Sie die Rechtmäßigkeit der Bescheide des niederösterreichischen Naturschutzlandesrates?

MAUTHE: Ich bin kein Jurist, aber ich glaube, es stimmt die Formel, die Bescheide sind rechtsverbindlich, aber rechtswidrig. Es wurden ja viele Gutachten durcheinandergemacht und ausgetauscht. Das entspricht sicher nicht dem Gefühl für das, was Recht und rechtmäßig ist.

SN: Also wurde das Rechtsgefühl verletzt?

MAUTHE: Das Rechtsempfinden wurde sicherlich verletzt. Legionen von Wissenschaftlern und Künstlern wissen „nein“ gesagt zu Hainburg, 70 Prozent der Jugend sind dagegen und auch ein großer Teil der Intelligenz. Es ist da entsetzlich viel Unheil passiert. Man hat ja nie ernsthaft Gespräche geführt.

### Die Politiker sind hilflos

SN: Wo sehen Sie die Ursachen für dieses Verhalten der „staatlichen Obrigkeit“?

MAUTHE: Es ist ja so, daß die Parteien, die meisten Politiker und auch der Staat als solcher sich vollkommen hilflos benehmen. Daß Leute plötzlich Gefühle zeigen, Ängste und Hoffnungen, das ist halt im derzeitigen Denken der Politik nicht vorgesehen. In Wahrheit sind das die Probleme, vor denen die Politik jetzt steht. Ich glaube, daß für den Fall, daß die Parteien so weitermachen, sie in 15 Jahren vom Fenster weg sein könnten. Die Bildung von absoluten Mehrheiten wäre dann nicht mehr möglich. Und das ist nicht gut. Das führte zu einer Unbalance – wie es etwa Hessen zeigt – und hätte nachteilige Folgen.

SN: Stehen wir jetzt am Beginn eines „Religionskriegs“?

MAUTHE: Es ist sicher noch kein Religionskrieg, das ist einfach ein sehr schwieriger Übergang von einer Kulturphase in eine andere und von einer Zivilisationsphase in die nächste. Wir leben einfach am Ende der „Moderne“. Ich glaube, daß die nachrückenden Generationen an die Dinge anders herangehen und in den Griff kriegen werden. Was ich schrecklich finde, ist die Unsensibilität, mit der die jetzigen Institutionen

die schwierigen Vorgänge behandeln. Das wird die Politik noch völlig durcheinanderbringen.

SN: Aber die Mehrzahl der Gutachten befürwortet den Kraftwerksbau in Hainburg.

„In dubio contra rem“

MAUTHE: Es sind aber noch lange nicht alle Bedenken ausgeräumt. Ich denke nur z. B. an die Gefahr für das Wiener Trinkwasser. Hier hätte der Grundsatz zu gelten: „In dubio contra rem“, im Zweifel hätte man gegen die Sache, nämlich gegen Hainburg entscheiden müssen. Die Langzeitfolgen eines Aufstaus der Donau sind noch gar nicht abzusehen.

SN: Fürchten Sie bei den Demonstrationen das „Einsickern“ von radikalen grünen Gruppen aus dem Ausland?

MAUTHE: Ich sehe das überhaupt nicht. Unsere Grünen sind interessanterweise keine Roten, in Hainburg gibt es fast keine Alternativen, es ist durchwegs im Grunde ein bürgerliches Publikum, das sich ungläublich neugierig und unprovokant benimmt und sich ganz auf das Sanfte eingelassen hat. Es sind ein paar Deutsche aufge-taucht, aber die sind schon wieder verschwunden, sie haben sich nicht sehr wohl gefühlt.

## Der Rechtsstaat ist gefährdet



Brezovszky (für Hainburg)

Bilder: SN/Archiv (3)

Diese Gelassenheit und friedliche Zuversicht Stadtrat Mauthe ist dem niederösterreichischen Landesrat Brezovszky fremd. Er sieht sehr wohl die Steuerung der Anti-Hainburg-Aktionen vom Ausland her. Auch ist er davon überzeugt, daß die Jugend, die sich den „Grünen“ verschrieben hat, ideologisch indoktriniert und so zum Radikalismus hingeführt wird. Bei der Entscheidung über die Hainburg-Bescheide hat Landesrat Bre-

zovszky in erster Linie als Jurist gehandelt, der sich dem Rechtsstaat und der Demokratie verpflichtet fühlt.

SN: Herr Landesrat, würden Sie bei der Beurteilung aller Gutachten über Hainburg und bei der Ausstellung der Bescheide noch einmal so handeln, wie Sie es getan haben, nachdem Sie jetzt sehen, daß sich die Hainburg-Gegner sammeln und demonstrieren?

BREZOVSZKY: Es erfüllt mich mit Genugtuung, daß ich diese Aufgabe in einer Form lösen konnte, daß nach peinlichster Befragung und Prüfung aller Entscheidungen in der Landesregierung und im Landtag mein Vorgehen einstimmig akzeptiert worden ist. Das ist für mich die Genugtuung, daß ich mich einer Herausforderung nicht entzogen habe, sondern diese angenommen und sie im Interesse der Donaulandschaft, des Marchfelds, im Interesse Niederösterreichs und der Republik gelöst habe, trotz der großen Schwierigkeiten und Drohungen, denen ich ausgesetzt war. Ich habe ein sehr gutes Gewissen, und als Vertreter des Rechtsstaates und der Demokratie trage ich die Angriffe mit ruhiger Gelassenheit.

SN: War es politisch klug, so vorzu-

gehen, wie Sie es getan haben?

BREZOVSZKY: Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger des Rechtsstaates. Ich habe daher buchstabengetreu dem Gesetz Rechnung zu tragen und hatte die Bescheide nur aus der Sicht des Behördenleiters zu prüfen. Das habe ich getan und mich an das Gesetz gehalten.

SN: Aber Sie wurden jetzt von Hainburg-Gegnern wegen Amtsmißbrauch angezeigt.

BREZOVSZKY: Diese Anzeigen überraschen mich nicht. Sie wurden mir bereits im April 1984 von Universitätsprofessoren für den Fall angedroht, daß ich positiv entschiede. Damals sagte mir ein Hochschullehrer, der jetzt das Konrad-Lorenz-Volksbegehren unterstützt, es würden all jene Stellen, die sich offiziell positiv zu Hainburg stellten, bei Gericht angezeigt, und man werde einen internationalen Skandal daraus machen. Schon damals ist der Name des Schweizer Journalisten Franz Weber gefallen, der in der vorigen Woche auf eigene Kosten ausländische Journalisten zur Hainburg-Besetzung eingeladen hatte. Das ist ja alles sehr eigenartig. Seit damals wußte ich, daß ein „Religionskrieg“ vorbereitet wird.

### Jeder kann Gutachten lesen

SN: Herr Landesrat, Ihnen wird vorgehalten, die Gutachten nicht korrekt der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sondern diese zum Vorteil der Kraftwerksinteressenten verändert zu haben.

BREZOVSZKY: Blödsinn, das ist nicht wahr. Ich kann doch nicht in einer Pressemappe fünfzehn Kilo Papier vorlegen, so schwer sind die Gutachten. Ich habe natürlich nur Auszüge veröffentlichen können. Aber jedermann kann die Gutachten lesen. Sie stehen ihm nach Anmeldung zur Verfügung.

Im konkreten geht es jetzt darum, daß mir vorgeworfen wird, ich hätte das Gutachten von Professor Hans Steiner nur zum Teil der Presse mitgeteilt. Das stimmt, wie ich vorher ge-

sagt habe. Aber ich habe auch gesagt, daß Professor Steiner einer jener vier von zwölf Gutachtern war, die sich gegen das Kraftwerk Hainburg ausgesprochen hatten. Wissen Sie, es ist ja entsetzlich, mit welcher Oberflächlichkeit hier argumentiert wird. So haben z. B. Freda Meissner-Blau und Günther Nening, die mich Rechtsbrecher und Umweltverbrecher genannt haben – privat haben sie sich dafür entschuldigt – überhaupt nie versucht, sich die Sache anhand der Unterlagen erklären zu lassen oder sich auch nur gründlich zu informieren. Man argumentiert halt so locker dahin und beutelt irgendwas aus dem linken Ärmel. Das ist nicht nur unseriös, sondern gefährdet auch den Rechtsstaat.

SN-Mitarbeiter Hannes Rosner berichtet aus der Stopfenreuther Au:

## Besonnenheit geht in der Au nicht unter

Der vierte Tag in der Hainburger Au war gekennzeichnet von angespannter Ruhe. Etwa 600 Umweltschützer verbrachten die Nacht bei Außentemperaturen von minus acht Grad. Gegen sechs Uhr früh löschten Gendarmeriebeamte, mit Hinweis auf die drohende Waldbrandgefahr, zahlreiche Lagerfeuer der Demonstranten aus. Nach den Ergebnissen der Verhandlungen im Parlament begann die Exekutive Donnerstag vormittag, an den Einfahrtswegen zur Au die neuankommenden Demonstranten vom Gebiet der Stopfenreuther Au fernzuhalten. Nur noch Journalisten und Verpflegungsmannschaften hatten Zutritt. Die rund 60 Beamten der Exekutive halten sich an den neuralgischen Punkten auf und versehen, in der Nacht mit Hundestreifen, die Au.

Die Umweltschützer, in der Mehrzahl Studenten und mehrere Universitätsangehörige, können auf breite Unterstützung durch die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden rechnen. So wurden Scheunen und sanitäre Anlagen zur Verfügung gestellt, die Gemeinde Witzelsdorf stellt einen Teil der Verpflegung. Zahlreiche Sachspenden und Geldspenden langen immer wieder in der Zentrale der Kraftwerksgegner ein. Ein Bauer einer Nachbargemeinde stellte spontan eine Tonne Kartoffeln zur Verfügung, aus der Wachau wird Brot geschickt, eine Pfarre aus Wien stellte zweimal Frühstück für mehrere hundert Personen zur Verfügung.

Die Stimmung unter den Umweltschützern ist gut, man wartet gespannt auf das Ergebnis der Aussprachen mit Bundeskanzler Sinowatz.

Die Vertreter der Kraftwerksgegner bei den Wiener Gesprächen sind mit der Zentrale in Stopfenreuth in dauerndem Funkkontakt. Gestern vormittag fand an einem Lagerplatz eine Plenardiskussion statt, in der die Verhandlungsrichtung mit den in der Au verweilenden Demonstranten ab-

geklärt wurde. Schon Mittwoch wurde ein Spendenkonto eingerichtet, das die Holzarbeiter für ihren entgangenen Lohn entschädigen soll.

Die gestern vom Innenministerium angekündigte Sperre der Au für neue Demonstranten funktionierte nicht ganz lückenlos. Zahlreiche Stellen im

unwegsamen Teil der Au boten immer wieder Möglichkeiten für Hunderte Aktivisten, ins Gebiet zu kommen. Die Gendarmerie bereitet sich auf die zum Wochenende erwarteten Demonstranten vor.

Erstaunlich ist für Ihren Berichterstatter die Unsicherheit der Demonstranten: Schon die Mitnahme des eigenen Hundes in das schönste Auegebiet Europas wird als Hinweis gehandelt, daß es sich um einen verkappten „Kriminal“ handelt, der, ebenso wie sein Hund, schnüffelt. Aber von der Mehrzahl der Demonstranten wird man freundlich aufgenommen und mit den neuesten Gerichten aus der Gerücheküche versorgt. In der sonst herbstlichen Au sind Gerichte das einzige, was blüht.

Sauberkeit wird in der Au großgeschrieben: Eigene Räumtrupps sorgen mit Müllsäcken und Handschuhen für die Beseitigung der Zivilisationsrückstände. Nach vier Besetzungstagen war kein einziges Relikt zivilisatorischer Wegwerfmentalität im Auegebiet zu entdecken.

Holzarbeiter zeigen sich erfreut über die Besetzung: Durch die Verwendung der zahlreich herumliegenden Holzstämme als Brennholz und Material für den Bau von wetterfesten Hütten wird ihnen viel Arbeit abgenommen. Dadurch sind auch Waldgebiete schneller mit Maschinen befahrbar, wie ein Kärntner nicht ohne Hintergedanken erzählt.

Hochakademisch ging es um 10 Uhr e. t. im Lager zwei zu: Dort hielt ein Assistent der Hochschule für Bodenkultur eine Vorlesung vor 200 Studenten. Thema: Die Ökologie des Auwaldes.



Ausharren in der Stopfenreuther Au

Etwa 600 Umweltschützer haben sich „häuslich“ in der Au eingerichtet. Bild: SN/AP

**AZ**  
MORITZ DEHN

14.12.1984

In der Au herrscht gespannte Ruhe

## Abkommen gebrochen Neue Demonstranten

Gespannte Ruhe, ein Bruch des Abkommens, keine neuen Besetzer in die Au zu bringen, aber keine ernstlichen Zwischenfälle — das war gestern die Situation in Hainburg. Aufregung gab es über ein von den Besetzern ausgestreutes Gerücht, die Sicherheitskräfte wollten die Lebensmittelversorgung der Demonstranten unterbinden.

Auf politischer Ebene begann der gestrige Hainburg-Tag um 5.40 Uhr, als Innenminister Blecha der Gendarmerie die ausdrückliche Weisung erteilte, die Essenszufuhr zu den Aubesetzern zu ermöglichen. Ebenfalls noch am frühen Morgen führte der Innenminister Gespräche mit Arbeitnehmervertretern, die in der Au nun doch eine Demonstration durchführen wollten. Namens der Regierung drang Blecha darauf, daß die Arbeiter von diesem Plan Abstand nehmen.

Bereits am Vormittag — als in Wien eben die zweite Verhandlungsrunde begann — zeigte sich, daß das Abkommen von der Aussprache der vergangenen Nacht nicht hält: Es trafen bereits neue Busse mit Demonstranten ein, die in die Au einschickerten. Ein Sprecher des Gendarmeriepostens Eckartsau zur AZ: „Angesichts der Dimension der Wälder haben wir keine Chance, das zu verhindern.“ Einschreiten mußte die Gendarmerie allerdings in einem Fall, als die Demonstranten versuch-

ten, die Essensausgabe auf einer Kreuzung durchzuführen. Unmittelbar danach neue Aufregung: Demonstranten hatten einen bereits errichteten Wildzaun niedergetreten, um in die Au eindringen zu können.

Die Lage in der Au selbst hat sich in den letzten Tagen verändert: Die Demonstranten besetzen nun die Zufahrtswegen, während sie sich bisher auf einem Sammelpunkt innerhalb des Waldes — dort, wo gerodet werden sollte — aufgehalten hatten. Ein anderer Teil der Au-Besetzer hat sich innerhalb des Waldes verteilt. Die Gendarmerie: „Die Besetzung hat sich nun dezentralisiert.“ Man stellt sich auf beiden Seiten auf ein kaltes Wochenende ein.



**Wald unter Wasser**



**Wer sich in Wäldern trifft**

# Freitag, 14. Dezember

*Verhandlungen gescheitert*

*Beginn der Bauvorbereitungen wird für Montag angekündigt*

*Vizebürgermeister Busek verlangt Baustop*

*Sympathiekundgebung für Aubesetzer aus ganz Österreich*

HANS RAUSCHER



**KOMMENTAR**

Bundespräsident Kirchschräger hat in seiner Rede anlässlich des 100. „Geburtstags“ des Parlaments zwei goldrichtige Dinge gesagt:

Erstens müsse man sich darüber im klaren sein, daß die alten Formen der politischen Entscheidungsfindung heute nicht mehr ausreichen.

Zweitens müsse man lernen, mit dem Element der direkten Demokratie umzugehen, das offenbar immer wichtiger werde. Der Fall Hainburg ist eine Illustration für Kirchschrägers Erkenntnisse.

Soviel zum Grundsätzlichen. Was ist aktuell zu beachten?

Wenn man manchen Vertretern des öffentlichen Lebens zuhört, dann könnte man meinen, bei den jungen Leuten in der Au handle es sich um diabolische Politik, die von Moskau gelenkt und von Gaddafi finanziert werden. Sicher mag da mancher sein Söppchen kochen. Aber in Wirklichkeit sind das die Kinder des (roten und schwarzen) Bürgertums.

**Hainburg: Verlierer und Gewinner**

Die jungen Aubesetzer müssen sich aber ebenso darüber im klaren sein, daß sie am Rande einer Verletzung des Rechtsstaates entlangspazieren, wenn sie nicht schon passiert ist. Österreich ist kein Unrechtsstaat, gegen den Widerstand sozusagen Pflicht ist. Auch wenn es viele empört, daß mit der Rodung vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, während noch Rechtsmittel laufen.

Schließlich muß der Regierung und Bundeskanzler Sinowatz attestiert werden, daß sie offenbar guten Willen zur Vermeidung einer Explosion zeigten, aber das richtige taktische Konzept noch nicht gefunden haben. Zuerst schickte man die Gendarmerie aus, dann piff man die Staatsgewalt zurück und verlegte sich aufs Verhandeln. Jetzt heißt es wieder: Bis Montag früh muß die Au geräumt sein, sonst . . .

Der sonst so geduldige Sinowatz glaubt offenbar nicht an die Möglichkeit einer Zermübungstaktik, sondern will Stärke demonstrieren.

Die Umweltschützer werden vordergründig den Kampf um die Au verlieren. Es wird letztlich doch gerodet werden. Sie haben aber die Chance, doch zu „gewinnen“, indem sie eine politische Kraft werden, die man nicht mehr ignorieren kann.

Es wäre gut, diese wichtige neue Kraft so in unseren politischen Prozeß zu integrieren, daß die „alte“ Politik nicht mehr an ihren berechtigten Anliegen vorbei kann. Das wird aber nur dann gelingen, wenn es in Hainburg nicht zu einer offenen Feldschlacht kommt. Darauf müssen beide Seiten strikte achten.

ERWIN J. FRASL



**KOMMENTAR**

Eine traurige Bilanz wird die Regierung Sinowatz in diesem Jahr ziehen müssen. Die Energiepolitik etwa zeichnet sich durch anhaltende Erfolglosigkeit aus. Da steht ein fertiges Kernkraftwerk in Niederösterreich herum, die Regierung aber drückt sich vor der Entscheidung, ob es eingeschaltete oder abgewrackt werden soll.

Beim Bau des Wasserkraftwerkes Hainburg hat die Unentschlossenheit der Regierung ebenfalls eine politisch bedrohliche Situation entstehen lassen. Wobei der gefährlichste Gegner für den Bau des Wasserkraftwerkes Hainburg das Management der Donaukraftwerke selbst zu sein scheint. Auf Grund des Verhaltens der Donaukraftwerke drohen allmählich selbst Befürworter des Baues von Hainburg ins Lager der Gegner

Noch immer strömen Demonstranten zum Bauplatz bei Hainburg

**Keine Einigung über die Au: Am Montag Baubeginn**



Gipfel mit dem Kanzler: Das Volksbegehren wird bei Umweltfragen angehört werden – aber der Baubeginn in der Au ist fix

Ohne Einigung über den von den Umweltschützern erbetenen Aufschub des Baubeginns in Hainburg endete die dritte Gesprächsrunde der Regierung mit Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens. Schon jetzt ist abzusehen, daß die Besetzer der Au nach dem Ende des „Waffenstillstands“ am Sonntag weiter in der Au bleiben werden.

Schwere Enttäuschung bei den Proponenten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens: Nach einer dritten Gesprächsrunde mit der Regierung dürfte nun feststehen, daß nach einwöchiger Besetzung der Stopfenreuther Au mit dem Auslaufen des „Waffenstillstands“ am Sonntagabend auch die Galgenfrist für 1,2 Millionen Bäume ablaufen wird.

Für Bundeskanzler Fred Sinowatz („In keinem zweiten Staat hätte der Regierungschef 15 Stunden verhandelt“) kann es keinen Zweifel mehr geben: „Es gibt korrekte Bescheide der Behörden“ – am Montag

müsse daher „alles getan werden“, um die gesetzwidrige Belagerung des Bauplatzes zu beenden.

Mit den Vertretern des Volksbegehrens wurde zwar für den kommenden Mittwoch ein neuer Termin vereinbart. Dann soll es um alle möglichen Umweltprobleme gehen. In der Frage des Hainburg-Baubeginns allerdings ist ein Kompromiß unmöglich. Daran ändert auch die neuerliche Mahnung von Bundespräsident Kirchschräger nichts, der in einem Interview mit der Zeitung „Österreichs Wirtschaft“

neuerlich ein „Fairplay“ mit den Kraftwerksgegnern in der staatlichen Willensbildung gefordert hat. Das Volksbegehren kommt erst nach Baubeginn ins Parlament.

Dabei, ließ nun erstmals Paradeökologe Bernd Lötsch erkennen, gäbe es bei den Umweltschützern durchaus Kompromißbereitschaft: Würde der Bau um ein Jahr verschoben und in der Zwischenzeit umgeplant, „könnte es durchaus Überraschungen geben“. Eine rechtliche Überraschung hat auch Friedrich Weber, einer der Anwälte des Volksbegehrens, im Köcher: Bei der Gemeinde Petronelli-Carnuntum erwirkte er nun Parteistellung „im zu erwartenden Bauverfahren“ – weil Weber als Wiener von einer Gefährdung des Trinkwassers betroffen wäre. Nur: Ein Bauverfahren über den umstrittenen Kraft-

werksbau ist bisher nicht vorgesehen.

Inzwischen ist auch die von Regierung und Kraftwerksgegnern angestrebte „De-Eskalation“ in Gefahr. Obwohl das Volksbegehrens-Büro keine neuen Besetzer in die Au karren will, hat nun die Hochschülerenschaft eine Messe in Stopfenreuth organisiert. Die Gottesdienstteilnehmer, die am Sonntag mit einem Sonderzug anreisen werden, haben teilweise schon angekündigt, in der Au bleiben zu wollen.

Die „besonders heiße Phase“ der Auseinandersetzung diene am Freitag auch als Begründung, im ORF einen Hainburg-Beitrag der Sendung „Im Brennpunkt“ entfallen zu lassen. Chefredakteur Erich Brunner zur Weisung von Intendant Ernst Grissemann: „Ich wollte nicht doch Öl ins Feuer gießen.“

CONRAD SEIDL ■

abzuwandern. Daß heute das Erklären der Vorgangsweise eines Unternehmens in der Öffentlichkeit zu den wichtigsten Aufgaben des Managements gehört, wissen in diesem Lande nahezu alle. Nur die E-Wirtschaft nicht. Dabei brauchen wir Hainburg: Denn es ist allemal besser, die saubere Wasserkraft zu nützen, als bei der Verbrennung von Kohle die Luft zu verschmutzen.

**Sinowatz: Die traurige Bilanz**

In der Agrarpolitik gibt es noch immer keine vernünftigen Konzepte, wie man die Überschüsse – vor allem im Milchbereich – bewältigt, ohne den Bauern noch weitere Einkommenseinbußen zuzumuten. In der Industriepolitik zeigt sich, daß

die Verstaatlichte Industrie zu den bewilligten 16,5 Mrd. Schilling noch weitere 5 Mrd. Schilling benötigen wird, weil die Strukturverbesserungen noch nicht rasch genug greifen.

Und was die verstaatlichte Creditanstalt-Bankverein anlangt, zeigt sich, daß die Auflistung von volkswirtschaftlich falschen Aufgaben – sprich Arbeitsplätze in unrentablen Unternehmen zu erhalten – jetzt ihre negativen Auswirkungen zeigt. Auch hier werden Milliarden Zuschüsse notwendig sein.

Für die Erhöhung der Pensionen ist hingegen in diesem Staate kein Geld vorhanden. Bei einer Inflationsrate von über fünf Prozent müssen sich unsere alten Menschen mit kargen 3,3 Prozent an Pensionserhöhung bescheiden. Die „Alten“ sind halt keine politische Lobby, auf die man Rücksicht nehmen muß. Die Wurzeln all dieser Probleme muß man allerdings in der Zeit vor der Regierung Sinowatz suchen. Wer jedoch wie Sinowatz eine unbedingte Erberklärung abgibt, muß damit fertig werden, daß er „Schulden“ geerbt hat.

# Wochenende in der Au: Zehntausend erwartet!



## ● Werden Telefone jetzt abgehört?

Drei Tage vor Ablauf des „Waffenstillstandes“ spielten sich in der Hainburger Au Szenen ab wie an der Berliner Mauer: Seit Donnerstag 20 Uhr durften Essensfahrzeuge nur einzeln passieren – im Gegenzug mit einem abfahrenden Fahrzeug, „um nicht noch mehr Demonstranten einsickern zu lassen“ (die Gendarmerie). Trotz allem will das Innenministerium Montag den freundlichsten Gendarmen Österreichs präsentieren – am Tag der geplanten Räumung von Hainburg. Nichtsdestoweniger werden auf der riesigen Naturbühne Hainburg am Wochenende insgesamt 10.000 Menschen erwartet – Naturschützer wie Zuschauer. Und dies in einem Klima des Orwell-Jahres 84: Die Indizien verstärken sich Freitag, daß Telefone und CB-Funk im Auftrag der Staatspolizei abgehört werden!

Hainburg bekam Freitag auch eine internationale Dimension: Sadruddin Aga Khan, ehemals UNO-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen und jetzt Naturschützer, hat in einem Brief an Bundespräsident Kirchschnägl gegen den Kraftwerksbau protestiert.

Das Durchhaltevermögen von rund 1000 Demonstranten Tag und Nacht in dem unwirklichen Winterklima wollen Tausende unterstützen.

### Die ersten Erkrankungen

Freitag waren jedoch die ersten Naturschützer erkrankt. Zwölf Demonstranten mußten nach fünf Tagen Aufenthalt im Freien die Au mit Grippe verlassen. In den Abendstunden fiel zudem der erste Schnee in Wien, die Situation wurde auch in Hainburg zunehmend schärfer. Für die Nacht wurden bereits Temperaturen um zehn Grad minus erwartet. Dennoch behielten etliche Aubesitzer

den Humor. Eine Straßensperre erhielt als Orientierungshilfe den Namen „Gandhi-Barrikade“, eine zweite heißt „Barrikade der Babysittergewerkschaft“.

Während wieder eine Solidaritätskundgebung abgehalten wurde, startet Greenpeace in 14 Staaten eine Protestaktion gegen die Rodung der Au. Eine Gruppe wird heute, Samstag abend, in Bremen Bundeskanzler Sinowatz begrüßen. Er tritt in der Fernsehsendung „Welten, daß ...“ auf.

Montag sollen in der Au österreichische Fahnen aufgelegt werden, um die Gendarmen daran zu hindern, die Nationalfarben mit Füßen zu treten.

Und auch in der Umgebung der Au selbst formiert sich zunehmend Widerstand gegen die geplante Rodung.

Bauern der Umgebung berieten Freitag über einen Traktorfahrerzug zugunsten der Naturschützer. Die Bevölkerung erklärte sich mit den Demonstranten solidarisch. Gottfried Pammer aus Groß-Enzersdorf spricht für viele: „Wenn ich Samstag zusperr‘ fahr‘ ich sofort zum Protest in die Au.“ Ihm imponiert der Idealismus einer Generation, die angeblich keine Ziele hätte. Hinter jedem Naturschützer in der Au stünden noch 500 Sympathisanten in ganz Österreich. Ein KURIER-Leser schlug vor, als Zeichen des Friedens und stummen Protests Kerzen in Fenster zu stellen.

Au-Besucher kolportieren hingegen ein Gerücht aus Wien: Jeder Demonstrant bekommt am Tag 300 bis 500 Schilling gezahlt. Alles gesteuert. Entsetzt über diesen Vorwurf reagiert die Zentrale der Demonstranten in Stopfenreuth: „Das ist lächerlich. Niemand würde sich hier wegen materieller Werte nächtelang abrieren.“ Im Gegenteil: Die



Naturschützer campieren auch in der Nacht in der Au – trotz Minusgrade – und „bewachen“ so die Barrikaden

Demonstranten hätten für ein Solidaritätskonto zugunsten des Akkordlohns der Holzarbeiter gespendet und bisher schon rund 10.000 Schilling gesammelt. Ein Theologieprofessor sprach Freitag vor seinen Hörern über Ethik, mitten in der Au.

### Erdhöhle für 30 Naturschützer

Um die Minustemperaturen besser zu überstehen, haben 30 Naturschützer in der Nacht auf Freitag eine rund 2,5 Meter tiefe Erdhöhle ausgehoben, zehn Meter im Durchmesser, abgestützt mit Holz, bedeckt mit einem Nylondach, Erdreich und Stroh. Eine Reistalbesitzerin aus Witzelsdorf stellt

ihre Halle für 80 Leute zur Übernachtung bereit.

Nach wie vor herrscht in der Au die Devise „Reden statt roden“ und „Gegen den Strom schwimmen“. Die Alternative Gewerkschaft demonstriert mit einem Spruchband. Eine Mutter eines Naturschützers brachte zur Hainburger Brücke Mantel, Decken und Tee und hofft auf den Weihnachtsfrieden in der Au: Sonntag um 10 Uhr wird auf der Brückwiese in Stopfenreuth eine ökumenische Feldmesse abgehalten.

Am fünften Tag der Besetzung präsentiert sich die Au nach wie vor sauber: Die Naturschützer heben jedes kleinste Stück Papier auf.

FRIEDRICH BABITSCH,  
CHRISTIAN PURKHARD ■



Für 30 Personen wurde eine Übernachtungshöhle gebaut

## Kriegsberichte?

Was der ORF im Falle Hainburger Au betriebe, sei keine Berichterstattung, sondern „Kriegsberichterstattung“, sagte im Parlament der SP-Abgeordnete Hochmaier.

Nun wissen wir schon, daß besonders die Vertreter der Regierungsparteien, im Grunde aber die Politiker jeder Färbung einen Rundfunk wünschen, der sie schon brav bei der unermüdeten Ausübung ihrer staatstragenden Tätigkeit zeigt.

Es ist auch bisher – im ORF und in den meisten

Zeitungen – über die Besetzung der Hainburger Au im großen und ganzen korrekt berichtet worden. Das ist eben ein neues politisches Phänomen, und dem muß man journalistisch Rechnung tragen.

Trotzdem kommt die Erinnerung gerade rechtzeitig: Nach dem Scheitern der Gespräche droht der Zusammenstoß. Die Medien haben die Pflicht, das Ihre dazu beizutragen, daß nicht wirklich Kriegsberichte notwendig werden.

Rau

Umfrage der „Kronen Zeitung“ in Hainburg und in der besetzten Au: Was halten Sie von den Demonstranten?

# Welle der Sympathie für Naturschützer



**Ferdinand Mayer (49),** Maurer aus Hainburg: „Ich halte die Aubesetzer für Hitzköpfe, weil ihre Aktion nur Unfrieden stiftet. Außerdem bin ich für den Bau. Wir brauchen den Strom, die Bäume gehen im Grunde niemandem ab. Vor den Streitereien um die Hainburg hat sich um die Au niemand gekümmert.“



**Elfriede Schopf (44),** Angestellte aus Hainburg: „Meine Bewunderung haben die Naturschützer in der Au. Heute hat es bei uns minus acht Grad gehakt. Wenn man derartige Strapazen auf sich nimmt, um zu beweisen, daß man gegen die Zerstörung ist, so kann man die Jugend nur bewundern.“



**Evelyne Simoncsics (45),** Drogistin in Hainburg: „Die Leute schimpfen über die Jugend, wenn sie sich nicht engagiert, noch mehr wird geflucht, wenn sie sich gegen etwas auflehnt. Sicher können Personen, die tagelang bei Minusgraden im Wald liegen, nicht aussehen wie Firmlinge.“



**Ferdinand Schäfer (58),** ÖBB-Pensionist, Wolfsthal: „Eigentlich weiß ich nicht mehr so recht, was gut und was schlecht ist. Vielleicht haben die Jungen, die in der Au sitzen, doch recht. Mag sein, daß wir das Kraftwerk wirklich nicht brauchen und die Erhaltung der Natur wichtiger ist.“

Mit einer riesigen Hilfsaktion und einer Welle der Sympathie werden die Naturschützer, die seit Tagen in der Hainburger Au gegen die Schlägerung von Bäumen protestieren, unterstützt. Aus ganz Österreich kommen aus allen Schichten der Bevölkerung Geld- und Sachspenden. Ein Gastwirt schickte 1000 Paar Würstel mit dem Taxi von Wien in die Au.

Ein 70jähriger pensionierter Polizist sammelte in seinem Wohnhaus Decken und Mäntel für die frierenden Umweltschützer. Ein Wiener Geschäftsmann stellte seinen Geländewagen zur Verfügung. Ein 75jähriger Pensionist aus der Gumpendorfer Straße in Wien-Mariahilf marschiert jeden Tag mit seinem Hund in die Au und bringt den Jugendlichen Essen, heißen Tee und Obst. Ein Holzhändler lieferte Säcke mit Brennholz für die Lagerfeuer an. Eine Familie aus Niederösterreich transportierte Mäntel und Petroleumlampen.

VON ERICH SCHÖNAUER  
UND KARL WENDL

gottesdienst abgehalten. Um 10.30 Uhr werden ein evangelischer Pastor und der katholische Pfarrer von Schwechat eine Messe lesen. Dem populären Weihbischof Kuntner ist es gelungen, vom Innenminister und vom Landeshauptmann die Zusage zu erhalten, daß die Jugendlichen, die aus den Auwäldern zum Gottesdienst kommen, sozusagen „freies Geleit“ erhalten. Wer für die Messe die Au verläßt, darf auch wieder hinein. Pfarrer Helmut Blasche: „Die Messe soll versöhnlich sein. Schön wäre es, wenn Naturschützer, Gendarmen und Holzarbeiter gemeinsam daran teilnehmen würden.“

leumlampen. Als die Frau sah, wie eine junge Umweltschützerin mit fast blaufrorenen Händen in Stopfenreuth herumließ, zog sie ihre Handschuhe aus und sagte: „Da hast du, ich kaufe mir zu Hause neue.“ Der Johanniterorden spendete 80 Decken und Schlafsäcke. Selbst aus Vorarlberg, Tirol, Oberösterreich und der Steiermark trafen Sach- und Geldspenden ein. Ein Angestellter brachte seinen Campingbus und stellte ihn den Demonstranten zum Schlafen zur Verfügung. Eine Wiener Kunsthändlerin bestellte 2000 Paar Frankfurter und sechs Kübel Senf. Der Fleischer Kurt F. dachte zuerst an einen Scherz. Nachdem er erfahren hatte, wofür die Würstel sind, erklärte er sich sofort bereit, die Ware selbst nach Stopfenreuth zu bringen. Der 26jährige Unternehmer Karl B. aus Wien-Josefstadt fuhr ebenfalls selbst nach Stopfenreuth und brachte 2000 Trinkbecher. Karl B. zur „Krone“: „Ich kann leider aus beruflichen Gründen nicht selbst demonstrieren. Jetzt versuche ich so zu helfen. Der Unmut gegen die Politiker ist in allen sozialen Schichten vorhanden.“ Auch das Wiener Original „Waluliso“ besuchte die Naturschützer und sprach Mut zu.

Am kommenden Sonntag wird für die Naturschützer auf dem Fußballplatz in Stopfenreuth ein Wort-

Der 70jährige Pfarrer Wenzel Winter aus Engelhartstetten wird um 8 Uhr früh in der kleinen Pfarrkirche eine Messe lesen: Der Pfarrer zur „Krone“: „Ich werde in meiner Predigt wohl Bedacht nehmen auf die Lage in der Au und mich bei der Stopfenreuther Bevölkerung und den Leuten aus der Umgebung für ihre Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft für die Naturschützer bedanken.“



**Dipl.-Ing. Dr. Hellmut Schauer,** Dozent, Technische Universität Wien: „Don't hurry (keine Eile), sagte einmal ein bekannter Mann. Dieses Rezept würde ich auch jenen empfehlen, die das Kraftwerk unter allen Umständen innerhalb kürzester Zeit bauen wollen. Viele Dinge sind noch zu besprechen.“



**Marion Trunk (20),** Studentin aus Kärnten: „Zwei Nächte bei diesen Temperaturen im Schlafsack zu verbringen, ist alles andere als angenehm. Wenn man aber gut ausgerüstet ist, ist das Ganze durchaus erträglich. Die Stimmung bei uns in der Au ist gut, Lagerkoller gibt es auch noch keinen.“



**Hermann Fast (22),** Landwirt aus der Steiermark: Zum Glück klappt jetzt die Versorgung mit Lebensmitteln und Getränken in der Au bestens. Es ist einfach toll, wie uns die Leute aus der Umgebung unterstützen. Gestern brachte uns ein Bauer Stroh, ein anderer Tee und Obst.“



**Barbara Filips (20),** Dolmetschstudentin: „Ich war zwar erst eine Nacht in der Au, aber das war schon sehr schlimm. Mir war eiskalt, und die sanitäre Situation ist leider nicht optimal. Den ‚Waffenstillstand‘ möchte ich nützen, um nach Hause zu fahren, um mich wieder aufzuwärmen.“



**Thomas Reinagl (22),** Fotograf aus Wien: „Leider kann ich nicht ständig in der Au bleiben, schließlich muß ich auch arbeiten. Meine Freizeit widme ich gänzlich den Naturschützern in Stopfenreuth. Wenn man gut ausgerüstet ist, so kann man die Kälte ertragen. Eine Räumung ist nicht leicht möglich.“



**Trixi Tomaschek (22),** Studentin: „Ich studiere Geografie und Geschichte und möchte das Lehramt machen. In den Semesterferien arbeite ich in einem Reisebüro. Bei einer derartigen Kälte in diesem Gebiet so lange auszuharren, da gehört wirklich schon eine kräftige Portion Überzeugungs dazu.“



**Christian Zuckerstätter (23),** Student der Raumplanung: „Neben meinem Studium arbeite ich in einem Raumplanungsbüro. Warum ich hier in der Au bin, brauch' ich wohl nicht mehr erklären, in diesem Punkt sind sich wohl alle einig. Ich glaube, daß die Naturschützer sicher nicht aufgeben werden.“



**Bryan Manzoni (19),** Schüler aus Wien: „In den Lagern in der Au gibt es derzeit noch keine Probleme. Spätestens nach der ersten Nacht bei Minusgraden hat man sich an die widrige Situation gewöhnt. Je länger das Ganze dauert, um so organisierter werden wir große Zahl von Naturschützern.“

Als erster Staat will Republik Österreich Welt-Naturschutzgesetz brechen – harte internationale Proteste:

# Der Fall Hainburg soll vor die UNO kommen!

Wien. – Es hagelt im Bundeskanzleramt internationale Proteste, weil Österreich als erster Staat drauf und dran ist, eines der wichtigsten Weltnaturschutzgesetze zu brechen, und zwar durch den Bau des Kraftwerkes Hainburg. In der Schweiz und in der Bundesrepublik als Signatarstaaten des Ramsar-Abkommens sind Bestrebungen im Gang, Hainburg vor die UNO zu bringen.

Am 16. April 1983 ist das Ramsar-Abkommen zum österreichischen Gesetz erhoben worden, und darin sind die Donau-March-Auen ausdrücklich als „Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung“ deklariert. 36 Staaten haben dieses wic-

VON FRIEDRICH GRAUPE

tige Naturschutzabkommen bisher unterzeichnet. Weltweit herrscht Empörung darüber, daß jetzt ein zi-

villisiertes Land wie Österreich aus dieser „Völkergemeinschaft“ ausbrechen will. „Wie sollen wir jemals ein Entwicklungsland dazu bringen, Naturschutz zu betreiben, wenn so etwas passiert?“ beklagte gestern Roland Wlederkehr, Chef des WWF Schweiz.

In dieser Woche wurde dem Schweizer Parlament eine Aufforderung übermittelt, zum Fall Hainburg Stellung zu nehmen und von

seinem Protestrecht als Vertragspartner der Ramsar-Konvention Gebrauch zu machen. Ähnliches ist in Deutschland im Gang, und letztlich läuft der Plan von Naturschützern beider Länder darauf hinaus, die UNO mit dem Fall Hainburg zu befassen. Und zwar die UNEP, die Umweltschutzorganisation der Vereinten Nationen.

Ebenfalls in dieser Woche hat sich der Europarat mit dem Fall befaßt, und zwar deshalb, weil Österreich ganz offensichtlich auch das Berner Abkommen „zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume“ zu brechen beabsichtigt.

## Hainburg-Gespräch ist gescheitert Ab Montag Räumaktion in der Au?

Wien. – Die Hainburg-Verhandlungen um den Abzug der Auedemonstranten sind gestern endgültig gescheitert. Zwischen der Regierung und den Initiatoren des Volksbegehrens konnte keine Annäherung der Standpunkte erzielt werden. Damit kann Innenminister Blecha nach Ablauf der Waffenstillstandsfrist am Sonntagabend die Au räumen lassen. Man kann nur hoffen, daß es zu keiner Konfrontation zwischen Gendarmen und Demonstranten kommt.

Die Sprecherin des Volksbegehrens, Freda Meissner-Blau, erklärte das Scheitern der Gespräche damit, daß man sich eben über die Grundsatze „Kraftwerksbau ja oder

VON DIETER KINDERMANN

nein“ nicht habe einigen können. Der Vorschlag der Kraftwerksgegner, die Bauarbeiten bis zum Volksbegehren im kommenden März oder bis zur Entscheidung des Höchstgerichtes aufzuschieben, sei

abgelehnt worden. Freda Meissner-Blau wörtlich: „Auch unsere Hoffnungen, daß auf einen Weihnachtsfrieden bis zum 7. Jänner eingegangen würde, sind enttäuscht worden. Dabei hätte doch ein österreichisches Christkind in dieser Zeit der einen oder anderen Seite die Idee eingeben können, wie man die explosive Situation entschärft.“

Kanzler Sinowatz meinte dagegen, es gebe wohl keinen zweiten Staat in der Welt, wo sich eine Regierung 15 Stunden lang an einen

Tisch mit Menschen setze, die immerhin Gesetzesübertreter (Aubesetzer) vertreten. Einen Aufschub der Bauarbeiten habe es schon deshalb nicht geben können, weil eine der Umweltauflagen für das Kraftwerk vorschreibe, daß im Winter gerodet werden müsse.

Bundespräsident Kirchschräger setzte sich gestern bei der 100-Jahrfeier des Parlaments für die Idee der direkten Demokratie, also für Volksbegehren und Volksabstimmungen, ein. Der Rechtsanwalt des Volksbegehrens, Dr. Friedrich Weber, bekam gestern vom Bürgermeister von Petronell-Carnuntum die Vollmacht, die Gemeinde in baurechtlichen Hainburg-Angelegenheiten zu vertreten.



Fotos: J. Schöpfer und Ch. Hauenstein

▲ Hilfsaktionen für die Naturschützer in der Au von Hainburg.



Viele Schulklassen besuchen das von der Schlägerei bedrohte Gebiet.

## Busek verlangt: „Alle Aktionen für Bau von Hainburg stoppen!“

„Geheimgutachten“, die bewelsen sollen, daß die Wiener Trinkwasserversorgung im Fall des Baus von Hainburg entgegen den Garantieerklärungen der SPÖ-Politiker gefährdet ist, legte Freitag der Wiener VP-Chef Erhard Busek vor. Busek betonte: „Das Ersatzwasserwerk für die Lobau kann niemals rechtzeitig fertiggestellt werden!“

Kommenden Dienstag wird im Wiener Stadtsenat ein Vertrag zwischen der Stadt Wien und den DoKW AG beschlossen, der die Gemeinde verpflichtet, bis zum Beginn des Aufstaus der Donau durch das Kraftwerk Hainburg (Sommer 1987) die Hauptkläranlage auszubauen und als Ersatz für die Lobau ein Grundwasserwerk Donaunord zu errichten. Diese Auflagen wurden von Landwirtschaftsminister Günter Haiden erlassen, um Wiens Trinkwasserversorgung zu garantieren. Wien erhält dafür von den DoKW 830 Millionen Schilling. Nun tauchen aber Zweifel auf,

daß die Schutzmaßnahmen rechtzeitig verwirklicht werden können. VP-Chef Erhard Busek präsentierte Freitag einen mit 4. 12. 1984 datierten Aktenvermerk der Wasserbauabteilung MA 45, in dem eine Stellungnahme der Wasserwerke festgehalten ist: Mit der Fertigstellung des Grundwasserwerkes Donaunord könne nicht vor 42 Monaten gerechnet werden.

Busek legte ein zweites Gutachten vor, wonach auch die Umbauten der Hauptkläranlage nicht termingerecht abgeschlossen werden können. Der VP-Chef: „Damit ist klar, daß die Donau mit Beginn des

Aufstaus zu einer langen Kloake wird. Klar ist auch, daß die SPÖ ihre Trinkwassergarantie nicht halten

VON PETER STRASSER

kann. Alle Hainburg-Bauaktionen sind sofort zu stoppen.“

Umweltstadtrat Helmut Braun konterte Freitag mit einer neuerlichen Garantieerklärung: Die zur Verfügung stehende Zeit sei zwar knapp, aber sollte tatsächlich zwischen der Fertigstellung von Hainburg und der Inbetriebnahme des Donaunord-Werks ein „Loch“ entstehen, rechne die Stadtverwaltung damit, daß bis dahin die wegen rechtlicher Probleme gesperrte 3. Wiener Wasserleitung geöffnet werden kann.

# Holzhacker-Sozialismus im Auwald

In Österreich wird der Widerstand gegen den Bau des Donaukraftwerks Hainburg immer heftiger

Von unserem Korrespondenten Hannes Burger

Wien, 14. Dezember Die Lage in der Stopfenreuther Au bei Hainburg ist von gespannter Ruhe, die Atmosphäre von gereizter Friedlichkeit. Doch die romantische Szenerie an den Lagerfeuern vor den Zelten der Kraftwerksgegner ilüuscht ebenso wie die augenblickliche Betriebsruhe rund um die von Gendarmen bewachten Rodungsmaschinen der Donaukraftwerke. Zwischen der Polizei und den zeitweise bis zu 4000 Demonstranten herrscht nur kurzfristiger Waffenstillstand. Noch laufen zwar die mehrtägigen Verhandlungen zwischen der österreichischen Bundesregierung und den Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Kanzleramt, aber eine Beilegung des Konflikts ist vorläufig nicht in Sicht.

Österreichs Regierung scheint nämlich unter dem Druck der Gewerkschaften entschlossen zu sein, wider alle Vernunft obrigkeitliche Macht zu demonstrieren und um des Justament-Standpunkts willen bereits am Montag die Rodungen in Europas letzter großer Aulandschaft wieder unter Polizeischutz fortzusetzen. Umgekehrt lassen aber auch die für Naturschutz demonstrierenden Gegner des Donaukraftwerks Hainburg keinen Zweifel daran, daß sie die eilfertigen Rodungsarbeiten verhindern wollen, mit denen das Volksbegehren und die wissenschaftliche Nachprüfung des rechtlich höchst umstrittenen Genehmigungsbescheides sinnlos gemacht werden sollen. Wenn die Bäume nämlich erst einmal weg sind, erübrigen sich alle politischen, juristischen und wissenschaftlichen Rettungsaktionen für den Auwald von allein.

Mit penibler Rechtsstaatlichkeit hat das Vorgehen der österreichischen Regierung in der Tat kaum noch etwas zu tun. Die Selbstgefälligkeit, mit der man bisher in der friedlichen Alpenrepublik auf harte Zusammenstöße zwischen Polizei und protestierenden Jugendlichen oder Grünen in Deutschland und der Schweiz herabgesehen hat, ist wie eine Seifenblase platzt, sobald eigene Interessen berührt sind. Die von der Polizei eingekesselten und nicht nur von Verstärkung, sondern vorübergehend sogar von der Lebens-

mittelzufuhr abgeschnittenen Belagerer des Auwaldes fordern nämlich nichts Ungebührliches als einen Aufschub der Rodungsarbeiten bis zum Abschluß des Volksbegehrens und dessen Behandlung im Parlament. Ferner verlangen sie eine Veröffentlichung der äußerst fragwürdigen Entscheidungsgrundlagen, um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den angeblich durchwegs positiven Gutachten führen zu können.

Die von der Bundesregierung mehr oder weniger bestellte und vom Landwirtschaftsministerium mit fünf beigesteuerten Beamtengutachten gestützte Entscheidung des sozialistischen niederösterreichischen Landesrats, Ernest Brezowsky, wischte nämlich sowohl österreichische Naturschutzgesetze als auch internationale Abkommen lässig vom Tisch, wogegen fast allen namhaften wissenschaftlichen Experten Österreichs öffentlich gegen das Kraftwerk protestieren. Dies erscheint als so hanebüchlich, daß die ohnmächtige Wut einige prominente Naturschützer soweit gehen ließ, Brezowsky einen „Rechtsbrecher und Umweltverbrecher“ zu nennen.

### Juristische Finessen

Abgesehen von der bereits schwer verständlichen Tatsache, daß zumindest nach außen hin die ganze Verantwortung für die Zerstörung eines Naturschutzgebietes von europäischem Rang in einer Größenordnung von mindestens 500 Hektar einem von ökologischen Fachkenntnissen kaum belasteten Provinzpolitiker überlassen wird – und dies ohne Berufungsinstanz –, ist das gesamte Genehmigungsverfahren von auffallend vielen formaljuristischen Finessen begleitet. Das führt dazu, daß inzwischen selbst grundsätzliche Befürworter des Kraftwerks das Vorgehen aus demokratiepolitischen Gründen für eine Provokation halten. Der Kurier hat wohl nicht zu Unrecht in einem Kommentar die SPÖ auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß sie mit diesem „Holzhacker-Sozialismus“ in Hainburg mehr Wechsellager als nur Bäume.

Noch vor Beginn des Genehmigungsverfahrens

war in der Regierung die Entscheidung für den Bau von Hainburg verkündet worden, damit die zuständigen Beamten und alle – von weiteren Regierungs- oder Kraftwerks-Aufträgen abhängigen – Gutachter auch wußten, welches Ergebnis erwünscht ist. Alle Gemeinden und privaten Grundstückbesitzer im Bereich der Au wurden durch geschickte Abänderungen der Pläne so ausgeschaltet, daß sie als Beschwerdeführer juristisch ihre Parteinahme verloren. Dem bereits pro Kraftwerk festgelegten Staat stand damit nur noch eine Partei gegenüber: die Donaukraftwerke (DOKW) als Betreiber, die mit Klagen drohten, falls die Genehmigung verweigert werden sollte.

Nachdem im ersten Genehmigungsverfahren die Mehrzahl der Gutachter für die Erhaltung des Naturschutzgebietes eintraten und den Kraftwerksbau ablehnten, erklärte Landesrat Brezowsky als letzte Instanz, das Ergebnis könne einem von den DOKW angestregten Prozeß vor dem Verwaltungsgericht nicht standhalten. Er bestellte neue Gutachten, von denen plötzlich 11 von 12 angeblich positiv ausfielen, weigerte sich aber, die Gutachten oder auch nur die Namen der Gutachter bekanntzugeben.

Einsprüche des World Wildlife Fund und anderer internationaler Umweltschutzorganisationen wurden als ausländische Einmischung abgetan. Und noch wenige Stunden vor Beginn der Rodungsarbeiten wurde der Europarat damit vertröstet, daß die Entscheidung ja noch nicht endgültig sei. Obwohl selbst die für das Kraftwerk Hainburg votierende Volkspartei dazu aufrief, mit irreparablen Rodungsarbeiten nicht zu beginnen, bevor das von Nobelpreisträger Konrad Lorenz getragene Volksbegehren im Parlament behandelt sei, ließ die Regierung die Motorsägen und Planiertrappen starten.

Daß all dies selbst die gutmütigen Grünen Österreichs kurz durch alle Parteien in Rage versetzt hat und sie sich zum gewaltlosen Widerstand vor und in die Rodungsfahrzeuge warfen, wundert außer der Bundesregierung eigentlich niemanden. Doch nicht genug damit, daß neben

der Industrie auch die jeglichem Naturschutz absolut verständnislos gegenüberstehenden Gewerkschaften permanent die Bundesregierung zu einer rasanten Machtdemonstration gegen die protestierenden „Rechtsbrecher“ drängten. Die Gewerkschaften boten auch gleich noch an, Bauarbeiter-Kolonnen in der Au gegen die Naturschützer zu Gegendemonstrationen aufmarschieren zu lassen.

Ein blutiger Umweltkrieg in der Donau-Au war bereits Mitte der Woche abzusehen. Nicht nur Bundespräsident Kirchschräger und der Wiener Kardinal König fühlten sich veranlaßt, zur Besonnenheit zu mahnen. Der frühere Finanzminister und jetzige Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz forderte „Reden statt Roden“. Da benach sich Bundeskanzler Fred Sinowatz offenbar unter dem Einfluß des Innenministers Karl Blecha, einer weiteren Eskalation des Konflikts entgegenzutreten und untersagte Großveranstaltungen von beiden Seiten. Nun war die Bundesregierung wenigstens bereit, mit einem Sprecherkomitee des Volksbegehrens zu verhandeln.

Unabhängig davon, wie die österreichische Bundesregierung das Kunststück noch schaffen will, das Gesicht vor den einen oder den anderen zu wahren – den Grundstein für eine politisch wirksamere grün-alternative Protestbewegung in Österreich dürfte sie bereits jetzt gelegt haben. Ein wachsender Teil der Jugend, vor allem der studentischen, verliert nach letzten Umfragen das Vertrauen in die etablierten Parteien überhaupt. Nach der kürzlich veröffentlichten Studie „Student '84“ zum Beispiel zählt sich bereits jeder fünfte Student zu den Grünen oder Alternativen. Drei Drittel der österreichischen Studenten erwarten einen politischen Aufschwung dieser Bewegungen und bereits drei Viertel des akademischen Nachwuchses sprechen den etablierten Parteien jede Fähigkeit ab, die Zukunftsaufgaben noch zu bewältigen. Falls die Grünen in Österreich noch eine politische Führungsmannschaft von einigem Rang finden können, ist an ihrem Einzug in das Parlament nicht mehr zu zweifeln.

## Die Presse 15.12.1984

### Kirchschräger mahnt die Politiker „Wir alle neigen zu Versteinerung“

Eigenbericht der „Presse“ WIEN (hws). Bundespräsident Kirchschräger hat am Freitag bei einer Festsetzung im Parlament eindringlich eine Öffnung der Parteien gegenüber neuen gesellschaftlichen Gruppierungen gefordert. Vor den versammelten National- und Bundesräten, Vertretern des diplomatischen Korps und zahlreichen ehemaligen Ministern und Mandatären hielt das Staatsoberhaupt seine bisher wohl „politischste“ Rede: Wenn man sich mit jenem Phänomen nicht ehrlich auseinandersetze, das derzeit bei der Jugend Österreichs vor sich gehe, dann könnte eine „sehr tiefe Kluft im Gefüge unserer Gesellschaft“ aufbrechen. Es bestehe die Gefahr, daß „wir alle, die wir Politik für die Menschen machen wollen, in unseren Formen, in unseren Reden und in unserem Tun zu Versteinerungen neigen“.

Anlaß für die überraschenden Aussagen des Staatsoberhauptes war die gemeinsame Festsetzung von National- und Bundesrat zum hundertsten „Geburtstag“ des Parlamentsgebäudes am Ring. In der wechselvollen Geschichte, deren Zeuge dieses Haus gewesen ist, fand Kirchschräger den idealen Anknüpfungspunkt für seine Mahnung: Die großen Staatsmänner Renner oder Figl hätten in ihrer Zeit

mit der Handhabung direkter Demokratie wahrscheinlich nur wenig anzufangen gewußt. Die Politiker von heute allerdings müßten sich mit diesem Phänomen sehr ernst auseinandersetzen.

Der erforderliche Lernprozeß werde beide Seiten – auch die Politiker – viel Selbstüberwindung kosten, sagte Kirchschräger. Und er verwies darauf, daß Kaiser Franz Joseph der feierlichen Eröffnung des Hohen Hauses vor hundert Jahren ferngeblieben sei: Er habe für die konstitutionelle Regierung nicht geschwärmt, sich aber nach reiflicher Überlegung für die Verfassung entschieden. Kirchschräger: „Auch vielen von uns könnte man es nicht verdenken, daß wir nicht für die unmittelbare Demokratie schwärmen, zumal diese in der Verfassung nicht besonders glücklich geregelt ist.“ Das gleiche müsse man aber auch jenen zugestehen, „denen man nicht die Überzeugung von der alleinigen Lösungskompetenz des Parlaments oder der Regierung für alle Probleme vermitteln konnte“. Beide Seiten sollten wenigstens die Notwendigkeit des Dialogs einsehen, appellierte Kirchschräger an die versammelten Politiker und an die Besetzer der Hainburger Au.

### Sinowatz läßt räumen, aber ohne Waffengewalt

Eigenbericht der „Presse“ von DIETER LENHARDT

WIEN. „Es muß durchgesetzt werden, daß gearbeitet werden kann, das ist klar“, so erläuterte Bundeskanzler Sinowatz gestern im Gespräch mit der „Presse“ seine Absicht, nach der Nichteinigung mit Vertretern des Volksbegehrens die Donauauen räumen zu lassen. „Es wird so vorgegangen wie bisher“, fügte der Kanzler zum Exekutiveneinsatz gegen die Aubesetzer hinzu, „und ich will, daß kein Waffeneinsatz stattfindet“ – obwohl diese rechtswidrig in der Au seien.

Montag null Uhr läuft das Stillhalteabkommen mit den Hainburg-Gegnern ab. Auch die gestrigen Gespräche führten zu keiner Annäherung. Sinowatz: „Wir sind ganz verschiedener Auffassung.“ Am Wochenende sei Innenminister Blecha, wenn nötig, geschäftsbereit; sonst sind keine Verhandlungen mehr vorgesehen.

Im „Presse“-Gespräch äußerte sich der Bundeskanzler mit besonderer Schärfe gegen die ausländischen Einmischungen in der Causa Hainburg: „Das ist eine österreichische Angelegenheit. Ich habe mich maßlos über diesen Schweizer geärgert. In der Schweiz ist jeder Fluß, jeder See für Kraftwerke genutzt, und sie haben eine Reihe von Kernkraftwerken. Und das deutsche Kraftwerk Buschhaus bläst mehr in die Luft als

alle kalorischen Werke Österreichs zusammen...“

Der Bundeskanzler hat durchaus auch anerkennende und veröhnliche Worte für die Umweltschützer („Wir wollen eine begleitende Kontrolle beim Bau unter Zuziehung von Vertrauensleuten der Hainburg-Gegner“), man habe „alles getan, um Einwürfen Rechnung zu tragen“. Allerdings: Ein zeitlicher Aufschub ist nicht möglich. „Wenn es nämlich so ist, daß kein Kompromiß in Sachen Bau oder Nichtbau möglich ist, dann ist auch zeitlich kein Kompromiß möglich.“ Und daher sei jeder Aufschub, ob eine Woche oder ein Jahr, sinnlos. „Rechtlich steht dem Bau nichts mehr im Weg, und dem Recht muß zum Durchbruch verholfen werden.“

## Salzburger Nachrichten 15.12.1984

### ohne protokoll

VÖLLIG ÜBERRASCHT wurden die Gendarmereisbeamten, die gestern früh um sieben Uhr ihren Dienst beim Lager zwei der Hainburgbesetzer anzutreten hatten: Sie wurden mit einem Strauß rot-weiß geprenkelter Nelken für ihre Knogfächer empfangen, die sie auch tatsächlich ansteckten. Erst beim Eintreffen der ersten Journalisten wurden zahlreiche Blumen entfernt. Die Beamten, zumeist jüngere Gendarmereischüler, die den Blumenstrauß der Umweltschützer stolz auf der Brust trugen, gaben nach Befragen durch ihren Berichterstatter an, daß sie den gewünschten Urlaub ab Freitag 19.00 Uhr bewilligt bekommen haben.



**Am Tiergartenarm**



**Nicht daheim und doch zuhause**

# **Samstag, 15. Dezember**

*Ruhe vor dem Sturm*

*Es schneit*

*ÖGB-Präsident Benya stellt erstmals  
Aktionen des ÖGB in Aussicht*

*Deutsche Umweltgruppe Robin Wood sorgt  
für Zwischenfall in Quizsendung  
(Stargast: Fred Sinowatz)*

# Aufmarsch zur Kraftprobe

Gespannte Erwartung vor Konfrontation

Für heute werden Tausende erwartet

Benya droht mit ÖGB-Macht: „Unsere Geduld ist zu Ende“



Lagerfeuerromantik herrschte trotz eisiger Kälte und Schneefall unter den etwa 300 „Belagerern“

Winterliche Temperaturen und eine 2 bis 3 cm dicke Schneedecke machten gestern den Demonstrationen in der Au zu schaffen. Dennoch brach der Zuzug neuer Demonstrantengruppen nicht ab, die außerhalb der Sperrzone, aber noch im Augebiet ein Zeltlager aufschlugen. Für die morgige große Kraftprobe in der Au wurden die Barrikaden verstärkt.

Rund 300 Demonstranten hatten trotz der Kälte die Nacht in der Au zugebracht. Der Zuzug neuer Demonstranten erreichte gestern noch nicht die erwarteten Ausmaße. Im Laufe des heutigen Tages ist allerdings mit der Ankunft Tausender Besetzer zu rechnen, die vornehmlich aus Wien, aber auch aus Graz in Bussen anreisen werden. Die Österreichische Hochschülerschaft Graz (ÖH) hat für heute ab 22 Uhr ein Bus-Service vom Mensagebäude in die Hainburger Au organisiert. Bereits gestern sind Kleinbusse mit Lebensmitteln und Decken, von privaten Unterstützern gesammelt, in die Au transportiert worden.

Der Nervenriegel vor der morgigen Auseinandersetzung hat gestern einen neuen Akzent bekommen. Die ÖH und Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens brachten Strafanzeige gegen unbekannte Täter wegen Verletzung des Fernmeldegesetzes ein. Der Anzeige zufolge seien Störungen an allen vier Nummern des Büros der Österreichischen Hochschülerschaft in Wien aufgetreten. Auch sollen Gespräche abgehört und auf Tonband aufgezeichnet worden sein. Das Innenministerium teilte bisher nur mit, daß der Funkverkehr im Augebiet von der Exekutive nicht abgehört werde. Wohl aber habe man einen Aubesetzer aufgegriffen, welcher mit einem Frequenz-Scanner den Funkverkehr und Autotelefone abhörte. Da das Gerät meldepflichtig sei, sei es „sichergestellt“ worden.

Das Klima in den drei Lagern im Augebiet war gestern von febrilen Vorbereitungen gekennzeichnet. Wi-



Sympathiewerbung in der Sporgasse  
Foto: Philipp 2, Amaltes

derstraining und Barrikadenbau hielten die Aubesetzer in Atem. Zu Auseinandersetzungen mit der Gendarmerie kam es, als ein weiteres Zeltlager außerhalb des Sperrgebietes errichtet wurde. Bisher verzichtete die Exekutive jedoch auf eine Räumung des Lagers. Für Montag kündigte die Gendarmerie an, „den Grundsatz äußerster Maß- und Zurückhaltung“ beachten zu wollen. Es müsse allerdings dem einzelnen zum Einsatz kommenden Exekutivorgan zugestanden werden, vom Notwehrrecht im Fall eines Angriffs Gebrauch zu machen.



ÖGB-Chef Benya: Dann werden die Betriebsräte „Beschlüsse fassen“

Wien. — „Unsere Geduld ist zu Ende“: ÖGB-Präsident Anton Benya droht mit der Macht der Gewerkschaft, sollten die Aubesetzer bis heute Abend nicht abziehen. Dann würden die am Montag in der Hainburger Arbeiterkammer-Orisstelle tagenden Betriebsräte „Beschlüsse fassen“, weil das, was sich seit einer Woche in der Au abspielt, „Unrecht ist“.

Bisher hätten die Gewerkschaft, die Betriebsräte und die Arbeitnehmer der vom verzögerten Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg betroffenen Firmen große Geduld und Besonnenheit an den Tag gelegt, sagte Benya. Die Geduld dieser Menschen sei aber auf Dauer nicht belastbar.

Die Besetzung der Au sei überhaupt nur möglich, argumentierte Benya, weil ein so zutiefst demokratischer Staat wie Österreich so lange wie möglich davon absieht, die Polizei voll einzusetzen. Nunmehr liegen aber nach langwieriger, sorgfältiger Prüfung alle behördlichen Genehmigungen vor. Der ÖGB-Präsident ließ an der Entschlossenheit, das Kraftwerk zu bauen, keinen Zweifel: „Wir werden beginnen.“

„Das Ziel des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens sei „mehr als durchsichtig“, meinte Benya. Zunächst habe man bewußt die Einbringung des Volksbegehrens so lange hinausgezögert, daß nun mit dem Argument, man müsse das Volksbegehren abwarten, die Rodung in diesem Winter verhindert werden soll: „Würde ihnen das gelingen, was nicht der Fall sein wird, dann würde ihnen im kommenden Winter etwas Neues einfallen, und das geht dann so weiter.“

Während Benya Druck auf Bundeskanzler Fred Sinowatz ausübte, mit den Rodungsarbeiten nicht länger zu zögern, rief der frühere Jusso-Chef Cap dazu auf, am Montag die Hainburger Au nicht zu räumen und die Verhandlungsfrist zu verlängern. Sollte die Baugenehmigung rechtswidrig sein, könnte sich eine ganze Generation junger Menschen von der Demokratie und den traditionellen Parteien abwenden.

## Volksbegehren: Warum im März?

Hätten die Kraftwerksgegner gewollt, wüßte man bereits, wie viele Österreicher das Konrad-Lorenz-Volksbegehren unterstützen. Die Initiatoren haben bereits im Mai mit der Sammlung der Unterstützungserklärungen begonnen und die für die Einleitung erforderlichen 10.000 Unterschriften innerhalb kurzer Zeit erreicht. Wären die Unterschriften noch im Juni übergeben worden, hätte das eigentliche Eintragungsverfahren schon im September oder Oktober stattfinden können. Die Betreiber des Volksbegehrens legten die Unter-

stützungserklärungen aber erst vor, nachdem Ende November der niederösterreichische Landesrat Brezovszky grünes Licht für den Kraftwerksbau gegeben hatte. Innenminister Blecha bestimmte, daß das Volksbegehren vom 4. bis 11. März 1985 stattfinden wird. Zwischen der Verlautbarung des Termins und der Eintragungswoche müssen mindestens acht Wochen liegen. Die Bäume in der naturgeschützten Au dürfen aber nur in den vegetationslosen Monaten Dezember und Jänner geschlägelt werden.

Stimmung der Aubesetzer ist gespannt, aber ruhig und besonnen

## Naturschützer harren weiter aus: „Lassen uns nicht einschüchtern“

„Wir lassen uns auch von der Androhung, daß Hunderte Wiener Polizisten die Gendarmerie bei der Räumungsaktion unterstützen werden, nicht einschüchtern!“ Die Naturschützer, die seit Wochenbeginn unter schwierigsten Umständen in der Au ausharren, sind fest entschlossen, ihren friedlichen Widerstand durchzuhalten: „Wir sind zwar schwächer, aber wir haben Ideale . . .“

Samstag nachmittag war die Stimmung in der Au und in der Zentrale der Naturschützer zwar angespannt, aber ruhig und besonnen. Keiner droht irgendwelche Parolen, niemand sprach von Kampf und keiner nahm das Wort Gewalt in den Mund. Nur über die Entscheidung von Bundeskanzler Fred Sinowatz, an der Quizsendung „Wetten, daß . . .“ von Frank Elstner teilzunehmen, wurde hitzig diskutiert: „Wie kann unser aller Regierungschef in einer derartigen Situation als Spaßvogel in einer Show auftreten“, fragten sich die einen. Andere wiederum meinten: „Wichtiger wäre es wohl, interne Probleme zu be-

seitigen, und nicht die heile Welt vorzugaukeln.“

In den Lagern der Aubesetzer, die in der Nacht zum Samstag von einer dünnen Schneeschicht zudeckt wurden, haben sich die Naturschützer bereits an die tiefen Temperaturen und die Nässe gewöhnt. In stundenlangem Arbeit gruben sie Erdunker, die sie mit Stroh, das Bau-

VON KARL WENDL

ern aus Stopenreuth und Umgebung spendeten, auslegten. Viele haben winterfeste Zelte und Biwaks. Beinah jeder verfügt über einen dicken Schlafsack.

Mit Plastikfolien und morschen Ästen, die sie aus der Au geschleppt haben, bauten die jungen Leute Nothütten, um die Nächte, in denen bis zu minus acht Grad gemessen wurden, einigermaßen überstehen zu können. „Zum Glück fiel der Schnee“, atmeten die meisten Naturschützer, die bereits seit Tagen in diesem Gebiet hausen, auf. „Durchstiegen die Temperaturen auf rund null Grad, und das läßt sich ganz gut aushalten.“

Dennoch kamen mit dem Schnee auch Probleme: Die meisten Naturschützer sind durchnäßt. „Während Kleidungsstücke zu trocken sind“, meinen dazu viele, „können nasse Schuhe und Stiefel zur Qual werden.“ Trotz dieser widrigen Umstände haben die Aubesetzer kaum Krankheitsfälle zu verzeichnen. Lediglich zehn Personen mußten mit einer Grippe nach Hause eilen.

Ein 32-jähriger praktischer Arzt aus Wien, der die jungen Leute schon seit Wochenbeginn medizinisch betreut, führt diese Widerstandskraft auf den starken Willen der meisten zurück: „Das unbedingte Durchhaltenwollen der Leute ist wie ein autogenes Training. Der Körper entwickelt dadurch Abwehrkräfte.“ Und die Kälte? Der Mediziner: „An die gewöhnt man sich eigentlich am schnellsten. Ebenso an den Hunger. Statistisch gesehen kann ein Mensch bis zu 60 Tage ohne feste Nahrungsmittel auskommen.“

Ebenso wurde bisher in der Au der Vorrat an Medikamenten kaum angeührt. „Es gibt genügend natürliche Heilmittel, um Kleinigkeiten auszukurieren“, sagt dazu der „Au-arzt“, der in Wien eine Praxis betreibt und jeden Tag nach Dienstschluß nach Stopenreuth fährt.

darum bemüht, für die Bevölkerung dazusein, ihr zu helfen, für ihre Sicherheit zu sorgen, Verbrecher zu bekämpfen. Jetzt werden wir gezwungen, gegen Menschen vorzugehen, die nichts anderes wollen, als auf friedliche und gewaltlose Weise für die Erhaltung der Natur einzutreten.“

Wir in der „Kronen-Zeitung“, die gemeinsam mit den Unterstützern des Volksbegehrens des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz gegen die Abholzung und Betonie-

Bürgermeister von Petronell entschied:

## Mitspracherecht aller Wiener im Fall Hainburg

Petronell. – Ein mutiger Bürgermeister hat durch einen Grundsatzbescheid praktisch allen Wienern ein Mitspracherecht bei der Baubewilligung für das Kraftwerk Hainburg zuerkannt: Es ist Viktor Schneider, der Bürgermeister der Marktgemeinde Petronell-Carnuntum. Er bestätigt auch, daß seitens der DoKW noch nicht einmal ein Ansuchen für eine Baubewilligung vorliegt.

Von Sinowatz über Steger, Fischer und Blecha reden alle von einem „abgeschlossenen Genehmigungsverfahren“ und dem „Recht auf ihrer Seite“. Lediglich SP-Klubobmann Sepp Wille gibt „Verfahrensmängel“ zu, glaubt sich aber im Recht. Und ÖGB-Chef Anton Benya sorgt sich neuerdings gar um die „Vöglein in der Au“, jener Au,

VON FRIEDRICH GRAUPE

die er früher ein Dickicht, ein Gestrüpp nannte, und verlangt Rodungsarbeiten noch im Winter.

Dabei wird völlig vergessen, daß für den Bau dieses Kraftwerkes Hainburg nicht einmal eine Baubewilligung vorliegt, daß Rodungen und Erdarbeiten also gesetzwidrig sind.

Deshalb hat der Wiener Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weber vom Anwaltsteam des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens bei allen Bürgermeistern der Donaugemeinden um die Zuerkennung von Parteienstellung, also Mitspracherecht im Baufahren, ersucht.

Die erste Antwort kam vom Bürgermeister in Petronell-Carnuntum. Er erteilt Dr. Weber Parteienstellung im „zu erwartenden Bauverfahren“, schreibt aber gleichzeitig, daß seitens der DoKW noch kein Ansuchen um Baubewilligung vorliegt.

Rechtlich bedeutet dies: Jeder Wiener, der Angst um sein Trinkwasser, Grundwasser, die Aulandschaft, insbesondere die Lobau hat, kann nun ein Ansuchen an die Bürgermeister zwischen Wien und Hainburg um Mitspracherecht im Baufahren richten.

Anwalt Dr. Weber argumentiert: Der Paragraph 93 der niederösterreichischen Bauordnung bestimmt, daß „Abgrabungen und Anschließungen von mehr als einem halben Meter der Zustimmung der Baubehörde, das ist der Bürgermeister, bedürfen.“

Wenn also der einfache Bürger einen Bauernhof oder ein Haus errichtet, wenn er auf seinem Grundstück eine Ausgrabung oder Anschüttung von mehr als 50 Zentimetern vornimmt, hat er um eine Baubewilligung beim Bürgermeister anzusuchen und dessen Genehmigung abzuwarten, bis er den Bau in Angriff nehmen darf. – Die DoKW und die Regierung für ein Monsterkraftwerk müssen das nicht?

### ● ÖGB-Präsident

Benya bezeichnete gestern die Besetzung der Hainburger Au als Unrecht, das nur möglich sei, weil die Polizei noch nicht voll eingegriffen habe.



Noch ist die Stimmung gut: Naturschützer beim Musizieren . . .

## Protest bei „Wetten, daß . . .“

Naturschützer in BRD: Hainburg geht ganz Europa an

Zu einem Zwischenfall kam es Samstagabend bei der Fernsehsendung „Wetten, daß . . .“, zu der Bundeskanzler Fred Sinowatz nach Bremen gekommen war. Um 20.50 Uhr liefen Umweltschützer der Organisation Greenpeace vor die Kameras und versuchten ein Transparent mit der Aufschrift „Rettet die Wachau und die Donauauen“ zu entrollen. Die Naturschützer woll-

ten mit ihrer Aktion darauf aufmerksam machen, daß es sich bei den geplanten Rodungen in der Hainburger Au um ein europaweites Problem handelt. Der Kanzler sagte: „Ich werde mich nach der Sendung eine Stunde mit den Herren unterhalten.“ Bereits zu Beginn der Sendung bemerkte Moderator Frank Elstner, er habe sehr viel Post zum Thema Hainburg erhalten.

### Der Befehl

Der Beschluß der Bundesregierung, heute Abend ein Großaufgebot der Wiener Polizei nach Hainburg in Marsch zu setzen, um am Montag gemeinsam mit der Gendarmerie die Umweltschützer aus der Au zu vertreiben, löste bei vielen Sicherheitsbeamten blankes Entsetzen aus. Kaum war kurz vor Ablauf des „Waffenstillstandes“ die Katze aus dem Sack, daß Hunderte besonders geschulte Wiener Polizisten aus der Marokkanerkaserne nach

Hainburg ausrücken müssen, begannen in der Redaktion der „Kronen-Zeitung“ pausenlos die Telefone zu klingeln. Es meldeten sich zahlreiche Polizisten, vom kleinen Inspektor bis zum ranghohen Beamten. Mit Verzweiflung in der Stimme teilten sie mit, was sie über den Marschbefehl nach Hainburg denken und empfinden.

Ein hoher Polizeioffizier: „Es ist schrecklich, was man uns da antut. Da haben wir uns jahrelang

in der Au kämpfen, teilen das Entsetzen der vielen Polizisten und Gendarmen über den Marschbefehl. Vor allem die Reporter in der Lokalredaktion sind mit etlichen dieser Beamten gut bekannt. Oft und oft haben wir sie bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit beobachtet. Wir waren dabei, als sie unter Einsatz ihres Lebens Menschen aus Gefahrensituationen retteten, als sie Geiseln aus der Gewalt von Terrori-

sten befreiten, Schwerverbrecher unschädlich machten.

Heute ist dritter Adventsonntag. Noch bleiben ein paar Stunden Zeit, verhängnisvolle Einsatzbefehle zu überdenken und eine friedliche Lösung zu suchen. Entschließen sich die Verantwortlichen zur Unnachgiebigkeit, dann wird noch viel mehr zerstört werden als die Natur . . .

HANNES WALTER

# Au-Schützer: Unser Telefon wird abgehört

**Benya: Wenn Montag nicht gerodet werden kann, kracht's**

ÖGB-Präsident Anton Benya grollt: Wenn am Montag nicht gerodet werden kann, werde es entsprechende Beschlüsse geben (S. 2).



Anton Benya

## In Wartestellung

Alles wartet, was Montag früh in der Hainburger Au passieren wird. Inzwischen wird geredet, allerdings nicht miteinander.

Anton Benya hält am Freitag als Präsident des Nationalrates staatstragende Festansprachen und droht am Samstag als ÖGB-Präsident mit dem starken Arm der Gewerkschaften: Wenn die Aubesetzer nicht bis Montag weg sind, dann werden die in Hainburg tagenden Betriebsräte „Beschlüsse fassen“ . . .

Das Ausland wird aufmerksam. Die angesehene „Süddeutsche Zeitung“ meint, Österreichs Regierung scheine entschlossen zu sein, „wider alle Vernunft obrigkeitliche Macht zu demonstrieren“.

Was tun die beiden Hauptpersonen des Kampfs um die Au? Günther Nennung flog Freitag nach Bremen zu einer „Talk-Show“. Fred Sinowatz flog nach Bremen zu „Wetten, daß . . .?“. Ein österreichisches Zwischenspiel, danach wird's ernst. Oder doch nicht? Die letzte Hoffnung ist der Winterereinbruch. **Rau**



Anzeige erstattet: Gerhard Hellingbrunner (K.-Lorenz-Volksbegehren)

- Heftiges Dementi des Innenministeriums
- Benya: Raus aus der Au, sonst . . .

Der Rechtsanwalt des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, Heinrich Wille, erstattete Samstag bei der Staatsanwaltschaft Wien Anzeige, weil das Telefon der Volksbegehreninitiatoren beweisbar abgehört werde. Der Pressesprecher des Innenministers, Andreas Rudas, dementierte heftig. „Ich kann versichern, daß keine Telefone abgehört werden.“

ÖGB-Präsident Anton Benya erklärte, die Geduld der Arbeitnehmer, die durch den verzögerten Baubeginn betroffen seien, sei auf Dauer nicht belastbar. Sollten jene, die sich „widerrechtlich“ im Rodungsgebiet aufhalten, nicht bis Sonntagabend abgezogen sein und die Rodung am Montag behindern, dann werden die am Montag in Hainburg tagenden Betriebsräte „Beschlüsse fassen“. Was sich in der Au abspiele, sei Unrecht und nur möglich, weil ein so „zuletzt demokratischer Staat wie Österreich“

so lange wie möglich davon absteht, die Polizei voll einzusetzen.

Indes forderte der freiheitliche Abgeordnete Norbert Gugerbauer seinen Parteiboss auf, sich in der Regierung für ein Zuwarten mit den Rodungsarbeiten in der Hainburger Au einzusetzen, weil Beschwerden an die Höchstgerichte vorlägen. Die gleiche Forderung stellte SP-Abgeordneter Josef Cap. Eine Reihe von Kärntner Bürgern wandte sich mit diesem Anliegen an den Bundespräsidenten.

Die Leute vom Konrad-Lorenz-Volksbegehren erwarten für die heutige Kundgebung in Stopfenreuth 10.000 Menschen. Ein Drittel davon, so meinen sie, werde dann in der Au bleiben.

Freda Meißner-Blau kommt doch wieder ins Fernsehen. Allerdings als Gast des Dienstag-„Club 2“, wo sie mit Landesrat Brezovszky diskutieren wird.

## Wiener Zeitung 16. 12. 1984

### Benya zu Hainburg: Geduld der Arbeitnehmer ist auf Dauer nicht belastbar

Wer finanziert Auaktion? — Betriebsräte tagen Montag in Hainburg

Im Interesse des sozialen Friedens und demokratischer Verhandlungsabteilung haben bisher Gewerkschaft, Betriebsräte und Arbeitnehmer der vom verzögerten Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg betroffenen Firmen große Geduld und Besonnenheit an den Tag gelegt, die Geduld dieser Menschen ist aber auf Dauer nicht belastbar, erklärte Samstag ÖGB-Präsident Anton Benya. Sollten jene, die sich seit einer Woche widerrechtlich im Rodungsgebiet aufhalten, nicht bis Sonntagabend abgezogen sein und die Rodung am Montag behindern, dann werden die am Montag in Hainburg tagenden Betriebsräte Beschlüsse fassen.

Was sich seit einer Woche in der Au abspielt, ist Unrecht und überhaupt nur möglich, weil ein so zuletzt demokratischer Staat wie Österreich so lange wie möglich davon absieht, die Polizei voll einzusetzen, meinte der ÖGB-Präsident. Einen Gewerkschafts-

beschuß der Sicherheitsorgane, nicht gegen die Demonstranten vorzugehen, habe es nie gegeben und könne es auch nicht geben, weil die Beamten durch ihren Dienstleid an die Befolgung von Anordnungen gebunden sind. Die einzig mögliche Konsequenz aus der Nichtbefolgung eines Befehls sei das Ausscheiden aus dem Dienst.

Nach Ansicht Benyas handelt es sich bei den Vorgängen in der Au um überwiegend österreichische Aktionen, die Mitwirkung einiger „erfahrener Demonstranten aus dem Ausland“ falle dabei nicht wesentlich ins Gewicht. Es stelle sich allerdings die Frage, wer in Österreich diese Aktionen in der Au finanziere.

Das Ziel des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens sei „mehr als durchsichtig“, meinte ÖGB-Präsident Anton Benya weiter. Zunächst hätten sie bewußt die Einbringung des Volksbegehrens so lange hinausgezögert, daß sie nun mit

dem Argument, man müßte das Volksbegehren abwarten, die Rodung in diesem Winter verhindern wollen.

In der Frage Zwentendorf gab sich Benya optimistisch, daß noch bis Ende März 1985 ein Weg gefunden werde, sonst laufe Österreich Gefahr, zu „Bürgern von Schilda“ zu werden. Die SPÖ habe sich klar für dieses Kraftwerk ausgesprochen und werde die Verantwortung für ein „Nein“ voll den beiden anderen Parteien „aufhalsen“, wobei der größere Teil des Verschuldens dann die ÖVP trafe, weil diese eben die größere Partei ist. Benya ist auch „gar nicht so skeptisch“, daß die FPÖ in dieser Frage nicht doch noch zeitgerecht „einen Wandlungsprozeß“ zugunsten der Kernkraft durchmache.

Der sozialistische Abg. Josef Cap richtete Samstag einen Appell an die Bundesregierung, am Montag die Hainburger Au nicht zu räumen und die Verhandlungsfrist zu verlängern.

### Gespräche mit der CSSR

PRAG. Ab Dienstag kommender Woche werden österreichische und tschechoslowakische Experten in Wien über die ökologischen Auswirkungen des geplanten Donaukraftwerks Hainburg diskutieren. Die CSSR hat bereits am 27. November gegen das Projekt protestiert. Der tschechoslowakische Wasser- und Forstwirtschaftsminister Zatkalik erklärte Freitag, er verstehe nicht, wie Österreich ein solch bedeutendes Projekt entwickeln könne, ohne gleichzeitig die negativen Auswirkungen zu berechnen.



**Clematis**



**Entsorgung**

# **Sonntag, 16. Dezember**

*Ökumenischer Feldgottesdienst mit 3000  
Teilnehmern in der Au*

*Innenminister Blecha ruft zur  
Besonnenheit auf*

*5000 Besetzer in der Au*

## Bewährungsprobe

Für Karl Blecha steht in diesen Tagen viel auf dem Spiel. Er hat als Jungsozialist begonnen und ist nun Innenminister. Seine Karriere in der SPÖ lief zuletzt nicht so besonders. Die Zeiten, als er praktisch „geschäftsführender Parteivorsitzender“ unter Kreisky war, sind vorbei.

Blecha ist zwischen die Fronten geraten. Er muß in der Hainburger Au irgendwie den Willen der Regierung durchsetzen. „Sonst geht dieser Staat vor die Hunde“, sagte Blecha selbst in der „Pressestunde“ am Sonntag.

Andererseits: Wenn es in der Au kracht, „dann bin ich gescheitert“, gab Blecha bei derselben Gelegenheit zu.

Gescheitert als Behördenleiter, gescheitert aber auch als Politiker mit Anspruch auf höhere Ziele in doppelter Bedeutung des Begriffs.

Eine echte Bewährungsprobe für einen Politiker, den viele nur für einen polemischen Parteiapparatschik halten. **Rau**



Bei einem ökumenischen Gottesdienst am Rande der Stopfenreuther Au appellierte Pfarrer Helmuth Blasche, die Auseinandersetzung um die Au gewaltlos zu führen. Am Gottesdienst nahmen 4000 Menschen teil, die trotz bitterer Kälte gekommen waren (Bericht im Chronikteil).

● Hainburg-Gegner rufen Wiens Kardinal zu Hilfe

● Blecha bleibt hart: „Setzen Baubeginn durch!“

# Jetzt ist „Schonzeit“ für Aubesetzer zu Ende

Spannungsgeladene Ruhe vor dem Sturm herrschte am Sonntag in der Stopfenreuther Au. Knapp vor dem Ende des mit der Regierung vereinbarten „Waffenstillstandes“ hoffen alle Beteiligten, eine gewaltsame Konfrontation verhindern zu können.

Den ganzen Sonntag über strömte den Besetzer der Stopfenreuther Au neue Verstärkung zu, zu einem guten Teil bepackt mit Schlafsäcken, Proviant und sogar Zelten. Denn am Montag, sind die Besetzer überzeugt, wird es zur entscheidenden Auseinandersetzung mit der Exekutive kommen.

Innenminister Karl Blecha hält die Situation zwar für „unhaltbar und unerträglich“, er glaube jedoch immer noch, daß „wir mit friedlichen Mitteln den Baubeginn durchsetzen können“, erklärte er in der Pressestunde des Fernsehens. Er habe auf alle Fälle veranlaßt, daß nur die erfahrensten Gendarmen und Polizisten in der umstrittenen Au eingesetzt würden. Wenn dieser Staat, so Blecha, nicht „vor die Hunde gehen soll“, müßten jedoch auch von seiten der Hainburg-Gegner die demokratischen Spielregeln eingehalten werden.

Für Justizminister Harald Ofner stellt sich das Problem ganz anders: Er nahm die Ausschützer ausdrücklich vor Anschuldigungen in Schutz, indem er davor warnte, diese

„jungen idealistisch gesinnten Österreicher“ zu kriminalisieren, womit er der Blecha-Meinung, in der Au befänden sich viele ausländische Krawallmacher, entgegentrat.

### 4000 beteten am Rand der Au

Tatsächlich boten die 4000 überwiegend jungen Menschen, die am Sonntag am Stopfenreuther Fußballplatz an einem ökumenischen Gottesdienst teilnahmen (siehe Chronikteil), ein buntes, durchaus friedliches Bild. Vor dem Hintergrund des verschneiten Auwaldes stimmten sie sich mit Friedensliedern in der bitteren Kälte auf die Messe ein. Als prominentester Politiker hatte sich Wiens Vizebürgermeister Erhard Busek

unter die Schar der Gläubigen gemischt. Begeistert von der Stimmung der Demonstranten meinte er zum KURIER: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Au morgen geräumt wird. So dumm ist die Regierung doch nicht.“

### Beim Kanzler häufen sich Appelle

Die Kirche ist für die Leute des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens der letzte Hoffnungsanker. In einem verzweifelten „letzten Hilferuf an Sie, Eure Eminenz“, bitten sie Kardinal Franz König, seine ganze moralische Kraft „in dieser beängstigenden Stunde“ dafür zu verwenden, daß es doch noch einen Weihnachtsfrieden in der Au geben kann. Auch ÖVP-Chef Alois Mock



KURIER-Bilder · Gerhard Sokol

wandte sich zwölf Stunden vor Ablauf der Gnadenfrist noch einmal mit einem Appell zur Besonnenheit an die Regierung: Es sei vornehmste Aufgabe der Regierung, in dieser schwierigen Situation alles zu unternehmen, um den sozialen Frieden in Österreich zu wahren.

Zu den zahlreichen Appellen an die Regierung (Professoren sämtlicher österreichischer Hochschulen, Kinderbuchautoren und auch „gewöhnlicher“ Staatsbürger) kam nun ein neuer: Österreichs namhafteste Künstler appellierten an Kanzler Sinowatz, den Bau zu stoppen. **CONRAD SEIDL** ■

# Pfarrer riet Au-Besetzern: „Haltet durch!“

- 4000 Kraftwerksgegner kamen zur Au-Messe
- Erste Krankheitsfälle unter den Demonstranten

Etwa 4000 Kraftwerksgegner nahmen Sonntag mittag an einer ökumenischen Feldmesse in Stopfenreuth teil. Später wanderten gar rund 10.000 durch die Hainburger Au. Ein eigener Sonderzug vom Bahnhof Wien-Nord hatte Hunderte von ihnen schon in den frühen Morgenstunden zu den Besetzern gebracht.

Der katholische Pfarrer Friedrich Blasche aus Schwachat und sein evangelischer Kollege hatten unter anderem die Au-Schützer aufgefordert, weiterhin durchzuhalten und mit gutem Beispiel für die Gerechtigkeit in einer Demokratie zu sorgen.

Ein Konvoi von 150 Traktoren mit Bauern aus der Umgebung, die ebenfalls gegen das Kraftwerk sind, wurde von der Gendarmerie nicht zur Messe durchgelas-

sen. Ein Teil umfuhr daraufhin die Sperre und bahnte sich den Weg, querfeldein. Sie wurden alle angezeigt! Die Angst vor dem heutigen Tag zeichnet sich in den Gesichtern der Besetzer ab. Aufgeben wird freilich keiner! Vor dem angekündigten Polizeieinsatz warnten die Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, sich ruhig zu verhalten und nur passiv Widerstand zu leisten.

In Wien zogen Sonntag Mittelschüler und Professoren ins Kunsthistorische Museum. Auf ihren T-Shirts stand die Frage: „Natur bald nur noch im Museum?“

Nach einer Woche Au-Besetzung wurden Sonntag die ersten Kranken registriert. Spontan lieferte eine Umweltbewegung Medikamente.

CHRISTIAN PURKHARD ■



Hunderte Kraftwerksgegner ließen sich Sonntag am frühen Morgen mit dem Sonderzug nach Hainburg bringen



Traktorfahrer durften nicht zur Messe



Ein angeschlagener Au-Schützer

## Bauern versperrten Pfarrer den Weg

Lebensmittellager, Erdlöcher, Zelte – die Umweltschützer haben sich in der Au eingerichtet. Am Samstag waren es – trotz der Schneefälle, die in der vorhergehenden Nacht eingesetzt hatten – an die 500, für Sonntag hoffte man gar auf 10.000 Demonstranten aus Wien und auch aus den Bundesländern. Die Besucher werden zu Spaziergängen in der Au eingeladen, um das Gebiet, in dem das Donaukraftwerk errichtet werden soll, aus eigenem Erleben kennenzulernen.

Samstag abend verschärfte sich die Situation kurzfristig. Neue Gruppen von Demonstranten ver-

suchten zwar außerhalb der Sperrzone, aber doch im Augebiet, ein Zeltlager zu errichten, was dort allerdings laut Forstgesetz nicht erlaubt ist. Gendarmen versuchten, die Leute durch gutes Zureden von ihrem Vorhaben abzubringen, die Organisatoren des Volksbegehrens bestärkten sie wiederum darin, den Platz nicht zu verlassen.

### Drei Gebote für Au-Demonstranten

Sonntag wurden wieder neue Demonstranten nach Hainburg gekarrt, unter ihnen auch ein Sonderzug mit Schülern, Studenten, Professoren und Wirtschaftstreibern-

den. Die Neuankömmlinge wurden auch aufgefordert, die „3 Gebote“ für Ausschützer zu befolgen: 1. keinen Alkohol zu trinken, 2. die Au sauberzuhalten und 3. jede Gewaltanwendung zu vermeiden.

Sonntag vormittag war dann eine Feldmesse angesetzt. Zunächst mußte diese Messe allerdings verschoben werden: Rund 150 Bauern waren mit Traktoren aufgefahren und hatten dem Pfarrer den Weg versperrt. In der Zwischenzeit warteten die Menschen auf dem Platz, auf dem die Messe stattfinden sollte – und die junge ÖVP hatte Zeit, ihre Anti-Hainburg-Flugzettel zu verteilen.

**S**ind internationale Verträge für unsere Bundesregierung nur ein Fetzen Papier? Am 16. April des vergangenen Jahres ist das Ramsar-Übereinkommen über „Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung“ nicht nur Völkerrecht, sondern auch österreichisches Gesetz geworden. Wie Recherchen der „Kronen Zeitung“ ergaben, haben es Sinowatz/Steger bisher nicht einmal für nötig gefunden, das dafür zuständige Ramsar-Büro von der geplanten Zerstörung der Auwälder bei Hainburg zu verständigen. Wie mehrfach berichtet, ist in diesem wichtigen Weltnatur-schutzabkommen genau jenes Gebiet, das nun von besorgten

türlichen Lebensräume“ zum österreichischen Gesetz erhoben. Genau die geplanten Verwüstungen in der Stopfenreuther Au widersprechen diesem internationalen Vertrag.

● Der Bescheid des angeblichen Naturschutzverantwortlichen Niederösterreichs, Ernest Brezovszky, wird von allen Juristen, die ihn gelesen haben als „klar gesetzeswidrig“ eingestuft.

● Die in der niederösterreichischen Bauordnung zwingend vorgeschriebene Bewilligung für Baumaßnahmen, geschweige denn ein Projekt in der Größenordnung liegt von keinem einzigen Bürgermeister der Donaueingemeinden vor.

## Sechs Gesetze werden verletzt!

Naturschützern geräumt werden soll, als wichtige Schutzzone ausdrücklich deklariert. An sich bestünde die Möglichkeit, das Schutzgebiet aus dem internationalen Vertrag herauszunehmen und dafür ein gleichwertiges Areal unter Naturschutz zu stellen. Doch über ein solches verfügt Österreich nicht mehr, weil die Donauauen, die einem Kraftwerk zum Opfer fallen sollen, die letzte intakte Flußlandschaft ganz Europas sind.

Ramsar, wo dieser Vertrag abgeschlossen wurde, ist eine persische Stadt am Kaspischen Meer. Wegen der Ajatollah-Verhältnisse im Iran befindet sich die dafür zuständige Stelle jetzt in Gland in der Schweiz. Von dort erhielt die „Kronen Zeitung“ nun die Nachricht: „Wir sind verwundert darüber, mehr noch, in höchstem Maße bestürzt, daß das Schutzgebiet Donau-March-Auen seitens der österreichischen Bundesregierung nicht aus dem Vertrag ausgenommen wurde. Bisher hat es niemand der Mühe wert gefunden, mit uns Kontakt aufzunehmen.“

Gesetze hin, Gesetze her, es wird gebaut. Dies scheint der erklärte Standpunkt der Spitzenpolitiker in diesem Land zu sein. Vergeblich ist mehrfach darauf verwiesen worden, daß diese Rodungsaktion rechtlich untragbar ist, und zwar aus folgenden Gründen:

● Am 1. September 1983 hat die Republik Österreich auch das sogenannte Berner Übereinkommen „zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere und ihrer na-

● Das zwingend vorgeschriebene Naturschutzverfahren in Wien wegen der Beeinträchtigung des streng unter Naturschutz stehenden Gebietes Lobau wurde nicht durchgeführt.

● Nach dem niederösterreichischen Jagdgesetz ist eine Totalrodung in der Stopfenreuther Au unmöglich: In Paragraph 77 heißt es ausdrücklich, daß Horstbäume und Horstplätze geschützter Tiere weder beschädigt noch verändert werden dürfen. Ausnahmeregelungen sind nicht möglich. Doch die Hüter des niederösterreichischen Jagdgesetzes schweigen dazu bisher beharrlich.

● Und offensichtlich nicht einmal die Auflagen des abenteuerlichen Brezovszky-Bescheides sollen eingehalten werden: denn in seinem Punkt 20 wird auferlegt, daß Rodungen nur außerhalb der „tierischen Fortpflanzungsperioden“ gestattet sind. Bisher hat offensichtlich niemand erfaßt, welches Eigengoal sich der Herr Landesrat geschossen hat. Tierische Fortpflanzungsperioden von welchen Tieren? Die Seeadler jedenfalls, die zu den in zwischen seltensten Vögeln Europas zählen, versuchen sich eben in diesen Tagen „fortzupflanzen“.

Es sind dies nun keineswegs die obskuren Rechtsvorstellungen irgendwelcher „verblendeter Naturschützer“, sondern die übereinstimmenden Meinungen aller Juristen, die sich mit der Materie befaßt haben.

Auf welcher Seite ist also das Recht?

FRIEDRICH GRAUPE



Opfer kontra Blecha: Besetzer idealistisch gesinnte Österreicher

# Jetzt Konflikt in der Regierung um Räumaktion in Hainburger Au!

Wien. – Jetzt zeichnet sich in der Regierung sehr deutlich ein Konflikt um die mögliche Räumungsaktion in der Hainburger Au ab: Während Innenminister Blecha in der gestrigen ORF-Pressestunde (Leiter: Franz Kreuzer) das rechtswidrige Verhalten der Kraftwerksgegner hart anprangerte, warnte Justizminister Ofner ausdrücklich vor einer Kriminalisierung der Demonstranten.

Innenminister Blecha begründete den geplanten Einsatz der Exekutive damit, daß die demokratischen Spielregeln beachtet werden müßten und der Staat nicht vor die Hunde gehen dürfe. Karl Blecha versicherte, er betrachte die Räumung der Au als „letztes Mittel“ und werde vorher alles versuchen, um die Demonstranten zu einem Abzug zu überreden. Wörtliches Zitat: „Sollte es zu einer direkten Konfrontation zwischen aufgebrachtten Arbeitern und Besetzern kommen, werde ich meine Arbeit als Innenminister für gescheitert ansehen.“

Karl Blecha bezeichnete die Situation schon deshalb als nicht ungefährlich, weil es in der Stopfenreuther Au außer Umweltschützern auch Ausländer, Mitglieder der Anarcho-Szene und Vertreter rechts-extremer Gruppen gebe. Justizminister Ofner erklärte dazu, Ausländer spielten bei den Kraftwerksgegnern in Hainburg entgegen aller Be-

hauptungen keine Rolle. Bei den Aubesetzern handle es sich vor allem um junge, idealistisch gesinnte Österreicher aus allen Bevölkerungsschichten, um Menschen, die in den kalten Tagen und Nächten nicht zu unterschätzende Strapazen auf sich nehmen.

Justizminister Ofner plädierte dafür, daß man es nach den gescheiterten Verhandlungen Regierung – Volksbegehren vermeiden müsse, zwischen Teilen der Jugend und der Parteiendemokratie eine Kluft aufzureißen. ÖVP-Chef Mock richtete

VON DIETER KINDERMANN

an Kanzler Sinowatz die Mahnung, besonnen zu reagieren, einen klaren Kopf zu behalten und alles zu unternehmen, um den sozialen Frieden zu bewahren. Er erinnerte daran, daß Bundespräsident Kirchschläger von einem neuen Stellenwert der direkten Demokratie gesprochen habe, was auch eine Aufforderung zur Respektierung von Volksbegehren sei.

Karl Blecha, der gestern lange mit Kanzler Sinowatz konferierte, appellierte an alle, auf Gewalt zu verzichten und gesprächsbereit zu sein.

Nach „Waffenstillstand“: Ab heute ist mit Vorarbeiten für das Kraftwerk zu rechnen

## Blecha: Räumung wäre allerletztes Mittel

WIEN (AZ). Der „Waffenstillstand“ zwischen Bundesregierung und Hainburg-Gegnern ist Sonntag abgelaufen. Bis dahin blieben Rodung und Räumung der Au ausgesetzt. Bundeskanzler Sinowatz hat aber klargestellt, daß sich die Regierung vorbehält, ab Montag die Voraussetzungen für den Kraftwerksbau zu schaffen. Was wird nun geschehen, nachdem in vielstündigen Gesprächen kein Kompromiß gefunden werden konnte? Innenminister Blecha erklärte Sonntag in der TV-Presserstunde, daß für ihn eine Räumung der Au das allerletzte Mittel wäre.

Blecha ließ aber auch keinen Zweifel daran, daß heute Montag mit den Vorarbeiten zu rechnen ist und daß das „rechtswidrige Verhalten“ in der Au beendet werden muß. „Solange ich Innenminister bin, werde ich alles tun, daß in Österreich keine anarchischen Zustände eintreten, daß Gesetze respektiert werden und Recht Recht bleibt“, sagte er. Er werde aber alles daran setzen, daß seitens der Exekutive nicht Gewaltmethoden angewendet werden. Sollte es trotz aller Gespräche zu direkten Auseinandersetzungen zwischen „erregten Arbeitern“ und Besetzern kommen, würde Blecha seine Arbeit als gescheitert betrachten. Der Innenminister wiederholte den Willen der Regierung, eine österreichische Lösung, das heißt, reden und die Situation friedlich zu bereinigen, herbeizuführen.

Eines, so Blecha, müsse aber klar sein: Der Aufenthalt in dem Teil der Au, in dem Rodungsarbeiten für

Wildzäune bevorstehen, ist gesetzswidrig. Gesetzswidriges Verhalten könne aber der Staat auf Dauer nicht hinnehmen, wolle er sich nicht in die Gefahr begeben, anarchische Zustände zu dulden.

Blecha rechnet mit einem weiteren Zustrom in die Au, obwohl, wie er ausdrücklich erinnerte, sich die Vertreter des Anti-Hainburg-Volksbündnisses verpflichtet hatten, alles zu unterlassen, um diesen Zuzug zu organisieren oder zu fördern. Für den Innenminister besteht die größte Schwierigkeit darin, daß es für Verhandlungen praktisch keine wirklich autorisierten Vertreter gibt. Neben „Eichendorff-Romantikern“, Schauartisten und Demo-Touristen aus dem Ausland hätten sich auch noch Vertreter rechtsextremer Gruppen eingefunden.

Im Interesse des sozialen Friedens und demokratischer Verhandlungsbereitschaft haben bisher Gewerkschaft, Betriebsräte und Arbeitneh-



Die Situation in der Au blieb auch am Wochenende unverändert

mer der vom verzögerten Baubeginn des Kraftwerkes Hainburg betroffenen Firmen große Geduld und Besonnenheit an den Tag gelegt, „die Geduld dieser Menschen ist aber auf Dauer nicht belastbar“, warnte ÖGB-Präsident Benya am Wochenende. Sollten jene, die sich seit einer Woche widerrechtlich im Rodungsgebiet aufhalten, nicht bis Sonntag abend abgezogen sein und die Rodung am Montag behindern, dann werden die Betriebsräte „Beschlüsse fassen“.

Was sich seit einer Woche in der

Au abspielt, „ist Unrecht“ und überhaupt nur möglich, weil ein so zutiefst demokratischer Staat wie Österreich so lange wie möglich davon absieht, die Polizei voll einzusetzen, meinte der ÖGB-Präsident.

Zur Situation in der Au von Hainburg gab es am Wochenende zahlreiche Stellungnahmen. Von Protesten der Hainburg-Gegner bis zu verschiedenen Appellen an Bundesregierung und Demonstranten, die Situation in der Au friedlich zu bereinigen und von Gewaltmaßnahmen Abstand zu nehmen.

## 17. 12. 1984 Salzburger Nachrichten



Hainburg-Gegner in „Wetten, daß“

Umweltschützer demonstrieren Samstag abend in der aus Bremen übertragenen ZDF-Sendung „Wetten, daß“ gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg. Als Bundeskanzler Fred Sinowatz, einer der vier Wettkandidaten, seine Wette erläuterte, stürmten mehrere Personen auf die Bühne und entrollten ein Transparent mit „Anti-Hainburg-Parolen“. Versuche von Saalordnern, die Demonstranten abzuführen, wurden von Showmaster Frank Elstner verhindert. Sinowatz sprach nach der Sendung mit den Demonstranten. Seine Wette verlor der Bundeskanzler. Er hatte gewettet, daß ein 16jähriger Schüler aus Salzburg 70 Rathäuser an ihren Fenstern erkennen könne.

Bild: SN/Andriks

### Grün vor Angst

Die Sorge führender freiheitlicher Funktionäre, die FPÖ könnte von „den Grünen“ an den Rand der politischen Bedeutungslosigkeit gedrängt werden, ist berechtigt. Daß die „alternative-grüne Bewegung“ für die FPÖ zum Problem werden könnte, hatte die Partei schon lange vor der letzten Nationalratswahl erkannt. Aus diesem Grund hatten die Freiheitlichen auch versucht, sich als die „beste Grün-Partei“ darzustellen. Dieser Versuch mißlang. Bei den Nationalratswahlen im April 1983 sank die FPÖ auf 4,9 Prozent und damit auf das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte. Daß sie dennoch ihren Mandatsstand auf zwölf erhöhen und in die Regierung einziehen konnte, verdankt sie der Wahlarithmetik.

Da sie ihr wortreiches „Grün-Engagement“ aber nie in die Tat umzusetzen vermochte, halten die „alternativen grünen Kämpfer“ in Umweltfragen nichts von der FPÖ und lehnen sie ab.

Auch das weiß man in der FPÖ. So gesehen ist es auch nicht verwunderlich, daß sie in der Frage Hainburg keine überzeugende Linie hat.

Da ist ein Minister der FPÖ, der überhaupt gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg ist; ein Fraktionskollege von Parteiboss Norbert Steger ist für die Verschiebung des „Hainburg-Projekts“ auf das nächste Jahr, ein anderer tritt aus genauso „wohlerwogenen Gründen“ für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf ein, und wieder andere, die die FPÖ-Linie derzeit vorgeben, sind für den sofortigen Bau in Hainburg.

Vor der Wahl ist die FPÖ aus „Angst grün“ geworden. Man wollte mehr Wähler gewinnen. Ihre Überzeugungskraft aber war offenbar schwach. Derzeit präsentiert sich die FPÖ als „staatstragende Partei“. Weil aber auch diese Präsentation nicht so gelingt, wie man sich das vorgenommen hatte, raten führende FPÖ-Funktionäre, aus der Koalition mit der SPÖ auszutreten, um wenigstens noch ein bißchen „Blau aus Überzeugung“ zu retten. chris.

Eigenbericht der „Presse“

WIEN/STOPFENREUTH (red.). Hochspannung herrschte gestern in der Stopfenreuther Au am Tag vor dem erwarteten Sturm: Mehr als dreitausend Menschen hatten sich am Vormittag zu einer Feldmesse in Stopfenreuth eingefunden. Am späten Nachmittag reiste zwar der Großteil der Hainburggegner wieder ab, mehrere Hundert fest entschlossene Demonstranten richteten sich aber auf die „entscheidende“ Nacht in der unwirtlichen Au ein. Einziger, dafür aber um so aufsehenerregender Zwischenfall des gestrigen Tages: Ein betrunkenen Kraftwerksgegner aus Niederösterreich fuhr bei einer Verkehrskontrolle – die Kofferräume aller in die Au fahrenden Autos wurden überprüft – mit seinem Auto auf einen Gendarmen los und flüchtete, wurde aber nach kurzer Fahndung gefaßt.

Der Zustrom neuer Demonstranten in das Stopfenreuth Gebiet hatte gestern schon in den frühen Morgenstunden begonnen. Mehr als dreitausend Menschen – eine bunte Menge von Studenten über Honoratioren aus der näheren und weiteren Umgebung bis zu Bauern aus dem Umland – fanden sich am Vormittag dann zu der auf dem Fußballplatz von Stopfenreuth angesetzten Feldmesse ein.

Ein Aufmarsch von 150 Traktoren wurde von der Gendarmerie unterbunden, die Zeit bis zum darob verzögerten Meßbeginn vertrieb man sich mit dem Singen geistlicher Lieder.

Die Messe – im Wortgottesdienst ökumenisch gehalten – sollte keine

## Dreitausend bei Feldmesse in der Au Gespannte Ruhe vor der Entscheidung



Photo: „Die Presse“/Blaha

EINE BUNTE MENSCHENMENGE BEI DER FELDMESSE IN STOPFENREUTH

Selbst bei der Fürbitte eines Teilnehmers, das Kraftwerk möge gebaut werden, kam es zu keinem Wirbel.

„Demonstration für oder gegen etwas und auch keine ‚Messe vor der Schlacht‘ sein“, sagte der Schwedter Pfarrer Helmut Blasche. In seiner Predigt rief Blasche ebenso wie der evangelische Studentenseelsorger Manfred Golder zur Friedfertigkeit und Gewaltlosigkeit auf. Blasche sprach vom „Hoffen auf ein Weihnachtswunder in der Au“ und auch davon, daß sich die politische Landschaft in Österreich radikal ändern könne, wenn die etablierten Parteien die Zeichen der Zeit nicht erkennen, und das „selbst, wenn diese Landschaft nicht gerettet werden könnte“.

Große Courage bewies ein Meßteilnehmer dann bei den Fürbitten, der darum betete, daß dieses „umweltfreundliche, arbeitsplatzsichernde Kraftwerk bald gebaut“ werden möge.

Nach Aussagen der Gendarmerie und der Kraftwerksgegner hatte den Tag über Ruhe in dem Gebiet geherrscht. Mit Spenden von Lebensmitteln und warmer Kleidung hatte die Bevölkerung auch gestern ihre Solidarität mit den jungen Leuten in der Au ausgedrückt, die ihrerseits wieder gebeten hatten, von Alkoholgaben Abstand zu nehmen.

Am Abend dann bereiteten sich mehrere Hundert Demonstranten auf ein Nachtlager vor, die etwa 100 im Gebiet eingesetzten Gendarmen warteten auf Weisungen aus Wien. Und hielten sich im übrigen zähneknirschend an die in Wien getroffene Vereinbarung, alle Demonstranten, die nach der Messe wieder in die Au wollten, einzulassen.

## Ofner: Aubesetzer nicht kriminalisieren

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (red.). Je näher die Frist zur Räumung der Stopfenreuther Au rückt, desto kontroversieller wurden auch die Stellungnahmen der Politiker. Besonders auffällig waren die unterschiedlichen Aussagen innerhalb der Koalitionsregierung. So erklärte SP-Innenminister Karl Blecha in der TV-Pressesendung, daß sich unter den Aubesetzern neben Schaulustigen und „Eichendorff-Romantikern“ auch ausländische „Demotouristen“, Vertreter rechtsextremistischer Gruppen und Teile der „Wiener Anarcho-Szene“ eingefunden hätten. FP-Justizminister Harald Ofner hingegen meinte, daß es sich bei

den-Besetzern vor allem um „junge, idealistisch gesinnte Österreicher“ aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen politischen Lagern handle.

Der Justizminister hob hervor, daß Ausländer entgegen anderslautenden Behauptungen an Ort und Stelle praktisch keine Rolle spielten. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß zwischen Teilen der Jugend und der Parteidemokratie in Österreich eine Kluft aufgerissen werde, die wieder zu schließen in absehbarer Zeit nur schwer gelingen würde. Ofner sprach daher den Appell aus, unabhängig vom weite-

ren Verlauf der Dinge alles zu unterlassen, was zu einer Kriminalisierung der Demonstranten in der Au führen würde.

Ofners Parteikollege Abg. Norbert Gugerbauer forderte seinen Parteichef Steger gestern auf, sich als Vizekanzler in der Bundesregierung für einen Aufschub der Rodung bis zum Vorliegen der höchstgerichtlichen Entscheidungen einzusetzen. Die Regierung sollte zumindest abwarten, ob die Höchstgerichte den eingereichten Beschwerden aufschleibende Wirkung zuerkennen.

VP-Chef Alois Mock appellierte am Sonntag an Kanzler Sinowatz, beson-

nen zu reagieren. Es gehe jetzt unter voller Beachtung des Rechtsstaats auch darum, zu zeigen, daß die Regierung in schwierigen Situationen „klaren Kopf“ behalte und alles unternehme, um den sozialen Frieden zu bewahren.

Mock-Stellvertreter Erhard Busek, der am Vormittag der Messe in der Au beiwohnte, bezeichnete seine Teilnahme als „Solidarität mit den Bedrängten“. Die große Teilnehmerzahl sollte „Jenen zu denken geben, die das Ganze ins linke oder irgendein anderes Eck abdrängen wollen“. Er, Busek, halte einen gewaltlosen Widerstand der Aubesetzer mit dem Christentum durchaus vereinbar.

## Österreichische Lösung für Hainburg?

Der 70jährige Gewerkschaftspräsident Anton Benya hat der österreichischen Regierung wohl einen Bärendienst erwiesen mit der erneuten Drohung, wenn nicht sofort am Montag der Auwald bei Hainburg weggeholt werde, müßten die Betriebsräte der Baufirmen „Maßnahmen beschließen“. Abgesehen von dem kurzatmigen Argument der Arbeitsplatzbeschaffung durch Zerstörung eines mit internationalen Abkommen geschützten Naturschutzgebiets, hat es einen fatalen Beigeschmack, wenn ausgerechnet von sozialdemokratischen Funktionären konservative Arbeiter gegen umweltpolitisch sensibilisierte Studenten und Jugendliche aufgehetzt werden.

Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände haben in Scharfmachereklärungen die Bundesregierung unverhüllt unter Druck gesetzt. Wenn anderswo jemand sagte, „der Staat bin ich“, lassen Österreichs Sozialpartner keinen Zweifel aufkommen: „Die Demokratie sind wir!“ Österreichs Bevölkerung jedoch – gleichgültig ob für oder gegen das Donaukraftwerk eingestellt –

wünscht sicherlich weder blutige Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Studenten, noch ein polizeistaatliches Niederknüppeln von Naturschützern.

Warum kann man eigentlich an einem Wiener Krankenhaus 25 Jahre basteln, und über das fertige Kernkraftwerk Zwentendorf sechs Jahre ruhig nachdenken, aber in Hainburg muß jetzt eine übers Knie gebrochene Verwaltungsentscheidung binnen weniger Wochen machtvoll durchgedrückt werden? Warum kann man nicht nach all dem Chaos an Varianten, Gutachten und Auflagen erst einmal alle nun wirklich gültigen Planungsgrundlagen in verständlicher Form auf den Tisch legen, die Gegenargumente ernsthaft überprüfen und dann erst politisch entscheiden? Dadurch würden zum einen Proteste gegen die Sache und solche gegen das Verfahren auseinandergehalten. Zum anderen könnte man vielleicht manchen Widerstand aus Irrtum ausräumen. Das wäre nicht nur weihnachtlich, sondern vor allem österreichisch. H.B.



**Autümpel**



**Keine Endlösung**

# **Montag, 17. Dezember**

*Rodung unter Exekutiveinsatz im  
Morgengrauen bei Lager 1*

*Betriebsräteversammlung in Hainburg*

*Drohung mit Aufmarsch der Arbeiter*

# Die Demonstranten stellten sich Rodungen in den Weg!



In dem Gewirr der Montag früh in der Au gefällten Bäume trafen Naturschützer, Polizisten, Gendarmen und Arbeiter dicht zusammen. Als unter dem Gekreis der Kettensägen die Bäume fielen, sangen Umweltschützer mit entrollter Nationalflagge die Bundeshymne.

„Ihre Köpfe hingehalten“ haben am Montag im wahrsten Sinn des Wortes Naturschützer in der Au in Hainburg, als Holzfäller unter Polizei- und Gendarmieschutz innerhalb eines mit Stacheldrahtzaun abgeriegelten Gebietes mit den Rodungsarbeiten begannen. 40 Bäume fielen, danach mußten die Beamten die Aktion abbrechen: „Wir hätten Menschenleben aufs Spiel gesetzt. Frauen mit Kindern haben sich uns in den Weg gestellt.“

Bis vier Uhr früh war die Lage in der Au ruhig. Die Temperaturen sanken auf zwei Grad unter Null, in den insgesamt sechs Lagern der Naturschützer in dem weitläufigen Gebiet harrierten rund 3500 Menschen aus allen Bundesländern und Gesellschaftsschichten der Dinge. Jene, die in Zelten, Holzhütten, Notbehausungen und Erdlöchern Unterschlupf fanden, konnten zumindest einige Stunden schlafen. Andere wiederum hockten zusammengekauert rund um die zahlreichen Lagerfeuer. Tee wurde gekocht, man sang Lieder, um sich wachzuhalten, oder marschierte von Zeltlager zu Zeltlager, um durch viel Bewegung der Kälte einiges von ihrem Schrecken zu nehmen.

Punkt vier Uhr ging es dann los: Überall tauchte plötzlich Polizei aus Wien und Gendarmerie aus Niederösterreich auf. In Gruppen von zwanzig bis vierzig Personen streiften sie durch den dichten Auwald, tauchten kurz in den vollgestopften Lagern auf und verschwanden wenige Minuten später wieder im Unterholz. Die Naturschützer reagier-

ten: Menschenketten wurden gebildet, dann wieder aufgelöst. Von einem Stützpunkt zum anderen wurden pausenlos Verstärkungen und Ablösen geschickt. An den vielen Barrikaden entlang der Auwege herrschte Hochspannung. Jeder wartete eigentlich auf einen Großangriff der rund 800 Beamten, die in

VON KARL WENDL, ERICH SCHÖNAUER, PETER GROTTNER, CHRISTIAN HAUENSTEIN (TEXT) UND OTTO WIESINGER, JOSEF SCHRÖPFER, ERNST KAINERTORFER UND GINO MOLIN (FOTOS)

ihren Mannschaftsbussen auch Helme, Schutzschilde und Schlagstücke liegen hatten. Diese „Hilfswerkzeuge“ kamen Montag allerdings noch nicht zum Einsatz.

Durch die Verwirrungstaktik und die vorgetäuschten Räumungseinsätze der Exekutive wurden die Aubesetzer in ihren Großlagern vom wahren Ziel der Beamten abgelenkt: Um 5.45 Uhr heute plötzlich

die erste Holzsäge auf. In einem Gebiet, direkt unter der Donaubrücke, in dem sich zu diesem Zeitpunkt nur rund 30 Aubesetzer aufhielten. Über einen freien Feldweg hatten die Beamten mit Bussen die Rodungsarbeiter zu dieser Stelle gebracht. Ein Stacheldrahtzaun wurde rund um die Arbeiter gezogen. Dahinter nahmen in einem Abstand von einem Meter die Exekutivorgane Aufstellung. Mann an Mann gereiht, bildeten sie eine lebende Schutzwand.

Über Funk und durch stille Boten wurden darauf Hunderte Naturschützer in den anderen Lagern alarmiert. Einige Minuten später standen den Beamten und Holzfällern zumindest doppelt so viele Aubesetzer gegenüber. Als die ersten Bäume fielen, krochen Mädchen, Frauen mit Kindern, Jugendliche und ältere Menschen zwischen den Beinen der Gendarmen in das abgeriegelte Gebiet. Der Stacheldrahtzaun wurde niedergedrückt und einige Naturschützer stellten sich direkt unter die umstürzenden Aubaume. Erst im letzten Moment sprangen sie zur Seite.

Zur gleichen Zeit, als die Rodungsarbeiten begannen, errichteten die Demonstranten auf der Hainburger Brücke eine Blockade: Rund 300 Personen setzten sich auf die Straße. Mit Hilfe von Megafonen versuchten die Gendarmen die

se Besetzung aufzulösen – erfolglos.

## Reservekontingent konnte nicht helfen

Als die Einsatztruppe merkten, daß sie mit ihrem Räumungsauftrag nicht weiterkamen, wurde das Reservekontingent angefordert. Gegen 6.20 Uhr trafen zusätzliche Beamte bei der Au ein. Zuerst versuchten sie, beim alten Tor in die Au einzufahren. Dies mißlang, da der Tumult an dieser Stelle zu groß war. Der Konvoi drehte daraufhin um und wollte über einen Notabstieg der Donaubrücke zum Donauufer hinunterklettern. Geschickt gelang es den Aubesetzern diesen Abstieg mehr und mehr zu verzögern.

## Gendarm erlitt einen Schwächeanfall

Wenige Minuten später, gegen 6.50 Uhr, halfen die Bauern aus der Umgebung den Naturschützern: Zahlreiche Traktoren rollten von Witzelsdorf in Richtung Stopfenreuth. Als die Gendarmerie die Straße abriegelte, fuhren die Landwirte einfach quer über die Felder weiter.

# Bauern mit Traktoren kamen den Aubeschützern zu Hilfe



Verloren standen Hunderte junge Polizisten aus Wien in der Hainburger Au herum. Der Einsatz gegen die Naturschützer war erfolglos...

Danach überschlugen sich die Ereignisse: Bei der Rodungsstelle stellten sich immer mehr Naturschützer unter die Bäume, so daß die Holzfäller ihre Arbeiten einstellen mußten. Im einige Kilometer entfernten Lager zwei, wurden dann die Gendarmen durch einen plötzlichen Schwächeanfall eines ihrer Kollegen geschockt: Der 22jährige Inspektor Hubert Pelikan aus Mödling brach zusammen. „Herzinfarkt“, mutmaßte man. Hubert Pelikan wurde zu einem VW-Bus der Gendarmerie gebracht. Doch an einen Abtransport mit dem Auto war vorerst nicht zu denken: Der Weg aus der Au war durch zahlreiche meterhohe Barrikaden blockiert.

„Macht die Straße frei“, riefen die Gendarmen, „einer unserer Beamten muß dringend ins Spital.“ Nach kurzem Zögern griffen dann Beamte und Naturschützer gemeinsam zu: Nach und nach wurde eine Blockade nach der anderen weggeräumt, damit der Krankentransport passieren konnte. Zum Glück stellte sich im Rettungswagen bei der Untersuchung durch einen Arzt heraus, daß Hubert Pelikan „nur“ einen Kreislaufkollaps erlitten hat. Wenige Minuten später ist dann der erste große Einsatz der Exekutive nach dem „Waffenstillstand“ beendet: Es hat keinen Sinn, es sind zu viele Demonstranten“, sagten die Beamten. Die Hunderten Polizisten fuhren wieder in ihre Kasernen nach Wien zurück, die Gendarmerie ließ nur einige Posten in der Au.

Zu einem Zwischenfall am Rande

des Großeinsatzes von Gendarmerie und Polizei in der Hainburger Au kam es Montag, kurz nach 9 Uhr, auf der Westautobahn zwischen Melk und Sankt Pölten: Der 19jährige Tischlerlehrling Johann R. fuhr gemeinsam mit sieben Kollegen von Neukirchen (OÖ) in Richtung Wien. Als der VW-Bus von einem Gendarmekombi überholt wurde, nahm der Lehrling „aus Spaß“ seinen Gastrommelrevolver aus dem Handschuhfach, kurbelte das Fenster hinunter und drückte einmal ab. Die Beamten, sie waren auf dem Weg nach Hainburg, glaubten zunächst an ein Attentat. Auf der Raststätte Vollerndorf (NO) stopten sie den VW-Bus. Johann N. wurde angezeigt.

## Eigene Gutachter protestierten in der Au

Die halbe Ökologiekommission des Umweltschutzministeriums hat übrigens die Nacht zum Montag bei den Naturschützern in der besetzten Au verbracht, unter ihnen zahlreiche von Landesrat Brezovsky unvollständig oder falsch zitierte Gutachter: Universitätsdozent Heinz Löffler, Universitätsprofessor Steiner, Dozent Bernd Lötsch und der Geologe Dr. Boroviczeny, der im Wasserrechtsverfahren für Landwirtschaftsminister Haiden ein Protokoll erstellt hatte, sich aber vehement dagegen wehrt, daß dieses Gutachten mißbräuchlich im Naturschutzverfahren verwendet wurde. Das Innenministerium erklärte aber immer wieder: „In der Au sind Radikale und Chaoten.“



Arbeiterkammerchef Hesoun verhandelte mit den Demonstranten



Naturschützer Univ.-Prof. Dr. Hamann (links), Galeriebesitzer Peithner

# Arbeiter gegen Studenten Nun genügt ein Funke . . .

Aus Hainburg berichtet unser Redakteur PETER GNAM

Hainburg. — Jetzt ist er da, der gefährliche Konflikt zwischen Arbeitern und Studenten um die Hainburger Au. Ein Konflikt, der zum „Krieg“ ausarten könnte: Während einander gestern vormittag in der Au Tausende Demonstranten und Hunderte Gendarmen sowie Polizisten ein Katz-und-Maus-Spiel um jeden Meter Boden lieferten, es zu Rangeleien und vereinzelt zu Rodungen kam, machten Hunderte Gewerkschafter vis-à-vis der Donau im Arbeiterkammersaal von Hainburg gegen „die Studenten da drüben“ mobil. Ein Funke an diesem 17. Dezember 1984 — und es wäre zur Explosion gekommen.

Beginnen hatte dieser 17. Dezember — fast vergißt man hier in Hainburg, daß in einer Woche Weihnachten ist — mit Rodungen in der Au. Die Szene war gespenstisch: Im Hintergrund krachten die Bäume zur Erde, direkt unter der Donaubrücke standen einander Hunderte Gendarmen, verstärkt durch Polizei aus Wien, und die Demonstranten gegenüber. Als ein Gendarmieauto beladen mit Stacheldraht wegfahren wollte, war es in Sekundenschnelle von Demonstranten umzingelt. Es dauerte fast eine Viertelstunde, bis sich der Lenker mit Hilfe von Gendarmen, die die Demonstranten wegrängten, den Weg freibahnen konnte. Allein dieser Vorfall zeigte, daß der Widerstand der Demonstranten so entschlossen ist, so gut organisiert und von so viel Idealismus getragen wird, daß an eine gewaltlose Räumung der Au nicht zu denken ist.

Ein „Einsatzleiter“ der Demonstranten erläuterte der „Kronen Zeitung“ an Hand eines Planes, wie sie vorgehen: In der Nacht habe man sich vergewissert, wo Gendarmerie und Polizei ihre Stützpunkte planen. Alle diese Zentren der Exekutive seien umgangen worden — man wäre, wie in einem Partisanenkrieg, aus dem Nichts woanders wieder aufgetaucht und habe Gendarmen und Polizisten wieder überrascht. Der Mann im Originalton: „Die Gendarmen können einem eigentlich nur leid tun.“

Er hatte diese Worte gerade gesagt, da sprang er in ein Auto und flüchtete: Eine Zivilstreife der Gendarmerie war auf der Szene erschienen und begann amtszuhandeln. Der „Kronen Zeitung“ erklärte der Gendarm in Zivil — er hatte einen dicken grauen Pullover an —, daß er ein probates Mittel hätte, dem Spuk ein Ende zu machen: „Alle in Arrestantenbusse hinein und weg mit ihnen. Nur so wäre es möglich, mit Anzeigen und drakonischen Geldstrafen.“

Dann wechselte die „Kronen Zeitung“ die Front: Neun Uhr vormittag. Arbeiterkammersaal in Hainburg. Versammlung von rund 500 Betriebsräten jener Firmen, die beim Bau von Hainburg Beschäftigung finden sollen.

## Die Studenten in der Au

Werksschutz mit Helmen und Ordnerschleifen wurde aufgebogen, um für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, im Saal eine rauchige, stickige Luft. Manche Arbeiter plauderten, wie man „denen da drüben“, den Besetzern der Au, die Luft abdrehen sollte und müßte. Mit Gewalt, versteht sich.

Dann kamen die Gewerkschaftsbosse: Die Herren Pöder, Hesoun, Czettel und auch Staatssekretär Schmidt. Die Reden der Gewerkschafter glichen einander: Recht müsse Recht bleiben und Arbeiter hätten ein Recht auf Arbeit. Die Studenten in der Au könnten ja nur deshalb studieren und jetzt demonstrieren, weil die Arbeiter ihnen das ermöglichen. Von Subventionen für Studierende war dann die Rede und auch davon, daß ein Student den Staat pro Jahr 65.000 Schilling koste. An den Innenminister wurde appelliert, rechtmäßige Zustände in diesem Land wiederherzustellen. Und einer der Redner sagte es ganz

deutlich: „Ein paar tausend Wirrköpfe werden nicht zerstören, was wir aufgebaut haben. Wir lassen uns nicht daran hindern, zu arbeiten, und wir beugen uns nicht dem Druck einer Minderheit.“ SPÖ-Abgeordneter Hesoun wetterte dann noch gegen jene Hochschulprofessoren, die ihre Studenten mit Autobussen in die Hainburger Au „karrten“, und malte das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit, die in die Diktatur führe, an die Wand.

Ganz am Schluß der Versammlung stand dann die Drohung: „Heute sind wir ein paar hundert, weil wir einen kühlen Kopf behalten wollen. Das nächstmal werden wir 60.000 oder 70.000 sein, denn man soll uns nicht über Gebühr provozieren.“ Die Betriebsräte verließen nachdenklich den Saal. Vor dem Gebäude auf der Straße stand einsam eine Frau in mittleren Jahren. In der Hand hielt sie eine Tafel. Die Aufschrift: „Hört, ihr Leute, laßt euch sagen, für mich, für die Donau, hat der Tod geschlagen.“

Wer gestern in der Au war, der weiß nach all diesen Vorfällen eines ganz genau: Ohne politische Lösung, ohne eine Verlängerung des „Waffenstillstands“ und ohne Volksabstimmung über den Bau des Donaukraftwerks Hainburg kann und wird es hier nur „Krieg“ geben. Vielleicht sogar einen blutigen zwischen Arbeitern und Studenten, weil keine der beiden Seiten aufzugeben bereit ist.

## Wem die Stunde schlägt

Die mit Spannung, Angst und Sorge erwartete Stunde „X“ in der Au bei Hainburg und Stopfenreuth schlug am Montag zumindest vorläufig nicht mit vollem Getöse. Es fielen zwar einige Bäume den Sägen und Äxten der Rodungsarbeiter zum Opfer, aber der befürchtete schwere Zusammenstoß zwischen Umweltschützern und Sicherheitsbehörden konnte zunächst einmal verhindert werden.

Den fast 1000 Polizisten und Gendarmen, die unter dem Kommando des Innenministers Karl Blecha den unpopulären Marschbefehl in die Au erhalten hatten, schien es gerade recht zu sein, daß sich ihnen an der Spitze der Baumschützer besonders viele Frauen und Kinder entgegenstellten.

Schon gegen die Männer unter den Tausenden Idealisten, die in der tiefverschneiten Au ausharren, um die letzte unberührte Stromlandschaft Europas vor Abholzern und Betonierern zu schützen, wären die Uniformierten nur äußerst ungern hart vorgegangen. Die Polizisten und die Gendarmen wissen, daß sie es mit überwiegend friedliebenden und naturliebenden Aubesetzern zu tun haben. Nicht mit „Demo-

Touristen“, „Anarchos aus dem Ausland“, „bunten Hunden“ und „Radikalinskis“, wie Scharfmacher aus Regierung, Parteien und Gewerkschaftsbund behauptet hatten, um den Marschbefehl für Polizei und Gendarmerie zu begründen.

Gerade das Zusammentreffen mit Frauen und Kindern trug dazu bei, daß es den Sicherheitsbeamten leichtfallen mußte, auf Härte zu verzichten und die wahren Absichten des Volksbegehrens des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz zu erkennen.

Nach ihrer Begegnung mit den durchfrohrenen, aber mutig ausharrenden Naturschützern waren die meisten der bereits ebenfalls erschöpften Uniformierten froh, daß sie bis auf weiteres die Erlaubnis zum Rückzug bekamen. Manche ihrer Oberbefehlshaber in den gutgeheizten Kommandozentralen des Innenministeriums ärgerten sich maßlos darüber, daß keine Entscheidung gefallen war. Dabei haben aber auch diese sturen Machthaber im Grunde ihres Herzens Angst vor der Stunde „X“ und ihren Folgen. Sie haben aber auch Angst davor, klare Entscheidungen zu treffen und die volle Verantwortung zu tragen . . . HANNES WALTER

## Dialog aufgezeichnet von TELEMAX

Frank Elstner, Fred Sinowatz, ein Umweltschützer in „Wetten, daß . . .“:

Elstner: „Herr Bundeskanzler, was wollen Sie tun?“

Sinowatz: „Also ich bin ein guter Freund von Karlheinz Böhm, der sehr viel macht in Äthiopien, und ich bin ganz begeistert davon. Und egal, ob ich gewinne oder nicht gewinne . . .“

Umweltschützer stürzen mit einem Transparent auf die Bühne. Ordner kommen und wollen sie wegschaffen.

Elstner: „Moment, halt, Udo! Laß bitte die Herrschaften hier! Ich möchte hierzu folgendes sagen: In meinem Studio wird keiner rausgeschmissen!“ Applaus.

Umweltschützer: „Herr Elstner, ich verstehe Ihre Empörung!“

Elstner: „Ich bin gar nicht empört. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was Sie uns sagen möchten.“

### Umweltschützer:

„Es geht um die Donauauen. Wir können uns nicht Herrn Sinowatz anschließen, daß das die Leute in der Bundesrepublik nichts angeht, sondern das sind in Europa einmalige Landschaften, die für jeden Europäer wichtig sind und die unbedingt für alle geschützt werden müssen.“

Elstner:

„Darf ich dazu folgenden Vorschlag machen, Freunde: Ich habe einen Auftrag hier, nämlich viele Millionen Menschen zu unterhalten. Ich möchte Sie herzlich bitten, mich an diesem Auftrag nicht zu hindern. Sie haben einen Auftrag, nämlich Menschen, vielleicht auch in ungewöhnlicher Form, auf Dinge hinzuweisen, die Ihnen am Herzen liegen. — Herr Bundeskanzler, Sie haben uns vorhin gesagt, Politik zu machen in der deutschen Unterhaltungssendung würde Ihnen mit Sicherheit nicht liegen, aber ich kann ja nur sagen: Hier sind keine Menschen gewesen, die uns etwas Böses tun — wären Sie bereit, sich nachher noch einen Moment mit Ihnen zu unterhalten?“

Sinowatz:

„Ich bin bereit. So wie ich 15 Stunden in Österreich gesprochen habe, spreche ich eine Stunde mit Ihnen.“

Montag mußten Schlägerungen wieder eingestellt werden — noch keine Räumung

# Jetzt stellen die Arbeiter den Au-Besetzern ein Ultimatum

**HAINBURG (AZ).** Rund 1000 Betriebsräte stellen Montag bei einer Konferenz in Hainburg den Au-Besetzern ein Ultimatum: Wenn die Au nicht bis Dienstag abend geräumt ist, wollen sie Mittwoch mit ihren Belegschaften in die Au kommen. Die Rodungen mußten Montag nach zwei Stunden eingestellt werden, weil Demonstranten die Polizeisperren durchbrochen hatten.

Bei der Betriebsrätekonferenz verlangten alle Redner, unter ihnen Staatssekretär Schmidt, AK-Präsident Czettel, die ÖGB-Vizepräsidenten Pöder und Gassner sowie Niederösterreichs AK-Chef Hesoun die Wiederherstellung von Recht und Ordnung in der Au und den baldigen Baubeginn.

In der Au selbst begannen am frühen Morgen Rodungen, die aber nach zwei Stunden wieder eingestellt wurden, weil die Besetzer die Sperren durchbrochen hatten. Es kam zu keinen ernsthaften Auseinandersetzungen. (Seiten 2 und 3.)



Schauplatz Hainburg: Nach zwei Stunden Rodungen unterbrochen

**Blecha: Aubesetzer schickten Halbwüchsige gegen Exekutive voran**

## Widerstand nicht mehr „passiv“

**WIEN (AZ).** Die Aubesetzer sind Montag vom passiven, gewaltfreien Widerstand zum aktiven übergegangen; sie haben zielgerichtet Sperren, auch unter Verwendung Halbwüchsiger, durchbrochen. Die Exekutive hatte zunächst den Beginn der Schlägerung für einen Wildzaun abgesichert, sich aber dann zurückgezogen, um so vorerst am Prinzip der Gewaltlosigkeit festzuhalten. So fasste Innenminister Blecha Montag mittig die Vorgänge in der Stopfenreuther Au zusammen.

Montag früh, so Blecha, sei man von einem klaren taktischen Konzept ausgegangen. Um 4 Uhr früh lief der Einsatz an, mit dem versucht wurde, die Rodungsarbeiten für den Wildzaun zu ermöglichen, und zwar in einem nichtbesetzten Rodungsgebiet. In knapp drei Stunden hätten die Holzarbeiter rund ein Hektar roden können, dann, nach dem Übergang der Kraftwerksgegner vom passiven zum offensiven Widerstand — indem gegen das Karree der Sicherheitskräfte angestürmt wurde —, habe sich die Exekutive zurückgezogen. An der Aktion waren etwa 400 Beamte und 80 Holzarbeiter beteiligt.

Damit — so der Innenminister — hat sich klar erwiesen:

● Durch die Ermöglichung der Arbeitsaufnahme wurde klargestellt, daß der demokratische Rechtsstaat den Unrechtsatbestand nicht ignoriert, sondern mit den zur Verfü-

gung stehenden Mitteln zu beseitigen trachtet.

● Die Kraftwerksgegner haben



Blecha: Lage neu überdenken

den passiven Widerstand verlassen und sind zu offensiven Aktionen übergegangen; sie haben sich demaskiert. Das wird erfordern, die Lage neu zu überdenken. Doch werde man weiterhin alles tun, um den Baubeginn ohne Waffengewalt zu ermöglichen.

Blecha berichtete weiter, daß Montag schätzungsweise 3000 bis 4000 Besetzer in der Au gewesen seien. In die Au seien in den letzten Tagen große Lebensmittelverräte gebracht worden (wenn Montag kein „Nachschub“ geduldet würde, so sei damit keinerlei Aus Hungersgefahr verbunden). Die Aubesetzer hätten nach durchdachten strategischen Plänen Laufgräben und Barrikaden errichtet. Unter ihnen befinden sich auch Ausländer — Gruppen aus Italien, Deutschland und der Schweiz. Von auftretenden Rechtsextremisten hätten sich die Sprecher des Volksbegehrens distanziert.

Angesprochen, auf die Bemerkung des Justizministers, die Aubesetzer nicht zu kriminalisieren, sagte Blecha, er brauche dazu keinen Appell Otners, es habe weder Festnahmen noch Strafen gegeben. Auch gab es auf keiner Seite Verletzte. Otner verfüge offenbar nicht über den nötigen Informationsstand.



Bild rechts: Kraftwerksgegner und Geologieprofessor Tollmann gibt — eingehüllt in eine Decke — „Energie-seminare“, Zelt und Schlafsack sind ihm abhanden gekommen



Rund tausend Betriebsräte kamen Montag zur Konferenz nach Hainburg

## 1000 bei Konferenz in Hainburg Betriebsräte stellen Besetzern der Au Ultimatum

**HAINBURG (AZ).** Rund 1000 Betriebsräte der beim Kraftwerk Hainburg zum Zug kommenden Firmen haben Montag vormittag bei einer Konferenz in Hainburg ein Ultimatum an die Aubesetzer gestellt: Wenn die Au nicht bis Dienstag abend geräumt ist, wollen sie Mittwoch selbst mit ihren Belegschaften in der Au aufmarschieren.

Gleichzeitig wurde eine Vier-Punkte-Erklärung beschlossen, in der die Betriebsräte die Politik des Bundeskanzlers unterstützen. Die Mitglieder der Bundes- und der Landesregierungen werden aufgefordert, diese klare Linie zum Schutz des Rechtsstaates und der Demokratie öffentlich zu vertreten. Alle Bemühungen des Innenministers und der Exekutive zur Verwirklichung der rechtsgültigen Bescheide sollen unterstützt werden. Und schließlich wurden ÖRF und Medien zur objektiven Berichterstattung aufgefordert.

Zu Beginn der Konferenz hatte Zentralbetriebsratsobmann Kerschbaum von der Universale die Erregung in den Betrieben geschildert und daß es immer schwerer werde, die Menschen zurückzuhalten. Wenn man nicht gleich in die Au marschiere sei das kein Ausdruck der Feigheit, sondern der Besonnenheit.

Auch ÖGB-Vizepräsident Pöder rief auf, kühlen Kopf zu bewahren. Man werde es aber nicht dulden, daß fanatisierte Kraftwerksgegner das Gesetz des Handelns in die Hand nehmen. Rechtsstaatliche Zustände müßten wiederhergestellt werden. Scharf ging Pöder mit der Berichterstattung über die Aubesetzung ins Gericht, die er mit Kriegserichterstattung verglich. Die Medien glaubten, eine legal gewählte Regierung ins Wanken bringen zu können. Es gehe nicht mehr nur um

Hainburg, sondern um die Grundsatzfrage, ob auch in Zukunft Recht und Ordnung zu gelten hat, meinte AK-Präsident Czettel. Und auch ein Seitenhieb auf die demonstrierenden Studenten fehlte nicht: Sie könnten nur studieren, weil die Arbeiter dafür zahlen, sagte Czettel.

FCG-Chef Gassner unterstrich das Recht der Arbeitnehmer, ihrer Arbeit nachgehen zu können. Das gelte auch für die Bauarbeiter in Hainburg. Der Obmann der Gewerkschaftsjugend Svihalek bestritt, daß die Mehrheit der Jugend gegen Hainburg sei.

Auch Landesrat Höger warf der „Kronen-Zeitung“ ihre Kampagne vor und meinte, die Hainburg-Gegner der „Krone“-Kampagne seien hauptsächlich Leute, die soviel verdienen, wie sich ein Arbeiter nicht einmal erträumen kann.

Staatssekretär Schmidt unterstrich, daß es energie-, beschäftigungs- und umweltpolitisch sinnvoll sei, Hainburg zu bauen. Es sei leichter, Menschen auf die Straßen und in die Au zu bringen, als sie wieder nach Hause zu bringen.

84 Prozent der Österreicher sind für ein Kraftwerk Hainburg und nur 21 Prozent dagegen, stellte Niederösterreichs AK-Präsident Hesoun fest, der die KP-Solidarität für die Aubesetzer anprangerte und vermutete, daß den Umweltgruppen Gelder von Libyens Gaddafi zukommen.

So verlief der mit Spannung erwartete Montag in der Au

# Hainburg – der Lostag, der nur wenige Stunden dauerte

VON HERBERT LACKNER, ERNST BUDAI (TEXT), OTTO BARTEL (PHOTOS)

Montag, Lostag für Hainburg. Hatte man angenommen. Der Lostag dauerte nur knapp drei Stunden — dann war man wieder dort angelangt, wo man seit nunmehr einer Woche hält: Die Arbeit ruht, die Au bleibt besetzt. Dennoch kam Bewegung in die Fronten. Jeder muß rasch zu einer Lösung kommen. Niemand weiß, wie dies gelingen kann.

Die Au ist in dieser beißend kalten Nacht von Sonntag auf Montag hart gefroren. Die Tümpel sind mit Eis bedeckt, die Bäume verschnitten. Ein vorweihnachtlicher Wintertraum. Fast.

Es ist die kälteste Stunde, als um etwa 5.30 Uhr ein Trupp von Holzarbeitern plötzlich unter starkem Polizeischutz auf die große Lichtung neben der Donaubrücke einzieht. Die Aubesetzer sind überrascht: Hier hatte man den Rodungsbeginn nicht erwartet, weitab vom Hauptlager der Demonstranten. Einige der Besetzer, die ganz in der Nähe kampieren, holen Verstärkung. Die Arbeiter haben inzwischen begonnen, geschützt von einem Polizeikordon, am Waldrand zu roden. Fünf Gehminuten weiter hat die Gendarmerie mitten im Wald eine weitere Linie aufgezogen, die die nun herbeiströmenden Kraftwerksgegner aufhalten soll. Die



Abziehende Holzarbeiter: Rodung dauerte nur zwei Stunden



Linie der Gendarmen: Wenig Chance bei Dunkelheit

Absperrung direkt am Rodungsort fällt zuerst: Die Demonstranten stürmen durch die Reihe der unbewaffneten Polizisten — die Rodung ist nach etwa zwei Stunden beendet. Der Kordon drinnen im Wald hält vorerst noch. Immer wieder versuchen Demonstranten, die von weiter hinten aus den Lagern kommen, die Sperre zu durchbrechen. Manchen gelingt es, die Gendarmen laufen ihnen nach und haben in der Dunkelheit nur wenig Chancen. Plötzlich wird auch diese Linie aufgebrochen — sie hat ihren Sinn verloren.

Auf der Lichtung selbst ist nun das Ergebnis der zweistündigen Schlägerungen zu sehen: Keine 50 Büume sind es, die da im ersten Morgenrauen liegen. Gut 2000 Demonstranten sind inzwischen aufgetaucht, aus Wien kommen neue Busladungen. Im Geist einer Barrikade schläft ein Mädchen und spürt nicht einmal mehr die Kälte. Dahinter, neben einem kleinen Teich, ein kleines Zeltlager, Lagerfeuer und durch-

frorene, verschmutzte Demonstranten mit vom Rauch geschwärzten Gesichtern. Sie gehören zum „harten Kern“, der nun schon eine Woche im Freien lebt. Landsknechte der Ökologie.

Es beginnt zu schneien. Die Arbeiter verladen ihre Kettensägen und Äxte auf die kleinen Transporter, die Aubesetzer johlen vor Freude. Die Wagen wollen wegfahren, Demonstranten stellen sich davor: „Halts die Autos auf, die fahren woanders hin zum Schlägern“, ruft einer, „Nein, laßt die nach Haus“ ein anderer. Ein Polizeimajor steht kopschüttelnd daneben: „Zuerst wollen sie die net hereinlassen, jetzt dürfen sie wiederum net weg.“ Der Polizeioffizier resigniert: „Wir können nichts machen. Wir müssen gewaltfrei operieren, ohne Waffen, ohne Knüppel. So haben wir keine Chance.“

Die Grenze zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit verwischt sich. Als ein anderer Arbeiterbus am Wegfahren gehindert wird

(Demonstranten setzen sich auf die Haube), steigt ein Arbeiter aus und wischt gleich vier von ihnen mit einem Streich ins Gebüsch. Vier neue legen sich vor den Wagen. Die Gendarmen zeren sie weg. Einer versucht, sich vor den schon anrollenden Wagen zu werfen, überlegt es sich aber doch noch.

Kraftwerksgegner Töllmann wandelt in eine alte Decke gehüllt, über die Wiese und gibt ökologische und geologische Weisheiten von sich: „Wieviele geothermische Energie da unten liegen würde — das glaubt ja keiner.“ Die umstehenden Aubesetzer nickten eifrig. Knapp vor 10 Uhr — es schnell nun immer stärker — ist der „Lostag“ zu Ende. Polizei und Arbeiter ziehen ab.

Vier Kilometer weiter, in Stöbferreuth, ist das Hauptquartier der Besetzer: Auf einer Anschlagtafel an der Originalfahrt gibt es Neuigkeiten und Suchmeldungen. „Professor Töllmann sucht sein Zeit und seinen Schlafsack“, lautet eine (daher also die Decke), „Wer hat meinen Hund geschloß, Schlafsack, braunschwarz?“ eine andere. Im überfüllten Dorf-wirtshaus hält die Spitze der „Grünen“ hof. VGO-Chef Buchner gibt den hereinsehenden Journalisten Privatpressekonzerten. Eine Volksabstimmung fordere er, sonst ginge gar nichts. Auf dem Boden des Extrazimmers liegen kreuz und quer erschöpfte Aubesetzer. „Aber die Gendarmerie hat sich ganz hervorragend verhalten“, gibt selbst Buchner zu.

Drüben in Hainburg tröpfeln Betriebsräte im Gasthaus „Zur Goldenen Krone“ ein. Sie kommen von der Konferenz der Befürworter. Wie's in der Au aussieht, wollen sie von uns wissen, wie's nun weitergeht. Wer weiß es...?

# 20 Bäume gefällt – dann kehrte in der Au wieder Ruhe ein

Das Naturschutzdrama um die Stopfenreuther Au trat Montag in die heiße Phase: Seit Mitternacht zum Sperrgebiet erklärt, hielten sich Hundertschaften an Gendarmerie und Polizei in der Nähe der verschneiten Zeltstadt mit mehr als 2000 Umweltschützern bereit. Eine Polizeistaffel mit 40 scharfen Schäferhunden war eingetroffen, als um 5.30 Uhr früh erstmals seit einer Woche wieder die Motorsägen heul-

hatten sich zwischen 4000 und 5000 Menschen im Auegebiet eingefunden. Besonders viele Frauen und Mädchen waren diesmal dabei. Eine Gruppe ließ sich vor dem Stachelrahtverhau nieder – und begann zu beten. Dahinter warteten bereits 150 Umweltschützer, warfen plötzlich Decken auf den Drahtverhau und überwand das Hindernis mühelos.



„Sie können ja hinausgehen, wenn sie Hunger haben“, sagte Innenminister Blecha. Später ließ man wieder Essen durch

Von Georg Spiegelhofer, Gerhard Sokol, Brigitte Winkler, Michael Jäger, Christian Purkhard, Michael Mattuschka, Wilhelm Theuretsbacher und Friedrich Babitsch (Text und Bilder).

ten. In einem entfernten Gebiet wurden die ersten Bäume gefällt, wo die Straßen zum Teil mit Stachelrahtverhauen abgeriegelt waren. Bis sich die ersten Demonstranten im Schein von Taschenlampen durch das Unterholz geschlagen hatten, waren 20 Minuten vergangen – dann aber bildeten sich wieder Menschenketten, und Naturschützer hängten sich an Arme und Beine der Arbeiter. Ein Gendarm erlitt einen Schwächeanfall. Freda Meissner-Blau wurde kurz vor einem Zusammenbruch nach Hause gebracht.

Erst als der Gendarm mit einem Schwächeanfall – das Innenministerium hatte „vorsorglich“ einen Herzinfarkt behauptet – abtransportiert werden sollte, räumten Aue-Demonstranten eine Barrikade – und öffneten damit auch etlichen Patrouillenautos der Gendarmerie den Weg. Sie waren zuvor von mehrere Meter hohen Holzwällen eingesperrt.

Einen Arzt, ausgerüstet mit Lebensmitteln, ließ die Gendarmerie allerdings nicht passieren. Ebensovien ließ die Exekutive Wassertransporte durch. Von der Hainburger Brücke aus gab es deswegen wieder Hilfe „aus der Luft“. Viele seilten Kanister ab, um die frierenden Demonstranten mit Tee zu versorgen.



Auch der prominente Komponist Gottfried von Einem blieb an einer Gendarmeriesperre hängen. Daraufhin erklärten ihm Umweltschützer einen Schleichweg: Die Skizze wurde mit einem Ast in den Schnee gezeichnet. Professor Wolfgang Löffler, österreichischer Limnologe, flog eigens mit einem Team aus Kanada nach Österreich, um den Auebesetzern beizustehen. Weitere Prominenz: Hunderwasser, Kammeränger Holecsek, die Universitätsprofessoren Riedl, Hamann, Wendelberger, Steiner, Kintzl.

In den Vormittagsstunden  
FORTSETZUNG AUF SEITE 16

## WATSCHEN MANN



### Desinformation?

„Desinformation“ ist bewußt falsche Berichterstattung. Diesen schweren Vorwurf hat Innenminister Karl Blecha in der TV-Presserstunde gegenüber den großen Tageszeitungen erhoben. So „informiert“ das Innenministerium: Um 4 und 5 Uhr früh meldete der Hörfunk noch, daß der Innenminister trotz Abbruchs der Gesprä-

che mit den Demonstranten in der Stopfenreuther Au auf eine friedliche Lösung hoffe. Die „Räumung durch die Exekutive“ sei für ihn „das letzte Mittel“. Um 6 Uhr wußte man schon, daß die „Rodungsarbeiten planmäßig“ begonnen hatten. Um 7 Uhr waren Angriffe der Demonstranten auf die Gendarmerie bekannt – an-

scheinend auch „planmäßig“. Nicht aber die Zahl der eingesetzten Beamten. Innenministerium sagt: 300. NO-Sicherheitsdirektion sagt: 400. Ob die Auebesetzer „ausgehungert“ oder nur „ausgetrocknet“ werden (es hatte Blecha sehr geärgert, daß das vorher im KURIER zu lesen war), wußte der ORF (Teletext) Stunden später noch nicht. Das Innenministerium gäbe keine Auskünfte, stand da. Blecha möge, das wünscht sich der Watschenmann, das Wort „Desinformation“ nicht verwenden. Bei ihm klingt's nach „Chuzpe“. Außer der Minister unterstellt dem ORF auch Parteilichkeit...



Nennings Brille wurde zerbrochen (links oben), daneben: Von der Hainburger Brücke wird heißer Tee ins Sperrgebiet abgeseilt. Links: Auch Gottfried von Einem und Frau Lotte Ingrisch durften nicht in die Au. Sie schafften es später auf Schleichwegen



Im besetzten Auegebiet am nördlichen Donauufer bei Hainburg herrschte gestern nach tätlichen Auseinandersetzungen im Morgengrauen zunächst wieder angespannte Ruhe

# Was entscheidet Sinowatz nun?

- Blecha: Was tun wir nun gegen aktiven Widerstand?
- Harter ÖGB will morgen 30.000 in die Au schicken

Die Krise um Hainburg wird „heiß“: Das Innenministerium konstatiert seit Montag „aktiven Widerstand“, Minister Blecha braucht nun eine politische Entscheidung von Kanzler Sinowatz, wie sich die Exekutive weiter verhalten soll. Tenor: Ohne Gewalt geht nämlich kaum mehr was. Der ÖGB macht inzwischen mobil: Für Mittwoch ist der Marsch von 30.000 Arbeitern in die Auen angekündigt!



„Feldherrnhügel“ der Umweltschützer in der Stopfenreuther Au mit Günther Nennung

## Herr der Lage?

Die Regierung hat immer größere Mühe, Herr der Lage rund um Hainburg zu bleiben.

Montag früh überrannten Aubesetzer einen Gendarmereikordon (was man nur mehr mühsam als „gewaltlos“ bezeichnen kann). Innenminister Blecha erklärte daraufhin, daß ohne Einsatz von Schlagstöcken der Auftrag der Exekutive nicht zu erfüllen ist.

Noch brisanter: Die Gewerkschaften drohen nun damit, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Der Zorn ist da und wird von Funktionären angeheizt. Mittwoch sollen 30.000 Arbeiter in die Au marschieren. Gewaltlos? Oder werden sie der Exekutive „zeigen, wie man so was macht“?

Wenn sich Arbeiter mit Umweltschützern prügeln, dann ist unser vielgerühmter sozialer Friede beim Teufel. Und die Regierung hat jede Autorität verloren.

Jetzt muß Kanzler Sinowatz zeigen, aus welchem Holz er geschnitzt ist.

Rau

Die tatsächliche Bewährungsprobe für Bundeskanzler Fred Sinowatz, für Innenminister Karl Blecha, eigentlich für die gesamte Regierung begann in der Hainburg-Krise in Wahrheit am Vormittag des Montag. Und zwar deshalb:

● Während die Exekutive in der Stopfenreuther Au zwar zwei Stunden lang die Rodung von einem Hektar Auwald ermöglichte und dann wegen der Demonstranten „aufgeben“ mußte, entlud sich der ganze Zorn des ÖGB im Arbeiterkammersaal von Hainburg: Für kommenden Mittwoch wurde dem KURIER gegenüber der Marsch von zumindest 30.000 Arbeitern aus den Betrieben in die Hainburger Au angekündigt.

● Und schließlich mußte Innenminister Karl Blecha in den frühen Morgenstunden des Montag eine schlagartige Veränderung der Situation konstatieren: die Au-Besetzer hätten sich vom „gewaltfreien, passiven Widerstand“ zum „aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt“ hinreißen lassen.

Was Blecha in den Mittagsstunden des Montag in einer blitzartig einberufenen Pressekonferenz deutlich unterstrich: „Während wir, die Exekutive, den Regierungsauftrag erfüllen und ohne Gewalt vor-

gingen, hat sich die andere Seite selbst entlarvt und ist zum aktiven Widerstand übergegangen“, sagte er zu den Vorfällen in den Morgenstunden (lesen Sie darüber im Chronikteil).

Als Blecha erstmals am Montag zu Sinowatz ging, stand die harte Haltung des ÖGB bereits fest. Blecha, so verlautete aus dem Innenministerium, mußte

Bericht von Rupert Haberson, Gerhard Krause, Herbert Leschanz, Conrad Seidl, Hubert Wachter (Text); Michael Mattuschka, Gerhard Sokol (Bilder).

Sinowatz dabei klarmachen, daß eine Räumung der Au nunmehr ohne Waffengewalt (Schlagstöcke) kaum mehr möglich ist. Daher: Ein Räumungsbefehl ist eine politische Entscheidung, die kann nur die Regierung treffen, außerdem

sollte es dazu einen „nationalen politischen Konsens“, also auch mit der ÖVP, geben, wie es hieß.

Keinesfalls werde aber ein gewaltsames Eingreifen der Exekutive „nur auf deren Rücken ausgetragen werden können“, hieß es im Innenministerium. Den Befehl zur Ausräumung mußte daher der Kanzler selbst geben.

Wie heikel die Situation wirklich ist: Der ÖGB und die 30.000 Arbeiter sollen „zur Unterstützung der Exekutive“ am Mittwoch in die Au kommen (so der ÖGB-Originalton) ...

Die Regierung Sinowatz scheint indes seit gestern vom ÖGB getrieben zu sein: Kanzler Sinowatz möchte unter allen Umständen vermeiden, daß die ÖGB-Demonstration am Mittwoch („Sie dient den Exekutivbeamten zur Hilfe“, so der ÖGB-Originalton) mit den

Au-Schützern zusammentrifft. Wie dem KURIER Montagabend noch erklärt wurde, setze Sinowatz am Dienstag in „ersten Gesprächen“ alles daran, die ÖGB-Demonstration außerhalb der Stopfenreuther Au durchführen zu lassen.

Wie hart der ÖGB nunmehr agiert, bewies Bau-Holz-Gewerkschafter Josef Hesoun (Chef der nö. Arbeiterkammer): Die Geduld der Arbeiter sei zu Ende, so gehe es mit den Studenten nicht weiter, es müsse „eine starke Hand“ her, argumentierte er vollmundig im TV.

Ob bei solch einer Haltung Kanzler Sinowatz einem ÖGB-Diktat wirklich noch Einhalt gebieten kann? Die Au-Schützer haben vorsorglich die Gendarmerie gebeten (!), schon in der Nacht verstärkt anwesend zu sein, um sie nun vor den Arbeitern zu schützen ...

# Für Schule keine Entschuldigung . . .

des Montags lockerte sich die Lebensmittelblockade. Die Gendarmerie beschränkte sich auf Beobachtungsposten, Mannschaften wurden in das Wirtshaus gegenüber dem Gendarmerieposten Eckartsau abgezogen, um sich aufzuwärmen.

Zuvor hatten Mannschaften noch einen Traktormarsch auf der Hainburger Brücke gestoppt; Bauern wollten den bis dahin abgeschnittenen Demonstranten zu Hilfe kommen. Sie halten auch ihr Angebot aufrecht, im Fall einer Demonstration der Gewerkschafter in der Au die Naturschützer zu schützen. Für Mittwoch wird eine solche Demonstration erwartet. Die Gendarmerie zog Montag nachmittag bis auf wenige Beobachtungsposten ab.

Inzwischen treffen auch immer mehr ausländische Journalisten in der Stopfenreuther Au ein, während der Zustrom der Umweltschützer unvermindert anhält. Deutsche, Schweizer und finnische Zeitungen berichten ausführlich über die Besetzung; David Bellamy von der BBC, prominenter Dokumentarfilmer, wird demnächst erwartet.

Im Wiener Stadtschulrat fiel übrigens eine seltsame Entscheidung: Entgegen der Gepflogenheit bei der großen Friedensdemonstration gilt ein Schülerbesuch in der Stopfenreuther Au nicht als Entschuldigungsgrund. Damit geraten immer mehr Schulklassen in Schwierigkeiten, wenn sie an den Demonstrationen in der Stopfenreuther Au teilnehmen wollen. „Höhere“ Weisung . . . ?



Obwohl Gendarmerie mit Stacheldraht anrückte . . .



. . . war die Stimmung versöhnlich: Liebeserklärung der Naturschützer an die Holzarbeiter



**INNENMINISTER KARL BLECHA** trat „wilden Gerüchten und Tartarenmeldungen“, die von Wasserwerfern, Panzerspähwagen oder gar Pistolenbeschüssen in der Au wissen wollten, am Montag scharf entgegen. Die Exekutive habe – gemäß dem Regierungsauftrag – ohne Gewalt ihren Einsatz getätigt. Keinesfalls aber, so Blecha, werde man sich erpressen lassen. Die Zuziehung weiterer Exekutivkörper aus anderen Bundesländern schloß Blecha indes nicht mehr aus.



**Landwirtschaftsminister Günter Haiden:** „Das ist die Zertrampelung eines wertvollen Biotops mit dem Argument des Biotopschutzes.“ Neben dem Vorwurf der Besitzstörung warf Haiden den demonstrierenden Umweltschützern auch Holzdiebstahl vor. Mit der Schlägerung, so Haiden, könne nicht zugewartet werden: „Der Staat kann nicht zur Kenntnis nehmen, daß rechtmäßige Entscheidungen durch unrechtmäßige Aktionen verhindert werden sollen.“



**ALOIS MOCK** drängt darauf, die Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens abzuwarten. Sein „Friedensplan“, den er dem Bundespräsidenten vorlegte, enthält außerdem eine Aufforderung, nach Verschiebung des Baubeginns die Besetzung der Au zu beenden und an einer „ständigen Hainburg-Konferenz“ teilzunehmen. Solange die Rechtsmittel nicht erschöpft sind, stellt sich für Mock die Frage nach der Verantwortung für Baumaßnahmen.



18. 12. 1984 **VOLKSSTIMME**



18. 12. 1984

## Erklärung des Zentralkomitees der KPÖ zu Hainburg: Für Alternative zum Standort Hainburg und für Donauausbau

WIEN. Auf seiner gestrigen Sitzung hat das ZK der KPÖ folgende Resolution beschlossen:  
„Das ZK der KPÖ fordert den unverzüglichen Rückzug der Exekutive aus der Hainburger Au. Die Kommunisten bekräftigen ihre seit Jahren erhobenen Forderungen:  
● Ernsthafte Prüfung aller möglichen Alternativen zum Standort Hainburg wie Wolfsthal und Regelsbrunn.  
● Vorziehen der Staustufe Wien.  
Die Kommunisten unterscheiden sich von den Proponenten des Konrad-

Lorenz-Volksbegehrens dadurch, daß sie für den weiteren Ausbau der Donau und die weitere Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung eintreten.  
Die KPÖ tritt für die Einheit von Arbeiter- und Umweltschutzbewegung und gegen deren Aufspaltung ein, wie sie von den Massenmedien und ihren Hintermännern betrieben wird.  
Die Gewerkschaftsführung nimmt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn sie Arbeiter gegen berechnete Umweltinteressen im Auftrag der Regierungspolitik mobilisiert.  
Arbeitsplätze gefährden jene, die sich seit Jahren weigern, eine Alternati-

ve zu Hainburg zuzulassen. Die Arbeiterinteressen und die Demokratie werden nicht von jenen vertreten, die sozialpartnerschaftlich 100.000 Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut haben, gesetzliche und betriebliche Sozialleistungen streichen, die Pensionsansprüche kürzen oder wie in der jüngsten Vergangenheit verhindern, daß Gewerkschaften gegen die Vorstöße der Unternehmer wie beim Ladenschluß in Salzburg aktiv werden. Sie werden auch nicht von jenen vertreten, die Fehlprioritäten der E-Wirtschaft und die Privilegien der Spitzenmanager in der E-Wirtschaft decken.“

## Haiden: Umweltschützer „zertrampeln“ die Au

WIEN (-mon) Die schützenswerte Landschaft der Hainburger Au werde von drei- bis fünftausend sogenannten Umweltschützern zertrampelt und damit in höchstem Maße belastet, meinte gestern Landwirtschaftsminister Günter Haiden. Er warf den Demonstranten außerdem Besitzstörung und Holzdiebstahl vor; die Gesetzesbrecher wären jedenfalls nicht auf Seiten der Regierung. Der Baubeginn des Kraftwerkes könne kein weiteres Jahr hinausgezögert werden, da viele Bauarbeiter mit ihren Familien davon abhängig seien. Das Volksbegehren komme zu spät, „wir wissen ja schon seit drei Jahren, daß das Kraftwerk gebaut wird“. Kritik richtete Haiden auch an die E-Wirtschaft: Diese habe mit dem Hainburger Projekt viel zu lange gewartet, noch vor zwei Jahren hätten die Naturschützer dem Bau mit den derzeitigen Umweltschutzaufgaben zugestimmt. Ein besserer Anlaß für einen Protest von Umweltschützern wäre der Bau des Kohlekraftwerks Dürnrohr gewesen.

# Blecha: Räumung der Au nun mit Waffenanwendung

- Gendarmerie: „Krieg für heute verloren“
- Ex-Hainburg-Gegner Haiden: „Aubesetzer zertrampeln eine schätzenswerte Landschaft“
- Industrielle: Aktion einer „militanten Minderheit“



Abzug der Holzfäller...

Photo: Hausner

HAINBURG. „Polizei und Gendarmerie haben den Krieg für heute verloren“, erklärte gestern nachmittag ein Offizier. Die Exekutive rechnet „mit neuen Anweisungen“ nach der Sitzung des heutigen Ministerrats. Bis dahin werden, so war zu erfahren, aus mehreren Bundesländern Verstärkungskontingente nach Hainburg zusammengezogen. Inzwischen geht die Kriminalisierungskampagne gegen die Umweltschützer weiter.

Innenminister Blecha unterstellte den Aubesetzern mit ihrer gestrigen Aktion zur Verhinderung der Rodungsarbeiten seien sie zum aktiven Widerstand übergegangen. „Wir haben versucht“, so Blecha wörtlich, „die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Dieser Versuch ist gelungen“. Eine Räumung der Au, die er als „allerletzte Möglichkeit“ ins Auge fasse, würde allerdings ohne Waffenanwendung nicht möglich sein.

Landwirtschaftsminister Haiden, vor einem Jahr selbst noch Gegner des Standortes Hainburg, verstieg sich zu der Behauptung: „Unter dem Titel Umweltschutz zertrampeln 5000 Demonstranten eine schätzenswerte Landschaft.“

Die Industriellenvereinigung drohte, der Geduldsfaden der „noch schweigenden Mehrheit“ dürfe durch eine „militante Minderheit, die zur Systemüberwindung aufrufe“, nicht überstrapaziert werden.

Die Vereinten Grünen und die Alternative Liste rückten gestern vom Konrad-Lorenz-Volksbegehren ab, indem sie dem Volksbegehren ihre Forderung nach einer Volksabstimmung über Hainburg entgegenstellten.

## Salzburger Nachrichten 18.12.1984

SN-Mitarbeiter Hannes Rosner froh für eine weitere Nacht in der Stopfenreuther Au:

### Wieder Patt in der umstrittenen Au

#### ohne protokoll

ZÄHNE ZEIGTE Minister Haiden Montag bei der rechtlichen Beurteilung des Verhaltens der Au-Besetzer. Haidens Standpunkt: „Das ist eine rechtswidrige Besetzung mit allen Konsequenzen.“ Die Hainburger Au gehört den österreichischen Bundesforsten, für die der Landwirtschaftsminister zuständig ist. Ohne konkret die Konsequenzen zu nennen, deutete Haiden aber die Richtung an, in die er denkt: „Die Besetzung ist eine Besitzzerstörung und das Verbrennen von Bäumen in Lagerfeuern ist Holzdiebstahl.“

ALS AU-SCHÄDLINGE stellte Minister Haiden die demonstrierenden Grünen dar. Diese zertrampeln nämlich nicht nur die Au und gefährdeten so das Biotopt, sondern vertrieben auch noch dazu die dort ansässigen Tiere. Von den 8000 Hektar Au sieht der Landwirtschaftsminister 2000 Hektar durch die Camping-Demonstranten bedroht.



Auch Stacheldraht hielt Ausschützer nicht auf

Der Versuch, Montag früh mit den Rodungsarbeiten in der Stopfenreuther Au zu beginnen, scheiterte nach rund zwei Stunden. Demonstranten hatten einen Kordon von Exekutivbeamten überwunden und waren an den Ort der Rodungen vorgedrungen. Da damit die Gefahr ernsthafter Verletzungen bestand, mußten die Waldarbeiter wieder abziehen.

Funkt: SN/AF

Einen enormen Zuzug von Demonstranten verzeichneten die Umweltschützer in der Nacht zum Montag aus Richtung Wien. Der von der ÖH organisierte Bustransfer funktionierte während der ganzen Nacht. Nach Schätzungen befanden sich in der Nacht von Sonntag auf Montag mehr als 4000 „Passivisten“ in den Augenbieten. In sechs Lagern werden in den Abendstunden noch einmal die in der eiskalten Au ausharrenden Demonstranten mit Nachrichten versorgt. Gleichzeitig werden immer wieder die Möglichkeiten, die sich aus dem gewaltfreien Widerstand ergeben, den teilweise unwissenden Mitbesetzern in kleinerem Kreis um das Lagerfeuer erklärt.

Kurz vor Mitternacht erneuerten die Umweltschützer die alten Barrikaden. Diesmal wurde das Lager zwei mit Hindernissen abgeschirmt, an denen sich zahlreiche Demonstranten aufhalten. Die Stimmung in den Lagern war ruhig. Einzige Aufregung nach Mitternacht: Man wußte, daß sich etwa zehn Neo-Nazis im Gebiet aufhielten, die mit Messern bewaffnet sein sollten. Ab ein Uhr traf sich im Speisesaal eines Gasthauses in Eckhartsau der Einsatzstab der Gendarmerie. Seit Mitternacht waren die Lebensmittelzufuhr und der Zuzug neuer Demonstranten hermetisch abriegelt. Nachrichtenposten der Umweltschützer informierten aus Wien die Zentrale in Stopfenreuth von der Abfahrt starker Polizeiaufgebote aus der Rossauer Kaserne. Etwa 300 Polizisten rollten mit sieben Polizeitransportern Richtung Stopfenreuth.

Knapp nach drei Uhr setzten sich etwa 200 aus ganz Niederösterreich

abkommandierte Beamte von Eckhartsau in Bewegung. Damit erhöhte sich die Zahl der eingesetzten Gendarmen auf mehr als 450. Der Auftrag: mit den Demonstranten diskutieren und Zeit gewinnen. In der Zwischenzeit – es ist bereits halb fünf Uhr früh – fahren die Holzarbeiter mit ihren Autos unter starkem Polizeischutz (etwa 300 Mann) in ein von Ausschützern noch nicht besetztes Gebiet.

Die Presse wurde, entgegen den Zusicherungen aus dem Innenministerium, ab diesem Zeitpunkt ausgeschlossen. Mit starken Scheinwerfern wurde das Gebiet ausgeleuchtet, die Schlägerungen begannen um fünf Uhr hinter einem dicht zusammengedrängten Polizeiaufgebot. Hier gab es auch erste gewalttätige Auseinandersetzungen: Im Dunkel der Nacht sollen zahlreiche inzwischen herbeigeeilte Demonstranten von den Sicherheitskräften mit Stachelrollen beworfen worden sein, wobei es einige kleinere Verletzungen gegeben haben dürfte. Nach zwei Stunden mußten jedoch die Arbeiten wieder eingestellt werden, nachdem sich Umweltschützer in die Baumkronen der gefällten Bäume gesetzt hatten und somit das Weiterarbeiten verhinderten. Diese neue Patt-Situation dauerte nun den ganzen Tag an.

Zahlreiche Umweltschützer verließen im Laufe der Morgenstunden das Gebiet, doch befanden sich am frühen Nachmittag noch immer mehr als 2000 Demonstranten in der Au. Kurz nach Mittag trafen in Eckhartsau mehrere Hundertschaften der Wiener Polizei, ausgerüstet mit Visierhelmen und Schutzschildern, ein.

## EXPLOSIVE STIMMUNG BEI DER ÖGB-KUNDGEBUNG IN HAINBURG

## Und morgen kommen die Bauarbeiter . . .

Eigenbericht der „Presse“

HAINBURG (hwa). Es ist ein weiter Weg von der Bundeshauptstadt nach Hainburg. Die Fahrt durch die trostlose Nebelsuppe gestaltet sich als Fahrt ans Ende der Welt, zumindest von Österreich. Aus dem Autoradio ertönen die „Lageberichte“ von der Front in der Au, und auch die Szenen in der Stadt Hainburg selbst hat etwas von „Feldlager“ an sich: Rauhe Männer in dicker Winterkleidung, den gelben Plastikhelm auf dem Kopf, prägen heute das Stadtbild. Viele von ihnen tragen grellrote Armschleifen: „Ordner“. Die Arbeiterschaft will verhindern, daß Demonstranten aus der Au ihre Gegenkundgebung im Arbeiterkammersaal stören. Ein dichter Kordon von derartigen Helmmännern schirmt den Eingang ab. Da schlüpft kein auch noch so abgemagertes Umweltschützer durch.

Die Luft im Saal ist zum Schneiden. Kopf an Kopf stehen die Arbeiter und dampfen in der Wärme. Die Stimmung ist explosiv. Zentralbetriebsratsobmann Kerschbaum überträgt wohl nicht: „In den Betrieben gibt es eine derartige Ballung von Er-

regung, daß wir die Menschen kaum noch zurückhalten können!“ Die Wut richtet sich vor allem gegen die „Studierten“, gegen die Studenten, die da wenige hundert Meter entfernt in der Au zelten. „Abzähler“, tönt es aus der kompakten Arbeitermasse, „dö solln was orbatn!“

Nein, da geht mehr vor sich als nur eine Frontstellung zwischen Hainburggegnern und -befürwortern. Da tritt eine Kluft zutage zwischen den einfachen Menschen, die ihren Kindern eine schönere Zukunft bauen wollten und jetzt zuschauen müssen, wie diese verweigern. Einfach so.

Adolf Czettel, Chef der Arbeiterkammer und Metallgewerkschafter, hat das erkannt: „Wieder einmal ist die Arbeiterbewegung aufgerufen, dafür zu sorgen, daß diese Form der Gesellschaft, die wir uns geschaffen haben, auch erhalten bleibt!“ Und nach einer scharfen Attacke auf den Abweichter Nennung: „Wir nehmen einfach nicht zur Kenntnis, daß hier in diesem Land Studenten tun können, was sie wollen; Studenten, für die ihr alle arbeitet, damit sie studieren können, damit sie in die Au fahren können, um gegen die Vernunft

und gegen Österreich zu demonstrieren!“

Bravo, rufen sie im Saal. Bravo auch für Josef Hesoun, den Bauarbeiter und Kammerpräsidenten von Niederösterreich: „Wir werden die Frage stellen, inwieweit es möglich ist, daß Professoren mit ihren Studenten Autobusse chartern und die Studenten hierherkommen!“ Was sich hier in der Au umhertreibt, seien Grüne – und das allein gilt Hesoun offensichtlich bereits als Schimpf –, seien Radikale, die von Gadhafi finanziert würden. „Pfu!“

Morgen, Mittwoch, wollen sie weiterkommen, die Bauarbeiter. So wie die Stimmung nach der Versammlung ist, könnten sie dann mit Brachialgewalt dem Spuk in der Au ein Ende machen. Entschlossen genug dazu sehen sie aus. Von den Besetzern haben aber auch offensichtlich schon viele genug. Erschöpft und übermüdet, frierend und in Decken gehüllt, stehen sie am Straßenrand und wollen per Autostopp nach Wien heim. Die geheizten Autobusse der Betriebsräte rauschen an ihnen vorbei.

## Steyrer: Umweltschutz geht vor Naturschutz

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (ma). So schön die Donauauen bei Hainburg seien: Umfassender Umweltschutz in den Bereichen Luft, Wasser und Boden gehe vor Naturschutz. Nachdem für das Donaukraftwerk – nach eingehender Prüfung – auch kein anderer Standort in Frage komme, bekenne er sich zur Regierungserklärung, also für den Bau. Dies erklärte SP-Umweltschutzminister Kurt Steyrer gestern, Montag, in einem Gespräch mit der „Presse“. Steyrer meinte, er sei in der Causa Hainburg ein „Gespaltenner“, doch sei für ihn die Reinhaltung der Luft vorrangig vor rein konservierendem Naturschutz.

Derzeit seien in Österreich bereits 500.000 Hektar Wald geschädigt. Und er habe, so der Minister, begründete Angst, daß sich das Waldsterben noch drastisch verschlimmern werde. Daher leiste der Ausbau der Wasserkraft, somit auch Hainburg, einen Beitrag zur Stilllegung alter besonders luftverschmutzender kalorischer Kraftwerke.

In diesem Zusammenhang kündigte Steyrer eine bereits in Ausarbeitung befindliche 3. Novelle zum Dampfkesselmissionsgesetz an, in der der erlaubte Schwefel- und Stickstoffausstoß aus Kraftwerken und Industrieanlagen noch einmal halbiert werden soll. Der Minister bekannte, daß zwar auch künftig neben Wasserkraftwerken kalorische Anlagen notwendig seien. Doch würden diese nur noch nach dem tatsächlichen Stand der Technik erlaubt.

Zu Zwentendorf erklärte „Kernenergiebefürworter“ Steyrer, nach einer eventuellen positiven Entscheidung im Parlament und durch das Volk müsse er die Betriebslaubnis erteilen. Er sehe aber keinen Grund, sich jetzt als Umweltminister in die Debatte zu werfen.

Zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten sagte Steyrer, nötigenfalls werde der Umweltfonds des Bundes aufgestockt. Eine eigene Umweltschutzsteuer werde es nicht geben.

Exekutive auf verlorenem Posten  
Au-Rodung dauerte nur zwei Stunden

Eigenbericht der „Presse“ von ANDREAS SCHWARZ

STOPFENREUTH. Nur für etwa zwei Stunden kam es gestern, am ersten Tag nach Ende des „Waffenstillstandes“ zwischen Regierung und Hainburggegnern, in der Stopfenreuther Au zu einer dramatischen Zuspitzung der Situation: Mehrere Dutzend Holzfüller begannen gegen fünf Uhr früh an einer von den Demonstranten offenbar nicht erwarteten Stelle in der Au mit Schlägerungen. Rund 300 Exekutivbeamte bildeten einen nur stellenweise mit Stacheldrahtverhau gesicherten Kordon um das Schlägerungsgebiet. Zwei Stunden später waren bereits Hunderte Demonstranten eingesickert, die Schlägerungen wurden abgebrochen. Hernach herrschte wieder ein „friedliches“ Patt, das Gros der Gendarmerie- und Wiener Polizeieinheiten wurde abgezogen.

Es war ein Warnschuß, und selbst der war kaum mehr als ein Böller. „Wir haben den Krieg für heute verloren“, gestand denn auch ein hoher Gendarm zu den morgendlichen Ereignissen. Die anschließende Situation schien so aussichtslos wie vorher. Mit dem Unterschied, daß sich gestern so viele Demonstranten in dem Auegebiet aufhielten wie kaum zuvor. Allein fast dreitausend hatten die Nacht in der verschneiten Au verbracht.

Schon in den frühesten Morgenstunden waren dann mehr als 200 Beamte der Bereitschaftstruppe der

Wiener Sicherheitswache in Bussen in die Au gebracht worden, weitere 200 standen „in Reserve“. Aus Mödling kamen ebenfalls 200 Gendarmeschilder zur Verstärkung 100 weiterer Gendarmen in das Stopfenreuther Gebiet.

Knapp nach vier Uhr früh machten sich dann mehrere Dutzend Holzfüller, begleitet von einem starken Gendarmierkontingent, auf den Weg zu einer Stelle in der Au nächst der Donaubrücke. Eine Stunde später wurde mit den Schlägerarbeiten begonnen.

Sperrung der Gendarmerie  
waren leicht zu umgehen

Das mobilisierte die Kraftwerksgegner in der Au, die mit einem Arbeitsbeginn an dieser Stelle offenbar nicht gerechnet hatten und die, obgleich die Exekutive die Zufahrtsstraßen abgeriegelt hatte, über Schleichwege durch das Dickicht ständig Zustrom erhielten.

Den Gendarmen, die einen Ring um das Schlägerungsgebiet bildeten, standen bald Hunderte Demonstranten gegenüber. Diese wurden von den eigenen Kollegen immer wieder aufgefordert, keine „unüberlegten Handlungen“ zu setzen. Weil der Gendarmierkordon aber nur stellenweise durch Stacheldraht verstärkt war und die Beamten Anweisung hatten, möglichst keine Gewalt anzuwenden, gelang es den Kraftwerksgegnern mehr und mehr, den Kordon zu durchbrechen.

Nach übereinstimmenden Aussagen von Exekutive und Demonstranten kam es dabei zu keinen Gewalttätigkeiten, sieht man vom Durchschlüpfen und Durchbrechen der Gendarmenreihe ab. Einer der Beamten erlitt im Laufe des Einsatzes einen Schwächeanfall und mußte ins Spital gebracht werden. Auch die Mitinitiatorin des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, Freda Meissner-Blau, hatte in der Nacht einen Kreislaufzusammenbruch erlitten und wurde aus der Au ins Hainburger Krankenhaus gebracht.

Um sieben Uhr befanden sich dann so viele Hainburggegner in dem Sperrgebiet, daß die Arbeiten – lediglich ein Hektar war geschlägert worden – abgebrochen werden mußten.

Was nun folgte, glich – bei weit größerer Demonstranten- und Beamtenzahl – dem Patt der vergangenen Tage. Hunderte Polizisten und Gendarmen standen in bitterer Kälte und bei Schneefall in Gruppen zusammen und warteten auf neue Befehle, niemand wußte, wie es weitergehen sollte.

Und schließlich mischten sich wieder die Gruppen; überall diskutierten Hainburggegner mit Exekutivbeamten, Universitätsprofessoren mit Holzfüllern. Um neun Uhr gab's für die Beamten Tee, vor zehn wurden Brote und Semmeln ausgepackt.

Dann wurden alle Exekutivbeamten bis auf rund 30 abgezogen: „Heut' passiert ohnedies nichts mehr“, hieß es.

## Blecha klagt über „Gewalt in der Au“



Gulliver  
in  
Hainburg  
Karikatur:  
Zehentmayr

„Die Aubesetzer sind vom passiven, gewaltfreien Widerstand zum aktiven übergegangen. Sie haben zielgerichtet die Spornen der Exekutive durchbrochen.“ Gestern legte Innenminister Karl Blecha los...

Nach dem gescheiterten Versuch, unter dem Schutz der Gendarmerie mit den Rodungsarbeiten in der Stopfenreuther Au zu beginnen, berief Blecha kurzfristig eine Pressekonferenz ein. Dabei beklagte er die „Gewalt“, die in die Au eingebracht sei. „Durch aktives Eingreifen der Aubesetzer wurden die Forstarbeiten verhindert. Dadurch haben sich die Au-Besetzer demaskiert.“ Der Innenminister erklärte, bei dem gestrigen Einsatz sei man von einem klaren taktischen Konzept ausgegangen: Man wollte

die Durchführung des Regierungsbeschlusses ermöglichen, die sich vorbehalten hatte, „die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen für einen Baubeginn zu ergreifen“. Dies sei aber durch das Vorgehen der Kraftwerksgegner unmöglich gemacht worden. Deshalb habe sich die Exekutive nach dem Angriff auf jenen Teil der Au, der von ihr geschützt werden sollte, wieder zurückgezogen. „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gewaltfrei die

Au nicht räumen können.“

Nach einem Situationsbericht Blechas würden sich derzeit rund 3000 bis 4500 Hainburg-Gegner im umstrittenen Gebiet aufhalten. Große Lebensmittelvorräte seien in die Au gebracht, Laufgräben ausgehoben und ein Stellungssystem errichtet worden. Daher würde eine Räumung der Au, die er nur als allerletzte Möglichkeit ins Auge fassen, ohne Waffenanwendung nicht möglich sein.

Blecha betonte, daß es auf keiner Seite einen Verletzten gegeben habe. Die Meldungen über Stacheldrahtrollen, die Demonstranten an den Kopf geworfen worden seien, dementiert er auf das ent-

schiedenste. Gerüchte über den geplanten Einsatz von Wasserwerfern und Panzerspähwagen seien „absurd, weil es solche Fahrzeuge in Österreich gar nicht gibt“.

Die Rodungsaktion selbst sei von Erfolg begleitet gewesen. Man habe rund einen Hektar des Auwaldes geschlägert.

Zum Abschluß der Pressekonferenz gab Blecha noch bekannt, daß seinen Informationen zufolge die von den Kraftwerksgegnern angekündigte Klage gegen den niederösterreichischen Landesrat Ernest Brezovsky wegen des Verdachtes des Amtsmissbrauches noch immer nicht beim Verwaltungsgerichtshof eingelangt sei.

## Neue Zürcher Zeitung 18.12.1984

### Gespannte Stille in Hainburg

#### Rodungen im Auwald begonnen und wieder gestoppt

Der Kampf um das Kraftwerk Hainburg geht weiter. Die Regierung hält an ihrer Absicht fest, mit den Rodungsarbeiten sofort zu beginnen. Die Zahl der Au-Besetzer ist inzwischen auf gegen 5000 angewachsen. Am Montag schlugen die Gegner eine Volksabstimmung über Hainburg vor. ÖVP-Obmann Mock überreichte dem Bundespräsidenten einen Friedensplan, in dem er die Regierung zum Aufschub der Rodungsarbeiten und die Naturschützer zum Verlassen der Au auffordert.

R. St. Hainburg, 17. Dezember

Entgegen den allgemeinen Erwartungen hat der Montag nicht die Entscheidung in der Hainburger Au gebracht. In den letzten Verhandlungen mit Vertretern des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens hatte sich die Regierung am vergangenen Freitag vorbehalten, zu Wochenbeginn die Au wenn nötig mit Polizeigewalt zu räumen, damit die Rodungsarbeiten für den Kraftwerkbau aufgenommen werden können. Tatsächlich wurden im Morgengrauen hinter eigens errichteten Stacheldrahtzäunen die ersten Bäume gefällt, an anderer Stelle, als die Naturschützer erwartet hatten. Nachdem eine grössere Schar von Aubesetzern das Hindernis überwunden und sich schützend vor weitere Bäume gestellt hatte, wurden die Gendarmerie abgezogen und die Rodungsarbeiten wieder eingestellt. Zu Ausschreitungen scheint es weder auf der einen noch auf der andern Seite gekommen zu sein. Immer wieder trifft man im Dorf Stopfenreuth, wo die Naturschützer ihre Versorgungsbasis haben, und im Bereich der Hainburger Donaubrücke auf diskutierende Gendarmeriebeamte und Naturschützer.

#### Ungeschicktes Vorgehen der Regierung

In einer Fernsehsendung hatte Innenminister Blecha am Sonntag die Erhaltung der rechtsstaatlichen Ordnung ins Zentrum seiner Bemühungen gestellt. Die Besetzer der Au handelten rechtswidrig, weil sie sich in einem Gebiet auf-

hielten, zu welchem der Zugang wegen der Rodungsarbeiten verboten worden sei. Nicht wissen konnte Blecha, dass an vielen Zufahrtswegen zum Rodungsgebiet noch immer Tafeln mit der Aufschrift «Naturschutzgebiet» stehen, was auf den Aussenstehenden einen zumindest seltsamen Eindruck macht. Während Blecha das Verhalten von Regierung und Polizeiorganen geschickt rechtfertigte, blieb er doch die Antwort schuldig, warum man Gerichtsverfahren, in denen die naturschutzrechtliche Seite der Baubewilligung zur Sprache kommen soll, nicht abgewartet hat. Ein Gutachter behauptet, er werde im Bericht des niederösterreichischen Umweltschutz-Landesrates Brezovsky falsch zitiert; gegen Brezovsky wurde Strafanzeige erstattet. Man könnte den Vorfall viel leichter als Überempfindlichkeit eines Experten abtun, wenn nicht am letzten Freitag in einer andern Angelegenheit bekannt geworden wäre, wie unsorgfältig gelegentlich wichtige Aktenstücke der Regierung redigiert werden. An diesem Tag wies nämlich der Oberste Gerichtshof die Klage der Regierung gegen den Salzburger Landeshauptmann Haslauer (der sich über eine Ministerweisung über die Ladenschlusszeiten hinweggesetzt hatte) zurück, weil sie den Formvorschriften nicht genüge.

Wesentlicher als die juristischen Formmängel ist beim Fall Hainburg indessen das Auseinanderklaffen von Recht und demokratischer

Handlungsweise. Das Vorgehen der Regierung ist rechtlich abgesichert; es wäre es auch, wenn die Polizei wirklich die Au gewaltsam zu räumen begänne. Das Vorgehen mutet aber einen bedeutenden Teil der Bevölkerung wenig demokratisch an. Nach dem Willen der Regierung wird das gegen Hainburg gerichtete Konrad-Lorenz-Volksbegehren erst zur Diskussion kommen, wenn die Rodung der Wälder bereits vollzogen ist. Es ergibt sich der Eindruck, dass die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt werden soll, dass man am Ballhausplatz davon ausgeht, nach der Rodung werde der Widerstand schwinden und das Gros der Bevölkerung werde dann den Bau als unvermeidlich betrachten.

#### Ärger über Stimmen im Ausland

Auffallend ist die Verärgerung der Regierung über die Anteilnahme des Auslands am Kampf gegen das Kraftwerk Hainburg, insbesondere über Stimmen aus der Schweiz. Innenminister Blecha versuchte darzulegen, wie sehr sich das Verhalten der unbewaffnet auftretenden österreichischen Sicherheitsorgane von jenem anderer Länder «mit grosser demokratischer Tradition» (wer dürfte da nicht an die Zürcher Polizei) unterscheide. Auch er musste aber zugeben, dass die Hainburg-Demonstranten in ihrer überwiegenden Mehrheit eben nicht zur anarchistischen, chaotischen, links- oder rechtsradikalen Szenerie gehören, dass es sich um im guten Glauben agierende Idealisten handelt, die für die Demokratie zu gewinnen sind. Dafür spricht auch der Umstand, dass aus diesen Kreisen nun der Ruf nach einer Volksabstimmung kam, deren Ausgang aus ihrer Sicht alles andere als sicher ist. Bundeskanzler Sinowatz scheint den Umweg über ein direkt demokratisches Verfahren im Falle von Hainburg für ein Zeichen der Schwäche zu halten. Andere föhlich denken, dass auf diesem Weg das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der österreichischen Demokratie nur gestärkt würde.



**Schwalbeninsel**



**„In meinem Lager ist Österreich“**

# **Dienstag, 18. Dezember**

*Arbeiterdemonstration wird vom  
ÖGB abgesagt*

*Au wird ab Mittwoch 0.00 Uhr zum  
Sperrgebiet erklärt*

# Au ist Sperrgebiet: Polizei bereitete die Räumung vor

● Dienstag abend wurden alle Zufahrten blockiert 1000 Mann zum Einsatz

● Rettung, Spitäler und die Feuerwehr in Bereitschaft Aufrufe über Rundfunk



**Dramatische Zuspitzung der Situation in der Hainburger Au: Seit Mittwoch, null Uhr, ist das ganze Gebiet von der niederösterreichischen Landesregierung zum Sperrgebiet erklärt worden. Die Räumung durch etwa tausend Beamte stand bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe unmittelbar bevor. Alle Rettungen, Feuerwehren und Spitäler der Umgebung standen in Alarmbereitschaft.**

Die Juristen stützen sich bei der Verordnung über die Sperre des Gebietes in der Stopfenreuther Au auf das Verfassungsübergangsgesetz von 1929, Artikel II, Paragraph 4. Dort steht: Zum Schutz der gefährdeten körperlichen Sicherheit von Menschen oder des Eigentums ist die jeweilige Bezirkshauptmannschaft zu einer derartigen Maßnahme berechtigt.

Für die etwa 1000 Demonstranten, die in der Nacht auf heute in der Au bleiben wollten, bedeutete das: Sie hätten das betroffene Gebiet bis zu diesem Zeitpunkt räumen und auch Zelte sowie Essensdepots mitnehmen müssen. Strafen bis zu 3000 Schilling oder zwei Wochen Arrest drohen jenen, die den Aufrufen nicht Folge leisten. Vom Innenministerium wurden über den ORF die Verlautbarungen an die Aubesetzer verkündet.

Die Maßnahmen für eine Räumung wurden seit Dienstag nachmittag getroffen, da Zuwiderhandelnde auch mit Gewaltanwendung seitens der Beamten zu rechnen haben, wie es diese Verordnung vorsieht. Aus Wien wurden deshalb 700 Polizisten nach Hainburg verlegt, 300 Gendarmen aus ganz Niederösterreich zusammengezogen.

Die Nacht zum Dienstag war noch völlig ruhig verlaufen. In den Zeltstädten bot sich das übliche Bild: Unzählige Lagerfeuer, rundherum Gruppen von Naturschützern in Decken gehüllt, Lieder singend oder in dicken Schlafsäcken dösend. Rund 2000 bis 2500 Leute waren geblieben.

Gendarmen waren kaum welche zu sehen. Lediglich an den Zufahrtswegen zur Au und am Rande der Lager standen Beamte. Sie hatten die Aufgabe, so weit als möglich einen weiteren Zustrom von Demonstranten zu verhindern. Weiters hatten sie Weisung vom Innenministerium, sämtliche Transporte von Lebensmitteln und Wasser an die Naturschützer zu stoppen und zurückzuschicken.

Wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention will deshalb der Wiener Rechtsanwalt Dr. Wille beim Verfassungsgerichtshof eine Klage gegen Innenminister Blecha einbringen. Grund für den Schritt: Durch die Sperre der Versorgungsmöglichkeiten für die Umwelt-

VON KARL WENDL, ERICH SCHÖNAUER, PETER GROTTNER UND CHRISTIAN HAUENSTEIN (TEXT), OTTO WIESINGER UND JOSEF SCHRÖPFER (FOTOS).

◀ **Barrikaden in der verschneiten Donauau bei Hainburg: So wollen die Naturschützer eine Rodung verhindern, bis der Verfassungsgerichtshof die Klage entschieden hat und das Volksbegehren läuft.**

schützer in der Au werden die Menschenrechte verletzt.

Die Aubesetzer mußten, wie in den vergangenen Tagen des öfteren, auf Schleichwege ausweichen. In Rucksäcken und Plastikbehältern schleppten sie über kilometerweite Umwege die benötigten Dinge zu den Versorgungsstellen. Auf die gleiche Art wurden beinahe ohne Unterbrechung weitere Naturschützergruppen eingeschleust.

Mit Hochspannung wartete man auf Nachrichten vom Ausgang der

Versammlung von Gewerkschaftsvertretern, die Montag in Hainburg stattfand. Als dann verkündet wurde, daß die Arbeiter der vom „Nein zu Hainburg“ betroffenen Firmen Mittwoch in der Au demonstrieren wollen, wurde die Stimmung unter den Tausenden jungen und älteren Aubesetzern unruhig. Es entstanden Diskussionen darüber, wie man sich verhalten soll, was gemacht werden kann, um Handgreiflichkeiten zu verhindern, und welche Rolle wohl die Exekutive in einem derartigen Fall spielen wird.

Mit einem Satz gesagt: Es kam Angst auf in der Au. Nicht davor, daß einige der Naturschützer verprügelt werden könnten, sondern, daß es bei Auseinandersetzungen eine größere Anzahl von Verletzten geben könnte.

Dienstag früh wurden dann in den Lagern Versammlungen abgehalten. Man kam zu dem Ergebnis, daß ein Abziehen aus der Au unter keinen Umständen in Frage kommt. Ein Sprecher der Naturschützer: „Wir werden auch weiterhin passiven Widerstand leisten.“

Die Aubesetzer: „Von unserer Seite kommt es sicher zu keinen Gewaltakten. Die Leute harren nur in ihren Lagern aus, von den Barrikaden wird niemand weggehen. Man müßte uns schon wegtragen. Sollte es zu Handgreiflichkeiten von seiten der Arbeiter kommen, so werden wir dies dulden.“ Und weiter: „Gut wäre es, Rettungswagen zur Stopfenreuther Au zu schicken, damit Verletzte möglichst rasch abtransportiert werden können.“



## ÖGB besonnen: Statt Demonstration Aktionen für Arbeiter



WIEN, HAINBURG (AZ). Heute wird es keine Arbeiterdemonstration in Hainburg geben: Nach einer Aussprache mit Bundeskanzler Sinowatz beschlossen Dienstag Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter, „vorerst keine Demonstration von Arbeitern und Angestellten für das Recht auf Arbeit in der Hainburger Au durchzuführen“. Sie werden aber, wie ausdrücklich betont wurde, „durch Solidaritätsaktionen verschiedenster Art und im Zusammenwirken mit der Exekutive sicherstellen, daß die notwendigen Arbeiten zeitgerecht durchgeführt werden können“.

ÖGB-Präsident Benya erklärte, daß die Absage der Demonstration keinen endgültigen Verzicht auf eine solche Kundgebung bedeutet. Das Schwergewicht liege auf „vorerst“. Benya kündigte an, daß der ÖGB ein eigenes Komitee in der Frage Hainburg bilden wird, das ständig Verbindung zur Bundesregierung halten und diese auch rechtzeitig über etwaige Schritte der Gewerkschaften informieren wird.

Bundeskanzler Sinowatz hat sich Dienstag zu einem weiteren Weg der Vernunft und der Gewaltlosigkeit bekannt, aber auch klargestellt, „daß man keinen Millimeter der Rechtsstaatlichkeit aufgeben wird“.

Die gesamte Au wurde Dienstag offiziell zum Sperrgebiet erklärt. Das bedeutet, daß sie niemand mehr betreten darf und die Anwesenden sie verlassen müssen. (Siehe Seiten 2 und 4.)

**Schieder: Kraftwerksgegner suchen bewußt Provokation**

WIEN (AZ). Während die Gewerkschafter ihre Demonstration in der Au zurückstellten, riefen Dienstag die Proponenten des Anti-Hainburg-Volksbegehrens zu einer Großdemonstration für heute in Wien auf: Eine verantwortungslose Provokation, erklärte dazu SPÖ-Zentralsekretär Peter Schieder.

Während die Besetzer der Au seit Tagen in gesetzwidriger Weise den Beginn der Rodungsarbeiten behindern und damit das demokratische Demonstrationsrecht, das die Arbeiter einst schwer erkämpften, pervertieren, wurde die Ankündigung der Gewerkschafter und Betriebsräte, in legaler Weise für das Kraftwerk Hainburg einzutreten, von den Besetzern und den sie unterstützenden Medien von vornherein als Gefährdung der Demokratie fernuglumpft. Diese an sich schon

schwer erträgliche Provokation wurde bisher von den Arbeitern mit großer Disziplin hingenommen. Sie waren sogar Dienstag noch einmal bereit, auf ihre Demonstration zu verzichten, obwohl die Geduld zehntausender Arbeitnehmer bereits über Gebühr beansprucht ist.

„Die neuerliche schwere Provokation kann sicher nicht mehr ohne weiteres hingenommen werden“, sagte Schieder. Sie zeigt den wahren Geist der Drahtzieher dieser Aktionen.

**Sinowatz verurteilt „Kinderkreuzzug“**

WIEN (AZ). Ein Gewerkschaftsgipfel hat Dienstag nach einer mehrstündigen Sitzung die für heute Mittwoch geplante Demonstration in der Hainburger Au abgesagt. Man will aber durch Solidaritätsaktionen verschiedenster Art ermöglichen, daß der Bau zeitgerecht begonnen werden kann. „Wir werden den Weg der Besonnenheit und Vernunft weitergehen, dabei aber keinen Millimeter von der Rechtsstaatlichkeit abgeben. Das Kraftwerk wird gebaut“, hatte Bundeskanzler Sinowatz bereits nach dem Ministerrat klargestellt. Das sei auch die einstimmige Grundhaltung in der Regierung.

Den Aubesetzern warf Sinowatz vor, eine militärische Strategie entwickelt zu haben, denn Montag habe sich eindeutig herausgestellt, daß es sich um keinen „gewaltlosen Widerstand“ handelt. Der Kanzler bezeichnete es als „unerhört“, daß von den Kraftwerksgegnern ein „Kinderkreuzzug“ veranstaltet wird. Dieses Vorgehen könne auf Dauer nicht hingenommen werden: doch werde man alles tun, daß es keine direkte Konfrontation gibt. Grundsätzlich meinte Sinowatz,

daß in bezug auf das Demonstrationsrecht mit zweierlei Maß gemessen wird. Jenen, die die Au gesetzwidrig besetzen und belagern, werde ihr Verhalten als gerechtfertigt zugestanden, wann immer aber Arbeiter oder Angestellte für ihre Rechte eintreten, werde das als gewalttätige Maßnahme bezeichnet. Dabei haben die österreichischen Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten wohl überzeugend bewiesen, wie verantwortungsbewußt sie sind.

Eines sei klar: Der soziale Frieden wird durch das rechtswidrige Verhalten der Aubesetzer gefährdet und nicht durch eine etwaige Demonstration der Arbeiter und Angestellten. Und: „Es ist undenkbar, daß diese Republik bestehen kann, wenn man sich Gewaltmaßnahmen auf Dauer gefallen läßt.“

Zur Forderung nach einer Hainburg-Volksabstimmung meinte der Kanzler, daß man nicht bei jeder Gelegenheit dazu Zuflucht nehmen soll: „Die Menschen, von denen man gewährt wurde, wollen, daß man auch regiert.“

„Die österreichischen Arbeiter und Angestellten haben bisher mit hohem Verantwortungsbewußtsein und Geduld agiert. Ihr Verständnis für die gesetzwidrige Besetzung einer Baustelle ist jedoch nicht unbegrenzt“, heißt es in einer Stellungnahme des ÖGB zur Absage der für heute geplanten Demonstration. Die Arbeitnehmer erinnern die Medien an ihre öffentliche Aufgabe zur objektiven Information. Die Kampagne — insbesondere die der „Kronen-Zeitung“ — zur Aufwiegelung der Bevölkerung gegen das Recht, die Regierung und den ÖGB wird mit aller Schärfe zurückgewiesen.

Schlägerungen illegal, solange Detailprojekte fehlen

**Gemeinden sollen jegliche Rodungsarbeiten verbieten**

Wien (VN/MaM) Nicht nur in der Kälte der Donauauen geht der Kampf gegen den Kraftwerksbau bei Hainburg weiter, das Konrad-Lorenz-Volksbegehren nützt weiterhin auch jede formalrechtliche Möglichkeit, die Ausführung des Projekts zu stoppen: Die Gemeinden im betroffenen Gebiet könnten als Baubehörde erster Instanz die Rodungen untersagen. Diesen Schritt zu setzen, hat Rechtsanwalt Dr. Heinrich Wille nun bei den Bürgermeistern beantragt.

Die wasserrechtliche Bewilligung für den Kraftwerksbau gilt nämlich nur für das generelle Projekt. Im Bescheid Haidens heißt es auch, daß alle Baumaßnahmen erst nach wasserrechtlicher Genehmigung der Detailprojekte erfolgen dürfen, die aber zum Teil noch gar nicht vorliegen. Nach der niederösterreichischen Bauordnung braucht das Kraftwerk auch einen positiven Bescheid der Baubehörden 1. Instanz, das sind die Gemeinden. Die DOKW habe aber um diese Bewilligung noch nicht angesucht, die seit

zehn Tagen beabsichtigten Rodungen, die bisher von den Ausschütern erfolgreich verhindert wurden, sind aber Baumaßnahmen, die nach der von Dr. Wille dargestellten Rechts-situation zum gegenwärtigen Zeitpunkt illegal sind. Die Baubehörde erster Instanz, in diesem Falle zwölf betroffene Gemeinden, müsse „unverzüglich mit der Anordnung vorgehen, die Rodungen erst gar nicht zu beginnen“.

In den zu erwartenden Bauverfahren beantragte Dr. Wille außerdem für den „World Wildlife Fund“, der in den Donauauen ein Grundstück besitzt, als Anrainer Parteienstellung. Der Bürgermeister von Petronell-Carnuntum hat dem WWF eine solche Parteienstellung bereits zuerkannt.

Nach drei Wortmeldungen (2 ÖVP, 1 SPÖ) beschloß der Gemeinderat von Eckartsau gestern abend in seiner Sitzung auf Antrag von Bürgermeister Leopold Makoschitz, den Verfassungsgerichtshof anzurufen und die Zuerkennung des Rechtes auf Parteienstellung im Landesnaturschutzverfahren in letzter Rechtsinstanz zu erwirken.

**Salzburger Nachrichten 19. 12. 1984**

**Verfassungsgerichtshof nicht zuständig**

Beschwerde der Kraftwerksgegner an Verwaltungsgerichtshof — Rasche Entscheidung

WIEN (SN). Der Verfassungsgerichtshof hat eine Beschwerde der Vertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens an den Verwaltungsgerichtshof abgetreten. In dieser Beschwerde hatten 24 Grundstückseigentümer dagegen Einspruch erhoben, daß ihnen im naturschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für den Bau des Kraftwerkes Hainburg keine Parteienstellung zuerkannt wor-

den sei. Der Verfassungsgerichtshof hatte festgestellt, daß durch die Beschwerde nur einfachgesetzliche, aber keine vertrauensrechtlichen Regelungen berührt seien. Die Rechtsvertreter des Volksbegehrens hatten für den Fall einer Zurückweisung ihrer Beschwerde durch den Verfassungsgerichtshof eine Abtretung an den Verwaltungsgerichtshof beantragt.

Dem Verwaltungsgerichtshof war die Beschwerde Dienstag übermittelt worden. Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes, Viktor Heller, ernannte unmittelbar danach einen Berichterstatter. Heller sagte den SN auf Anfrage, daß der Gerichtshof um eine „schnellstmögliche Behandlung“ der Rechtssache bemüht sein werde. Es werde selbstverständlich eine Entscheidung sein, die alle Emotionen außer acht lasse.

Bundeskanzler Fred Sinowatz sagte Dienstag nach der Sitzung des Ministerrates, die Koalitionsregierung sei einstimmig der Auffassung, wonach in Hainburg „ein Weg der Vernunft und der Gewaltfreiheit gefunden werden müsse, ohne auch nur einen Millimeter die Rechtsstaatlichkeit zu verlassen“. Der Beschluß, das Donaukraftwerk Hainburg zu bauen, sei unumstößlich. Wann es zum Einschreiten der Exekutive komme, sei allein Sache der Regierung; nicht denkbar sei es aber, bei der Behandlung des Volksbegehrens im Parlament zu warten.



Aumok (Ein Mann sieht grün) ...

Karikatur: H. Stiller

# Das Warten auf den Einsatz

Eine Nacht in der Stopfenreuther Au

Von unseren Redaktionsmitgliedern STEFAN SCHÖFFL und ANDREAS SCHWARZ

STOPFENREUTH. Im nächtlichen Dunkel taucht oben auf der Hainburger Donaubrücke eine dunkle Gestalt auf. „Wie seid ihr denn da runter gekommen?“ ruft der Bursche die Gruppe unten in der Au an, die eben – Mitternacht ist längst vorbei – auf dem Weg zurück in eines der sieben Lager der Kraftwerksgegner ist. „Wie bist denn du da auf gekommen?“ schallt es ihm beinahe im gleichen Augenblick von unten entgegen. „Ich bin gerade aus Wien gekommen“, stellt er klar. Dann wird ihm gesagt, in welche Richtung er weiter die Brücke entlanggehen muß, um zu den Blockierern in der Au zu kommen. „Geh ruhig weiter, du kannst bei den Gendarmen eh vorbei. Jetzt, um diese Zeit wird nicht mehr kontrolliert.“ So lautet der letzte Ratschlag der Gruppe, ehe sie sich selbst weiter durchschlägt. Auf Forstwegen, die praktisch alle paar Meter durch Barrikaden aus Fallholz versperrt sind.

Der große Zustrom an Demonstranten in das umkämpfte Auegebiet setzt zumeist aber in den frühen Morgenstunden ein. Seine Stärke hängt davon ab, ob Rodungsarbeiten für den jeweiligen Tag oder ein Großeinmarsch der Gendarmerie (zumindest in Gerüchten) angesagt ist. Die einen kommen mit eigenen Autos, die anderen in von der Österreichischen Hochschülerenschaft zusammen mit dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren gecharterten Bussen, die an „starken“ Tagen fast stündlich vom Neuen Institutsgebäude der Wiener Universität nach Stopfenreuth rollen.

Mit Decken und dicken Schlafsäcken kommen sie, wenn sie vorhaben, zu übernachten. So mancher kann sich freilich darauf verlassen, selbst nichts mitnehmen zu müssen, denn wer schon eine Nacht unten in der Au verbracht hat, bietet dem Neuankömmling Schlafsack oder Zeltplatz an, wenn der bleiben möchte: „Willst nicht dabei?“ wird auch der Reporter am nächtlichen Lagerfeuer von einer Gruppe gefragt, die schon seit Sonntag unter der Hainburger Brücke kaniert. „Du kannst ruhig einen Schlafsack von uns haben und auch ins Zelt rein.“

Der Hauptplatz von Stopfenreuth ist erste Anlaufstelle für alle Neuankömmlinge. Dutzende Plakate weisen darauf hin, wo die „Kollegen“ zu finden sind, ersuchen, die Au sauber zu halten (eine Bitte, der tatsächlich von den Demonstranten nachgekommen wird), und machen klar, welches Verhalten gewünscht wird – Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung zu nehmen („die Leute sind so nett“).

Ein Hof direkt am Hauptplatz von Stopfenreuth ist gleichsam die Kommandozentrale der Hainburg-Gegner. Einige Demonstranten, die sich selbst mit der Organisation betraut haben, erläutern fast 24 Stunden am Tag, in welchen Lagern jemand gebraucht wird, berichten, welche Ereignisse es gegeben hat und welche der mehr oder weniger gut funktionierenden Gerüchtebörse zufolge zu erwarten sind. Außerdem wird immer wieder gebeten, gleich etwas – Proviant, Decken – in die Lager mitzunehmen. Die Zentrale steht übrigens mit allen anderen Lagern in ständigem Funkverkehr, der, so erzählt man am Lagerfeuer bereitwillig, immer wieder durch andere CB-Funker gestört wird.

Der Haufen, der sich täglich in der Au einfindet, ist nicht nur wegen seiner Kleidung ein überaus bunter. Naturgemäß überwiegen Studenten („die Prüfungen sind jetzt schon vorbei, da können wir uns die Zeit freier einteilen“). Oder: „Morgen muß ich wegen einer Vorlesung zurückfahren“, die immer wieder von Professoren begleitet werden: „Ich muß mittags wieder weg zu einer Vorlesung, denn ich lass' mir nicht nachsagen, daß ich die wegen Hainburg ausfallen lasse“, sagt etwa der Historiker Professor Hamann aus Wien, der gerade mit Professor Tollmann über die jüngste Entwicklung der Hainburg-Situation und über eine Unterschriftenliste unter den Universitätsprofessoren diskutiert. Tollmann wiederum, der wie auch andere seiner Kollegen schon mehrere Nächte in der Au verbracht hat, zeigt freudig stolz auf einige seiner Studiosi: „Schaun Sie, die sind auch alle mitgekommen.“

Tagsüber ist es in der Au normalerweise ruhig. Die Demonstranten nutzen die Zeit des Wartens auf den nächsten Rodungseinsatz (was bekanntlich zuletzt eine Woche dauerte: von Montag bis Montag) zum Errichten weiterer Barrikaden. Es gibt so gut wie keinen Weg mehr, auf dem nicht mehrere Hindernisse aus Ästen, Strohballen und Baumstämmen im Abstand von manchmal nur wenigen Metern jedes Durchkommen nahezu verhindern. Man muß sich seitwärts durch die Büsche schlagen, in der Nacht benötigt man unbedingt eine Taschenlampe.

Jene Demonstranten, die nicht mit Barrikadenbau oder dem Nachschub beschäftigt sind, suchen ständig die Diskussion. Vor allem auch mit Gendarmen, deren Zahl seit Montag wieder stark reduziert ist. Die Exekutivbeamten reagieren darauf unterschiedlich: Einige verschlossen – weil sie nicht sicher sind, ob sie überhaupt Stellung beziehen dürfen, oder weil sie ein zu kollegiales Verhältnis zu den Hainburg-Gegnern scheuen, die sie vielleicht doch einmal aus der Au vertreiben sollen. Andere wiederum durchaus gesprächsbereit und Diskussionen aufgeschlossen. Es gibt auch manche, die aus ihrer Ablehnung gegen das Kraftwerk gar kein Hehl machen wollen und bemüht sind zu erklären, daß ihre Anwesenheit ja auf höheren Befehl und nicht aus eigenen Stücken erfolgt.

Durchaus „gespaltene Persönlichkeiten“ sind aber dabei, wie etwa jener Gendarm, der gleichzeitig VP-Gemeinderat in Eckartsau ist und davon erzählt, daß seine Gemeinde mit dem Kraftwerksbau nicht unbedingt einverstanden ist: Man hat Parteienstellung beantragt, um die eigenen Interessen zu wahren – beispielsweise die Verpachtung eines Fischteiches, was alljährlich rund 100.000 Schilling in die Gemeindekasse bringt. „So viele Leute – da kann man die Au ja so gut wie gar nicht räumen“, sieht der Gendarm die Lage. Und einen Einsatz, so gibt er, wie andere Kollegen auch, offen zu, wünscht er sich nicht. „Aber wie soll's weitergehen?“ fragt er sich. Einen Kompromiß, so weiß er, kann es nicht geben. Entweder wird gebaut oder nicht gebaut: „Nur jeden zweiten Baum umschneiden.“

Dazwischen auch junge Beamte, die die Plaudereien mit jungen Demonstranten sichtlich genießen: Ein



DIE GENDARMERIE IN VOLLER AUSTRÜSTUNG

Photos: „Die Presse“ / Blaha

Gruppenfoto der Gendarmen, ein Gruppenfoto der Gendarmen mit Mädchen, mit denen man schon per du ist, ein Polaroidphoto der Mädchen für die Gendarmen – Schikerei – unter den denkbar unwürdigsten Verhältnissen.

Diskussionen, immer wieder Diskussionen. Gerüchte tauchen auf, irgendwo wurde Baumaschinenlärm gehört. Die Meldung wird von den Blockierern per Funk in die anderen Lager durchgegeben. Fehlalarm. Benurteilung über nächtliche Landeversuche der Bauarbeiter, die mit zwei Schiffen Maschinen an Land bringen wollten. Der „Angriff“ wird – übrigens ohne Gewalt – zurückgeschlagen, Wachen postiert.

In der Nacht auf Dienstag hat so mancher unter den Demonstranten Angst. Es heißt, Gewerkschafter sollen einen nächtlichen Überfall auf eines der mehrere Lager vorhaben. „Wenn die kommen und uns wirklich die Zelte zusammenschlagen!“ Da hat ja einer gesagt, die werden uns zu Weihnachten so besuchen, daß wir Silvester zu Hause verbringen...“ Durch Sprecher des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens ersuchen diesmal die Demonstranten um mehr Gendarmen.

Die Motivationen, die Nächte bei Schnee („Schnee ist gut, da bauen wir Iglus; wenn es regnet, dann würde es schlimm sein“) und Minustemperaturen in der Au im Zelt oder aber auch nur im Schlafsack in einem Haufen Stroh zusammengehüllt zu verbringen, sind recht verschieden: Die einen sind prinzipiell gegen das Kraftwerk, den anderen geht es nur um die Erhaltung der Au. Andere wiederum sind nur da, weil sie im Entscheid des Landesrats Brezovsky einen „eklatanten Rechtsbruch“ sehen und „jetzt ausprobieren wollen, inwieweit Österreich tatsächlich eine Demokratie ist!“

Wie es weitergehen soll? Die Blockierer hoffen auf eine Volksbefragung oder Volksabstimmung – das

wird immer wieder verwechselt – aber was morgen oder übermorgen sein wird, kann keiner sagen. Die Gendarmen hoffen auf klare Weisungen aus Wien, sind aber froh, wenn

sie nicht einschreiten müssen. Die Demonstranten richten sich unterdessen auf ein weiteres Ausharren ein: „Wir feiern hier Weihnachten, wenn es sein muß, auch Silvester.“



DER KANZLER SPRACH, SEIN INNENMINISTER SCHWIEG

Photo: „Die Presse“ / Blaha

## Schieder warnt: „Provokationen nicht mehr hinnehmen“

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (red.). Man dürfe den Unruhestiftern in der Hainburger Au keine Chance geben, ihre Provokation „kann nicht mehr ohne weiteres hingenommen werden“. Mit dieser bisher schärfsten Verurteilung der Demonstranten gegen das geplante Donaukraftwerk meldete sich Dienstagabend der Zentralsekretär der SPÖ, Peter Schieder, zu Wort. Vor allem der Aufruf der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens zu einer Demonstration Mittwoch nachmittag in Wien erzürnt den SP-Strate-

gen. „Damit ist für alle Österreicher offenbar geworden, wer in diesem Land bis an die äußerste Grenze der Geduld verantwortungsbewußt handelt und wer in völlig verantwortungsloser Weise zu immer neuen Provokationen greift“, sagte Schieder, der auf die abgesagte Gewerkschaftsdemonstration Bezug nimmt.

Eine formalrechtliche Entscheidung zum Kraftwerksbau ist gestern beim Verfassungsgerichtshof gefallen: Die Beschwerde einer Reihe von Grundeigentümern auf Einräumung einer Parteienstellung wurde abgelehnt und an den Verwaltungsgerichtshof abgetreten. Es sei nämlich eine spezifisch verfassungsrechtliche Frage nicht zu klären.

Nach ÖGB auch Kanzler Sinowatz nun in aller Schärfe gegen Au-Schützer

# Hainburg-Krise ein Pulverfaß!

In den frühen Abendstunden sicherte es durch: Der „Preis“ für die Absage der ÖGB-Demonstration ist die sofortige Räumung der Au von den Umweltschützern!

Die Bezirkshauptmannschaften Gänserndorf, Bruck/Leitha und Wien-Umgebung veranlaßten noch in den Abendstunden die Ausfertigung von Verordnungen zur Räumung der Au bis Mittwoch, 6 Uhr früh. Tatsächlich war die Au ja zu diesem Zeitpunkt bereits von der Gendarmerie NO ab null Uhr zum Sperrgebiet erklärt worden.

Niederösterreichische Behörden rechneten am frühen Abend bei Widerstand mit dem Einsatz von rund 1000 Gendarmen und Polizisten, für die Alarmbereitschaft gegeben worden war ...

Mit ungewöhnlicher Schärfe, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrigließ, reagierte Bundeskanzler Fred Sinowatz am Dienstag nach dem Ministerrat auf die immer prekärer werdende Hainburg-Krise: Der Kanzler stellte sich eindeutig in die Argumentationslinie des ÖGB, verurteilte die Au-Beset-



Erzürnter Sinowatz: „Aubesetzer handeln militär-strategisch!“

zer scharf als Gesetzesbrecher, sprach von „militärisch vorbereiteten Aktionen“ und von Drahtziehern und verurteilte besonders den „Kinder-Kreuzzug“ der Demonstranten.

Wie sehr die Fronten festgefahren sind, zeigte ein Detail: Befragt, wen die Gendarmen nun schützen würden, wenn am Mittwoch an die 30.000 Arbeiter in die Au kämen, sagte Sinowatz: Die Au-Besetzer handelten ja gegen das Gesetz, und wenn der ÖGB eine Demo angemeldet hätte, dann wäre ihm auch der Polizeischutz gewährt worden.

So wie am Montag der ÖGB ging nun auch Sinowatz äußerst hart mit den Umweltschützern in der Stopfenreuther Au um: Recht müsse Recht in diesem Land bleiben, die Gewaltmaßnahmen der Au-Schützer könne man auf Dauer nicht hinnehmen, weil es sonst undenkbar wäre, daß die Republik bestehen könne. Und überhaupt: Es sei undenkbar, daß so viele Menschen in der Au gegen das Recht aufträten, Menschen, die „jedemfalls noch nicht so viel gearbeitet haben für Österreich“.

HUBERT WACHTER ■



**A** Iso, ich habe ihr natürlich Moonboots gekauft“, hörte ich vorgestern eine Mutter sagen, „weil mit ihren Stiefeln erfriert sie ja da unten! Die sind nix für die Au!“

Die Au, um die es da ging, muß wohl nicht näher erklärt werden, denn von dem, was sich dort tut, ist täglich in allen Medien die Rede.

Kaum die Rede ist aber von den Müttern der jungen

Besetzern nun haben. So einfach ist das leider nicht!

Schließlich ist es für die meisten Mütter recht ungewöhnlich, plötzlich Kinder zu haben, die sich „gesetzwidrig“ verhalten.

Und wann man hört, daß – laut Innenminister – das Kind vielleicht sogar ein Demo-Tourist, ein Eichen-dorff-Romantiker, ein Angehöriger der Anarcho-Szene,

## Die Mütter der Au-Besetzer

Leute, die in der Au protestieren.

Das ist verständlich, denn die sind ja – auf den ersten Blick – nicht an den Aktionen beteiligt, die ihre Kinder gestartet haben, und noch weniger an denen, denen ihre Kinder nun ausgesetzt sind.

Da es aber auch ein wenig von der Art Erziehung, die jemand genossen hat, abhängt, ob er nun protestierend in der Au oder daheim vor dem TV sitzt, haben auch die Mütter der Au-Besetzer einiges mit der Sache zu tun, denn sie haben diese jungen Leute ja großgezogen.

Ich bin der Meinung, daß man als Mutter einigermaßen stolz sein kann, wenn der Nachwuchs in die eisige Kälte der Au gefahren ist.

Aber ich weiß auch, daß Stolz nicht die einzige Emotion ist, die Mütter von Au-

ein Rechtsextremist oder gar ein „anderer“ (was immer das sein mag) sein könnte, gefällt einem das auch nicht.

Und daß – wieder laut Innenminister – nur „erfahrene Gendarmen“ eingesetzt werden, stimmt auch nicht richtig froh.

Und dazu stellt sich noch die bange Frage, ob man das Kind nicht bloß für „ideale“, sondern auch zum „Standhalten und Durchstehen“ erzogen hat.

Ich hoffe, man hat! Aber wie immer diese Frage in nächster Zukunft beantwortet werden wird, man möge bedenken, daß die Antwort vor allem davon abhängt, wie man sich von „Gesetzseite“ aus verhalten wird, denn eines ist gewiß: Zum Prügeln und Geprügeltwerden sind diese jungen Leute nicht erzogen worden.



Arbeiterdemo pro Hainburg im Frühjahr „Metallarbeiter körperlich stärker als die Backhendin drunten in der Au“

## ÖGB sagt Demonstration ab: „Wir wollen doch keinen Bürgerkrieg!“

Am Montag hatte er gedroht, 30.000 Arbeiter in die Stopfenreuther Au karren zu lassen, doch nun scheint Josef Kerschbaum der Aufruf zur Groß-Demo fast peinlich zu sein. „Wir wollen doch keinen Bürgerkrieg“, deutet der Betriebsratsobmann der Bau-firma „Universale“ die Absage der konfliktträchtigen Kundgebung in der besetzten Au.

Daß die für heute vorgesehene Demo unabsehbare Folgen gehabt hätte, war Kersch-

baum schon vorher klar: „Die Demonstranten und die Besetzer können ja schwer auseinandergehalten werden. Viel schwieriger als eine Demonstration zu organisieren ist ja das Gfrett, daß wir die Leute z'rückhalten müssen, sofort runterzufahren.“

Mäßigung hätte vor allem wegen der aufgelaufenen Emotionen Platz gegriffen – und wegen der Einsicht, daß „die Metallarbeiter durch ihre Tätigkeit körperlich stärker sind als die Backhendin in der Au

drunten“. Kerschbaum habe selbst immer gehofft, daß die Demo abgesagt werden könnte.

Voraussetzung für Kerschbaum: Daß die Au-Besetzer als Gegenleistung für die vorläufige Demo-Absage abziehen. Auch in einer Aussendung des ÖGB heißt es nun, daß die Gewerkschafter „im Zusammenwirken mit der Exekutive sicherstellen“ würden, daß der Bau rechtzeitig begonnen werde.

CONRAD SEIDL ■

### STICH WORT

Dank landwirtschaftsministerieller Erleuchtung wissen wir jetzt, was die da unten in der Au im Sinne haben: Unser Holz wollen sie stehlen. Und Schulstagen. Ein gewisser Karl Marx erwarb sich mit einem Büchlein „Holzdiebstahl im Moselwald“ Berühmtheit. Das aber weiß Haiden kaum. Er hat ja auch vergessen, wie sehr er einmal gegen das Kraftwerk in der Stopfenreuther Au war.  
H. S.

● Nervöser Gendarm  
zog Gummiknüppel:  
Aber er schlug nicht

● Behörden ließen  
die Lager von  
oben aufnehmen!

● DOKW zieht  
„Schutztruppen“  
in Uniform auf

# Hubschrauber über der Au: Musik vom Piratensender

Einen Tag vor der angedrohten Gegendemonstration in Hainburg bot die schneebedeckte Au Dienstag noch ein friedliches Bild – aber in den Zelten herrscht blanke Angst: Alle Wege sind abgesperrt. Schlitten mit Wasser und Proviant werden gestoppt. Eine Hubschrauberpatrouille fliegt Einsätze für Luftaufnahmen wie vor einem Generalangriff...

Die Stimmung in den sieben Lagern der Stopfenreuther Au glich Dienstag der trügerischen Ruhe vor dem Sturm. Keine Motorsäge dröhnte; Schnee hatte vorweihnachtlichen Zauber verbreitet; ein Mädchen versuchte, ein paar Kerzen auf einer kleinen Fichte zu entzünden. Dann knatterte ein Hubschrauber über die Köpfe der rund 3000 Umweltschützer hinweg; Gendarmen fotografierten die Positionen der Lager und Zufahrtswege in die Au. Der Funkverkehr der Exekutive brach allerdings zusammen: Ein „Piratensender“ hatte die Frequenz der Gendarmerie entdeckt und sendete flotte Musik.

Eine Geheimaktion der DOKW war in den frühen Morgenstunden mißglückt. Im Schutz der Dunkelheit sollte von einem Schiff aus ein Caterpillar abgeladen werden – doch der Landeplatz war mit meterhohen Barrikaden blockiert.

Auch am neunten Tag des Trauerspiels von Hainburg hielten Gendarmen sämtliche Zufahrtswege besetzt, stoppten Naturschützer und Besucher. Mittags verlor ein Beamter die Nerven, hielt einen Umweltschützer auf und zog kurz darauf den Gummiknüppel: „Ich mahne Sie ab.“ Aber hingehaut hat er nicht...

Auf einer Barrikade hängt das versöhnliche Transparent: „Liebe Arbeiter und Polizisten; wir sind eure Freunde – aber wir lieben auch unsere Freundin, die Au, und ihr wollt sie töten.“ Frieden und Liebe seien größere Kräfte als Gewalt...

Ein Reservist des Bundesheeres versuchte privat in voller Montur in die Sperrzone einzudringen. Eine Bewachungsfirma der DOKW läßt ihre Mitarbeiter gar in sogenannten „Feldanzug 75“ aufretten, um offenbar die Naturschützer einzuschüchtern. Offiziell ist die Truppe „zum Schutz der Baumaschinen“ eingesetzt – ausgerüstet mit Heeresfeld-

messern und rotweißroter Kokarde an der Kappe. Die Gruppe soll entlang eines geplanten „Wildzaunes“ mit Hunden eingesetzt werden.

Auf einer Lichtung stapelt sich noch immer der unentwirrbare Knäuel des Stacheldrahtverhaues von Montag – die Polizei war nicht in der Lage, dieses traurige Relikt wegzuschaffen. Trotz der Sperren dringen aber immer mehr Hilfsgüter in die „Ostzone“ der Au. Aus Oberösterreich kamen 15 Verpflegungspakete an, darunter rund 2000 „Biokugeln“ als Notration. Ein Salzburger Industrieller – er besitzt eine Nobelvilla – kampiert mit seiner Frau bereits seit vier Tagen in der Au und will über Weihnachten und Neujahr bleiben. Auch Philipp Schoeller, Vizepräsident der Industriellenvereinigung, wurde bereits Sonntag gesehen – zumindest adjustiert wie ein Naturschützer.

Die Umweltschützer wollen nach wie vor passiven Widerstand leisten gemäß dem Appell von Pfarrer Dr. Helmut Blasche aus Schwwechat vom Sonntag: „Bei Austragung des Konflikts durch nichts zur Gewaltanwendung provozieren lassen.“

Das Lorenz-Volksbegehren appellierte Dienstag an alle Österreicher, zum Zeichen der Solidarität Kerzen in die Fenster zu stellen.

Vor dem Bundeskanzleramt beginnt heute, Mittwoch, um neun Uhr die überparteiliche Aktion „Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt“ – zur Unterstützung der Demonstranten in der Stopfenreuther Au – mit Maria Bill und Heinz Holec. Um 16.30 Uhr wird eine Anti-Hainburg-Demonstration in Wien stattfinden. Vom Treffpunkt Oper führt die Route über das Bundeskanzleramt zum Stephansplatz.

FRIEDRICH BABITSCH,  
CHRISTIAN PURKHARD,  
MICHAEL MATTUSCHKA,  
W. THEURETSBACHER ■



Unter den Demonstranten: Friedensreich Hundertwasser (oben) und Arik Brauer (unten). Dienstag hielt man weiterhin die Barrikaden in der Au besetzt



## Ökologen beim Bundes- präsidenten

Rund 200 Wissenschaftler der Ökologie und Bodenkultur haben Dienstag bei Bundespräsident Kirchschläger folgende Erklärung hinterlegt: „Wir sind der Meinung, daß die Stopfenreuther Au die gleiche Wertschätzung, Schonung und pflegerische Nutzung verdient wie andere hervorragende Natur- und Kulturlandschaften unseres Landes. Wir fordern eine sorgfältige Prüfung der Vereinbarkeit von Kraftwerksprojekten mit der Au-Landschaft auf breiter interdisziplinärer Basis. Die Sicherung der Grundwasserdynamik, nötige wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen fehlen.“



Kraftakt

Karikatur: Zehemayr

## Kampf der Juristen

Wien. — Das Landwirtschaftsministerium habe die Detailbewilligung zur Rodung in der Hainburger Au bereits mit dem Wasserrechtsbescheid vom 5. Dezember erteilt, erklärte der zuständige Ministerialrat. Er widersprach damit dem Rechtsvertreter des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, der eine Rodung bis zur Erteilung der wasserrechtlichen Detailbewilligung für rechtswidrig hält. Der juristische Kampf geht mittlerweile auf Gemeindeebene weiter. Der ÖVP-dominierte Gemeinderat von Eckartsau will beim Verfassungs- oder Verwaltungsgerichtshof die Parteistellung im naturschutzrechtlichen Verfahren geltend machen. Landesrat Ernest Brezovszky entzog der Gemeinde die Parteistellung, weil die Donaukraftwerke in Abänderung des ursprünglichen Planes die Errichtung eines Damms in die Bundesforste verlegten.

## Löscht den Funken!

Der Funke, den gestern die „Kronen-Zeitung“ beschwor, wird auch hoffentlich nicht zünden. Auch wenn es diesem auf Sensationsmache und Gewalt orientierten Boulevardblatt in den Kram passen mag, wenn Arbeiter, Studenten und Umweltschützer aufeinander losgehen. Was bezweckt ein Organ, das sich sonst als recht gefügiges Sprachrohr der „Sozialpartner“ bewährt, das mit seinen Reimann, Staberl und Dichand sich jede bietende Gelegenheit nützt, um gegen die Inter-

„Kronen-Zeitung“ wahllich nicht um die Wahrung demokratischer Rechte.

„Hainburg“ ist für dieses Medium vor allem ein gefundenes Fressen fürs Geschäft, es garantiert Sensationsaufmacher für Wochen und belebt damit den Umsatz. Aber nicht nur das. Hier geht es auch um politische Absichten, um die politische Strategie der Hintermänner, die darauf abgestellt ist, unter Mißbrauch der Umweltschutzbewegung antigewerkschaftliche Stimmungen, wie sie die Unternehmer gerade jetzt brauchen, zu schüren.

VON ERNST FETTNER

essen der Arbeiter und Friedenskämpfer zu Felde zu ziehen, just mit der Frage Hainburg?

Ginge es den Herren Dichand und Co. tatsächlich um die Verteidigung der Demokratie und des Demonstrationsrechts, dann haben sie bisher alle Gelegenheiten dazu versäumt. Wenn die Besetzung der Hainburger Au ein demokratisches Recht ist (und das ist es), was ist dann die Besetzung eines leerstehenden Hauses durch Obdachlose? Für die „Kronen-Zeitung“ waren letztere Demonstranten stets anarchistische Demokratiezerstörer, die vom Polizeiknüppel schleunigst und gründlichst zum Teufel zu jagen sind.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel aus jüngster Zeit: Als die Privatangestelltengewerkschaft am 8. Dezember ihre Mitglieder zu einem Protest gegen die Verletzung der gesetzlichen Feiertagsruhe aufrief, wer, wenn nicht die „Kronen-Zeitung“ (und mit ihr andere bürgerliche Medien), heulten da auf wie die Katze, der auf den Schwanz getreten wurde? Mit Erfolg übrigens, denn der Rückzieher der Regierung und der ÖGB-Spitze folgte auf dem Fuße.

Im Fall Hainburg geht es der

Das von der „Kronen-Zeitung“ initiierte „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ zielt nicht nur auf den Schutz einer Aulandschaft ab, sondern richtet sich gegen jeden weiteren Ausbau der Donau und gegen jede weitere Nutzung der Wasserkraft zur Energiegewinnung. Es ist damit technologiefeindlich, ein Versuch, das Kind mit dem Bad auszuschütten. Deswegen lehnen wir es ab.

Gewiß: Man kann sich die Verbündeten nicht immer aussuchen, auch die aufrechten und ehrlichen Naturschützer können es nicht. Es gilt aber zu erkennen, wo die Freunde und wo die Feinde sind. Zwischen jenen Menschen, die ehrlich für den Schutz der bedrohten Umwelt sind, und der Arbeiterschaft bestehen in Wirklichkeit keine Gegensätze. Beider Feind sind jedoch jene Medien und deren Hintermänner, die sie gegeneinander aufhetzen. Das gilt für die betreffende Medien ebenso wie für die Regierung und nicht zuletzt für die ÖGB-Spitze und deren „Partner“. Sie alle tragen die Verantwortung.

Der Bau eines von vielen Donaukraftwerken, obendrein just zum jetzigen Zeitpunkt, kann nicht so wichtig sein, um einen Keil zu treiben, dort, wo Solidarität das Gegebene wäre.

## Tiroler Tageszeitung 19. 12. 1984

### Hainburg-Solidarität in Innsbruck



RUND DREIHUNDERT UMWELTSCHÜTZER WAREN GESTERN zu einer Kundgebung vor der Annasäle gekommen, um ihrer Verbundenheit mit den Aubeschützern Ausdruck zu verleihen. Veranstalter wurde diese Protestkundgebung vom Tiroler Personenkomitee für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren und der Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck. Die Umweltschützer waren vor allem Studenten, es waren aber auch viele Passanten stehengeblieben, um den Argumenten der Aubeschützer zuzuhören. In der Sorge um die Aulandschaft bei Hainburg mischten sich aber auch Befürchtungen um die heimischen Wasserläufe, eines der mitgeführten Transparente: „Erst die Donau, dann der Inn“, die für die Stromgewinnung benutzt werden. Die Aubeschützer werden vom Personenkomitee in Innsbruck mit Lebensmitteln und Decken versorgt, am letzten Wochenende führen – finanziert von der Hochschülerschaft – zwei Busse mit rund 120 Umweltschützern von Innsbruck aus in die Stopfenreuther Au. TT-Foto: Spiob

## Tages-Anzeiger 19. 12. 1984

### Gespannte Lage in den Donau-Auen

-ey- Wien/Stopfenreuth, 18. Dez. Die für Mittwoch angedrohte Mobilisierung Tausender Bauarbeiter gegen die nach wie vor in der Stopfenreuther Au bei Hainburg ausharrenden Naturschützer ist am Dienstag nach einer als Krisensitzung bezeichneten Unterredung von Gewerkschaftsbund-Präsident Anton Benya mit Bundeskanzler Fred Sinowatz abgesagt worden. Benya kündigte freilich andere geeignete Solidaritätsaktionen an.

Sinowatz bekräftigte seinen Willen, das Kraftwerk fristgerecht zu bauen und auf keinen Fall die Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens abzuwarten, wie das auch von den Kraftwerkbefürwortern der Volkspartei (ÖVP) wiederholt verlangt wurde.

Der von Gewerkschaftsseite auf die Regierung ausgeübte Druck wird immer offensichtlicher; mit ständigen Drohungen und versuchter Stimmungsmache gegen die Au-Schützer wird ein Klima geschaffen, das bereits verdächtig an die innenpolitischen Auseinandersetzungen im

Österreich der dreissiger Jahre erinnert. Bislang hat der Regierungschef erst mit verbalen Kraftakten gegen die Au-Besetzer reagiert. Er sprach am Dienstag von einem «militärischen Vorgehen» und einem «Kinderkreuzzug» der Au-Schützer. Seit Dienstag 15 Uhr zeichnet sich aber ein möglicher neuer Akt in der Auseinandersetzung ab, in der der Bundeskanzler bisher eindeutig auf der Verliererseite steht. Sämtliche Zugänge zur Stopfenreuther Au sind seitler von der Gendarmerie rigoros abgesperrt. Weder Journalisten noch dem Kontaktmann des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens zum Bundeskanzleramt, Universitätsdozent Bernd Löttsch, wurde der Zutritt zum besetzten Au-Gebiet mehr gestattet. Die Gendarmen gaben an, «höhere Weisungen aus Wien» erhalten zu haben. Über dem Gellände kreiste den ganzen Nachmittag über ein Helikopter der Exekutive. Größere Gendarmereiverbände sowie Einheiten der Wiener Polizei und eines aus ganz Österreich rekrutierten Kadernurses der Bundespolizei stehen angeblich in der näheren Umgebung auf Abruf bereit.



**Uferweide**



**Das staatliche Einsatzheer naht**

# **Mittwoch, 19. Dezember**

*800 Exekutivbeamte ab 6.00 Uhr früh  
im Einsatz*

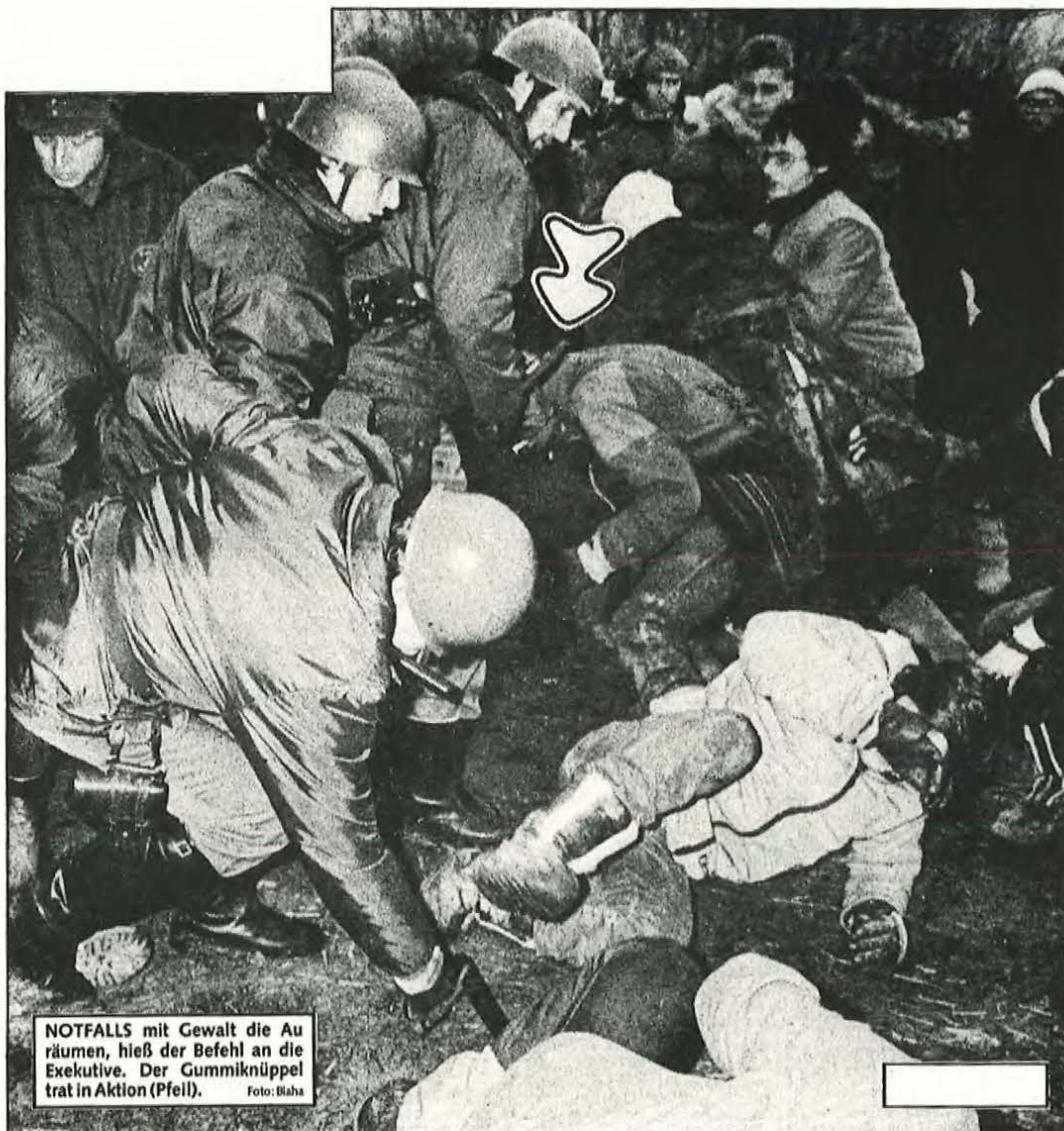
*Hunde, Gummiknüppel, Schubraupe*

*Verletzte und Festnahmen*

*Erste und letzte große Rodung*

*Am Abend 40.000 Demonstranten  
in Wien am Heldenplatz*

# Die Schande von Hainburg



NOTFALLS mit Gewalt die Au-  
räumen, hieß der Befehl an die  
Exekutive. Der Gummiknüppel  
trat in Aktion (Pfeil). Foto: Blaha



# Befehl für die Polizei lautete: Schlagstöcke, kein Pardon!



Hier die Schilderungen der „Krone“-Reporter:

Es ist kurz nach sechs Uhr, und in den Notbehauungen, Zelten und Hunderten Schlafsäcken dösen die Leute in der Stopfenreuther Au vor sich hin. Einige achten darauf, daß die Lagerfeuer nicht ausgehen, andere wiederum schlüpfen aus ihren Unterkünten und machen einen Blick auf die Au. Die Stimmung ist ruhig, keiner paßt auf, und eigentlich rechnet niemand so richtig damit, daß gerade heute die große Räumung stattfinden soll. Gesprochen wird kaum etwas, und trotzdem spürt man, daß jeder einzelne Naturschützer Angst hat.

## Auch Funk gestört

Plötzlich schreit einer Alarm. Sie kommen. Hunderte Polizisten und Gendarmen mit Schutzhelmen, Schlagstöcken und Hunden. Innerhalb weniger Augenblicke verwandelt sich die von Nebelschwaden verhüllte, feuchtkalte Waldlandschaft in einen Hexenkessel. Einer schreit: „Setzt euch hin, legt euch auf den Boden und singt.“ Dazwischen schreien Mädchen und Frauen. Andere wieder klammern sich an Baumstämme und Barrikaden. Panik entsteht. Über Funk wird versucht, in allen sieben Lagern die schlaftrunkenen Leute zu mobilisieren. Die drahtlosen Verbindungen

sind jedoch durch die Post gestört worden. Das Chaos ist perfekt.

Eine 19jährige Maturantin, die seit zwei Tagen in der Au ist, bricht in Tränen aus. Das schwarzhaarige Mädchen in dem blauen Anorak mit dem Schlafsack unterm Arm scheint hilflos, verzweifelt. Neben ihr marschieren Hunderte Wiener Polizisten vorbei, stoßen es zur Seite. Die Niederösterreicherin kriecht ins Unterholz, sucht Deckung. Wenige Sekunden später, die Beamten aus der Bundeshauptstadt, die über die Aubesetzer vom Innenminister gehört haben, daß sie Radikale sind und aus dem Wald entfernt werden müssen, erhalten von ihren Offizieren den Befehl: „Schlagstöcke ziehen. Mann neben Mann haben das Unterholz zu durchstreifen. Ohne Rücksicht auf Verluste.“

## Immer wieder Schläge

Wie eine Dampfwalze rollt die uniformierte Menschenmauer durch die Au neben und unter der Donaubrücke. Naturschützer werden zur Seite gestoßen, niedergeworfen. Das schwarzhaarige Mädchen, das alles andere als „aktiven Widerstand“ leisten wollte, ist nicht schnell genug. Es schreit, klammert sich fest. Brutal wird das Mädchen weggezerrt. Als es sich losreißen will, verliert ein Offizier die Geduld: Er hebt seinen Arm, in der Faust hält er seinen Gummiknüppel. Blitzschnell saust das schwarze, längliche Stück Waffe nieder, biegt sich über den Kopf der Maturantin und schmalzt zurück. Journalisten, die dem Sturmtrupp der Polizei folgen und die Szene beobachten und fotografieren wollten, werden verscheucht: „An den Amtshandlungen darf niemand teilnehmen.“

Christine F., die niedergeknüppelt wurde, bleibt benommen liegen, ihre Hände zieht sie instinktiv schützend über ihren Kopf. Wir, Kollegen vom Rundfunk und anderen Zeitungen, lassen uns nicht so ohne weiteres abschüteln. Den „Kurier“-Reporter Christian Burkhardt trifft ein Gummiknüppel, ein Fotograf der „Krone“ wird brutal niedergeworfen, dem Fotoreporter der Zeitung „Die Presse“, Rudolf Blaha, gelingt es nicht mehr rechtzeitig, im Unterholz zu verschwinden. Er wird von Beamten der Alarmabteilung der Gendarmerie, die mit Helmen, Schlagstöcken und Messern ausgerüstet sind, über eine Böschung gestoßen. Auch „Krone“-Reporter Karl Wendl und Erich Schönauer, denen vom „Kuratorium Sicheres Österreich“ eine Ehrenurkunde „Für besondere Ver-

dienste um die Sicherheit Österreichs“ überreicht wurde, schienen „aktiven Widerstand“ gegen die Arbeit der Exekutive zu leisten – als stille Betrachter. Wendl bekam einen Schlag mit dem Stock ab, Schönauer wurde die Kamera entrisen.

## Rollkommandos

Den Rollkommandos von Polizei und Gendarmerie folgten dann „gemäßigte“ Truppen. Gendarmen in Mützen mit normalen Anoraks, jene also, die fast eine Woche lang friedliebend neben den Demonstranten in der Au ihren schwierigen Dienst versehen haben. Die mit den Aubesetzern Gespräche führten, gemeinsam mit ihnen Tee tranken und phasenweise mehr als nur Verständnis für die Probleme der jungen und älteren Leute, die gegen den Baummord kämpfen, aufbrachten und aufbringen. Sie haben den Auftrag, die Aubesetzer zu umringen und keinen mehr aus diesen Kreisen rauszulassen. Keiner der Naturschützer versucht, diesen „lebenden Zaun“ zu durchdringen, es bleibt bei Diskussionen und kleineren Rempeleien. Selbst die Demütigung, ihre Notdurft innerhalb dieser Korridore vor anderen Leuten verrichten zu müssen, nehmen die Frauen unter den Baumschützern hin. Rund zwei Stunden nach dem Zusammenprall zwischen den beiden Gruppen ist die Lage wieder einigermaßen „ruhig“.

Motorsägen heulen, Bäume stürzen krachend um, und einige der Mädchen, deren Ideale brutal zerstört wurden, weinen. Sie sind mit den Nerven am Ende, die panikartigen Situationen haben die Emotionen derartig angeheizt, daß einigen sogar übel wird und sie sich übergeben. Doch nach einer kurzen Phase der Resignation kommt wieder Hoffnung auf. Viele sagen: Unser Widerstand ist noch lange nicht gebrochen und wir werden auch weiterhin für die Au ausharren. Wie die 19jährige Maturantin, die an die Adresse der für die Probleme Zuständigen meint: „Wer heute sei-

VON ERICH SCHÖNAUER, KARL WENDL, PETER GROTTNER, ALFRED PULLETT, CHRISTIAN HAUENSTEIN, FRIEDRICH GRAUPE, HELGA LONGIN UND GABRIELA NASSAUER (TEXT), OTTO WIESINGER, JOSEF SCHRÖPFER, FRITZ SCHALER UND GINO MOLIN (FOTOS)

nen Kopf in den Sand steckt, der wird schon morgen sehr laut mit den Zähnen knirschen.“

Die Schande von Hainburg erlebten „Krone“-Reporter“ auch im Lager 4 bei der Hainburger Brücke mit. Um 6.28 Uhr wurde noch in der Dunkelheit das Lager von Gendarmen im Laufschrift gestürmt. Die Umweltschützer schlugen Alarm, setzten sich vor den Bagger und hängten sich auf die Schaufel als sie merkten, daß ein Arbeiter das Fahrzeug starten wollte.

Ein erschütterndes Bild: Ein Naturschützer wird von zwei jungen Polizisten brutal weggeschleift, ein älterer Wiener Polizist tritt den am Boden Liegenden noch mehrmals mit dem Fuß (Pfeil). Das Foto rechts zeigt Männer von der Alarmabteilung der Polizei, die mit Schlagstöcken auf Naturschützer losgehen und versuchen, sie aus der Au hinauszuprügeln. Auch Frauen wurden auf derart brutale Weise niedergeschlagen und verletzt.



Foto: Arthur Freund

# Bestrafungswelle – viele Verdächtigungen!

Gleichzeitig umstellten Gendarmeriebeamte das Zeltlager. Sie zogen ihren Kreis immer enger und kesselten die Naturschützer ein. Keiner durfte den Ring verlassen. Die Umweltschützer setzten sich auf den Boden und sangen Lieder. Hilflos mußten sie mitanhören, wie der Bagger losfuhr.

„Sie haben keine Chance!“ brüllte ein Offizier durch das Megaphon. Trotzdem wollten die Umweltschützer durch einen Sitzstreik den Baummord verhindern. Sekunden später stürmten die Gendarmen los, rissen die jungen Burschen

ten sie weg. Einem Beamten riß dabei der Hosenboden auf. Der Bagger mußte stehenbleiben. Demonstranten wurden über die Böschung geworfen. Völlig erschöpft gaben die Beamten bald auf. Da die Demonstranten immer wieder kamen, wurde die Aktion eingestellt.

Nachher erklärten die Gendarmen: „Es war ein Sieg für Euch. Es wird sicher ein Politiker deswegen fallen. Ihr seid fair gewesen. Es gab von Eurer Seite keine Gewalt.“

Wenige Minuten, nachdem der Bagger gestartet worden war, stürmten Hunderte Polizisten der Alarmabteilung in der Dunkelheit durch das Lager 4 zum Lager 1. Ungehindert und unbeachtet von den Demonstranten gelangten sie dort hin. Entsetzt kam von Boten der Umweltschützer die Meldung: „Lager 1 ist gefallen.“ Die Menschen waren den Tränen nahe. Sie versuchten den Baummord zu verhindern, aber im Wald tauchten plötzlich überall Polizeibeamte mit Schutzhelmen, scharfen Hunden und Gummiknüppeln auf. Auch das Gendarmerieeinsatzkommando, das für die Terroristenbekämpfung ausgebildet ist, versuchte die Demonstranten durch Kettenbildung einzukesseln. Eine Menschenjagd begann im Auwald: Mädchen und Burschen, die flüchten wollten, wurden verfolgt. Sobald sich Demonstranten niedersetzen, wurden sie weggezerrt. Der Gummiknüppel trat in Aktion.

Blutüberströmt fanden „Krone“-Reporter die 25jährige Wienerin Manuela und brachten sie durch den Wald zum Rotkreuzwagen. Ein Demonstrant wurde durch einen umstürzenden Baum schwer verletzt. Er mußte mit der Bahre weggebracht werden. Eine Anzeige gegen den Baggerfahrer wurde von den Gendarmen nicht angenommen.

Als sich Umweltschützer auf den Bulldozer setzten, wurden sie von Leuten des Gendarmerieeinsatzkommandos mit Hunden und Gummiknüppel vertrieben. Wie eine Mauer drängten die Gendarmen die Demonstranten auf den Damm. Oben angelangt, stießen sie die jungen Menschen, die immer wieder riefen: „Wir wollen keine Gewalt, wir wollen nur Bäume schützen“, den Damm hinunter. Erst ein älterer Offizier bremste einige den schlagenden Beamten. Kurz vorher hatten die Wiener Polizisten ihrem Einsatzleiter applaudiert, als er nach dreimaliger Warnung den Befehl zur Gewaltanwendung gab. Entsetzt blickten sich die Umweltschützer an. Sie begannen immer wieder die Bundeshymne zu singen.

Währenddessen begannen die Bauarbeiter mit der Rodung des Waldes. Dabei wäre es um 11.38 Uhr fast zu einem schweren Unfall gekommen. Ein riesiger Baum fiel in die falsche Richtung. Ein Dutzend



Gendarmen, die den Weg zu den Arrestantenbussen absicherten, konnten sich nur durch einen Sprung zur Seite retten.

Mit dem Ende der Rodungsarbeiten am Mittwoch um 13.45 Uhr kehrte wieder Ruhe ein. Für 40 Demonstranten geht die „Schlacht um Hainburg“ noch weiter. Sie wurden nämlich festgenommen. 38 von ihnen haben mit einer Anzeige durch die zuständige Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf zu rechnen, in zwei Fällen schaltete der Jurist die Staatsanwaltschaft Korneuburg ein. Laut Anzeige der Gendarmerie hatten sie Gendarmen verletzt.

Laut Innenministerium hat es sechs Beamte „erwischt“ – wie schwer, konnte allerdings nicht festgestellt werden. „Wir haben Angst, daß es zu unkontrollierten Aktionen kommen kann. Schließlich treiben sich unter den Demonstranten auch 40 militante Neonazi sowie Aktivisten der Linken Szene von der Gassergasse herum. Die haben die friedlichen Gruppen aufgehetzt“, erklärte Blechas Pressesprecher Rudas. Unklar bleibt allerdings, warum 200 Demonstranten fast sechs Stunden im Lager 1 festgehalten werden konnten, es aber nicht



Gendarmen hetzten sogar scharfe Hunde auf Demonstranten. Das Bild unten zeigt eine Verletzte.

gelang, eine Handvoll Radikaler zu isolieren ...

Außerdem zieht das Innenministerium Vergleiche zu den Ausschreitungen in Frankfurt, als es um den dortigen Flughafen ging: „Wir haben Vergleichsfotos, daß die Fallgruben und Barrikaden auch in

Hainburg nach diesem Muster angelegt wurden“, nimmt man als Beweis für die Vermutung, daß die Hainburg-Schützer von bundesdeutschen Aktivisten „organisiert“ worden sind. Allerdings: Auch beim Bundesheer lernt man solche Methoden ...

Wie es in den nächsten Tagen weitergehen soll, war Mittwoch nachmittag noch unklar – die einzelnen Kommandanten wurden zu einer „Manöver-Kritik“ (Presse Sprecher Rudas) ins Innenministerium zitiert.

Die Ärzte und Schwestern des Krankenhauses in Hainburg mußten sich den ganzen Donnerstag um Verletzte kümmern, die mit der Rettung oder von Freunden in die Ambulanz gebracht worden waren. Bis Mittag wurden in Hainburg 12 Verletzte eingeliefert, wie viele nach Wien gebracht wurden, war zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt.

„So muß es im Krieg sein“, erzählte die 25jährige Sozialarbeiterin Manuela, die mit einer schweren Gehirnerschütterung und Platzwunden im Spital liegt. „Die Leute sind auf dem Boden gesessen, und die Polizisten haben mit Schlagstöcken auf sie eingedroschen und sie getreten.“



Verletzt: Die 25jährige Manuela



Verletzt: Hannes Martschin, 19

und Mädchen, die sich vor die Ketten des Fahrzeuges warfen, weg. Zerrten sie durch den schlammigen Boden. Angstschreie, Hilferufe, Schmerzensgebrüll hallten durch den Nebel. Der Bagger fuhr los. Direkt auf die erste Barrikade zu. Er kam nur fünfzig Meter weit.

Auf der Barrikade saßen, ineinander verschlungen, Dutzende Umweltschützer. Die Gendarmen zerr-



**Zehntausende** Naturschützer – Männer, Frauen, Alte und Junge – waren am Mittwoch zur Oper gekommen, um gegen die Vorgangsweise der Regierung und der Exekutive in der Hainburger Au zu protestieren. „Haltet durch, mit unseren Herzen sind wir bei euch in der Au“, versuchten die Redner den Demonstranten in Hainburg Mut zu machen.

Mehrzahl der etablierten Funktionäre für eine harte Tour

## Bunkerstimmung in SPÖ: „Und jetzt erst recht!“

Wien. – Blankes Entsetzen bei Jungsozialisten, Bunkerstimmung bei der Mehrzahl der etablierten Funktionäre der SPÖ: Dieses Bild bot gestern am ersten Tag der „Schande von Hainburg“ die große Regierungspartei. Laut inoffiziellen Meldungen aus höchsten Kreisen der SPÖ soll das Roden in der Hainburger Au nach dem Motto „Und jetzt erst recht“ weitergehen.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Bei der Krisensitzung zwischen höchsten Gewerkschaftsfunktionären, Kanzler Sinowatz und Innenminister Blecha konnte zwar der Regierungschef einen geplanten Aufmarsch von Zehntausenden Arbeitern gegen die Studenten in der Hainburger Au verhindern, der Preis dafür war allerdings der gestrige Großeinsatz von Gendarmerie und Polizei gegen die Besetzer. Wörtliches Zitat aus dem SPÖ-Hauptquartier in der Wiener Löwelstraße: „Wenn die Gendarmerie nicht durchgegriffen hätte, dann wären jetzt die aufgebrachtten Arbeiter unten in der Au. Und genau

dasselbe gilt, wenn die Exekutive wieder zurückgepfiffen wird. Dann haben wir den Krieg zwischen Arbeitern und Studenten.“

VON PETER GNAM

Diese „Linie“ von ÖGB und Regierung gegen die Besetzer in der Au vertrat übrigens auch der Christgewerkschafter Gassner, der von den „großen Schwierigkeiten, die Arbeiter zurückzuhalten“, berichtete. Mocks Hainburg-Friedensplan dürfte deshalb auch in seiner eigenen Partei auf schwachen Beinen stehen.

Im übrigen gab es auch gestern laufend Kontakte zwischen Kanzler Sinowatz und Bundespräsident Kirchschräger, wobei die Regierungsseite das Staatsoberhaupt davon zu überzeugen versuchte, daß auch Extremisten unter den Besetzern der Au von der Staatspolizei gesichtet werden seien.

### Strom wird teurer

Mitten in die Auseinandersetzungen um Hainburg platzte gestern übrigens die Meldung, daß Strom im Frühjahr teurer wird. Bei einer Sitzung der Preiskommission im Handelsministerium wurde über eine Erhöhung um 7,9 Prozent ab März oder April diskutiert. Recherchen im Handelsministerium ergaben, daß der Prozentsatz wahrscheinlich zwischen fünf und sieben liegen wird. Den entsprechenden Bescheid vom Handelsminister soll es Anfang Jänner geben.

### Brief in die Kälte

Politischer Brief eines Vaters an seine 17jährige Tochter in der Hainburger Au:

Liebe Nina!  
Du kämpfst in der Hainburger Au – und ich sitze hier in der Schweiz. Ich kann Dich nicht anders erreichen, also schreibe ich Dir diesen Brief. Laß alle herzlich grüßen, die mit Dir dort in der Kälte ausharren und auf eine neue Welt setzen.

Du weißt, daß ich – ursprünglich aus christlicher Ecke kommend – von Herzen Sozialdemokrat bin. Um so größer ist meine Empörung über all das, was sich nun rund um Hainburg tut. Denn es will mir scheinen, als hätte eben diese Sozialdemokratie ihre letzten Kräfte, die sie für die Zukunft übrig hatte, vollständig aufgebraucht. Oder findest Du in den Äußerungen eines Sinowatz, eines Blecha, eines Wille, eines Benya irgend etwas, das über den Interessenhorizont der Lobby hinausreichte, die in der industriellen Vergangenheit die einzige Zukunft sieht?

So gesehen ist es ja wieder verständlich: Je dürre die Zukunftsvisionen einer Bewegung geworden sind, desto besser muß sie an der einmal erlangenen Macht festhalten. Eine Bewegung, die sich ihres Auftrages sicher wäre, müßte nicht so dumm, arrogant und dreist an der formalen Macht hängen.

Ich bin sehr berührt davon, daß ihr es übernommen habt, für beide Anliegen – eine Neuorientierung unserer Lebenswelt an den Grenzen, an die wir durch unsere brutale Ausbeutung der Natur geraten sind, und zweitens eine Neuorientierung auf dem Felde der gesellschaftlichen Willensbildung in der Demokratie – zu kämpfen. Herzlichen Dank – und hoffentlich wird euch nicht zu kalt.

Alles Liebe Dein Vater  
Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt

Umweltschützer von Bundespräsident Kirchschräger enttäuscht

# Hainburg: Über 20.000 Menschen demonstrierten gegen Au-Rodung

Wien. — Die Polizeiknüppelaktionen in der Hainburger Au haben eine Welle der Empörung ausgelöst: Mehr als 20.000 Menschen nahmen gestern Abend in Wien an einer machtvollen Demonstration gegen den umstrittenen Kraftwerksbau teil. Es war ein Protestzug disziplinierter und entschlossener Menschen für den Umweltschutzgedanken und gegen jede Gewaltanwendung.

Bevor die ersten Redner zu Wort kamen, stimmten die Demonstranten die Bundeshymne an. Aubesetzer appellierten trotz ihrer bitteren Erfahrung — sprich: der Polizeiprügeln — immer wieder an die Menschlichkeit: „Durchhalten, keine Gewalt gegen die Polizisten.“ Dabei wurde immer wieder versichert, daß nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen gesetzwidrige Bescheide der Regierung gekämpft würde. Die Ausschützer bekamen vom bekannten Zukunftsforscher Robert Jungk volle Schützenhilfe: „Wir werden es schaffen, daß dieses Kraftwerk nicht gebaut wird, weil wir die Zerstörung der schönsten Naturlandschaften verhindern wollen.“

Die riesige Menschenmenge zog von der Oper über den Ring zum Heldenplatz und zum Stephansplatz, wo eine Sprecherin des Volksbegehrens versicherte: „Alle, die hier sind, würden gerne in der Au sitzen. Der gewaltlose Kampf um Hainburg ist mit dem heutigen Tag noch nicht beendet.“

Schwer enttäuscht zeigten sich die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens von einem Gespräch mit Bundespräsident Kirchschräger, in das sie so viel Hoffnung gesetzt hatten. Das Staatsoberhaupt, das einst so mutig die „Trockenlegung der Sümpfe und sauren Wiesen“ gefordert hatte, soll erklärt haben: „Ich stehe eher auf der Seite

der Regierung. Denn der Staat ist eine Einheit. Ich habe Ihnen nichts anzubieten.“

Kirchschräger war allerdings entsetzt, als ihm die Vertreter des Volksbegehrens Fotos von jugendlichen Demonstranten vorlegten, die in der Hainburger Au von Polizisten blutig geschlagen worden waren. Der Sprecher der Umweltschützer, Günther Nennung, versicherte, man werde die jungen Menschen in der Stopfenreuther Au nicht im Stich lassen. Er forderte alle Künstler und Wissenschaftler auf, ebenfalls nach Hainburg zu fahren, um dasselbe Schicksal wie die Demonstranten zu erleiden.

An Kanzler Sinowatz wurde gestern von vielen Seiten appelliert,

VON HELGA LONGIN UND  
DIETER KINDERMANN

doch die Rodungs- und Bauarbeiten aufzuschieben, mehr Verständnis

für die jungen Menschen zu zeigen: Von dem evangelischen Bischof Knall, von der Katholischen Jugend, ÖVP-Chef Mock, den ÖVP-Landeshauptleuten, vom SPÖ-Abgeordneten Cap und so weiter. ÖVP-Abgeordneter Steinbauer zeigte sich empört darüber, daß Journalisten in der Hainburger Au von Polizisten attackiert worden seien: „Das ist ein schwerer Schlag gegen die freie Berichterstattung.“

Innenminister Blecha, mit all den Vorwürfen konfrontiert, versicherte: „Die Polizeibeamten sind angewiesen, nur in Notwehr von ihren Gummiknüppeln Gebrauch zu machen. Sechs verletzte Beamte sind doch der Beweis dafür, daß kein gewaltfreier Widerstand geleistet wurde.“ Blecha wies auch darauf hin, daß in der Hainburger Au nicht nur idealistische Umweltschützer, sondern auch gefährliche Rechtsextremisten anzutreffen seien.



## Herr Strudl

„Unsere Herrscher haben schon viele ruhmlose Schlachten geschlagen, aber so ruhmlos wie die Schlacht von Hainburg war no kane!“

Nach neuerlicher Rodung in der Stopfenreuther Au: Stellungnahmen, Proteste, Petitionen — Innenminister Blecha:

# „Kräfte, die die Demokratie destabilisieren wollen“

WIEN (AZ). Gerichte, Meldungen und Stellungnahmen überstürzten sich Mittwoch nach Bekanntwerden neuerlicher Rodungsarbeiten in der Hainburger Au und nach den ersten Zusammenstößen zwischen Exekutive und Aubesetzern: Im Innenministerium hielt man ausdrücklich fest, daß es sich — entgegen anderslautenden Meldungen — in der Au „um eine begrenzte Räumung, aber nicht um einen Kriegszustand“ handelt, und versicherte, daß niemandem in der Au etwas geschieht, solange nicht die Beamten tätlich angegriffen werden.

Innenminister Blecha verwies auf das Mitwirken bekannter extremer Gruppen bei der Aubesetzung und meinte, wenn Journalisten von der Exekutive abgehalten werden, bedeute dies keine Einschränkung ihrer Berufsfreiheit, sondern die ihre Sicherheit.

Blecha erklärte, daß ihm Berichte aus Hessen vorliegen: Danach würden bei der Aubesetzung die gleichen Mechanismen angewendet werden. Der Innenminister: „Die gleichen Barrikaden, die gleichen Organisationen, die gleichen Gräben, die gleichen Übermittlungssysteme.“ Er billigte den jungen Umweltschützern durchaus Idealismus zu. Man müsse aber jene Kräfte isolieren, die etwas anderes wollen, nämlich die Demokratie unter dem Mantel des Protestes destabilisieren.

Die Exekutivbeamten konnten rund 50 polizeibekannteste Extremisten, teilweise mit paramilitärischen Uniformen ausgerüstet, identifizieren und fotografieren.

Blecha appelliert an jene Österreicherinnen und Österreicher, die sich im Sperrgebiet in der Au aufhalten, nicht gegen Exekutivbeamte vorzugehen und deren Anweisungen Folge zu leisten. Er gibt nach wie vor nicht die Hoffnung auf, mit idealistisch gesinnten jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und bei ihnen ein Verständnis dafür zu werben, daß auch bei extensiver Auslegung des demokratischen Rechtes auf freie Meinungsäußerung die Gesetze der Republik Österreich zu respektieren sind. Und er ersuchte alle idealistischen Naturschützer, sich nicht von Personen anführen zu lassen, die die Ideale des Umweltschutzes dafür benutzen, diese Situation für staats- und demokratiegefährdende Aktivitäten zu mißbrauchen.

Handelsminister Steger verteidigte den Kraftwerksbau: Er treffe lieber unpopuläre Entscheidungen, als unwahre Aussagen zu machen. Der Regierung sei der Umweltschutz sicher ein ernsthaftes und erstrangiges Anliegen, und es müsse den Hainburggegnern klar werden, daß der Kraftwerksbau kein Räuber- und Gendarm-Spiel ist.

Erstmals meldete sich Mittwoch auch Landeshauptmann Ludwig zu Wort, der bis dahin still und leise in der Versenkung verschwunden war — so, als ginge ihn das niederösterreichische Kraftwerk überhaupt nichts an. Seiner Meinung nach hätte man nach Ausselung des Bescheides sechs Wochen warten sollen, sagte er.

Wissenschaftsminister Fischer

verlangte bei der Behandlung der Demonstranten in der Au Behutsamkeit, Sorgfalt und Augenmaß. Die Gespräche müßten fortgesetzt werden. Die weitere Entwicklung hänge in hohem Maße von der Gewerkschaft ab, die bisher einen kühlen Kopf bewahrt hat.

Proteste auch von ÖVP-Politikern: Mock-Stellvertreterin Hubinek forderte den Rücktritt der Regierung.

Für SP-Abgeordneten Cap war der Mittwoch ein „Katastrophen-tag“. Er kritisierte vor allem den Einsatz der Polizeiknüppel.

Der stellvertretende Verbund-Generaldirektor Zach befürchtet keine Verzögerung für den Baubeginn des Kraftwerkes. „Wenn Rechtsstaat Rechtsstaat bleibt, dürften keine Verzögerungen eintreten“, meinte er. Die Schlichterungen, für die rechtsergänzende Bescheide vorliegen, könnten bis Ende Jänner fertig sein.

Eine vom niederösterreichischen AK-Präsidenten Hesous geführte Abordnung von Gewerkschaftern und Betriebsräten wird heute Donnerstag von Bundespräsident Kirchschräger empfangen. Die Abordnung wird dem Staatsoberhaupt den Standpunkt der Arbeitnehmer zum Bau des Kraftwerkes Hainburg, zum Recht auf Arbeit und zur gesetzwidrigen Besetzung der Au darlegen.

Etwas 30 bis 40 Demonstranten haben Mittwoch nachmittags in Innsbruck „aus Protest gegen die Haltung der Regierung und das Vorgehen der Exekutive in der Hainburger Au“ vorübergehend die Parteizentrale der SPÖ in Innsbruck besetzt.

## Au-Besetzer: Demonstranten auch in Wien

WIEN (AZ). Während die Gewerkschafter Besonnenheit demonstrierten und ihre für Mittwoch geplante Kundgebung vorerst abblasen, starteten die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens eine neue Provokation: Sie und die ÖH riefen für Donnerstag zum Aufmarsch auf: Nach einer Kundgebung bei der Wiener Oper marschierten die Demonstranten zum Ballhausplatz, um dort eine Petition zu überreichen. Anschließend marschierte man zum Stock im Eisen. Ihre Sprecher sparten dabei nicht mit „Durchhalteparolen“ und nannten die Minister Blecha und Fischer „fremdenfeindlich“. Sie verkündeten außerdem, daß nach wie vor Autobusse stündlich in die Au fahren, und forderten auf, davon Gebrauch zu machen.

SP-Zentralsekretär Schieder hat bereits Dienstag Abend diese Demonstration scharf verurteilt: Diese „Gegendemonstration“ zeige den wahren Geist der Drahtzieher dieser Aktionen.



**Rollkommando**



M·A·S·H



Nennung in der Au: „Wir sind zuwenig Leut“

Mittwoch war nun wirklich „Lostag in der Au“, jener Tag, den man nun schon seit mehr als einer Woche erwartet und wohl auch herbeigefürchtet hat. Starke Polizei- und Gendarmereieinheiten gelang es, für die Dauer der gestern durchgeführten Rodungen einen großen Teil der Au von Besetzern freizuhalten. Bei den diesmal auch mit Schlagstöcken unterstützten Räumungsaktionen gab es Verletzte und Festnahmen. Dramatische Stunden, wie sie Österreich seit langer Zeit nicht mehr erlebt hat...



Besetzer verlassen vorübergehend die Au: Rückkehr nach Abzug der Polizei am Nachmittag

Bisheriger Höhepunkt der Hainburg-Besetzung

## „Lostag“ in der Au: Harte Konfrontation

VON AZ-REDAKTEUR HERBERT LACKNER

Mittwoch, 6 Uhr: Die Au wird zum Sperrgebiet erklärt. „Alle Personen, die nichts mit dem Bau zu tun haben, sind zum sofortigen Verlassen des Aubeiets aufgefordert“, heißt es in der Bekanntmachung der Sicherheitsbehörden.

In den Lagern und Zelten im Wald schlafen zu dieser Stunde etwa 1000 Kraftwerksgegner. Sechs Stunden lang geschieht nichts. Dann, kurz nach sechs Uhr früh, beginnt ein langer, bedrückender Tag: Beim Zeltlager unter der Donaubrücke kommt es zur ersten Konfrontation zwischen der anrückenden Polizei und den dort nächtigenden Besetzern. Es gibt die ersten Verletzten.

Polizei und Gendarmerie haben ihr Vorgehen gut vorbereitet. Starke Polizeieinheiten mit Schlagstöcken, Visierhelmen und Hunden umstellen ein etwa 300 mal 300 Meter großes Rodungsgebiet und legen einen Stacheldrahtverhau, hinter den die Holzarbeiter einziehen. Gendarmen und Polizisten umstellen inzwischen die näher gelegenen Lager und treiben die darin befindlichen Demonstranten zusammen. Quer durch den Wald blockiert eine andere Gendarmereilinie den Zustrom aus den entfernteren Lagern.

Journalistengruppen in der Au hören mit Geräten den Funkver-

kehr der verschiedenen versprengten Demonstrantengruppen ab: „Hier Zentrale“, sagte eine Mädchenstimme, die von drüben aus Stopfenreuth kommt, „aus Lager zwei kommen keine Leute mehr, geht's alle zum Rodungsplatz.“ Lager vier meldet sich: „Die Gendarmerie legt von der Donau aus Feuerwehrschräume fürs Wasserwerfen in die Au.“

Günther Nennung kommt — es ist etwa neun Uhr — am Gendarmereikordon entlang aus der Tiefe der Au: „Mia ham zuwenig Leut“. Es ist alles abperleget. I geh' jetzt nach Stopfenreuth und ruf den Charly (Innenminister Blocha, Anm.-d. Red.) an.“

Inzwischen ist die erste Welle von Auseinandersetzungen vorbei. Besetzer stehen entlang der Postenkette und verwickeln, wie schon in den Tagen zuvor, die Beamten in Diskussionen über das Kraftwerk, über Bescheide, Gutachten, Recht und Unrecht. „Ich hab' ein gutes Gewissen“, sagt ein junger Polizist, „weil ich hier bin, um das Recht zu verteidigen. Upd ich hab' ein Haus, in dem ich Strom brauch', um zu heizen“. Einige Demonstranten, soweit hat sich die Lage jetzt abgekühlt, bieten Gendarmen in der Kette Zuckerkorn und Nüsse an.

50 Meter weiter sind die Rodungsarbeiten im vollen Gang. Die Arbeiter roden unter Zeitdruck:



Arbeiter beim Roden: Vier Hektar gefällt

pro Minute fallen etwa fünf Bäume. Die Gefahr für die Arbeiter, von einem der fallenden Stämme getroffen zu werden, ist groß.

Auf der Wiese neben der Donau — dort, wo es schon am Montag Auseinandersetzungen gegeben hat — sind inzwischen Gendarmereibusse vorgefahren, in die die Festgenommenen verladen werden. „Auweg“ hat einer in Spiegelschrift, damit man es von außen lesen kann, auf die beschlagene Busscheibe geschrieben. Die Busse

sind von Gendarmen bewacht, die mit den in Stellung gebrachten Feuerwehrschräumen die Besetzer auf Distanz halten. (Der vorgehaltene Presseausweis des Berichterstatters hat wenig Wirkung: Es setzt einen Extrazug von einem Gendarmen, der offenbar an der Echtheit des Papiers zweifelt.)

Gegen 11 Uhr verschärft sich die Lage wieder schlagartig: Eine Gruppe von Besetzern ist von der Rückseite an das Rodungsgebiet herangekommen und steht vor der Stacheldraht- und Polzeisperr-

Ein Polizeioffizier fordert sie mit Megaphon zum Weggehen auf: „Verlassen Sie die Au, wir werden nicht mit Ihnen diskutieren.“ „Wir haben nichts gegen euch, wir wollen nur die Au schützen“, schreit ein Demonstrant zurück. Die Polizisten steigen über die Sperre und nähern sich den Demonstranten. Einige in den vorderen Reihen setzen sich auf den Boden. Polizisten wollen sie wegzerren, es entsteht ein Drängen und Schieben, einige laufen, Polizisten schlagen nun mit den Gummiknüppeln. Ein Besetzer flüchtet auf einen Baum und wird am Bein heruntergezogen. Dann weichen die Besetzer — einige sind festgenommen worden — zurück, die Polizei folgt langsam. Dann wieder in der umgekehrten Richtung: Die Polizisten kehren hinter ihren Draht zurück, die Besetzer folgen. Und wieder ein Ausbruch. Diesmal trifft es auch ein Team des bayrischen Fernsehens, das die Szene filmen wollte und — der Kameramann bekommt sogar einen Knüttelschlag — festgenommen wird.

Polizei und Gendarmerie beginnen nun den ganzen Auabschnitt zu räumen: Die verbliebenen Besetzer in diesem Abschnitt, es sind etwa 500 —, werden in Richtung Damm, dann auf den Damm gedrängt. Schließlich besetzen Polizei und Gendarmerie — letztere unbewaffnet und ohne Helme — auch den Damm. Besetzer, die sich weigerten, ihn zu verlassen, werden die stolle Böschung hinuntergerollt. Ein Hubschrauber kreist in Bodennähe über der Szene.

Eine Arziedelegation aus dem Lorenz-Bühler-Krankenhaus leistet Erste Hilfe.

Am frühen Nachmittag sind die Rodungen für diesen Tag beendet. Zurück bleiben Besetzer, die heftig über das Morgen debattieren. Heute wurde zweifellos das Recht verteidigt. Und doch war es ein Tag der Verzweiflung.

Krejcil: Einsatz der Exekutive war richtig

Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Krejcil, behauptete, die Au-Schützer seien in Wahrheit gegen Österreich und bezeichnete den Einsatz der Exekutive als richtig. Das Vorgehen der Volksbegehrensteute und ihre Haltung sei „typisch nihilistische Dialektik der Gegensätze“.

Scharf kritisierte er das Zusammengehen der Betreiber des Volksbegehrens mit anarchischen und militanten Kräften. Er forderte, die „internationalen Verzweigungen und die Finanzquellen der Hainburg-Gegner“ sorgfältig zu prüfen. Und zum Einsatz der Exekutive: Toleranz könne man nur jenen geben, die selber Toleranz üben.

# Blutiger Morgen in der Au: Umzingelt und geprügelt

## Blecha schickte aggressionsgeladene Einheiten

Noch um drei Uhr morgens sah es ganz danach aus, als würde hier in der Stopfenreuther Au Räuber und Gendarm gespielt. In der verschlafenen Ortschaft kamon laufend Pkw und Busse an, gut besuchte Besetzer umgingen die Gendarmeriesperren, schlugen sich mit Proviant und Wasserkanistern ins Unterholz der Auwälder und tauchten drei Stunden später tatsächlich im Lager 1 wieder auf. Sie liefen direkt der Knüppelgarde junger Wiener Polizeichargen in die Arme...

Polizeibrutalität war der große Trumpf an diesem einzigartigen Morgen. Direkt unter der Konstruktion der Altenburger Donaubrücke spielten sich die Szenen des Entsetzens, der schreienden Wut und der kalten Ernüchterung ab. Benommen taumeln blutig geschlagene Frauen an uns vorbei, gestützt von Freunden, völlig fassungslos über das, was mit ihnen geschehen ist.

Zuerst saßen sie im Lager 4, kurz nach sechs Uhr früh wurden sie von einer Abteilung der niederösterreichischen Landesgendarmerie umzingelt und ganz friedlich zum Sitzenbleiben genötigt. Sie wurden abgeschnitten von jenen rund 50 Besetzern, die sich verzweifelt vor den Koloß eines Greifarmbaggers warfen, um ihn am Wegräumen der Barrikaden zu hindern. Fünfmal formierte sich diese Schar junger Leute, fünfmal wurden sie an Händen und Füßen, an den Harren und am Hals herausgezogen und über die Böschung des Damms geworfen. Schreiende Menschen, weinende Gesichter.

Der Einsatzleiter dieser Gruppe, Hauptmann Bonweiser, mußte zugeben, daß hier keinerlei Gewalt gegen die Beamten angewendet wurde, aber die Besetzer beklagten sich über Würdegriffe und Nierentreitte.

### „Ausschließlich reife Beamte“

Das Baggercharmützel war aber nur das Ablenkungsmanöver für den großen Aggressionsausbruch der kaserneierten und jetzt in der Au auf die Besetzer losgelassenen Jungpolizisten des Wiener Grundausbildungslehrganges. 400 waren es laut Innenministerium, 800 bis 1000 nach Schätzungen der Demonstranten. Von „miteinander keinen

Hauch zu spüren, hier offenbarte sich nur schwer noch zu kontrollierende Wut, die in unbefehrigter Feindseligkeit umschlug, sobald ein Einsatzbefehl ihnen „freie Hand“, sprich freien Knüppel, gab.

Innenminister Blecha enttarnte sich mit dem Einsatz dieser Einheiten selbst: Von den „ausschließlich reifen, besonnenen Beamten“, von denen er noch am Sonntag sprach, war nur am Rande des Geschehens etwas zu sehen, die Dreckarbeit verrichtete für ihn unbefehrigte, fast bis zur Grenze des Totschlags gehende Jungpolizisten mit Vollvisierhelmen, Knüppeln, auf den Mann dressierten Hunden und umgeschallten Schußwaffen.

### Von Baggerschaufel verletzt

Mehrere hundert Mann dieser Sondereinheit riegelten nun das zur Rodung vorgesehene, zirka vier Hektar große Gebiet ab, die Hundestaffel „schützte“ eine Planierraupe, die quer durch die Au ihre meterbreite Vernichtungspur zog. Und trotzdem gelang es, diese Raupe zu entern — nachdem sie einen Mann mit der Schaufel am Kopf erwischte und verletzt hatte, kam sie zum Stillstand. Die Besetzer sangen von der Raupe herunter ihr „We shall overcome“ und reichten dem Fahrer einen Becher Tee.

Die Polizei wartete auf Verstärkung. Sie kam im Laufschrift — und wieder das Bild, das wir an diesem Morgen schon so oft gesehen hatten: Zwanzig, dreißig Demonstranten, umzingelt von doppelt sovielen „Staatschützern“, knurrende Hunde, fliegende Gummiknurren, getretene Frauen, über Stock

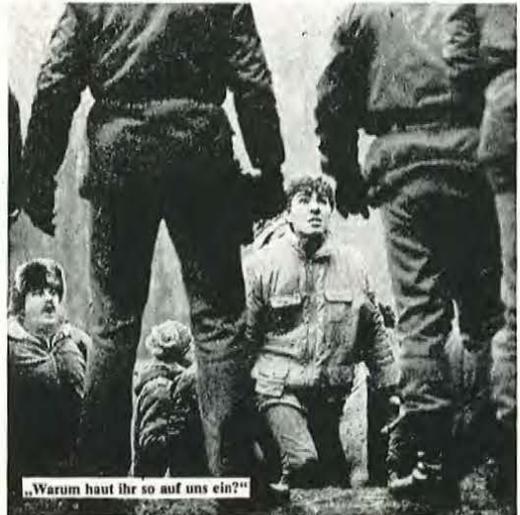
und Stein gezerrte Männer, Alte und Junge, blutende Gesichter, Schreie der Angst und des Entsetzens.

### Terror gegen Journalisten

Neben dem Lager 1 ist ein Mann an einen Baum gefesselt. Die nach hinten um den Baumstamm gebogenen Hände sind mit Handschellen gefesselt. Wir gehen auf ihn zu, aus den Büschen stürzen vier Beamte, aufgeregt, schweißgebadet. „Halt, halt, Friede, wir sind nur Presse.“ „Dann hauts am besten gleich wieder ab — und zwar ohne Photo, sonst müssen wir in Ihrer Kamera nach Rauschgift suchen...“

Wir befolgten den freundlichen Rat unserer „Freunde und Helfer“, wir verzichteten sowohl auf blutige Schrammen als auch auf kaputte Kameras. Andere Kollegen hatten weniger Glück: Bei der Ausübung ihrer Berufspflichten wurden mehrere Kollegen — darunter ein Fernsichteam der ARD — festgenommen, andere zusammengeschnitten, getreten, von Hunden angesprungen, Photoreportern wurden Kameras entrisen und beschädigt.

Die Orgie der (Polizei-)Gewalt in der Stopfenreuther Au hat vielen der friedlichen Besetzer unmißverständlich klargemacht, wo „der Spaß“ ein Ende hat — nämlich dort, wo „höhere“, kapitalkräftige, profitsüchtige Interessen im Spiel sind. Dann, so hat sich gezeigt, werden die Fronten klar gezogen. Demokratie ist nicht, daß engagierte Menschen etwas mitzureden haben, Demokratie ist, was die „Sozialpartner“ zur Durchsetzung ihrer Interessen brauchen. Das ist manchmal ganz schön blutig...  
 vene maier



# Sturm auf die Hainburger Au: Polizeitruppe schlug hart zu



KURIER-Bild: Hubert Kugler

Die Exekutive schlug in der Au hart zu: Es gab Dutzende Verletzte, zahlreiche Festnahmen und Proteste

## Österreich-Lösung

So sieht also „die österreichische Lösung“ des Konflikts um Hainburg aus. Blutige Köpfe, vergiftete Gedanken.

Jawohl, wenn Ausschützer eine Postenkette durchbrechen wollen, dann müssen sich die Beamten mit dem Gummiknüttl wehren. Einerseits. Andererseits hat sich Blechas Wiener „Bürgerpolizei“ beim Prügeln hervorgetan, während die Gendarmen Zurückhaltung übten.

Fred Sinowatz, Karl Blecha haben sich in eine häßliche Situation hineintreiben lassen. Von einem Anton Benya, der seinerseits ein Getriebener ist.

Ein seltsames Krisenmanagement. Man hat die Leute mit dem Justament-Beharren auf den Baubeginn hier und jetzt in die Au getrieben. Man hat den größten Natureingriff seit langem Herrn Brezovszky überlassen, dem verkörperten Rechtsstandpunkt.

Eine österreichische Lösung hätte man schon viel früher suchen müssen. Jetzt wird es wohl zu spät sein.

Rau

Mit größter Härte wurde Mittwoch früh die Hainburger Au von Umweltschützern geräumt, die die Rodungen für das umstrittene Kraftwerk verhindern wollten.

Vor allem die Truppe der Wiener Polizei kannte keine Schonung: Frauen und Kinder wurden geschlagen, Männer in Gräben gestoßen und geprügelt, Journalisten verprügelt. Kameras zweier TV-Teams wurden zerstört und Filme aus

diversen Fotoapparaten gerissen. Schließlich begann auf einem etwa fußballfeldgroßen Stück die Rodungsarbeit. Ein starker Kordon schirmte die Arbeiter ab, Au-Schützer, die den Ring durchbrechen wollten, wurden geknüppelt.

Obwohl ein Lager der Au-Besetzer total zerstört, ein zweites umzingelt wurde, wollen die Demonstranten nicht aufgeben. Bilanz des Sturms: 15 verletzte Demonstranten, fünf verletzte Exekutiv-

beamte. Ein Gendarm zog aus den Knüppelszenen die Konsequenz: Er trat aus Protest aus der Gendarmerie aus.

Mittwoch nachmittag gab es in Wien eine Demonstration, für Freitag folgt eine Greenpeace-Aktion vor dem DoKW-Gebäude in Wien.

● Welle der Sympathie für „Besetzer“ des Rodungsgebiets

# 40.000 Menschen bei Demonstration in Wien

# Das war die brutale Schlacht

Wer weiß, wie viele Exekutivbeamte Mittwoch früh gegen ihre innere Überzeugung auf höheren Befehl zur Räumung der Au schritten? Ein Beam-

## Ein Gendarm nahm Hut, Hilferuf per Telegramm

ter jedenfalls hat, einer Meldung aus der Einsatzzentrale zufolge, aus Protest gegen die Polizeiaktion seinen Dienst an Ort und Stelle quittiert!

Zur gleichen Zeit richtete Au-Schützer Friedensreich Hundertwasser einen Hilferuf an den Bundespräsidenten,

den Kanzler und an Kardinal DDR. König: „In dieser Stunde des vorweihnachtlichen Friedens... richte ich einen dringenden Appell an Sie, mit der Macht Ihres Gewissens und Ihres hohen Amtes der drohenden Konfrontation in der Hainburger Au Einhalt zu gebieten. Das ökologische Bewußtsein ist ein neuer österreichischer Patriotismus, der von Stunde zu Stunde mehr die Herzen... erfüllt. Bäume zu schützen kann kein Unrecht sein... Man muß sich auf den Frieden mit der Natur umstellen, darf ökologisches Unrecht nicht geschehen lassen, um zukünftigen Generationen Leben zu ermöglichen. Hainburg ist eine Dimension geworden, die jede politische Verantwortung übersteigt... Bitte helfen Sie, daß diese historische Wende ohne Blutvergießen und ohne Märtyrer vollzogen werden kann.“



Auch ein „Angriff“, allerdings von einem Uniformierten



Er fängt den Flüchtenden ein, zwingt ihn zu Boden



Drei Beamte umringen ihr Opfer, das sich nicht wehrt

Mittwoch, sechs Uhr früh, begann ein 600 Mann starkes Prügelkommando der Wiener Polizei die Stopfenreuther Au zu räumen und entfesselte brutal die befürchtete Schlacht gegen 1000 Umweltschützer. Sie knüppelten, traten und warfen Frauen und Kinder, Männer in Gräben, rissen Journalisten zu Boden und Filme aus den Kameras. Auch Gendarmen waren im Einsatz – weniger wütend. Einer der Beamten setzte ein Zeichen: Er quittierte aus Protest den Dienst. 14 Naturschützer und fünf Gendarmen wurden verletzt. Es wird gerodet.

Ein 600 Mann starkes Räumkommando der Wiener Polizei verwandelte mit bisher nie gesehener Brutalität die Stopfenreuther Au Mittwoch früh in ein Schlachtfeld: Beamte knüppelten, traten mit den Stiefeln, schlugen mit Fäusten, warfen und stemmten sich gegen 1000 friedliche Umweltschützer, als wären es Soldaten eines feindlichen Heeres.

Blutverschmierte Gesichter, Ohnmächtige, Schwerverletzte, Nasenbrüche, Tragbahnen. Wieder Fußtritte, Schmerzensschreie und der verzweifelte Sprechchor der Naturschützer: „Aufhören, aufhören!“, überönt vom Kommando eines Polizeioffiziers per Megaphon: „Keine Waffengewalt!“ Trotzdem sausten schon die Gummiknüppel wahllos in die Menschenkette der Umweltschützer: Wie Komparsen eines blindwütigen Regisseurs waren Hundertschaften von Polizisten mit zur Unterstützung der Gendarmarie in die Au gezogen.

Naturschützer stellten sich ihnen mit rotweißroten Fahnen entgegen und sangen die Bundeshymne, aber die Beamten rissen sie aus ihren Händen, wickelten das Tuch um den Hals von Demonstranten und zerrten sie weg.

### Alarmabteilung stürmte die Barrikaden

An den Barrieren beim Rodungsplatz herrschte um sechs Uhr früh das Chaos, Entsetzen in den Gesichtern der Umweltschützer, als die mit Helmvisier und Schlagstöcken ausgerüstete Alarmabteilung der Wiener Polizei die Holzbarrieren stürmte, während Bulldozer mit laufendem Motor warteten.

Eine Schubraupe riß beim

Wenden mitten in der Schlacht einen Baum um, der Stamm stürzte auf einen Naturschützer und verletzte ihn schwer. Er blieb zunächst ohnmächtig liegen und wurde dann mit einer Tragbahre weggetragen. Das Baufahrzeug war kurz darauf von Umweltschützern be-

Aus der Au berichten Brigitte R. Winkler, Christian Purkhard, Michael Mattuschka, Wilhelm Theuretsbacher, Ernst Bieber, Michael Jäger, Friedrich Babitsch, Georg Spiegelhofer (Text) und Gerhard Sokol, Hubert Kluger und Robert Gaudriot (Bilder).

hängt, vor und zwischen den Ketten lagen Menschen.

Die Gummiknüppel der Polizei trafen auch KURIER-Reporter Christian Purkhard, Michael Mattuschka und Wilhelm Theuretsbacher. Purkhard kehrte mit schweren Prellungen, einer Beule am Kopf und einem unbeweglichen linken Arm sowie starken Nierenschmerzen in die Redaktion zurück. Einem Team des Deutschen Fernsehens ARD wurde die komplette Ausrüstung zerstört, dann wurden die Deutschen zusammen mit Mattuschka festgenommen und verhört.

Einer Fotografin wurde der Film aus der Kamera gerissen, einem Kollegen das Fotoobjektiv zertrümmert, auch die Kamera eines ORF-Teams beschädigt. Ferner wurden die Journalisten Blaha, Schröpfer und Wendl verletzt. Blaha wurde mit Demonstranten über eine Böschung geworfen. Das ARD-Team wird sich bei

Der an diesem Mittwoch „wichtigste“ Politiker Österreichs, Innenminister Karl Blecha, sei angesichts der Ereignisse in der Hainburger Au unbestrittener denn je, er sei der „Krisenmanager“ dieser Regierung, sei echt handlungsfähig und habe durch seine Entscheidungen vor allem beim ÖGB, aber auch in der SPO äußerst starken Rückhalt! So wurde dem KURIER gegenüber in den Mittagstunden die Position Blechas beschrieben, der zur selben Stunde die Aubesetzer um Mäßigung beschwor...

„Wenn sich die Leute an die ausgemachte Passivität gehalten hätten, dann wär' gar nix passiert“, argumentiert man im Innenministerium in Be-

## Blecha hat ÖGB hinter sich, Sinowatz schweigt

antwortung auf die Frage, was man zu den bereits Verletzten sage. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß, hätte Blecha nicht eingegriffen, der „ÖGB marschiert und noch ärgeres passiert wäre“.

Der Innenminister sei in seiner Position ungefährdet – die da und dort auftretenden Rücktrittsgerüchte wurden als „kompletter Blödsinn“ weggeschwächt. „Der Minister hat doch nicht blind und blöd Truppen in die Au

gehetzt, er hat einen, wenn auch mühsamen Mittelweg gewählt. Am wichtigsten war es, eine direkte Konfrontation der Demonstranten mit den Arbeitern zu vermeiden. Und das ist ja gelungen!“ Wie lange der Zustand in der Au, so wie er am Mittwoch war, andauern wird, „ist derzeit noch nicht abzuschätzen“, wurde erklärt.

Zu keinerlei Stellungnahme gegenüber dem KURIER war an diesem Mittwoch Bundeskanzler Fred Sinowatz

bereit, „er will nichts sagen“, „er muß sich erst informieren“, wurde betont.

Und dies, obwohl laut Blecha Kanzler Sinowatz von ihm selbst immer auf dem Stand der aktuellsten Ereignisse gehalten worden war.

Ob die „Bunkerstimmung“ der SPÖ-Mächtigen auch nach der Groß-Demonstration am Abend in Wien anhält?

Der Protest der Jungen Generation der SPÖ-Wien gegen den Exekutiventsatz in der Au wurde ebenso als belanglos beiseite gewischt wie die Aufforderung der Linzer Hochschülerschaft an Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, diese Regierung abzuberufen und Neuwahlen auszuschieben. h. w.

# gegen die Umweltschützer

Innenminister Blecha beschwerten; der KURIER protestierte noch Mittwoch schärfstens über die Behinderung von Journalisten.

KURIER-Redakteurin Brigitte Winkler war mit Naturschützern im Lager 1 eingeschlossen und wie alle anderen gezwungen, in einem von oben einsehbaren Zelt unter den Augen der Polizisten ein WC zu benutzen. Ein Tonbandgerät wurde ihr entrissen und von Polizisten gelöscht. Naturschützer haben 200 Sachverhaltsdarstellungen gesammelt, mit einer Flut von Anzeigen ist zu rechnen.

Das Rodungsgebiet wurde neuerlich mit einem messerscharfen Stacheldrahtverhau umgeben. 40 Holzarbeiter hatten auf einem fußballfeldgroßen Areal mit den Schlägerungen begonnen, abgeschirmt von einem starken Kordon der Exekutive.

Arbeiter und Polizisten hatten in den Morgenstunden um etwa 5.30 Uhr die Naturschützer getäuscht und zunächst einen Einsatz beim Lager vier unter der Hainburger Brücke begonnen. Sie wollten einer Schubraupe den Weg bahnen, aber 30 Umweltschützer hatten sich an das Fahrzeug gehängt.

Die Holzfäller gelangten während dieses Ablenkungsmanövers indessen unbehindert zum Rodungsplatz. Bis in die Mittagsstunden waren drei Lager teilweise geräumt, 14 verletzte Naturschützer im Krankenhaus eingeliefert; Kreislaufkollaps, Nasenbeinbruch, übersät mit blauen Flecken.

Fünf Gendarmen wurden ebenfalls als verletzt gemeldet, einer wurde von einem fallenden Baum getroffen und mit Beinbruch eingeliefert. Das Rote Kreuz war mit einem Katastrophenzug, Geländefahrzeugen und einem Großraumzelt gekommen und holte ständig Verletzte aus der Au. Dutzende meldeten sich freiwillig nicht.

Kurz nach Bekanntwerden der Schreckensszenen in der Au hißte die Bevölkerung von Witzelsdorf, einer Kleingemeinde zwischen Stopfenreuth und Eckartsau, zum Zeichen der Sympathie für die Au-Besetzer die österreichi-

sche Fahne mit Trauerflor. In den Straßen standen Mädchen und ältere Frauen und weinten wie beim Ausbruch eines Bürgerkrieges. Auch in der Au ließen viele Demonstranten blaß und verzweifelt ihren Tränen freien Lauf.

Während Lager 1 mit rund 250 Zelten bereits in den Vormittagsstunden geräumt war, setzten sich Dutzende Busse mit Sympathisanten aus Wien in Bewegung, wurden aber bereits an der Stadtgrenze von der Gendarmerie gestoppt.

Die Situation verschärfte sich zusehends, als auch noch Diensthunde eingesetzt wurden. Die Tiere stürzten sich knurrend mit Beißkörben auf Naturschützer, zerkratzten ihr Gesicht, während lastwagenweise messerscharfer Stacheldraht abgeladen wurde: Mit Dreizackklingen versehen, sind die Zäune nachts tödliche Fallen.

Ein Naturschützer hatte sich mit Kette und Handschellen an einen Baum gefesselt, es war jedoch nur eine Frage der Zeit, bis auch dieser Stamm von Motorsägen durchschnitten war. Nachmittags war die vorgesehene Fläche, groß wie ein Fußballfeld, gerodet.

Unfaßbar waren die offiziellen Meldungen der verantwortlichen Behörden. Niederösterreichs Sicherheitsdirektor Dr. Emil Schüller teilte mit: „Uns sind Journalisten in der Au sehr recht, wir haben nichts zu verbergen.“ Der Einsatz der Gummiknüppel sei nur ein Akt der Notwehr.

Rund 55 Auwaldschützer wurden festgenommen. Bauern aus Eckartsau standen mit Traktoren bereit, um nachts den Sperrkordon der Gendarmerie zu durchbrechen und den Demonstranten Stroh in die Au zu bringen.

## Demonstration vor der Wiener Oper

Um 16.30 Uhr hatten sich vor der Wiener Oper Tausende Menschen zu einer Demonstration versammelt.

Auf dem Schlachtfeld Au gab es nachmittags nur noch ein Bild der Verwüstung. Verbrannte Schlafsäcke, Kleiderfetzen, umgesägte Bäume und irgendwo unter der Erde der Au ein Stück Demokratie.



So sahen die „Angriffe“ auf die Polizisten aus: Ein helmschützer Beamter stürzt sich auf ungeschützte friedliche Demonstranten

Innenminister Blecha wünscht sich nachstehende

## Entgegnung

Sie schreiben im KURIER vom 18. Dezember 1984 auf Seite 15 unter der Überschrift „20 Bäume gefällt – dann kehrte in der Au wieder Ruhe ein“ folgendes:

„Eine Polizeistaffel mit 40 scharfen Schäferhunden war eingetroffen, als um 5.30 Uhr früh erstmals seit einer Woche wieder die Motorsägen heulten.“

Diese Behauptung ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß keine einzige Hundestaffel der Bundespolizeidirektion Wien bei der gewaltfreien Aktion eingesetzt war.

Und auf Seite 15, unter dem Bild rechts oben, schreiben Sie folgendes:

„Sie können ja hinausgehen, wenn sie Hunger ha-

ben“, sagte Innenminister Blecha.

Diese Behauptung ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß der Bundesminister für Inneres, Karl Blecha, eine derartige Aussage nicht gemacht hat.

Sie schreiben im KURIER vom 15. Dezember 1984 auf Seite 15 unter der Überschrift „Wochenende in der Au: Zehntausend erwartet!“ folgendes:

„Die Indizien verstärkten sich Freitag, daß Telefone und CB-Funk im Auftrag der Staatspolizei abgehört werden.“

Diese Behauptung ist unwahr.

Wahr ist vielmehr, daß es seitens der Staatspolizei keinen Auftrag zum Abhören

der Telefone und des CB-Funks gegeben hat.

★

Während das Rote Kreuz bereits 14 verletzte Umweltschützer aus der Au trug, gab das Innenministerium mittags offiziell die Zahl der Verletzten bekannt: fünf Gendarmen, ein verletzter Demonstrant. Innenminister Blecha, konfrontiert mit dem Einsatz der Polizei gegen Journalisten: „Das halte ich für grotesk“ (Mittagsjournal, ORF). Zum Vorwurf, Journalisten seien aufs grösste in der Pflicht der Berichterstattung behindert worden: „Sie dürfen sich sonst überall frei bewegen.“ Nur vom Gebiet der Rodungen seien Journalisten von der Exekutive ferngehalten worden, damit sie nicht „verletzt“ würden. Wie

groß dieser Schutz war – siehe Hauptbericht.

Blecha will übrigens auch nicht hören, daß Auwaldschützer „ausgehungert“ werden. KURIER-Redakteurin Brigitte Winkler gehörte jedoch selbst zu den Eingeschlossenen: Wir durften nicht einmal aus dem Polizeikordon hinaus, um unsere Notdurft zu verrichten.“

Der Einsatz von Diensthunden – von Blecha heftig dementiert – ist ausreißend mit Fotos dokumentiert. Außerdem haben KURIER-Reporter die Nummern der Einsatzfahrzeuge notiert.

Das Abhören des CB-Funks ist ebenfalls belegt: Auf einer Anhöhe wurde ein Kleinwagen entdeckt, abgedunkelt, mit laufendem Motor und Standheizung, vollgestopft mit Geräten, eine Antenne hoch ausgefahren. Zwei Männer haben in dem Wagen stundenlang hantiert.

Von Stacheldraht wollte der Minister ebenfalls nichts wissen ...



Diensthunde kamen zum Einsatz: Weiß Blecha davon? (Siehe Entgegnung)

**Nach den Zusammenstößen von Hainburg: Schweigen der Regierung**

# Kirchschläger läßt Besetzern nur wenig Hoffnung

HERWIG SCHMIDL

**KOMMENTAR**



Es sind die Schlechtesten nicht, deren Blut an diesem denkwürdigen Dezembertag in den Boden der Stopfenreuther Au geflossen ist. Es sind die Schlechtesten nicht, auch wenn sie jetzt von der Regierung als Extremisten gebrandmarkt werden.

Es sind die Besten nicht, die da an der Regierung sind. Drohen, verhandeln, drohen, verhandeln, um dann erst recht mit aller Härte zuzuschlagen – das zeigt doch, wie instinktiv diese Regierung in ihre erste Bewährungsprobe hineingetaumelt ist.

Es stimmt schon, daß die Aubesetzung mehr war als ein Umweltprotest, daß das ein Protest gegen die Art des politischen Managements war.

Aber welchen politischen Managements? In letzter Zeit hat es sich eingebürgert, daß das Volk von seiner Regierung angelogen wird: Den VOEST-Arbeitern, so hieß es, werde kein einziger Schilling an Sozialleistungen weggenommen. Kaum waren dort die Betriebsratswahlen vorbei, wurden selbstverständlich Sozialleistungen gestrichen. Der Innenminister droht mit Klagen, weil in der Stopfenreuther Au ja keine Hunde eingesetzt würden. Tags darauf kann er sich seine Diensthunde abfotografieren in der Zeitung anschauen. Bis zuletzt sagt diese Regierung, die Besetzung der Hainburger Au werde gewaltlos aufgelöst – und hatte den Einsatzbefehl schon gegeben.

Löst doch das Volk auf und wählt euch jenes, das ihr haben wollt: Die untertänigsten Ja-Sager, die Speichel-lecker, die auf allen vieren zu euch um Subventionen gekrochen kommen.

In Hainburg wurden, laut Augenzeugenberichten, Kinder mit Polizeiknüppeln geschlagen. Dieser Staat, der so

Ohne Versöhnung endete am Mittwochnachmittag ein Gespräch von Hainburg-Gegnern mit Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der den Umweltschützern erklärte: „Durch meine Funktion muß ich doch eher den Standpunkt der Regierung ver-

treten.“ Noch eine weitere Rückendeckung bot das Staats- oberhaupt der Regierung, die eine teilweise Räumung der Stopfenreuther Au in den gestrigen frühen Morgenstunden veranlaßt hatte: Keine Regierung hätte nach Meinung des Präsidenten hinnehmen

können, daß sich Demonstranten hinsetzen und Widerstand gegen einen Bescheid leisten.

Einziger Hoffnungsschimmer auf eine Entspannung: Kirchschläger deutete an, daß er mit den Entscheidungsträgern „sprechen kann“ ...



Delegation der Hainburg-Gegner bei Kirchschläger: „Mit jedem Verletzten wird es schwieriger, eine Lösung zu finden!“

## In der Kälte des Dezembers



Da ist viel zerbrochen und zertreten worden

stolz war auf seine Pressefreiheit, hat Journalisten, die nichts als ihre Arbeit taten, geschlagen und getreten. Zertreten ist da noch viel, viel mehr worden.

In der Umgebung der Hainburger Au haben die Menschen ihre Häuser schwarz beflaggt. Männer und Frauen standen auf den Marktplätzen ihrer Dörfer und weinten stumm in sich hinein. So denkt ein großer Teil des Volkes.

Nächstes Jahr feiert Österreich 2 seinen 40. Geburtstag. Es wird kein ganz ungetrübt fest sein. Der Schatten des 19. Dezember wird sich lang und kalt auf diesen Geburtstag legen.

Die Regierung und ihre Nachbeter haben stets den Standpunkt vertreten, sie vertrete das Recht. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes sagt jetzt, man solle doch die Entscheidungen der Gerichte abwarten. Also ist die Regierung nicht im alleinigen Besitz des Rechtes. Was ist, wenn höchstgerichtlich festgehalten wird, daß mit dem Bau dieses Kraftwerkes voreilig begonnen wurde?

Dann wäre das Blut umsonst geflossen. Vergeblich war es nicht, denn die nächsten Wahlen kommen bestimmt

**G**espensische Stille im Audienzsaal der Präsidentschaftskanzlei: Bundespräsident Rudolf Kirchschläger blättert einen Stoß von KURIER-Bildern durch, aufgenommen am Mittwochmorgen in der Stopfenreuther Au. „Das ist sehr scheußlich“, kommentiert er schließlich im Flüsternden die Prügelszenen, derentwegen eine Delegation des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens um eine dringende Unterredung gebeten hatte.

Freilich: In der Sache des umstrittenen Kraftwerksbaues gab es keinerlei Entgegenkommen des Staatsoberhauptes, was Delegationsleiter Günther Nennung anschließend als Niederlage zugab: „Ja, ich habe ein anderes Ergebnis erwartet.“

Knapp eine Minute vorher hatte Kirchschläger das Gespräch mit den Worten „ich kann Ihnen nichts anbieten“ geschlossen. Was das bedeutet, interpretierte Nennung so: „Es ist damit zu rechnen, daß die Entwicklung morgen blutiger verläuft.“ Mit jedem Ver-

letzten aber – darin herrschte Einigkeit zwischen allen Gesprächsteilnehmern – wird es schwieriger, eine Lösung zu finden.

Tatsächlich scheint die Situation in der seit elf Tagen besetzten Au völlig verfahren. Nachdem Polizeibeamte am Mittwoch den Schlägertrupps den Weg freigemacht

hatten, bekamen die Demonstranten in der Au sogar noch weiteren Zulauf: Nennung will nun intellektuelle und Künstler, die sich „moralisch verantwortlich“ fühlen, in die Au bringen – „wenn wir geprügelt werden, werden wir halt geprügelt. Die jungen Menschen werden auch geprügelt.“ Schützenhilfe bekommt das

Volksbegehren nun auch von 200 Hochschullehrern, die („man mag zu Hainburg stehen, wie man will“) bezweifeln, daß bei der Bauentscheidung die „Grundsätze des demokratischen Rechtsstaates und der politischen Fairneß“ eingehalten wurden. Eine entsprechende Beschwerde liegt nun beim Verwaltungsgerichtshof, der nun über die Parteistellung im Natur-schutzverfahren neu zu entscheiden hat – und das könnte sogar „aufschiebende Wirkung“ für den Bau erlauben, bedeuten. Verwaltungsgerichtspräsident Viktor Heller mahnt zu Zurückhaltung: „Der Gerichtshof soll sich in Ruhe damit befassen können.“

Während Tausende Hainburg-Gegner gestern in Wien demonstrierten und ein 40köpfiges Grüppchen die Tiroler SP-Zentrale besetzte, hielten sich die Politiker mit Stellungnahmen zurück. Nur Wiens VP-Chef Erhard Busek proklamierte den gestrigen Tag zum „Tag der nationalen Schande“. CONRAD SEIDL ■



Ein Verletzter wird abtransportiert

Rund 40.000 Menschen demonstrierten in Wien

# Nach Prügelszenen Sympathiewelle für die Aubesetzer

Spontan versammelten sich Mittwoch nachmittag Tausende Anti-Hainburg-Demonstranten vor der Wiener Oper. Innerhalb kürzester Zeit schätzte selbst die Polizei die Menschenmasse auf 14.000 Kopfe. Umweltschützer schätzten 30.000 oder sogar bis 40.000 Demonstranten. Frauen mit Kleinkindern, Schüler, Studenten, Männer nach

Büroschluß mit dem Aktenkoffer waren gekommen, um völlig friedlich die Bundeshymne zu singen – und sich anzuhören, was die geprügelten Ausschützer erlebt hatten. Rotweißrote Flaggen mit Trauerflor ragten ebenso wie Spruchbänder (Au, Du mein Österreich) aus der Menge heraus. Bald waren Ring, Kärntner Straße und der Platz vor der

Oper, ja die ganze Wiener Innenstadt „schwarz“ vor Menschen. Dennoch verlief die Kundgebung friedlich.

Applaus brandete nur auf, als die Podiumsredner die Fairneß der niederösterreichischen Gendarmen betonten. Pfiße aber für die Wiener Prügelpolizei in der Au.

In Zehnerreihen marschierte der endlose Zug von Sympathisanten dann von der Oper über den Ring zum Ballhausplatz. Dabei wurden Weihnachtslieder, Friedens- und Aulieder gesungen. Der Verkehr brach zusammen. Straßenbahnen standen still.

Die friedliche Demonstration endete schließlich vor dem Stephansdom.

Erste Reaktionen nach dem Sturm auf die Au: Lehrergruppen, enttäuschte Gewerkschafter, 200 Beamte der Gemeinde Wien, namhafte Wissenschaftler und Künstler bombardierten die Bundesregierung mit Protesttelegrammen. Für morgen, Freitag, kündigt Greenpeace Österreich um 10 Uhr eine Kundgebung vor der DOKW am Wiener Parking an.



Es war wie in den letzten Tagen: Die Polizei schätzte kräftig daneben – es waren 40.000



Friedlich und ohne Zwischenfälle verlief die gewaltige Sympathiekundgebung



Ironische Festwünsche für Innenminister Blecha

KURIER-Bild: Lukas Perce

## 20.12.1984 Salzburger Nachrichten



Karikatur: H. Hutter

### „Gegen demokratischen Rechtsstaat“

Namhafte Universitätsprofessoren, Wissenschaftler und Künstler stellten sich Mittwoch in die Reihe der „Hainburg-Gegner“. Vielen von ihnen geht es dabei nicht in erster Linie um den Schutz der Au-Landschaft, sondern auch um das rechtliche Verhalten der Politiker und Behörden. Universitätsprofessor Wilfried Platzgummer bezeichnete das Vorgehen der Behörden als rechtlich unerträglich. Professor Platzgummer ist Vorstand des Instituts für Strafrecht an der Universität Wien. Einen Appell der Künstler und Wissenschaftler haben unter anderem auch wie Schauspieler Richard Eybner und Romuald Pekny sowie der Komponist Gottfried von Einem und die Maler Friedensreich Hundertwasser und Ernst Fuchs unterschrieben. Auf wissenschaftlicher Seite unterzeichnete auch der Wiener

Ärztammerpräsident Professor Hermann Neugebauer den Aufruf. Insgesamt haben bis gesternabend über 300 Persönlichkeiten unterschrieben. Im Aufruf heißt es: „Man mag zu Hainburg stehen wie man will – der Weg, den unsere verantwortlichen Stellen eingeschlagen haben, widerspricht den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und der politischen Fairneß, weil

- ◊ die Einrichtungen der direkten Demokratie durch die Setzung vollendeter Tatsachen unterlaufen,
- ◊ wissenschaftliche Gutachten, die den Behörden als Entscheidungshilfe dienen sollten, mißachtet oder zu-

rechtgebogen und

- ◊ internationale Abkommen mehr ernst genommen werden

Bei dieser Sachlage darf man nicht wundern, wenn viele Menschen an unserem demokratischen Rechtsstaat zu zweifeln beginnen voran die Jugend, die sich an Ideale bewahrt hat. Die Protesten des zivilen Ungehorsams Zeugen wir heute sind, sollte eine ernste Mahnung sein. Die Zeichen rufen alle Verantwortlichen auf, den Rechtsstaat Grundwerte der Demokratie mit Lippen zu bekennen wirklich zu achten.“

SN-Mitarbeiter Hannes Rosner sah den zweiten Polizeieinsatz in der Stopfenreuther Au:

## Die Polizei setzte doch die Schlagstöcke ein

Verletzte Demonstranten und Exekutivbeamte sowie vier Festnahmen sind die „Bilanz“ nach dem siebenstündigen Polizeieinsatz Mittwoch in der Stopfenreuther Au bei Hainburg. Mittwoch früh um punkt sechs Uhr begann der schon seit geraumer Zeit erwartete zweite Polizeieinsatz in der Au. Gesetzliche Grundlage war die (in einem Teil der gestrigen Ausgabe der SN bereits veröffentlichte) neue Verordnung der Bezirkshauptmannschaften Gänserndorf und Bruck an der Leitha. Durch diese neue Verordnung wird das gesamte derzeit besetzte Gebiet zum Sperrgebiet erklärt. Gegenstände, die zum unerlaubten Aufenthalt dienen, wie Zelte und Lebensmittel, sind demnach zu entfernen und das Betreten des Gebietes ist verboten. Diese Anordnungen können durch unmittelbaren Zwang vollzogen werden. Fotokopien dieser Verordnung wurden während der Nachtstunden an Bäumen in der Au angeschlagen.

Während der Aktion der Exekutive, bei der es gelang, ein etwa fußballfeldgroßes Gebiet westlich der Donaubrücke bei Hainburg zu räumen, waren etwa 1000 Demonstranten im besetzten Gebiet. 40 Holzarbeiter füllten die Bäume hinter einem dichten Polizeikordon. Die Wiener Polizisten, die mit Schlagstöcken und Vollvisierhelmen ausgerüstet waren, standen Schulter an Schulter rund um das Ge-

biet. Diese Fläche, die jedoch außerhalb des besetzten Gebietes liegt und auch weit außerhalb der zur Errichtung eines Wildzooes ausersehenen Fläche, wurde selbst für Kamerteams zum Verhängnis. Das Team des Bayerischen Rundfunks wurde für Stunden festgenommen.

Unterdessen wurden die Lager vier und eins von Gendarmeriebeamten dicht umstellt. Die Demonstranten innerhalb dieser Lager verhielten sich völlig ruhig. Eine größere Anzahl von Umweltschützern, die sich innerhalb des „Hubertusdamms“ befand, rannte sofort zu einer unter der Dona-

naubrücke geparkten Schubraupe. Auf dieser befanden sich innerhalb kürzester Zeit an die 20 Demonstranten. Starke Gendarmeriekräfte, unterstützt von mehr als 15 Hunden (alle mit Beißkorb), ersuchten die Demonstranten mehrmals, das Wegfahren der Baumaschine zu ermögl-

chen. Doch blitzschnell waren etwa 100 Demonstranten und 60 mit Stahlhelmen und Gummiknüppeln bewaffnete Gendarmeriekräfte zur Stelle und drängten vorerst die in Sprechchören „Rettet die Au!“ rufende Hundertschaft der Au-Schützer zurück. In dem durch Niederholz sehr unwegsamen Gelände gingen manchem Beamten die Nerven durch und sie schlugen wahllos auf die größtenteils Jugendlichen ein. Doch wurden diese Hitzköpfe der Gendarmerie sofort von den eigenen Kollegen eingebremst.

In anderen Gebieten soll, so wurde bei einer um elf Uhr angehaltenen Pressekonferenz erklärt, viel härter zugeschlagen worden sein. Die Anzahl der gestern eingesetzten Gendarmen wird vom Einsatzkommando mit 700 angegeben, die Zahlen der Polizei wurden nicht bekanntgegeben. Bis Redaktionsschluss wurden 44 Festnahmen bekannt. Nach Aufnahme der Protokolle wurden alle wieder freigelassen: Im Krankenhaus Hainburg sollen 15 verwundete Demonstranten eingeliefert worden sein.

Im Umkreis von Hainburg wurden sämtliche Bundes- und Landesstraßen abgeriegelt, um einen neuerlichen Zustrom von Demonstranten in das Sperrgebiet zu verhindern.



Siebenstündiger Polizeieinsatz in der Stopfenreuther Au bei Hainburg

## Gendarmen räumten die Au – dann fielen die Bäume

WIEN (BCL). Nach wenigen Tagen der Ruhe, wurde gestern mit Gewalt der Willen der österreichischen Bundesregierung exekutiert. In dem Naturschutzgebiet der Hainburger Au ein Großkraftwerk zu errichten. Um 6.30 Uhr begannen rund 800 Exekutivbeamte, mit Helmen und Gummiknüppeln ausgerüstet, die Au von den rund 1500 Umweltschützern zu „säubern“. Die gesetzliche Möglichkeit

wurde am Mittwoch geschaffen, als das gesamte Auegebiet nach einem Beschuld der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf ab gestern mitternacht zum Sperrgebiet erklärt worden war. Bei der Räumung soll es nach Aussagen des Innenministers sechs Verletzte auf seiten der Gendarmerie gegeben haben. 44 Aubesetzer seien vorübergehend festgenommen worden. Der Primararzt des Hainburger Kranken-

hauses sagte gestern mittag, in seinem Spital würden elf Umweltschützer, die Verletzungen beim Polizeieinsatz erlitten hatten, behandelt. DDR. Günther Nennung, einer der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, sprach hingegen von zahlreichen verletzten Umweltschützern und von einem brutalen Vorgehen der Exekutivbeamten gegen Frauen und Kinder. Einigen jungen Bürgern, die österreichische Fahnen trugen, wurden diese entrissen und um den Hals gewickelt.

Nach stundenlangen Auseinandersetzungen gelang es schließlich 200 Beamten, ein fußballfeldgroßes Gebiet abzuriegeln. Hinter dem Kordon der Gendarmen begannen Holzarbeiter mit der Rodung des Waldes. Gruppen von Umweltschützern versuchten

vergeblich, den Kordon zu durchbrechen und die Rodungsarbeiten zu verhindern.

Eines der insgesamt fünf von Umweltschützern errichteten Lager wurde aufgelöst. Nach Augenzeugenberichten sollen mehrere Rettungsfahrzeuge mit Blaulicht aus der Au gekommen sein. Journalisten wurden angeblich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit behindert. Mit diesen Fakten konfrontiert meinte allerdings Innenminister Blecha, er halte dies für grotesk. Im übrigen könnte es natürlich vorkommen, daß Journalisten in gewisse Gebiete, wo gerade gerodet werde, tatsächlich nicht eingelassen werden, zumal diese Areale von dichten Polizeikordons abgeriegelt werden mußten, gegen die immer wieder Demonstranten anrennen würden.

Freda Meissner-Blau, eine der Mitinitiatorinnen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, meinte zur Tiroler Tageszeitung, die Aubesetzer, die sich fast ausschließlich aus jungen, idealistisch gesinnten Öster-



AUCH FRAUEN UND KINDER sollen nach Aussagen der Aubesetzer gewaltsam weggebracht worden sein.

reichern zusammensetzen, würden sich trotz des massiven Einsatzes der staatlichen Gewalt weiter für die Erhaltung der Au einsetzen und sich nicht vertreiben lassen. Zwar könne sie nicht für die Menschen in der Au sprechen, aber sie glaube, daß die Besetzung über die Weihnachtsfeiertage hinaus andauern würde.

In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es in Wien zu einer Demonstration gegen den Kraftwerksbau in Hainburg. Dabei gab es Pfui-Rufe gegen die Regierung. Zu einer Kundgebung um 19 Uhr am Heidenplatz kamen dann rund 30.000 Manifestanten, die ihre Solidarität mit den Au-Besetzern demonstrierten. Die Versammlung verlief ruhig, für die anwesende Exekutive gab es keinen Grund gegen die Teilnehmer einzuschreiten.



ZUM TEIL GEWALTSAM wurden gestern früh Umweltschützer von einem Großaufgebot der Gendarmerie aus der Hainburger Au vertrieben. Die Exekutive erfüllte mit ihrer Aktion den Auftrag, Rodungsarbeiten für den Bau eines Donaukraftwerkes in dem Naturschutzgebiet zu ermöglichen.



**Hilfsmittel**



**Totenwache**

# Naturschützer füllten Heldenplatz

Zehntausende Wiener beteiligten sich an Demonstration gegen Hainburg

Zehntausende Wiener beteiligten sich Mittwoch nachmittags nach offiziellen Schätzungen in der Wiener Innenstadt an einer vom World Wildlife Fund veranstalteten Demonstration gegen das Kraftwerk Hainburg. Der Zug formierte sich gegen 17 Uhr bei der Staatsoper und zog über den Ring in Richtung Heldenplatz.

„Ich schäme mich, diesem Land anzugehören!“ — erklärte ein Unversitätsprofessor bei einer Zwischenkundgebung. Proteste kamen auch vom Komitee „Gewerkschafter gegen Hainburg“ und der von Prof. Tollmann ins Leben gerufenen Aktion „Wissenschaftler gegen Hainburg“. Auch der Friedensforscher Robert Jungk meldete sich zu Wort. Eine Partei, welche die internationale Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben hat, darf sich nicht wundern, wenn das Ausland zu Hainburg Stellung nimmt“, erklärte der Wissenschaftler.

„Wo sind Frau Benya, Frau Kirchschläger und Frau Blecha, damit sie ihren Männern sagen, daß sie aufhören sollen, zu schlagen, sofort.“ Dies rief Freda Meissner-Blau bei der Kundgebung am Stephansplatz, wo der Demonstrationzug endete.

Ein weiterer Redner, der Gewässerforscher Prof. Löffler, bezweifelte das Recht der Regierung, gegen die Demonstranten vorgehen zu können, da Österreich seinerzeit das Internationale Ramsar-Übereinkommen über Feuchtgebiete gebrochen habe.



Zehntausende kamen zur Demonstration der Hainburg-Gegner in Wien

Ein junger Arzt, der gestern früh in der Au im Einsatz war, berichtete davon, daß Journalisten in den Lagern festgehalten und an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert worden seien. Ein ausländisches Kamerateam sei „geschlagen, festgehalten und verschleppt“ worden. Demonstranten aus der Au berichteten, es seien neben

Schlagstöcken, Stacheldraht auch Wasser gegen die Aubeschützer eingesetzt worden.

Kurz nach 19.30 Uhr war die in Ruhe verlaufene Kundgebung mit einem improvisierten Konzert der österreichischen Popgruppe „Schmetterlinge“ beendet.

Die Exekutive gab bisher die Zahl mit 14.000 an, die Organisatoren selbst sprechen von 30.000 bis 40.000 Menschen — also etwa ähnlich so vielen wie bei der seinerzeitigen Gewerkschaftsdemonstration.

Detail am Rande: In allen Fußgängerpassagen in Wien und auf einigen großen Plätzen diskutierten Hunderte Menschen angeregt das Thema Kraftwerk Hainburg und die heutigen Ereignisse in der Stopfenreuther Au. Proponenten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens kündigten weitere Aktionen gegen den Kraftwerksbau in Hainburg an.

Enttäuschte Gesichter gab es bei der rund 20köpfigen Delegation des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, die am späten Nachmittag ein Gespräch mit Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger zur Beruhigung der Situation in der Stopfenreuther Au geführt hatte. Der Bundespräsident selbst war nach dem Gespräch zu keiner Stellungnahme bereit.

Nach den Worten von DDR. Günther Nennung wollte man von Kirchschläger, dieser solle kraft seines Amtes „ein Wort sprechen, daß dieser Wahnsinn aufhört“. Zur Untermauerung des dringenden Anliegens habe man Fotos von Prügel Szenen vorgelegt. Kirchschläger habe jedoch wiederholt mit den zwei wesentlichen Sätzen „Ich als Bundespräsident stehe eher auf seiten der Regierung“ und „Ich habe Ihnen nichts anzubieten“ geantwortet.

Der Biologe Dr. Peter Welhs stellte fest, daß der Bundespräsidenten fehle offenbar die Einsicht, was in der Au geschehe. Es gelte nun, Voraussetzungen zu schaffen, daß die Rechtmäßig-

keit der Bescheide überprüft werden könne, bevor der Auwald verloren gegangen sei. Für die nächsten Tage rechnet Welhs mit einer weiteren Steigerung der „Empörung, Verzweiflung und Welle der Hilfsbereitschaft“.

Die Grünen im Deutschen Bundestag haben gestern zum Urlaubsboykott gegen Österreich aufgerufen. Damit wollen sie den Kampf der österreichischen Naturschützer gegen das Kraftwerk Hainburg unterstützen. Fraktionssprecher Heinz Suhr meinte, „die Gegenwehr gegen die Vernichtung der letzten Naturreste muß genauso grenzenlos sein, wie die Borntheit der Technokraten“.

## ORF-Betriebsrat legt bei Blecha Protest ein

Der Betriebsrat Fernsehen/Programm hat gestern Innenminister Karl Blecha ein Schreiben übermittelt, in dem gegen das Vorgehen einzelner Exekutivbeamter gegen Fernsehleute in der Stopfenreuther Au protestiert wird.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „In der Stopfenreuther Au sind heute Fernsehleute von Exekutivbeamten tätlich an der Arbeit gehindert worden. Eine Assistentin und ein Kameramann wurden verletzt. Gerät wurde beschädigt. Der Betriebsrat Fernsehen/Programm protestiert gegen die Vorgangsweise einzelner Exekutivbeamter und ersucht Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, die Vorfälle umgehend zu untersuchen — insbesondere um Wiederholungen zu verhindern und die ungehinderte Berufsausübung unserer Kolleginnen und Kollegen sicherzustellen.“

# 19 Verletzte in Hainburger Au Großdemonstration in Wien

Stopfenreuther Au: Zusammenstöße bei der Räumung des Rodungsgebiets

Insgesamt 19 Personen wurden gestern in der Stopfenreuther Au verletzt. 800 Gendarmen und Polizisten sicherten mit einer Menschenkette eine fußballplatzgroße Fläche, um die Fortsetzung der Rodungsarbeiten zu ermöglichen. Die Besetzer der Au versuchten, den Polizeikordon zu durchbrechen. Die Beamten wehrten sich mit Schlagstöcken. Dabei erlitten acht Sicherheitsbeamte und elf Demonstranten Verletzungen. 40 Personen wurden vorübergehend festgenommen. Während die Aubesetzung weiterging, demonstrierten gestern abend Hainburg-Gegner in Wien. Die Exekutive sprach von 14.000 Demonstranten, die Organisatoren von bis zu 40.000. (Über die Demonstration berichten wir auf Seite 3.)

Und das war der Ablauf der Ereignisse des gestrigen Tages: Seit 0 Uhr war das Auegebiet nach einer Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Bruck/Leitha gesperrt und alle Personen, die nichts mit dem Bau des umstrittenen Kraftwerks zu tun haben, wurden aufgefordert, das Auegebiet zu verlassen. Auf Nichtbefolgung stehen Geldstrafen bis zu 3000 S oder 14 Tage Arrest.

Ab 6 Uhr sportete die Exekutive die Hainburger Donaubrücke, gleichzeitig begannen die Gendarmen und Polizisten mit der Räumung eines Teilgebietes der Au, um Rodungsarbeiten zu ermöglichen. Die Beamten löschten ein Lagerfeuer und forderten die Demonstranten auf, die Au zu verlassen. Die Aubesetzer reagierten mit dem Absingen der Bundeshymne.

Anschließend begannen zwei Arbeitstrupps durch eine Menschenkette von Exekutivbeamten gesichert mit den Rodungsarbeiten an zwei Stellen in der Stopfenreuther Au. Die Demonstranten versuchten, diese Menschenkette zu durchbrechen, was ihnen jedoch nicht gelang. Laut Innenministerium sollte auch weiterhin versucht werden, ohne Gewaltanwendung auszukommen. Unter den Demonstranten befanden sich auch rund 50 polizeibekannte Extremisten der rechtsradikalen und der Anarcho-Szene. Deshalb wurde den Exekutivbeamten gestattet, sich „energischer zu wehren“.

Bei den Auseinandersetzungen wurden nach Angaben des Innenministers 8 Exekutivbeamte verletzt. Nach Aussagen der Aubesetzer erlitten Dutzende bis Hunderte Personen Verlet-

Um 11 Uhr veranstalteten die Aubesetzer eine Pressekonferenz in Stopfenreuth, bei der Volksbegehrensproponent DDR. Günther Nennung sich dagegen verwahrte, daß Beamte der Exekutive Frauen und Kinder geschlagen hätten. Das sei kein Rechtsstaat, sondern Willkür.

Der niederösterreichische Sicherheitsdirektor Dr. Emil Schüller teilte mit, daß 400 Gendarmen und 400 Polizeibeamte im Einsatz waren. Den Gebrauch von Gummiknüppeln bezeichnete er als einen Akt der Notwehr. Der Befehl laute, mit äußerster Zurückhaltung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Nur Sanitätsfahrzeuge und Einsatzfahrzeuge der Gendarmerie dürfen die Kontrollsperrn passieren.

Innenminister Karl Blecha erklärte zu Fortsetzung auf Seite 2



Gestern kam es zu einer teilweisen Räumung der Stopfenreuther Au durch Beamte der Exekutive, um weitere Rodungsarbeiten zu ermöglichen

# Rodung hinter Polizeimauer



Die Holzhacker beim Roden (Foto: AP)

**Hinter einer dichten Menschenmauer von Hunderten Polizisten und Gendarmen wurden gestern vier Hektar Auwald gerodet. Als die Au-Besetzer dagegen ankämpften, gab es Schlägereien mit zahlreichen Verletzten.**

Gestern standen rund 800 Exekutivbeamte im Einsatz, die Zahl der Umweltschützer in der Au wurde auf 2000 bis 2500 geschätzt. Die Rodungsarbeiten wurden am Nachmittag kurz vor Einbruch der Dämmerung eingestellt. Das Einsatzziel wurde erreicht: Die Holzarbeiter rodeten vier Hektar. Dafür mußte allerdings ein hoher politischer Preis gezahlt werden. Bei stundenlangen Auseinandersetzungen mit der Exekutive, bei denen insbesondere die Wiener Polizei die Knüppel einsetzte und auch mit Wasser aus Tankwagen gegen die Demonstranten spritzte, gab es nach letzten Angaben des

Innenministeriums insgesamt 19 verletzte Personen — acht Sicherheitsbeamte und elf Demonstranten. Einer der Polizisten erlitt einen Knöchelbruch. Die Au-Besetzer sprachen von einem brutalen Vorgehen der Exekutive; die Exekutive gab den Besetzern die Schuld. Mit Einbruch der Nacht trat vorübergehend „Friede“ ein. Es werden wie bisher wieder 70 bis 80 Gendarmen ihren Dienst versehen. Obwohl die Au zum Sperrgebiet erklärt wurde, hält der Zuzug von Umweltschützern unvermindert an. Die Au-Besetzer bereiten sich darauf vor, Weihnachten im Freien zu verbringen.

## Ausgeklügelter Einsatzplan der Exekutive

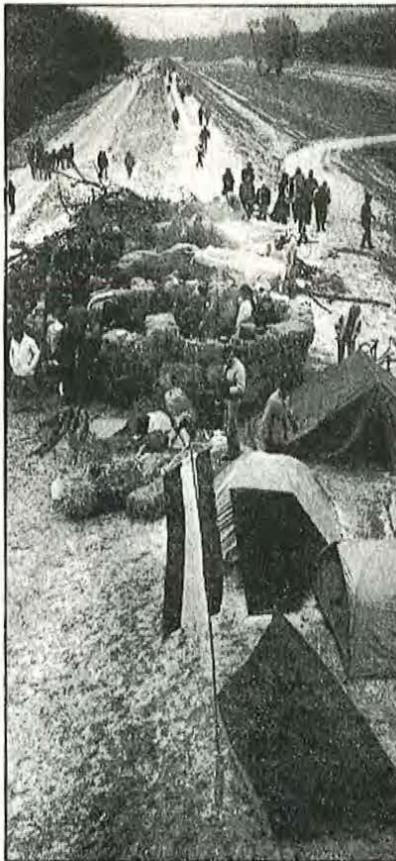
Für die Rodungsarbeiten hat sich die Exekutive einen ausgeklügelten Einsatzplan zurechtgelegt. Zunächst wurde die Au zum Sperrgebiet erklärt, dann bildeten Hunderte Beamte eine dichte Menschenmauer um das Rodungsgebiet.

Nachdem Dienstag nachmittag die Zufahrtsstraßen zur Au von der Gendarmerie gesperrt wurden, trat dann Mittwoch um Mitternacht eine Verordnung in Kraft, in der das Au-Gebiet zum Sperrgebiet erklärt wurde. Das Betreten durch unbefugte Personen wurde verboten. Bei Nichtbefolgung dieser Verordnung wird eine Geldstrafe von 3000 S oder Arrest bis zu zwei Wochen angedroht.

In den frühen Morgenstunden begann die Polizei damit, die Lager der Au-Besetzer zu räumen. Hunderte Beamte bildeten einen dichten Kordon, um ein etwa vier Hektar großes Gebiet abzuriegeln. Hinter dieser Menschenmauer fielen die Holzarbeiter mit ihren Motorsägen die Au-Bäume.

Die Au-Besetzer stürmten gegen den Polizeikordon an. Es kam zu Schlägereien. Die mit Helmen bewehrten Polizisten setzten ihre Knüppel ein. Zu sehr gefährlichen Situationen kam es, als sich Demonstranten immer wieder vor einen Bagger warfen. Bei den Auseinandersetzungen wurden acht Polizisten verletzt. Die Au-Besetzer gaben die Zahl der Verletzten mit bis zu hundert an. Etwa 50 Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen.

Innenminister Karl Blecha sagte, daß die Gewalt ausschließlich von den Au-Besetzern ausgegangen sei. Das Aussperren von Journalisten und Fotografen begründete Blecha damit, daß niemand in das eigentliche Rodungsgebiet hindürfe, weil es dort zu gefährlich sei.



Im Morgengrauen begann die Räumaktion (Foto: Philipp)

## Mit Fahne um Hals aus dem Wald gezerrt

Man habe eine „Bürgerkriegsarmee“ eingesetzt, um die größte Naturvernichtungsaktion der österreichischen Geschichte durchzusetzen, klagte Günther Nennung die Behörden an. Er selbst hatte den Einsatz der Exekutive miterlebt.

„Ich sage nur, was ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe. Und dies mit einer journalistischen Präzision aus 35 Jahren Berufserfahrung“, sagte Nennung, um seine Eindrücke wiederzugeben: „Frauen und Kinder wurden geschlagen. Jungen Bürgern, die die rot-weiß-rote Fahne trugen, hat man sie entrissen, um den Hals gewickelt und sie dann aus dem Wald herausgeschleift. Was vor sich geht, ist die größte Naturvernichtungsaktion der österreichischen Geschichte. Dazu braucht man eine Bürgerkriegsarmee. Das ist nicht Rechtsstaat, das ist Willkür.“

Der prominente Maler Friedensreich Hundertwasser verlas ein Telegramm, das er an den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und Kardinal König geschickt hatte. Er bezeichnete die Motive der Au-Besetzer als „neuen österreichischen Patriotismus“.

Prof. Alexander Tollmann, vormaliger Kämpfer gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf und gescheiterter Parteiführer der Grünen, überbrachte den Au-Besetzern die solidarischen Grüße eines „Komitees Wissenschaftler und Künstler für Demokratie“. Er erhalte Telegramme, berichtete Tollmann, in denen es heißt: „Ich schäme mich zum erstenmal, ein Österreicher zu sein.“

Der Maler und Liedermacher Arik Brauer rief alle Künstler auf, in die Au zu kommen. „Das Liedermachen und Singen ist vorbei. Jetzt muß man da sein und seinen eigenen Kopf hinhalten.“



Polizisten und Gendarmen bilden eine lebende Mauer um das Rodungsgebiet in der Stopfenreuther Au

(Foto: Strobl)

## Schlagstöcke und Motorsägen

REINHOLD TSCHERNE  
BERICHTET AUS HAINBURG

Schlagartig rückten um sechs Uhr früh weit mehr als 500 Gendarmen und Wiener Polizisten mit Stahlhelmen, zum Teil mit Schlagstöcken und Hundestaffeln, in die besetzte Au: Mit den ersten

chen stimmen ein Lied an.

Am Ortsende von Stopfenreuth errichten Rotkreuz-Männer, zum Teil mit weißen Helmen adjustiert, einen Verbandsplatz mit drei Großzelten. Ein Rotkreuz-Puch-Geländewagen startet und schaltet das Blaulicht ein.

Die entscheidende Aktion der Bauarbeiter beginnt freilich unweit der Hainburger Donaubrücke unter dem Schutz von mehr als 500 Gendarmen und Polizisten: Die Motorsägen kreischen auf, die

Festnahmen, der teilweisen Räumung einiger Lager und vereinzelter Zusammenstöße erreichte die Aktion einen weiteren Höhepunkt: Unter dem Großaufgebot der Exekutive rauschten nun im Sperrgebiet die Motorsägen — mit Rodungen großen Sills wurde begonnen.

Bäume fallen, die Umweltschützer pfeifen. Doch der dichte Kordon von Arm in Arm eingehakten Polizisten läßt keinen Protestler durch.

500 Mann für ein Areal, das nicht größer als ein Fußballplatz ist...

Zuschauer werden nicht geduldet. Da die Au zum Sperrgebiet erklärt worden ist, dürfen nicht einmal Einheimische die Brücke betreten. Und die pausenlos heranfahrenden Busse aus Wien, voll mit jungen Leuten, werden

von der Gendarmerie schon im Bereich der Gemeinde Eckartsau gestoppt: Wer nicht von gutmütigen Autofahrern mitgenommen wird, muß mehrere Kilometer zu Fuß in die Au gehen.

Die Taktik der Exekutive ist klar: Einsatzleiterstellvertreter Major Gerhard Schmid stellt fest: „In die Au darf niemand mehr hinein. Wer Hunger oder Durst verspürt“, schmunzelt Schmid, „kann natürlich jederzeit hinaus.“ Schmid bestätigt, daß es

bereits zu ersten Festnahmen von protestierenden jungen Leuten gekommen sei. Ein Delikt unter anderen: Die Einsatzwagen der Gendarmerie sind verschiedentlich behindert worden.

In der Stopfenreuther Zentrale, die manche gerne Dezentrale nennen, schaut es aus wie in einem Lebensmitteldepot: Brotlaibe zuhauf, Kartoffelsäcke zu ebener Erde und baumelnde Braunschweigerwürste unter dem Holzdach. Ein Sprecher der Protestbewegung, Wolf Machowitsch — ein Arbeiter —, klagt allerdings: „Die Vorräte gehen langsam zu Ende. Man will uns aushungern. Denn Lebensmittel können wir nur noch auf Schleichwegen in die Au transportieren.“

Die Sympathie der Bevölkerung ist auf Seiten der Aubesetzer: In der Kleingemeinde Witzelsdorf wehen schwarze Fahnen — als Zeichen der Trauer und des Unwillens. Vereinzelt sieht man auch Mädchen und ältere Menschen weinen...

### Zeltlager am Hauptplatz

Graz. — Die Gräzer „Initiative zum Schutz der Hainburger Au“ hat gestern Abend auf dem Hauptplatz ein „Zeltlager 8“ eingerichtet. Man will unter simulierten „Au-Bedingungen“ auch dort übernachten. In einer Aussendung wird „den Verantwortlichen dieser Republik“ vorgeworfen, mit ihrer Vorgangsweise die demokratischen Grundrechte außer Kraft zu setzen.

### Die Kirche ist betroffen

Wien. — Betroffen über die Konflikte in der Stopfenreuther Au zeigte sich die katholische Kirche. Wie es in einer Aussendung hieß, bedauerten kirchliche Kreise, daß die Bemühungen um einen „Weihnachtsfrieden“ gescheitert seien. Der evangelische Bischof Knall trat gestern in einem Brief an Sinowatz für einen Bauaufschub ein. Nur so könne eine weitere Eskalation in der Au verhindert werden.

Unter dem massierten Geleitschutz der Exekutive dieseln Bagger über die Hainburger Donaubrücke und rollen in das Gebiet, das seit gestern mitternacht von zwei Bezirkshauptmannschaften zum Sperrbezirk deklariert worden ist.

Die erste Barrikade kracht zusammen. Umweltschützer strömen herbei und werfen sich vor den Schaufelladern, die Maschine muß stoppen.

Unterdessen eilen Mädchen und Burschen herbei und errichten aus Astwerk und Bäumen das nächste Hindernis.

In das freudige Gejohle mischen sich die ersten Schreie von Geschlagenen und Getretenen: Im Morgengrauen, bei schlechter Sicht, könnten es wohl auch Rempelen sein, denn man nimmt den anderen nicht wahr, stolpert darüber: so entstehen die „Tritte“.

Eine Postenkette von durchaus höflichen und freundlichen Gendarmen umstellt das Lager 4 unter der Donaubrücke; die Lage beruhigt sich. Mäd-

## Mit Gummiknüppeln gegen Hainburg-Gegner Schwere Zusammenstöße bei Rodung in der Au

Eigenbericht der „Presse“ von  
STEFAN SCHÖFFL, ANDREAS  
SCHWARZ und MANFRED KADI

STOPFENREUTH. Immer neue Gerüchte über eine „in jeder Minute bevorstehende Räumung“, fiebrige Hochspannung in allen sieben Lagern der Aubesetzer, ständig eintreffende Journalisten und eine Flut von neuankommenden Demonstranten – so stellte sich die Lage in der Nacht auf Mittwoch dar, nachdem die Hainburger Auen ab null Uhr offiziell zum Sperrgebiet erklärt worden waren. Als die nächsten Stunden aber zeigten, daß bis zum Morgen nichts „Ungewöhnliches“ passieren würde, entspannte sich die Situation merklich. Um so überraschender kam dann gegen sechs Uhr früh der Großeinsatz der Exekutive, der aber nicht der Räumung, sondern der Sicherung der Rodungsarbeiten galt, die letztlich wie geplant durchgeführt wurden. Der Einsatz war von schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Exekutive sowie von Ausschreitungen auf beiden Seiten begleitet.

Mittwoch, 6.20 Uhr: Eine lange Lichterschlange – vollbesetzte Polizeibusse und mit Sperrgittern beladene Lastwagen – zieht sich in der Dunkelheit von der Einsatzzentrale in Eckartsau in Richtung besetztes Gebiet. Sie biegt noch weit vor der Hainburger Donaubrücke in den Auwald ab.

Unter der Brücke selbst läuft die erste Aktion der Gendarmerie an, die, wie sich später herausstellt, der Ablenkung der Demonstranten dienen soll. Das Zeitlager Nummer vier wird umstellt, nun blockieren Gendarmen die Blockierer. Gleichzeitig verteilen sich rund 200 Kraftwerksgegner auf den Holzbarrikaden neben dem Damm und müssen von den Gendarmen vor dem nahenden Bagger immer wieder mühsam weggeschleift werden. Zwischen Gendarmen und Demonstranten kommt es aber zu fast keinen Schlägereien, vielmehr redet man aufeinander ein.

Fast typisch für die Stimmung ist, als ein Demonstrant stöhnend zwischen zwei mittlerweile hinter dem Bagger neu errichteten Barrikaden

auf dem Boden liegt. Die Gendarmen reden auf ihn ein, sich verarzten zu lassen, er beteuerte aber: „Es geht schon, ihr habt mir nichts getan.“

Inzwischen laufen rund hundert Holzfäller – von den noch „rangelnden“ Aubesetzern unbemerkt – entlang den Brückenpfeilern zu dem für diesen Tag vorgesehenen vier Hektar großen Rodungsgebiet. Sie beginnen sofort zu arbeiten. Polizeieinheiten riegeln dieses Gebiet mit einem starken Kordon und Gittern hermetisch ab.

Zur gleichen Zeit ist das nahe Lager eins schon zur Gänze umstellt. Die meisten Demonstranten bemerkten das erst beim Aufwachen. Die Aufforderung, das Lager zu verlassen, befolgen nur wenige; daraufhin gibt es kein Hinein- oder Hinauskommen mehr.

Während die Barrikadenräumung am Damm nach dem zweiten Hindernis eingestellt wird und sich wieder das seit Tagen gewohnte Bild der miteinander ruhig diskutierenden niederösterreichischen Gendarmen und Demonstranten bietet, kommt es an



Photo: „Die Presse“ / Blaha

### HÄRTE AUCH ABSEITS DER RODUNGSGEBIETE

aneinander, die Demonstranten werden zurückgedrängt, der Einsatz von Gummiknüppeln bleibt aus. Es erfolgen Festnahmen. Das anschließende Vorgehen von Beamten (diesmal sind es Gendarmen) gegen Aubesetzer auf dem nahen Damm – die Demonstranten werden mit Gummiknüppeln über die Böschung in die Tiefe geschlagen – ruft sogar die Empörung eines diensthabenden Arztes hervor.

Im Innenministerium verteidigte man gestern die Vorgangsweise der Exekutive. Es seien eindeutig zahlreiche Rechts- und Linksradikale sowie Mitglieder der Anarchistenszene von Beamten gesichtet worden. Es habe auch Hinweise auf ausländische Unruhestifter („Leute aus Frankfurt“) gegeben. Innenminister Blecha erklärte, die verletzten Beamten seien ein Beweis für die Gewalttätigkeit der Auseinandersetzungen.

Auch der Leiter der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion, Hofrat Emil Schüller, wollte von unnötiger Härte der Exekutive nichts wissen: Man könne doch nicht von Gewaltlosigkeit sprechen, wenn Demonstranten gegen eine Kette von 80 Beamten „anrennen“.

Eine Räumung der Au sei in den nächsten Tagen sicher nicht vorstellbar, wie es allerdings weitergehen soll, wisse er nicht. Ob die „Salami-taktik“ (eine Rodung Stück um Stück) fortgesetzt werde, könne er auch nicht sagen. Busse mit Demonstranten wolle man in den kommenden Tagen nicht hineinlassen: „Ob's gelingt, weiß ich nicht.“

Die Autobuszubringer der Österreichischen Hochschülerföderation funktionierten gestern übrigens nicht mehr einwandfrei: Knapp zehn Kilometer vor Stopfenreuth wurden die Busse durch die Gendarmerie angehalten und zum Umdrehen aufgefordert. Die Insassen, durchwegs Studenten, mußten aussteigen und ihren Weg zu Fuß fortsetzen. In Stopfenreuth selbst hatten die Hainburg-Gegner von dieser Maßnahme allerdings schon längst Wind bekommen. Sie setzten Kurierdienste ein, die die neuankommenden Demonstranten von der Straße auflösen. Für die Rückfahrt nach Wien fielen dann am Nachmittag die seit Tagen gewohnten Busverbindungen der ÖH ebenfalls aus.

Nach dem planmäßigen Abbruch der Rodungsarbeiten am Nachmittag wurde das Gros der Exekutive abgezogen; der Zustrom der Demonstranten hielt unvermindert an.

Am Nachmittag formierten sich dann nach polizeilichen Schätzungen rund 14.000 Hainburg-Gegner vor der Oper in Wien zu einem langen Demonstrationszug, der über den Ring zum Heldenplatz und hernach zur Schlußkundgebung auf den Stephansplatz führte. Es wurden keine Zwischenfälle gemeldet. Die Teilnehmer des Demonstrationszugs protestierten gegen die Gewalttätigkeiten in der Au, sprachen davon, „Weihnachten in der Au“ feiern zu wollen und kündigten an, am Sonntag dort Blüme schmücken zu wollen. Ein Großteil der Teilnehmer des Protestzugs fuhr noch am Abend nach Hainburg.



DEMONSTRANTENLAGER WURDEN BEI EINSATZBEGINN VON GENDARMEN UMSTELLT

den Grenzen des relativ kleinen Rodungsgebietes zu den ersten Zusammenstößen.

Hektisch und überaus nervös wirkende Kommandanten der aus Wien kommenden Polizeitruppe werfen diese Nervosität überträgt sich merklich auch auf einen Teil der Beamten, als plötzlich die ersten Demonstrantengruppen dem Kordon gegenüberstehen. Als eine Hand voll Kraftwerksgegner dem ersten Glied der Polizeieinheiten zu nahe kommt, werden erstmals die Gummiknüppel eingesetzt. Die Polizisten werden von ihrem Kommandanten mit Handschlägen in den Rücken angetrieben, weiter auf die Burschen und Mädchen einzuschlagen.

Wenig später – die Motorsägen der Holzfäller arbeiten ununterbrochen – geraten die beiden Gruppen wieder

# DIE AU: TRAUM UND ALBTRAUM

Von Jörg MAUTHE

**D**ienstag abends: Irgendwer von der niederösterreichischen Landesregierung – oder der Sicherheitsdirektion? – ruft mich an und sagt, daß am Morgen, so ab vier Uhr, die Siopfenreuther Au doch geräumt werden soll. Ab Mitternacht sei dort „Sperrgebiet“ und rund 1000 Polizisten und Gendarmen – mit Stahlhelmen, ja? – marschieren dort gerade auf. Klick. Keine Ahnung, wer mir das mitteilt, aber das Thema Hainburg schafft ja die seltsamsten Koalitionen und Konnexionen.

Jeglichem Sport abhold, hab' ich nicht einmal eine Windjacke. Bis ich mir die ausgeborgt hab' und dazu ein paar Mondstiefel (und dazu krieg' ich noch so komische wollene Bergsteiger-Langstrümpfe), vergeht eine halbe Stunde, und so schaffen wir den Punkt-Mitternacht-Termin nicht mehr ganz; in Stopfenreuth hat die Gendarmerie schon alle Zufahrten in die Au abgeriegelt.

Aber mit der Abriegelung klapp't natürlich nicht, die Au ist halt nun einmal eine Art Urwald, und Urwälder lassen sich nicht so einfach zusperren, und unter den Jungen, die da seit zwei Wochen die Au bevölkern, finden sich richtige Waldläufer, die einem schon sagen können, wie man da trotz aller Sperren hineinkommt. So formiert sich alle zehn Minuten eine Schar von 15 bis 20 Leuten, die schweigend ins Dunkel hineinzicht, meistens junge Leute, aber nicht nur: Da sind auch wetterfeste Naturfreunde-Typen vom alten Schlag darunter, typische Wandertagfamilien und Professoren und Intelligenzler jeglichen Berufs. In dem Verschlag gegenüber der Kirche, in dem sich so was wie ein Behelfssammelpunkt der Au-Leute gebildet hat, fragt mich einer, ob ich einen Schlafsack hab'. Nein? Da ist einer, aber bitte zurückbringen, ja?

Etlche Minuten später sind auch wir Teil einer solchen Gruppe, die im Gänsemarsch im Wald verschwindet. Ein Biologiedozent ist dabei, eine Handvoll Studenten, der Herz-Kestranek und seine Freundin, etliche undefinierbare Schatten und (bizarr genug für mich und sie) etliche Wiener Rathausbeamte, die der Au ihre Resturlaubstage opfern; ferner der Gemeinderat Hawlik, der Peter Mahringer und der Helmut Voska vom profil.

Nach einer Weile stellen sich die Augen auf die Finsternis ein, und wiederum eine Weile später ist's eigentlich eine wunderschöne durchsichtige Nacht, und die Wanderung führt nicht nur durch kratzendes Gestrüpp, sondern auch über Lichtungen, auf denen schöne alte Eichensilhouetten stehen, und hie und da flattert ein krächzender Nachtvogel vorüber, und nach zwei Stunden fangen wir schon an, einander flüsternd zu versichern, daß das ja direkt romantisch sei, aber gerade in diesem Augenblick wird's plötzlich albern, denn zwischen den Bäumen wird's schweinwerflich, dort ist also eine Straße und ein Gendarmerieauto, und wir schmeißen uns

in das Unterholz, der Professor, der Journalist, die Beamten und der Stadtrat, und so blöd ich das auch finde (vor 40 Jahren ja, aber heute?), so logisch ist das.

Die Scheinwerfer rutschen vorbei, und wir laufen noch ein paar 100 Meter, dann findet uns ein Au-Läufer und schleust uns in das Sechserlager.

Das Lager besteht aus 50 Zelten und geschickt gebastelten Wigwams, aus zwei Dutzend qualmenden Lagerfeuern, vor allem aber aus etlichen 100 in Schlafsäcken eingewickelten Menschen, die teils in den Zelten, teils auf dem nackten Boden liegen, und schließlich auch aus ruhelos in diesem Ambiente herumwandelnden Schattengestalten. Ein liebes Mädeli drückt mir einen Pappbecher mit Tee in die Hand, ein lieber Bub zeigt uns einen Strohhalm, und eine liebe Beamtin hilft mir, mich in den Schlafsack zu wickeln. Es wird trotzdem ziemlich kalt, aber ich bin jetzt doch froh über diese juckenden Bergsteigerstrümpfe. Links von mir beginnt der Gemeinderat alsbald laut zu schnarchen, rechts von mir

die Politik und die Ökologie im Gang, ich kriege wieder Tee, höre Vorarlberger Dialektanklänge und komme langsam drauf, daß die Lagerbesatzung zur Hälfte aus Angehörigen naturwissenschaftlicher Universitätsinstitute besteht.

**D**as alles, dieses Lager und die Spannung, die darüber liegt, denn irgendwann wird die Polizei oder die Gendarmerie ja plötzlich da sein, das alles ist absurd und eigentlich unbegreiflich – wie zum Kuckuck kann es zu solchen Bildern kommen, 30 Kilometer oder so was von Wien entfernt, im Dezember 1984...? Was ist da passiert? Was geht da wirklich und eigentlich vor sich?

Aber wiederum empfinde ich, was ich schon bei früheren Besuchen hier unten gespürt habe: Noch nie in meinem nicht so kurzen Leben hab' ich eine so friedliche, eine so freundliche, gutwillige Gesellschaft gefunden wie die da. Nicht ein einziges aggressives Wort habe ich in dieser Nacht gehört.



Au-Lager  
„Schau'n S' daß weiterkommen“

Foto: Hubert Blaha

schnarcht der Biologieprofessor weitaus routinierter, weil er schon die soundsovielte Nacht hier verbringt, hie und da quackt eine Ente, der Voska erzählt irgendwem, daß er beim Bundesheer nichts weiter gelernt hat als viele, viele Nebeltöpfe zu werfen, und hinten an Feuer sagt eine weibliche Stimme etwas von „kulturellem Bereich“. Überraschenderweise schlafe ich dann auch ein.

Vier Uhr: Jetzt ist mir endlich ganz und gar kalt. Die anderen schnarchen weiter, ich schäle mich aus dem Schlafsack und wandle ebenfalls ruhelos hin und her. Es wird viel gehustet und geniest, aber um die rauchenden Feuer sind immer noch die Diskussionen über Gott und die Welt und

Von Polizei ist übrigens bis jetzt nichts zu merken. Insofern stimmte die anonyme Information nicht.

Gegen sechs Uhr wird es ziemlich schnell Tag. Taschenradios werden laut: Die Au ist Sperrgebiet, das Verweilen in ihr verboten, 3000 Schilling Strafe oder auch 14 Tage Haft, die Exekutive hat mit der Räumung bereits begonnen. Die Leute versuchen mit einem Taschenfunke eine Nachricht aus Stopfenreuth hereinzukriegen, aber das Ding funktioniert natürlich nicht. (Es handelt sich um eines von diesen Walkietalkies, wie man s' in jeder Elektrohandlung kaufen kann; der Herr Hesoun freilich hat was von „modernsten Geräten“ dahergeredet und der Innenminister sich nicht



Herz-Kestranek  
Eichensilhouetten

entblödet, es ihm nachzureden.)

Die Professoren predigen zum 100. Mal, nur ja falsche Abwehrreaktionen zu vermeiden, nur ja keine Beleidigungen zu äußern, wenn die Exekutive kommt, aber das weiß eh schon jeder, das ist längst klar.

Ein Gendarmerieauto fährt heran, wendet, fährt wieder zurück. Sonst zeigt sich nichts. Dann wird in einiger Entfernung Lärm hörbar, Geschrei, Pfiffe, undefinierbare Megaphonstimmen. Offenbar räumen sie das Eisner-Lager.

Die Hälfte der Sechser-Lager-Leute entschließt sich, dorthin zu gehen. Wir gehen mit ihnen.

500 Meter weiter stehen auf dem Weg flaschengrüne Uniformierte in einer Adjustierung, wie ich sie hierzulande noch nicht gesehen habe: Helm mit Kinnband, Pistolen an der Seite, Gummiknüppel in der Hand, nervöse Grobheit im Gesicht: „Geh'n S' g'schwind weiter. Marsch, weiter mit euch. Wenn S' net g'schwind weitergeh'n – Waffengebrauch! Na, was is? Soll'n



Jörg Mauthe  
Wunderschöne Nacht

wir? Von mir aus können S' Stadtrat sein oder sonstwas, schau'n S', daß S' weiterkommen" (immerhin hat der Stadtratsausweis wenigstens verhindert, daß der Bub mit dem Fotoapparat den Gummiknüppel über den Kopf bekam).

Aber der Urwald läßt sich nicht so einfach absperren: Wir schlagen einen Bogen durch das Gestrüpp und sind mitendrin.

**A**m Ende der langen Waldschneise, eingerahmt von den hohen Aubäumen, kommt eine Alptraumtruppe heranmarschiert: vorn eine Abteilung der Behelmtien und Knuppelwehrtten, dahinter ein riesiger Bulldozer, der im Morgennebel wie eine Abstraktion eines Vernichtungsdämons ausschaut, dahinter eine Gendarmarieabteilung mit den Hunden, von denen der Innenminister nichts gewußt hat. Diese Komposition, die alle Schreckenssymbole von Polizeistadtblindheit enthält (wer immer das arrangiert hat, gehört sofort in die Pension geschickt), marschiert auf eine Szene zu, die schon längst ungeheuerlich geworden ist.

Polizisten in Stahlhelmen jagen hinter Schülerinnen und verstörten Studenten her. Ein Schock von Gendarmen bildet Ketten und riegelt ein Stück Wald ab. Mittendrin kreischen Kettensägen, Fläschengrüne dreschen auf ein paar Junge ein, die sich an einem Baum festklammern. Sprechchöre der Verzweiflung rufen: „Aufhören, aufhören!“ Im Laufschrift kommt noch ein Schock Gendarmen gerannt, lauter nette Burschen aus irgendeiner Ausbildungsschule, die bleich vor Angst sind; hinten wird von den Grünen weitergeprügelt.

Ein Polizeioffizier in Ausgehuniform mit goldenen Litzen findet, daß die Gendarmen nicht kraftvoll genug vorgehen und schämt sich nicht, selbst einen „Besetzer“ ordentlich anzupacken (der gehört auch entlassen, der Mann; übrigens muß man der Gendarmerie wirklich anrechnen, daß sie relativ menschlich-vernünftig blieb). Eine eingeschlossene Gruppe singt die Bundeshymne. Aus dem Wald marschiert wiederum eine Kompanie Gendarmen auf, die Hälfte davon groteskerweise in blauen Trainingshosen – da ist wohl die letzte Reserve mobilisiert worden.

Neben mir sieht die Freundin des Miguel und weint. Und dann tritt, solche Sachen gibt's manchmal, Stille ein, das Chaos erstarrt ein oder zwei Minuten lang, nur ein Baum fällt noch krachend um, ich stehe unter ein paar 100 Menschen, jungen und alten, und ich sehe, daß sie alle weinen wie die Schloßhunde.

Und ich tu's auch.

**I**ch weiß nicht, was an diesem Morgen in der Au sozusagen wirklich und eigentlich geschehen ist. Was sich da an diesem Dezembertag ereignet hat, war im Grunde unbegreiflich und wider alles das, was ich noch Stunden zuvor für möglich oder normal gehalten hätte.

Aber vermutlich werden wir alle noch Jahre brauchen, um dahinterzukommen, daß sich an eben diesem Morgen der österreichische Mikrokosmos unwiderruflich verändert hat.



Reinhard TRAMONTANA

In der Hamburger Au kann es kein gewaltsames Vorgehen gegeben haben – sonst wäre unser Herr Polizeiminister ja längst zurückgetreten.

## DER HERR CHARLY

**S**chauen Sie, Herr ... wer immer Sie sind ... ich bin der Herr Charly. Ich war immer schon der Herr Charly, schon als a Junger, schon damals im Achtundsechziger Jahr, wie ich noch selber demonstriert hab. Aber das können Sie ja nimmer wissen. Sie sind ja noch a junger Mensch ... Sie haben das ja nicht erlebt, was ich erlebt hab ... Sie haben ja keine Ahnung wie das ist mit Demonstrieren ... wenn man so für wirkliche Werte auf die Straßen oder sonstwohin geht ... für Werte, die's heut so gar nimmer gibt ... wenn i denk ... Ostermarsch ... Santo Domingo ... das waren noch Ziele, die man formulieren konnte, das waren noch Ideale ... und i war immer für Ideale ... ich bin, wenn Sie wollen, ein kritischer Mensch, aber ein begeisterbarer ... also, für Ethisches und so geh ich, ich weiß nicht wohin ... hat man mir auch mir nachgsagt seinerzeit ... als es beim Demonstrieren noch Persönlichkeiten gegeben hat ... den Fischer Heinzl, den Schieder Peter, die Brezovsky-Baum ... sowas gibts heut ja gar nimmermehr.

Damals, verstehn Sie, damals ham wir uns noch was gedacht beim Gehen, und wir haben das auch niedergelegt ... ich mein, schriftlich, net, daß Sie glauben, ich erzähl Ihnen da am End das Blaue vom Himmel ... schau'n Sie, Herr, ich hab da was ... ich les Ihnen das vor: „Fassungslos steht eine Generation vor den Trümmern ihrer Illusionen und stellt die bange Frage: was soll jetzt geschehen? Bei uns in Österreich sind es vor allem die jungen Menschen, die Lösungsvorschläge von den Sozialisten erwarten ... Sozialistische Demokratie schließt nicht nur die Herrschaft des privaten Kapitals aus, sondern auch die der Bürokraten und Manager.“

Das waren noch Sätze, noch Gedanken, net? Die hab ich geschrieben, im Dreißigsechziger Jahr ... die Zeitschrift *monat* hat „Die Zukunft“ geheilfen.

Mir warn damals ja alle sehr gegen blindwütigen Dirigismus ... mir warn ja auch in der Minderheit ... dann hab i angefangen zum Forschen, Meinungen und so, und dann hab i auf'n Alien gesetzt ... der war damals natürlich no net der Oide ... aber er hat mi scho damals amal kommen lassen. Er hat mich angeschaut, ich hab ihn angeschaut – da hab ich alles gewußt.

Na und dann is sei Amtszeit kommen, es war eine schwere Zeit, aber auch eine schöne Zeit ... mir ham immer genug Geld ... geborgt ... und deswegen hab ich auch noch im Achtundsechziger Jahr sagen können: „Es geht um Entscheidungsbefugnisse, Entscheidungen sollen nicht mehr nur auf Grund kurzfristiger Gewinnerwartungen getroffen werden, sondern mit Rücksicht auf gewisse Kriterien der Wohlfahrt.“

Mir müssen uns, verstehn S, noch um ein bissel mehr scheren als um die Marie ... i sich zu solchem Gedankengut noch immer ... auch in der Zeit nach dem Alten ... noch im vorigen Jahr hab ich ein Bekenntnis – ich bekenne mich oft zu was, aber man kann über alles diskutieren – also, da hab ich ein Bekenntnis abgelegt zu dem, was mir wichtig erscheint ... „Wirtschaftliche Kennzahlen“, hab ich geschrieben, „Kennzahlen allein sagen noch nicht viel über die Lebensqualität in unserem Land aus ... eine intakte, lebenswerte Umwelt tragen in ebenso starkem Ausmaß zum persönlichen Wohlergehen des einzelnen bei.“

Wissen S, sowas muß einmal festgehalten werden, hab i mir 'dacht, weil sonst vergessens die Leut ... schnellig, wie mir alle geworden sind ... bitte, ich bin ja nicht so ... ich laß mir Zeit ... ich hab ja auch jetzt den Gendarmen da unten gsagt, sie sollen sich Zeit lassen ... natürlich im Rahmen der Gesetze.

Schau'n Sie, man vergißt so leicht, daß die Gesetze für was da sind ... und daß

auch mir für was da sind ... nämlich zum Einhalten ... ich mein, unsere Wachebeamten drücken schon das eine oder andere Auge zu ... auch bei einem Besetzer ... aber immer geht's net mit dem Zudrücken ... hie und da muß man gewaltlos vorgehen.

Die Gewalt, Sie wissen des ja net, Sie sind ja da ganz manipuliert worden von den Meinungsdingen ... aber ich kenn mich aus, ich heiß ja auch der Herr Medien-Charly ... also die Gewalt, die hab ich mir immer verbeten ... obwohl das vielleicht sogar populär wär, aber ich tu nix, was nur populär ist, ich hab auch die Polizeistreife zu Fuß net deswegen verstärkt, weils die Leut so haben wollen, nein, ich weiß ganz genau, wie unsicher alles ist ringsumadum ... Sie lesens ja selber in der Zeitung, wie oft einer auf der Flucht erschossen werden hat müssen ... also mit so populistischen Schmähns wie starker Arm des Gesetzes, da spielt sich bei mir nix ab ... wenn man dem Gesetz, hab ich gsagt, zum Durchbruch verhelfen muß, dann in der aller mildesten Form ... und so wars ja auch in der Au.

I hab nur Familienväter hinunterlassen ... am Anfang, bitte, dann sinds von den Rechtsbrechern immer mehr geworden und irgendwann gehen sogar einer gesunden Exekutive die Väter aus ... ich kann ja net alle diesbezüglichen Organe in den Osten holen ... aber auch, hab i gsagt, wenn einer ledig is, soll er den Knüppel dort lassen, wo er hingehört ... ich hab meinen Beamten ganz schön gedroht: wenn es zu einer Anwendung kommt, hab ich ihnen eingeschärft, die mit Gewalt zu verwechseln ist, dann tret ich zurück ... net auf die Beamten, sondern vom Sessel ... ich kleb net auf mein Sessel ... ich hab in der Partei so viele, daß ich schon fast zwischen allen sitz ... ich wehr mich nur dagegen, daß aus meinen Helfern sowas wird, was die in Deutschland eine Prügelpolizei nennen ... in meiner Polizei gibts kane Bullen, sondern Herren ... Herren und Formen ... die Formen sind in der strengen Kälte naturgemäß ein bissel frostiger ... aber sie werden strikt eingehalten ... selbst bei einer Überhandnahme der Exekutive darf ein Übergreifen nicht stattfinden ... höchstens ein Eingreifen, aber nur im Rahmen passiver Gewalt.

**M**ein Ideal is, daß ich, wenn ein Bürger und ein Beamter miteinander zum tun haben, ich das Wort Au nicht mehr hören muß ... aber was erzählt ich Ihnen von Idealen, sowas kennen Sie ja gar nimmermehr ...

# Polizei vertreibt mit Gewalt die Hainburg-Besetzer

## Mindestens 45 Verletzte bei Räumung im Morgengrauen

Wien ap/dpa)

Das Baugelände für das Wasserkraftwerk Hainburg bei Wien ist geräumt. Mit einer generalstabsmäßig geplanten Aktion haben am Mittwochmorgen 900 Polizisten die rund 1500 Umweltschützer aus den Donau-Auen vertrieben, die seit anderthalb Wochen den Bauplatz besetzt hatten. Unter Polizeischutz konnten anschließend die Holzfäller anrücken und rund vier Hektar des ökologisch wertvollen Baumbestands roden.

In der Nacht hatte das Wiener Innenministerium die geplante Baustelle zum Sperrgebiet erklärt. Die Besetzer wurden aufgefordert, das Gelände, auf dem sie trotz eisiger Kälte seit elf Tagen gezeltet hatten, sofort zu verlassen. Mit einem „Scheingriff“ im Morgen-

grauen lenkte die Polizei dann die Umweltschützer ab, um eine Menschenkette zu bilden, die die Arbeiter vor den Demonstranten schützen sollte.

Darauf warfen sich Demonstranten vor einen heranrollenden Bagger und hängten sich an dessen Schaufel. Bei anschließenden Schlägereien wurden fünf Polizisten und mindestens 40 Demonstranten verletzt. Nach offiziellen Angaben hatten die Polizisten Order, ihre Schlagstöcke nicht

zu benutzen. Sprecher der Besetzer warfen den Beamten jedoch „Brutalität“ vor und sprachen von über 100 Verletzten auf ihrer Seite.

Die befürchtete Konfrontation zwischen den Arbeitern, die das Kraftwerk bauen sollen, und den Naturschützern blieb indes aus. Die Betriebsräte der beteiligten Firmen sagten einen Protestmarsch in die Auen ab, nachdem Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) den Gewerkschaftsvorsitzenden Anton Benya

umstimmen konnte. Benya hatte gedroht, die Betriebsräte könnten „Maßnahmen“ beschließen, wenn in Hainburg nicht bald gerodet werde.

Als Antwort auf „die barbarische Naturvernichtungsaktion“ hat der deutsche Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) die Bundesbürger aufgefordert, Österreich als Urlaubsland zu meiden. Auf den Vorwurf von Kanzler Sinowatz, die Deutschen hätten kein Recht, sich in „diese rein österreichische Angelegenheit“ einzumischen, sagte BUND-Vorsitzender Hubert Weinzierl, die Österreicher verwalten mit den Donau-Auen „ein europäisches Natur- und Kulturerbe von internationaler Bedeutung“.

**Hainburg geräumt:  
Auch ARD-Filmer verletzt!**  
Berichte S. 2 u. 17

 20.12.1984 **WZ** Westdeutsche Zeitung

## Naturschützer warfen sich vor Bagger

### Protest gegen Donaukraftwerk wurde gebrochen / Verletzte bei Zusammenstößen mit Polizei

Wien/Hainburg (AP). Die Lage auf der seit einhalb Wochen von Naturschützern besetzten Baustelle des geplanten Donaukraftwerkes Hainburg bei Wien spitzte sich gestern zu, nachdem die Polizei mit der Räumung begann. Wie Polizei und Innenministerium mitteilten, kam es zu Zusammenstößen zwischen den etwa 800 Polizisten und den rund 2 000 Demonstranten, bei denen sechs Polizisten verletzt wurden. Die Hainburg-Gegner sprechen von rund 100 verletzten Umweltschützern. Rund 40 Demonstranten, die gegen die Zerstörung der Flußwaldlandschaft protestierten, wurden festgenommen. Schließlich wurde der Widerstand gebrochen und das Gelände wie vorgesehen gerodet.

Das Gebiet war um Mitternacht zum Sperrgebiet erklärt worden. In den frühen Morgenstunden begann zunächst nach Darstellung der Polizei ein „Scheingriff“ auf ein Lager der Besetzer. Nach Angaben von Augenzeugen warfen sich die Umweltschützer vor einen dabei eingesetzten Bagger und hingen sich an die Baggeraufschaufel. Unterdessen stürmten rund 800 mit Schlagstöcken und Helmen ausgerüstete Polizisten an einer anderen Stelle in die Au und bildeten eine Menschenkette rund um ein etwa fußballfeldgroßes Teilstück, wo Arbeiter mit Rodungen begannen.

Die Demonstranten versuchten immer wieder vergeblich, die Kette zu sprengen. Nach den Worten der Hainburg-Gegner wurden auch Polizeihunde eingesetzt. Auch ein Wasserwerfer war in Betrieb. Der Vorsitzende der österreichischen Journalisten-

gewerkschaft und prominente Umweltschützer Günther Nennung sagte vor Journalisten, Frauen und Kinder seien von Polizisten geschlagen worden. Die Polizei bezeichnete er als „Bürgerkriegsarmee“. Der bekannte Maler Friedensreich Hundertwasser, der seit Tagen in der Au schläft, appellierte an Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, den Konflikt zu beenden.

Innenminister Karl Blecha warf den Demonstranten Gewaltanwendung vor. Auch seien rund 50 bekannte Links- und Rechtsextremisten unter den Umweltschützern gesehen worden. Bundeskanzler Fred Sinowatz hat angekündigt, daß die Regierung am Bau unter allen Umständen festhalten werde. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) sprach sich erneut für einen „Friedensplan“ aus, der im Kern ein Abwarten mit den Arbeiten bis zum Entscheid über ein lautes Volksbegehren gegen den Bau aus. Ein ÖVP-Sprecher bezeichnete den gestrigen Tag angesichts des Polizeieinsatzes als „Tag der nationalen Schande“.

Eine vierte Gesprächsrunde zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Umweltschützer brachte keinerlei Annäherung. Bundespräsident Kirchschläger kündigte ein Gespräch mit den Naturschützern an. Die Grün-Alternativen und Vertreter der Hochschülerschaft forderten den Rücktritt der Bundesregierung.

Die Bevölkerung des Gebietes solidarisierte sich gestern weiter mit den Demonstranten. An manchen Häusern hingen schwarze Trauer-



Zahlreiche Verletzte gab es gestern bei schweren Zusammenstößen zwischen 800 österreichischen Polizisten und rund 2 000 Umweltschützern auf dem Baugelände für das Kraftwerk Hainburg in den Donau-Auen. Nach der Räumung des Gebietes konnten rund 40 Holzfäller vier Hektar Baumbestand abholzen. Am Nachmittag waren die Rodungsarbeiten in einer der letzten erhaltenen Urwaldlandschaften Westeuropas fast abgeschlossen. Siehe Zeitgeschehen

rannen. Vom Krankenhaus Hainburg wurden zusätzliche Ärzte und Chirurgen angefordert. Auch wurden zahlreiche Rettungswagen in das Gebiet entsandt, das ansonsten ab Wien fast nur noch auf Schleichwegen zu erreichen war. Busse mit Umweltschützern sollen bereits an der Wiener Stadtgrenze von Polizisten abgefangen worden sein. Auch Journalisten sollen, nach An-

gaben Betroffener, Schwierigkeiten dabei haben, Zugang zu erhalten. Sie werden zumeist von ortskundigen Demonstranten eingeschleust. Der Schweizer World Wildlife Fund (WWF) kündigte zusammen mit anderen Umweltschutzgruppen organisierte Fahrten nach Hainburg an. Schweizer Naturschützer wollen dort Weihnachten und Neujahr verbringen.

Verschärfte Kraftprobe um Hainburg
Das Baugebiet zur Sperrzone erklärt

Das österreichische Innenministerium hat die Hainburger Au mit Wirkung vom Mittwoch zur Sperrzone erklärt. Wer das Gebiet, in dem die Rodungen für das Donau-Kraftwerk vorgenommen werden sollen, dennoch betritt, kann mit Busse bis zu 3000 Schilling oder mit Haftstrafen bis zu zwei Wochen belegt werden.

R. St. Wien, 19. Dezember

Busse, die neue Demonstranten in die Au-Gebiete bringen sollten, wurden nach dem Beschluss des Ministeriums von der Polizei abgefangen. Sogar aus in Richtung Hainburg fahrenden Privatautos wurden mit Rucksäcken ausgestürzte Studenten herauskomplimentiert. Am Mittwoch früh kreischten wieder die Baumstämme. Ein Polizeiaufgebot von 500 Mann riegelte ein gut einen Hektar grosses Rodungsgebiet ab, in ihrem Schutz waren etwa 40 Holzfüller am Werk.

für seine Mässigung bekannt, liess vernehmen, wie Geduld der Gewerkschafter sei zu Ende. Diese Drohgebärde des Gewerkschaftsbundes löst Zweifel aufkommen, ob man in dieser mächtigsten Organisation Österreichs die Lehren aus dem Bürgerkrieg von 1934 auch wirklich ernst nimmt oder ob sie vor allem Stoff für schöne Erinnerungsreden abgeben.

Die Eile der Regierung

Die grosse Mehrheit der österreichischen Bevölkerung stimmt darin überein, dass die Regierung dem Gesetz und ihren Entscheidungen Nachachtung verschaffen muss. Im Zweifelsfalle neigt vor allem der Ostösterreicher sogar zu einer gewissen Obrigkeitgläubigkeit. Was aber nach wie vor in diesem Falle viele nicht verstehen, ist die Eile, mit der die Regierung Beschlüsse in die Tat umsetzen will, während über das Bewilligungsverfahren noch Rekurse beim Verfassungsgericht anhängig sind.

Drohgebärden der Gewerkschaften

Bundeskanzler Sinowatz hat die Anordnung zur Räumung der Au offensichtlich unter schwerem Druck der Gewerkschaften getroffen. Mehrere hundert Betriebsräte von Firmen, die am Kraftwerkbau beteiligt sind, hatten am Montag in Hainburg getagt. Für den Fall, dass diese bis Mittwoch nicht geräumt sei, beschlossen die Betriebsräte einen Marsch von Arbeitern in die Au. Der Regierungschef konnte die zornigen Gewerkschafter von dieser Demonstration, von der man befürchten musste, sie ende in einer Schlägerei, abbringen, indem er eine Verstärkung des Gendarmieraufgebots zusagte.

Der selbstgerechte und anmassende Ton der Betriebsräte auf ihrer Hainburger Versammlung hat streng gesetzestreue Bürger und unverdächtige Zeitungen wie «Die Presse» zum Überdenken ihrer Beurteilung veranlasst. Da wurde von hohen Arbeiterfunktionären den Au-Besetzern in die Schuhe geschoben, sie würden von Ghadhafi finanziert, ohne dass dafür der geringste Beweis vorgelegt wurde und offensichtlich ohne zu bedenken, dass der Österreicher mit den besten Beziehungen zum libyschen Revolutionsführer immer noch Alt-Bundeskanzler Kreisky ist. Da bezeichnete der sonst massvolle Arbeiterkammerpräsident Czettel die Studenten in der Au als Herrenhühner, die auf Kosten der Arbeiter studierten. Er stellte damit ziemlich alles auf den Kopf, was die sozialistische Regierung in einem Dutzend Jahren als Ziele der Bildungspolitik vertreten hatte. Gewerkschaftsbund-Präsident Benya, bisher im allgemeinen

Eine Demonstration in Wien

Am Nachmittag hat Bundespräsident Kirchschläger eine Abordnung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens empfangen; Hoffnung machte er ihr allerdings keine. Gegen 16 Uhr versammelten sich über 10 000 Menschen bei der Staatsoper zu einer Kundgebung. Sie begann mit dem Absingen der Nationalhymne. Viele führten österreichische Fahnen mit dem Trauerflor mit sich.

Einen Entlastungsangriff zugunsten des Baus der Staustufe Hainburg machte indirekt der Wiener Bürgermeister Zilk. Er bezeichnete die Emissionswerte des Kohlekraftwerks Dürnrohr als zu hoch. Vor der Inbetriebnahme dieses Ersatzkraftwerks für Zwentendorf müssen nach Zilk Verfahren eingebaut werden, mit welchen die Emissionswerte gegenüber dem jetzigen Stand auf die Hälfte reduziert werden können. Nach Auskunft von Ingenieuren sind die neuen Entschwefelungstechniken im kurz vor der Vollendung stehenden Kraftwerk Dürnrohr jedoch zurzeit nicht verwendbar.

Protesters Win Delay in Danube Dam Work

The Associated Press

VIENNA — Chancellor Fred Sinowatz of Austria said Friday that there would be no further government action on a controversial Danube dam project until early next year after environmentalists had pledged to occupy the site over Christmas to prevent construction work.

A spokesman said Thursday that 5,000 people were expected to spend Christmas eve at the location in the Auwald, one of Europe's last primeval flood forests, near Hainburg, between Vienna and the Czechoslovak border.

But Mr. Sinowatz said Friday: "We shall take no further action until a complex review of the situation at a cabinet meeting next Jan. 3. I think we should use the holiday season on both sides to reconsider our stands, and that we should all spend Christmas at home with our families."

A spokesman for the protesters said he welcomed the government's move and that there would be no demonstrations over Christmas. "We are pleased that reason has prevailed and we shall keep a Christmas truce," he said. Earlier this week several people

were injured and 48 detained in clashes between police and demonstrators.

The Auwald is a tract of 20 square miles (50 square kilometers) of swamp forest formed by thousands of years of flooding by the sluggish Danube.

The protesters say the dam will pollute Vienna's drinking water, destroy a precious stretch of forest and only add to Austria's surplus of electric power.

The government says the dam will reduce the nation's dependence on gas and oil.

Wiener Bundespolizei räumt Donau-Au gewaltsam

Von unserem Korrespondenten Arthur Meyer

Stopfenreuth, 19. Dez. In der Stopfenreuther Au bei Hainburg spielten sich am Mittwoch Szenen ab, an deren Folgen die österreichische Innenpolitik noch lange zu tragen haben wird: Auf Befehl der Regierung stürmten in den frühen Morgenstunden Alarmlinien der Wiener Polizei einen Teil des von Umweltschützern seit Tagen gewaltfrei besetzt gehaltenen Waldgebiets. Im Schutz eines starken Polizeikordons begannen darauf in grossem Massstab neue Rodungsarbeiten; bis zum Einbruch der Dunkelheit wurden mitten im Kern des ehemaligen Landschaftsschutzgebiets rund drei Hektaren Waldfläche abgeholzt.

Nach Tagen einer Art Patt-Stellung zwischen Gendarmerie und Au-Schützern zeichnete sich am Dienstagabend die Wendung ab: Mit einem in den Abendstunden verkündeten, in der Geschichte der zweiten österreichischen Republik einmaligen Erlass der Bezirkshauptmannschaften von Gläserndorf und Bruck an der Leitha wurden die gesamten Donau-Auen im Bereich der Gemeinden Petronell-Caruntum, Stopfenreuth und Bad Deutsch-Altenburg ab Mitternacht zum Sperrgebiet erklärt, in dem jeglicher Aufenthalt unter Strafe gestellt wurde. In den frühen Morgenstunden, kurz vor 6.30 Uhr, rückten dann starke Gendarmerie- und Polizeieinheiten an. Unbewaffnete Gendarmetrupps, deren korrektes Verhalten später von den Au-Schützern ausdrücklich hervorgehoben wurde, täuschen die unmittelbar neben der Hainburger Donaubrücke lagernden Au-Besetzer, indem sie die von diesen aufgerichteten Barrikaden aus Holz und Ästen wegräumen begannen. Zu gleicher Zeit stürmte eine grössere Abteilung an anderer Stelle eines der im Wald errichteten Lager der Naturschützer. Währenddessen drang von einer anderen Seite her eine mehrere hundert Mann starke Spezialeinheit der Bundespolizei aus Wien mit Stahlhelmen, Gummiknüppeln und Hundstapfeln in das Au-Gebiet ein und begann damit, eine Fläche in der Grösse zweier Fussballfelder hermetisch abzuriegeln. Jeder, der sich entgegenstellte oder sich zufällig in dem betreffenden Gebiet aufhielt, wurde niedergeknüppelt. Einzelne Gendarmen, die schon seit Tagen in der Au im Einsatz standen und mit den Au-Besetzern in der Zwischenzeit eine Art gegenseitiges Vertrauensverhältnis gefunden hatten, beklagten sich später über das Vorgehen dieser Alarmlinien der Wiener Polizei. Ein Unteroffizier zum Korrespondenten des «Tages-Anzeigers»: «Wir sind sogar ohne Dienstwaffe hier, wie das zwischen uns und den von uns überwachten Au-Besetzern abgesprochen war. Und jetzt dieser Einsatz unserer Kollegen; ich weiss nicht, wozu ich da noch herumstehe.»

Starke Solidaritätswelle mit den Au-Schützern

Inzwischen waren aus der weiteren Umgebung zahlreiche Rettungsfahrzeuge des Österreichischen Roten Kreuzes und des niederösterreichischen Katastro-

phenhilfsdiensts eingetroffen, die den ganzen Tag über im Einsatz blieben; Ärzte und Sanitäter leisteten Verletzten Erste Hilfe. Während Innenminister Blecha an einer Pressekonferenz in Wien von sechs verletzten Polizisten sprach, zählte man im Krankenhaus Hainburg am Abend fünfzehn eingelieferte Umweltschützer, darunter einen mit einer Gehirnerschütterung. Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren bezeichnete die Zahl der ambulant behandelten Verletzten auf weit über hundert. Unter den Geprügelten und Getretenen befanden sich auch ältere Leute, Hochschulprofessoren, Frauen und Kinder, die sich in dem gestürzten Lager in Zelten aufgehalten hatten, sowie Kameraleute mehrerer Fernsehteams. Etwas über 40 Personen sollten festgenommen worden sein. Ein im Auftrag des World Wildlife Fund (WWF) Schweiz seit zwei Wochen mit Aufnahmen in der Stopfenreuther Au beschäftigter privater Schweizer Videofilm wurde bei der Zufahrt zur Hainburger Donaubrücke in seinem Auto von einem Mann in Zivil gestoppt und erhielt, als er das Fenster des Wagens öffnete, sofort einen gezielten Faustschlag ins Gesicht.

Die Meldungen vom harten Durchgreifen der Polizei löste unter der Bevölkerung eine neue, starke Solidaritätswelle mit den Au-Schützern aus. Obwohl Polizei und Gendarmerie Autobusse teilweise schon bei der Stadtausfahrt von Wien stoppten und junge Leute, die nach möglichen Au-Besetzern aussahen, sogar aus fahrlanmässig verkehrenden Linienbussen der Post herausholten, strömten im kleinen Ort Stopfenreuth den ganzen Tag über neue Scharen von Menschen jeden Alters und aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammen. Viele hatten lange Anmarschwege zu Fuss zurückgelegt.

In Wien nahmen am späten Nachmittag über vierzehntausend Personen an einer kurzfristig organisierten Grossdemonstration vor der Staatsoper teil. Viele Menschen waren dem Beispiel der kleinen Marchfeld-Gemeinde Witzelsdorf gefolgt, deren Häuser seit Mittag Flaggen mit Trauerflor tragen, und waren mit rot-weiss-roten, mit einer schwarzen Schleife versehenen Fähnchen gekommen.

Die Polizei räumt besetztes Kernkraftwerk

Mehrere Verletzte in Hainburg / Beginn der Rodungen



**Nach der Überschwemmung**



**Kältebuffet**

# **Donnerstag, 20. Dezember**

*ÖGB fordert hartes Durchgreifen*

*Hefige innenpolitische Reaktionen*

*Friedensappell von Kardinal König*

*Angst vor weiterer Eskalation  
in der Au*

# ÖGB fordert Regierung auf, endlich hart durchzugreifen

● Hinweise verdichten sich: Neue Räumaktion!

● Kirche ruft zum Gebet für das Land auf



AUF DER SUCHE NACH DEM VERLORENEN GESICHT

● Über die Räumaktion Differenzen in der SPÖ

● Die ÖVP überlegt Sitzung im Parlament

Nur einen Tag nach den blutigen Schlägereien in der Hainburger Au gärt es in der heimischen Innenpolitik bedrohlich: Die Differenzen über die Räumaktion innerhalb der SPÖ sind nicht mehr zu übersehen („Das war eine Mischung von Dilettantismus, Ignoranz und Präpotenz“), die ÖVP will das Parlament mit einer Sondersitzung einschalten, und im ÖGB wiederum drängt man nach wie vor auf eine vollständige Räumung der Au, das sei der Auftrag für die Regierung.

Und zwar rasch, weil ansonsten eine Demonstration auch von 100.000 Arbeitern nach Weihnachten nicht unmöglich wäre. Tatsächlich verdichteten sich Donnerstag die Gerüchte, daß am Freitag die Exekutive erneut räumen würde.

**M**it einem mahnenden Appell trat Kardinal Franz König an die Öffentlichkeit: Österreichs Kirchenoberhaupt zeigte sich von den Vorgängen rund um die Hainburger Au „tief betroffen“ und bezeichnet es als ein „erfreuliches Zeichen, daß sich so viele Menschen für die Erhaltung der Umwelt engagieren und damit ihren Respekt vor der Schöpfung bekunden, deren Erhaltung dem Menschen anvertraut ist“.

Zugleich aber erinnerte der Kardinal an die Bauarbeiter, die berechtigte Sorge um ihre Arbeitsplätze haben.

Kardinal König weiter: „Ich richte daher an alle Beteiligten den Appell, keine in Zukunft nicht wieder gutzumachenden Konfrontationen zuzulassen!“



Besorgt: Kardinal König

**Kardinal König ist über Vorgänge in der Au „tief betroffen“**

Der Jugendbischof Egon Kapellari hingegen rief zum „Gebet für dieses Land und dessen Staat“ auf, und der Präsident der Katholischen Aktion, Eduard Ploier, meinte, die Bundesregierung sollte die Hainburg-Entscheidung nochmals überdenken.

Die Au-Besetzung sorgt indes auch für Wirbel in der SPÖ: Juso-Chef Alfred Gusenbauer lieferte nach seiner Rückkehr aus Zentralamerika („ich hab' mir ja gar nicht vorstellen können, daß das bei uns inzwischen so eskaliert“) schwere Angriffe auf den Stil mit dem seine Partei den Konflikt zu lösen versucht. In „ei-

ner der schwersten Krisensituationen der österreichischen Politik“ sei es „nicht adäquat, mit Polizeihunden und Knüppeln gegen friedliche Demonstranten vorzugehen“.

Womit sich der Jung-Linker in krassem Gegensatz zu seinem Zentralsekretär Peter Schieder befindet. Der war am Donnerstag voll des Lobes für Innenminister Blecha („man

tralsekretär offen: „Ich bin nicht Pressesprecher des Innenministeriums oder der DoKW.“ Die Exekutive werde aber weiterhin die Staatsmacht zeigen – unabhängig vom Einfluß der Gewerkschaften, die „in so hohem Ausmaß Verantwortung für diese Republik zeigen“.

Und während Schieder überzeugt ist, daß die Hainburg-Bescheide „rechtlich einwandfrei“ zustande gekommen sind und sonst „überhaupt nix mehr gehen würde“, sollte man alle Anfechtungen von Bescheiden abwarten, drängt Gusenbauer auf sofortigen Rodungsstopp und die Einberufung des SP-Vorstandes. Wegen des „hohen politischen Preises“, den Hainburg koste, sollten die Höchstgerichtsverfahren abgewartet werden, und ein Plebiszit sollte dem Bau gegebenenfalls „breitere Legitimation“ verschaffen.

Wenn es in der Stopfenreuther Au zu weiteren Zusammenstößen kommt, plant die ÖVP eine Sondersitzung des Parlaments, kündigte Obmann Alois Mock an. Nach dem Parteivorstand erklärte er, seine Partei überlege ernstlich, ob zum Thema Hainburg nicht doch eine Volksabstimmung abgehalten werden soll. Mock meinte auch, er könne sich durchaus noch eine Umplattung des gesamten Kraftwerkskomplexes vorstellen.

Beziehungsvoller Kommen-

tar von Baugewerkschafter Josef Hesoun nach einem Gespräch mit Bundespräsident Kirchschlager. Donnerstag nachmittag: Er könne für die Zukunft nicht ausschließen, daß einzelne Arbeiter in die Au kommen werden, um dort ihre Anliegen zu vertreten. Der Unmut in den Betrieben sei sehr groß...

PAUL CECH, CONRAD SEIDL, HERWIG SCHMIDL ■

## LETZTE MELDUNG

Innenminister Karl Blecha schien sich Donnerstagabend durchgesetzt zu haben. Nach letzten Informationen aus dem Innenministerium wurde der für Freitag früh geplante Einsatz der Exekutive in der Stopfenreuther Au abgeblasen.

Zuvor hatte es hitzige Debatten, vor allem im ÖGB, gegeben. Im Innenministerium wurde dem KURIER versichert, es werde bis Weihnachten in der Au ruhig sein. Blecha demotivierte nachdrücklich, er habe seinen Standpunkt bei der Gewerkschaft nur durch eine Rücktrittsdrohung durchsetzen können. Eine solche habe er vor keinem Gremium ausgesprochen.

Allerdings lasse er einen Polizeieinsatz wie jenen von Mittwoch früh jetzt nicht mehr zu. Bei Redaktionsschluss war nicht bekannt, ob dies nur eine Absichtserklärung war oder ob tatsächlich die Exekutive doch neuerlich stürmen würde.



Deckt Innenminister Blecha: SP-Zentralsekretär Schieder

muß seine Bemühungen bedenken, ein Bürgerministerium zu schaffen“) und lobte vor allem die Langmut, mit der den Besetzern der Stopfenreuther Au begegnet wurde. Wo aber Organe der Exekutive angegriffen und abgedrängt wurden, müsse man handeln.

Die wahllosen Prügel für die „Tausenden jungen Leute, die mit guter und bester Absicht da unten sind“, wären eine „wirklich notwendige Maßnahme“ gewesen – ob solche Formen des Einsatzes weiter angewendet würden, um die Rodung des Bauplatzes zu gewährleisten, ließ der SP-Zen-

HUBERT WACHTER

**HINTERGRÜNDE**



„Deshalb wird nach Hainburg in der österreichischen Innenpolitik einiges nicht mehr so sein, wie es vorher war.“

Dies schrieb ein Journalist am vergangenen Sonntag. Man kann bereits sagen – und die Hainburg-Krise ist noch lange nicht ausgestanden –, daß diese Feststellung schon jetzt volle Gültigkeit erlangt hat!

verzichtete, gab es ÖGB-intern wütende Proteste: Man läßt uns im Stich! Daher, so hohe ÖGB-Funktionäre am Donnerstag: Das Verlangen zur kompletten Räumung der Au ist nach wie vor aktuell! Man halte zwar nichts von Eskalation, aber die Regierung müsse auf Recht und Ordnung sehen. Daß der ÖGB auf diesem Verlangen

**Der ÖGB-Druck**

Bundeskanzler Fred Sinowatz ist in einer Situation, die wohl die gefährlichste, schwierigste und (fast) ausgewogenseste ist, in die je ein Regierungschef dieser 2. Republik geriet. ÖGB-Chef Anton Benya brüllte ihm am Dienstag, als den Gewerkschaftern noch einmal ein Demonstrationsverzicht in der Hainburger Au abgerungen wurde, an, die Regierung möge die Ordnung wiederherstellen. So erzählen es Sitzungsteilnehmer. Die Antwort von Sinowatz: Er bemühe sich ja, „aber es ist alles so kompliziert.“

Am Mittwoch wurde geräumt, aber nur teilweise. Trotzdem floß Blut. Die Frage ist zulässig: Wie lange hat der ÖGB Geduld, wie lange schaut er zu, daß diese Regierung, eigentlich nur in der Lage ist, kleinweise die Au zu räumen?

Als Benya am Dienstag auf die Großdemonstration der Gewerkschafter (noch)

beharren werde, das sei klar, „da sollen sich sowohl Regierung und Demonstranten ja nicht täuschen“, so die unverholene neuerliche Drohung.

Trotz des blutigen Mittwoch: Noch könne man die Arbeiter zurückhalten, verlaute aus dem ÖGB auch am Donnerstag. Aber wie lange? Die Mittwoch-Räumung war dem ÖGB offensichtlich zuwenig. Und ganz offen wird von einer noch viel mächtigeren Demonstrationsmöglichkeit gesprochen: Zwischen Weihnachten und Neujahr brächte man auch 100.000 Arbeiter auf die Beine! Wenn's sein muß.

Innenminister Blecha wird alle Hände voll zu tun haben, das zu verhindern. Aber auch Sinowatz wird alle Hände voll zu tun haben: Den Eindruck abzuwehren, daß der ÖGB diese Regierung in Wahrheit bereits unter schweren Druck genommen hat.



**Der Unterschied**

**Blecha in Zeit im Bild 1**

In Widersprüche verwickelten sich Innenminister Karl Blecha und der Chef für die öffentliche Sicherheit, Erich Danzinger, über die Demonstranten.



Minister Blecha



Politiker Danzinger

... was letztlich doch hinter diesen Aktionen steht, denn es ist geradezu erschreckend, wie die Aktionen hier in dieser Hainburger Au geradezu spiegelgleich jenen sind, die etwa beim Bau der Startbahn West in Frankfurt abgelaufen sind, bei anderen Großbauvorhaben in Europa, dieselben Pläne, dieselben Organisationen, die gleichen Kommunikationssysteme, die gleichen Geräte im Einsatz, die gleichen Posten, die aufgestellt werden, die gleichen Meldegängersysteme, die gleichen Grabensysteme, die gleichen Befestigungsanlagen, die gleichen Barrikaden.“

„Ich sag' Ihnen nur, ich hab' zum Beispiel den Bericht aus Hessen ganz genau. Und da steht der Ablauf drinnen ganz genau.“

„Und wie man daher jene isoliert, die etwas anderes wollen, als nur Protest gegen ein Kraftwerk vorbringen.“

**Danzinger in Zeit im Bild 2**

(Auf die Frage nach den Extremisten): „Ich selbst habe sie natürlich nicht gesehen, aber nach den uns vorliegenden Berichten treten vereinzelt auch Leute in der Stopfenreuther Au in Erscheinung, die uns als Berufs-demonstrierer aus der Wiener Szene hinlänglich bekannt sind... Keine Ausländer. Es waren Leute, die seinerzeit bei den Vorfällen rund um die Gassergasse sehr deutlich in Erscheinung getreten sind.“

(Auf die Frage nach der Bewaffnung): „Es sollen vereinzelt Demonstranten sich mit Prügel bewaffnet haben, die ja dort in der Au in großer Menge herumliegen. Man hat auch einzelne gesehen, die Fotoapparate geschwungen haben.“

„Ob es Verbindungen... zu denen in der Bundesrepublik Deutschland gibt, das kann ich natürlich nicht sagen.“

**„Österreich verlor in der Au seinen Charme“**

Hainburg ist nun auch endgültig zu einem großen Thema der internationalen Presse geworden: Die führenden deutschen, französischen und britischen Blätter widmen den Vorgängen ausführliche Berichte und Kommentare, ebenso die Massenmedien in der Schweiz, Italien, Jugoslawien, Ungarn und der CSSR.

Die „NEUE ZÜRCHER ZEITUNG“ schreibt unter anderem: „Was nach wie vor viele nicht verstehen, ist die Eile, mit der die Regierung Beschlüsse in die Tat umsetzen will, während über das Bewilligungsverfahren noch Rekurse vor dem Verfassungsgericht anhängig sind.“ Im Zürcher „TAGESANZEIGER“ wurde unter anderem davon geschrieben, daß sich die „Sozialpartnerschaft“ in eine „Sozialbetonschaft“ verwandelt habe.

Die Bonner „WELT“ ortet „eine tiefe Spaltung zwischen den Generationen“ in Österreich und schreibt: „Das im Ausland als gemächlich geltende Österreich hat im Auwald von Hainburg

jeden Charme verloren!“ Die „MÜNCHNER ABENDZEITUNG“ vermutet „die Sympathie der Bevölkerung auf jeden Fall auf seiten der Umweltschützer“.

Die Pariser Tageszeitung „LIBERATION“ schlagzeilt über Hainburg: „Blaue Flecken für die Grünen“ und zieht, angesichts wachsender grüner Widerstandsgruppen in Ungarn und der CSSR, den gewagten Vergleich: „Ob tschechische oder ungarische Kommunisten oder ob österreichische Sozialisten – sie schlagen gleichermaßen die Warnungen der Umweltschützer in den Wind.“

Auch die britischen Blätter, wie „EVENING STANDARD“ und „DAILY EXPRESS“, oder auch der kanadische Rundfunk berichten mit deutlich kritischem Unterton über Hainburg.

In den kommunistischen Nachbarländern CSSR und Ungarn wird – diesmal – nüchtern, kommentarlos und weitgehend objektiv über die Vorfälle informiert.

**Hellers Appell ans Oberhaupt**



André Heller appelliert

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Ich war in den vergangenen Tagen und Nächten in der Hainburger Au, um teilzuhaben an jenem wunderbaren Protest verantwortungsvoller, besonnener, über den Augenblick hinausdenkender Bürger. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Menschen, deren einziges Verbrechen darin bestand, die Bundeshymne zu singen und in Sprechchören Polizisten und Gendarmen um Gewaltfreiheit zu bitten, auf Anweisung des Innenministers niedergeprügelt, getreten und von Schäferhunden aufs brutalste attackiert wurden.

Sie, Herr Bundespräsident, der Sie unermüdlich Zeit und Energie, Jubiläen, von Trachtenvereinen und Industriefir-

men, Tunnelöffnungen und Grundsteinlegungen die Ehre Ihrer Anwesenheit zu schenken, wurden in der Au schmerzlich vermißt. Jene Österreicher, die eine leidenschaftliche Gegenhaltung zu den häufig tief in Skandale, Unglaubwürdigkeit, Packerei und Machterhaltungssucht verstrickten Politikern einnehmen, haben sich ihre Solidarität mindestens ebenso verdient wie die Salzburger Festspiele oder die Olympiamannschaft der Rodler. Verlangen Sie den sofortigen Stopp der Schlägerungen und der Schlägereien.

Mit abwartenden Grüßen  
Ihr André Heller

# Benya: Werden Bildung von Au-Kampftruppe nicht dulden

WIEN (AZ). Die Gewerkschaften wollen in engem Einvernehmen mit der Regierung zusammenarbeiten und abwarten, was die Kraftwerksgegner machen, erklärte ÖGB-Präsident Benya Donnerstag nach einem Hainburg-Gewerkschaftsgipfel. „Zu gegebener Zeit werden wir Beschlüsse fassen“, sagte er und verwies auf den Druck aus den erregten Betrieben. Zur Rolle des ÖGB in der derzeitigen Situation meinte er: „Vielleicht sind wir eine Pufferzone zwischen Betriebsräten, Belegschaft und Regierung.“ Es sei aber ein Irrtum, zu meinen, die Gewerkschafter würden ruhig zusehen, wie die Au-Besetzer Kampftruppen stellen.

Die Gewerkschaft ist dafür, daß der Rechtszustand hergestellt wird, sagte der ÖGB-Präsident. Allerdings werde man von den Arbeitnehmern mit Fragen bestürmt, wie lange man gedulde, noch zuzuwarten. Dazu könne er nur sagen: Wenn Aktionen gestartet werden,

so sind sie exakt geplant. Man habe bisher vor allem der Regierung Ruhe und Zeit für Verhandlungen mit den Kraftwerksgegnern geben wollen. Den Einsatz der Exekutive am Mittwoch bezeichnete Benya als gerechtfertigt. (Siehe auch Seiten 2 und 4.)



Betriebsräte und Gewerkschafter übergeben Bundespräsident Kirenschläger eine Petition

Photo: N. Motz

Es ist ein auf den ersten Blick friedliches Bild, das die besetzte Au bei Stopfenreuth bietet: Improvisierte Zeltlager, etliche aus Stroh, Plastikfolien und Holzstangen notdürftig zusammengestellte Behausungen, zahlreiche Feuerstellen mit dick eingepackten Gestalten, die davor lagern.

In den Gesprächen geht es — fast — immer nur um ein Thema: Den gestrigen Tag, als Polizei und Gendarmerie die Rodung eines rund vier Hektar großen

## Am Donnerstag herrschte die Ruhe nach dem Sturm Hainburger Au — der Tag danach...

Es ist die Ruhe nach dem Sturm, die Donnerstag, am Tag nach den ersten Zusammenstößen zwischen Aubesetzern und Exekutive, das Bild der Hainburger Au prägt: Gendarmen zwar an allen Zufahrten zum Angebot, aber kein Großaufgebot. Bei den Besetzern herrscht gedrückte Stimmung, der

Zustrom aus Wien scheint vorerst geringer als in den vergangenen Tagen zu sein, aber dieser Eindruck kann täuschen. Die Spannung, die über der Au liegt, ist spürbar — aber es wird an diesem Donnerstag nicht gerodet, die Baumaschinen stehen vor den Gittertoren.

stücken dazwischen verschwinden aber immer wieder Menschengruppen, vor dort aus ist der Weg zu den Lagern kein großes Problem mehr. Das Gebiet ist viel zu groß, als daß es völlig abgeriegelt werden könnte.

Freude mit der Aubesetzung kann nur das Wirtshaus von Stopfenreuth haben: So gut wie in diesen Tagen sind die Geschäfte wohl noch nie gegangen.

Otto Ranftl



In der Au: Zeltler Hundertwasser

Waldstückes durchsetzen. Beim Lager 2, eine gute halbe Stunde vom Ort des gestrigen Geschehens entfernt, unterhalten sich einige Leute mit zwei Gendarmen — das Thema ist dasselbe, das Gesprächsklima fast freundschaftlich. „Die Gendarmerie war ja in Ordnung, eh korrekt, aber die Polizisten haben hingedroschen“, hält ein Besetzer dem Gendarmen vor. „Mir san ja keine Monster, aber bei so einer Tauherchel geht's halt ein bißerl anders zu“, entgegnete der ruhig. Im übrigen stimme der Eindruck von den freundlichen Gendarmen und bösen Polizisten nicht: „Es waren halt grad zufällig Polizisten, die dort eingesetzt waren.“ Die Atmosphäre des Gesprächs ist bemerkenswert. Die Besetzer

machen dabei deutlich, daß sie sich über ihre Situation durchaus im klaren sind: „Wir wissen schon, daß wir nicht hier sein dürfen, aber wir bleiben trotzdem.“

Die Lagerfeuerromantik ist aber nicht das wahre Gesicht der besetzten Au. Das werden auch jene Jugendlichen bald mitbekommen, die Donnerstag vormittag langsam eintrudeln und aus deren Gesichtern und Alter eher die Abenteuerlust und der Wunsch, bei der Aktion einfach dabei sein zu wollen, abgelesen werden könnte.

Daß neue Aubesetzer kommen — daran können auch die Gendarmereiposten nichts ändern. Sie kontrollieren die Donaubrücke und die Zufahrten aus Stopfenreuth — in den großen Wald-



Au-Besetzer am Donnerstag: Es gab nur ein Gesprächsthema

## Krejci: „Muß Sinowatz unterstützen“

Au-Splitter

AZ: Herr Generalsekretär, es fällt auf, daß die Industriellenvereinigung in der Hainburg-Frage — ebenso wie schon bei Zwentendorf — voll die SPO-Linie unterstützt. Wird das zur ständigen Einrichtung?

KREJCI: Nein, das nicht. Aber jeder, der rechtsstaatlich denkt, muß dem Bundeskanzler dankbar dafür sein, daß er trotz medialem Trommelfeuer den Kurs hält. Man muß

ihn dabei unterstützen — ganz unabhängig von Parteizugehörigkeit. AZ: Sie haben die Besetzer gewarnt, den Langmut der Arbeiterschaft überstrapazieren. Irgendwann, wenn es Ihnen weniger paßt, als bei diesem Thema, könnte Ihnen die Gewerkschaft oben diesen Satz entgegenhalten...

KREJCI: Das schließe ich angesichts des hervorragenden Funk-

tionierens der Sozialpartnerschaft aus.

AZ: Und was würden Sie als Innenminister tun?

KREJCI: Ich würde eine Räumung durchhalten. Aber es zeigt sich heute eines: Unser Staat ist auf Extremsituationen nicht vorbereitet.

Mit dem Generalsekretär der Industriellenvereinigung sprach Hebert Lackner.

Der wilde Mittwoch hatte gestern ein Beschwerde-Nachspiel: Sowohl der ORF-Redakteursrat als auch ein Komitee von Zeitungsjournalisten kritisierten in einem offenen Brief an Innenminister Blecha die Vorgangsweise von Teilen der Polizei gegenüber Journalisten. Die Bundessektion Sicherheitswache in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst beschwerte sich ihrerseits in einer scharfen Stellungnahme über die Berichterstattung der Medien.



### **In der Au von Hainburg ein Mahnmal errichtet**

Die rotweißrote österreichische Fahne auf einem von Holzfällern abgeschnittenen Baum, ringsherum von Wiener Polizisten zurückgelassene Stacheldrahtsperrungen: Dieses Mahnmal errichteten Naturschützer in der Au von Hainburg. Sie wollen damit aufrufen, die Auseinandersetzung auf friedliche Weise auszutragen. In dem Gebiet war es am Donnerstag völlig ruhig. Bericht im Lokalteil.

Foto: Gino Malin



Fotos: Schönauer, Graupe

◀ Empörung herrscht über die Prügelnszenen am „Tag der Schande“ von Hainburg. Das Foto links zeigt einen behelmten Polizisten der Alarmabteilung beim gewaltsamen Vertreiben eines deutschen Fernseh-Kameramannes. Auf dem Bild rechts ist ein Gendarm zu sehen, der mit dem Gummiknüppel zuschlug ... ▶



# Hainburg: Beschwörender Appell von Kardinal König

Wien. – Beschwörender und dramatischer Friedensappell von Kardinal König an alle am Konflikt um das Kraftwerk Hainburg Beteiligten: Der Erzbischof von Wien forderte dazu auf, keine in Zukunft nicht wiedergutzumachende Konfrontation zuzulassen und das bisher Geschehene in Ruhe und in der Weihnachtsgesinnung nochmals zu überdenken, um zu einem neuen Anfang zu kommen.

Kardinal König betonte, daß mit den zur Zeit angewandten Mitteln seiner Ansicht nach keine Lösung gefunden werden könne. Für einen neuen Anfang seien der loyale Dialog, Kompromißbereitschaft und Verständnis für die jeweils „andere Seite“ unabdingbar, stellte der Kardinal mahnend fest.

Wie wichtig der Friedensappell von Kardinal König ist und wie wünschenswert es wäre, daß er auch gehört wird, zeigte der gestrige Donnerstag: In der Hainburger Au harrten die meist jugendlichen Besetzer weiter aus und richteten sich darauf ein, auch über Weihnachten und Neujahr zu bleiben. Zugleich gab es ein scharfes Ultimatum der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr an Kanzler Sinowatz und Innenminister Blecha, gegen die Aubesetzer weiterhin konsequent vorzugehen, weil es sonst zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kommen könnte.

Wörtlich heißt es in dem Brief der Gewerkschaft an Blecha: „Wenn die Provokationen der vorsätzlichen Gesetzesverletzer in der Au anhalten, ist es auf Grund der Stimmung in den Betrieben zweifelhaft, ob die Arbeitnehmer dies ein weiteres Mal ohne gewerkschaftliche Kampf-

maßnahmen hinnehmen werden. Sollte es bei einer derartigen Kundgebung zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Aubesetzern kommen, würden wir dies als politische Katastrophe betrachten...“ Schließlich wurde der Innenminister dazu aufgefordert, die Exekutive „nach Maßgabe der Notwendigkeiten“ so einzusetzen, daß der Bau

VON PETER GNAM

des Kraftwerkes Hainburg und die Sicherung des Rechts gewährleistet seien.

Von Sprechern der Bundesregierung wurde gestern gegenüber der „Kronen Zeitung“ betont, daß „sicher nicht an eine Kapitulation vor einer illegalen Aktion“ gedacht sei. Angaben darüber, wann und wo mit der Rodung der Au samt Polizeieinsatz fortgefahren werden soll, werde es „sicher keine mehr geben“ – das heißt, daß man die Besetzer der Au in einer Art Nervenkrieg im ungewissen lassen wird.

Im Innenministerium ließ man sich Filme, die von Polizeifotografen über die „Schlacht von Hainburg“ am Mittwoch gemacht worden waren, vorführen. Dabei ging es einerseits darum, eventuelles Fehlverhalten der Polizeikräfte festzustellen,

aber auch um die Identifizierung von Extremisten unter den Besetzern der Au. Tatsächlich wurden ein paar Rechtsradikale, die bei schweren Ausschreitungen von Anhängern des Wiener Fußballvereins Rapid dabei waren, identifiziert. Ein Sprecher des Innenministeriums appellierte an die Besetzer der Au, „keine Frauen mit Babys vorne am Bauch an die vorderste Front zu schicken“, wie das am Mittwoch – laut Polizeifilm – geschehen sei.

Über die „Schlacht von Hainburg“ berichtete übrigens auch das deutsche Fernsehen. Die ARD brachte ein Interview mit jenem Mann im Arrestantenwagen der Polizei, der zuvor mit einer rotweiß-roten Fahne um den Hals geschlungen von Exekutivbeamten aus der Au gezerrt worden war. Das ARD-Fernsehteam war übrigens während der Filmaufnahmen – ebenso wie ORF-Teams – verprügelt worden. Beide TV-Anstalten richteten an Innenminister Blecha gestern einen geharnischten Protest.

ÖVP-Chef Mock meldete sich gestern mit der Ankündigung, eventuell eine Sondersitzung des Parlaments über Hainburg abhalten zu wollen, zu Wort. SPÖ-Zentralsekretär Schieder verteidigte die Exekutive, die Jungsozialisten wollen die Entscheidung über Hainburg auf eine breitere Basis (Volksabstimmung?) stellen, und die Meinungsforscher sind sich einig, daß zumindest zehn grüne Abgeordnete ins nächste Parlament einziehen.

## Thema des Tages



VON KURT SEINITZ

### Seltsame Sozialisten

In der Schweiz bereiten sie schon einen „heißen Empfang“ mit Pfeilkonzerten für Außenminister Gratz vor, wenn er im Jänner kommt. Grund der Erregung der biederen Eidgenossen ist das forsche diplomatische „Kusch“, das Gratz den 62 Schweizer Abgeordneten, immerhin offizielle politische Vertreter ihres Landes, sowie überhaupt allen jenen Umweltschützern in Europa entgegenschleuderte, die gegen das Vorgehen der Bundesregierung in Hainburg protestieren: Man verbete sich ausländische Einmischung, mauern der Außenminister und der Innenminister dieser Regierung, und man orakelt von dunklen Mächten aus dem Ausland, wie man früher einmal den Freimauren und anderen Weltbösewichtern alle Schuld zugeschoben hatte. Hauptsache also, es fällt oft genug das Wort „ausländisch“.

Peinlich, peinlich: Die Sozialisten betrachteten sich einmal als Motor der europäischen Einigung, als Überwinder nationalstaatlicher Kirchturnpolitik und als Schöpfer eines Europa als unser aller Heimatland, innerhalb dem Schlagworte wie „ausländische Einmischung“ nichts mehr verloren haben sollten. Gratz war als Jungabgeordneter im Europarat engagiert, und auch Blecha galt einst als Jungeuropäer.

Heute versuchen sie gefährliche ausländerfeindliche Gefühle in Österreich zu mobilisieren. Sie fallen in die politische Steinzeit zurück – weil es um die Macht geht!

## Große Berichte der Presse im Ausland

### „Ungeschicktes Vorgehen von Österreichs Regierung“

Zürich/Bonn (k. s.). – Die Vorgänge rund um die Hainburger Au haben im Ausland ein außergewöhnlich großes Echo hervorgerufen. Zahlreiche Zeitungen und TV-Stationen haben Sonderberichterstattung in die Au entsandt.

Die als supersensibel geltende „Neue Zürcher Zeitung“ legt ihren Hainburg-Bericht mit Schlagzeile über die halbe erste Seite ihrer fünf Seiten Weltpolitik. Münchner Zeitungen drucken ganze Sonderseiten.

Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt von einem „ungeschickten Vorgehen der Regierung“: „... Während Blecha das Verhalten von Regierung und Polizeiorganen geschickt rechtfertigte, blieb er doch die Antwort schuldig, warum man Gerichtsverfahren, in denen die natur-

schutzrechtliche Seite der Baubewilligung zur Sprache kommen soll, nicht abgewartet hat... Wesentlicher als die juristischen Formmängel ist beim Fall Hainburg indessen das Auseinanderklaffen von Recht und demokratischer Handlungsweise... Es ergibt sich der Eindruck, daß die Bevölkerung durch die Rodung vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollte...“

Der Sonderberichterstattung der Münchner „TZ“ meldet: „Polizisten prügelten auch Schwangere.“ Die Reportage spricht von Ausschreitungen von Spezialeinheiten der Wiener Polizei.

### Rodungen sind rechtswidrig, Bürgermeister reagieren nicht!

Stopenreuth. – In Witzelsdorf und anderen Gemeinden an der Stopenreuther Au sind Häuser aus Trauer schwarz beflaggt, die Bauern versorgen die Auwaldschützer mit Lebensmitteln. Doch die zuständigen Bürgermeister schweigen, obwohl sie nachdrücklich darauf hingewiesen wurden, daß sie als Baubehörde erster Instanz dazu verpflichtet wären, die illegalen Rodungen der DoKW einstellen zu lassen.

Denn das ist die Rechtslage: Laut nÖ Bauordnung ist der Kraftwerksbau bewilligungspflichtig

(eine höchstgerichtliche Entscheidung dagegen, wie Polizeiminister Blecha behauptete, gibt es nicht). Außerdem ist Minister Haidens Wasserrechts- und Rodungsbescheid noch gar nicht rechtskräftig, weil die Bewilligung für zehn Detailprojekte (1) noch aussteht. Und in Haidens Bescheid steht wörtlich, „daß die Baumaßnahmen erst nach wasserrechtlicher Bewilligung der Detailprojekte erfolgen dürfen“. Viele fragen sich: „Kennt Haiden seine eigenen Bescheid nicht?“

F. G.

# Heftige Diskussion über den Einsatz der Exekutive in der Hainburger Au

ÖGB für Abwarten — ÖVP überlegt Sondersitzung des Nationalrates — SPÖ rechtfertigt Einsatzbefehl der Exekutive — Gewerkschafter beim Bundespräsidenten

Stellungnahmen zu den Ereignissen in der Stopfenreuther Au bestimmten auch gestern die Innenpolitik: ÖVP-Obmann Dr. Mock kündigte an, daß seine Partei eventuell eine Sondersitzung des Nationalrates verlangen werde. SPÖ-Zentralsekretär Schieder rechtfertigte den Einsatz der Exekutive, die rechtlich bewilligte Arbeiten schützen müsse. Bundespräsident Dr. Kirchschiäger empfing eine Gewerkschaftsdelegation zu einer einstündigen Aussprache. In der Au selbst kam es gestern zu keinem Großeinsatz der Exekutive. Eine Person wurde verhaftet, mehrere wurden angezeigt. Der Zuzug von Demonstranten hielt weiter an. Die Aubesetzer richteten sich auf einen längeren Aufenthalt ein. Viele wollen am Heiligen Abend auch ihre Familien mitbringen.

ÖGB-Präsident Anton Benya erklärte gestern in einem TV-Interview, die Gewerkschaft wolle erst abwarten, was die Kraftwerksgegner machen. Ob es einen Weihnachtsfrieden geben werde, richte sich ganz danach, ob sie freiwillig die Au räumen oder nicht.

Zum bisherigen Stillhalten der Gewerkschaften befragt, sagte der ÖGB-Präsident, man habe der Bundesregierung die nötige Zeit und Ruhe geben wollen, damit sie mit den Kraftwerksgegnern verhandeln könne. Die Gewerkschaft sei dafür, daß der Rechtszustand hergestellt werde. Laut Benya werde der ÖGB von Seite der Arbeitnehmer mit Fragen bestärkt, wie lange man gedulde, noch zuzuwarten und was geplant sei, zu tun. Er könne dazu nur sagen: Wenn Aktionen gestartet werden, so sind sie exakt geplant.

Zur Frage, ob er die von der Exekutive angewendeten Mittel als gerechtfertigt ansehe, gab Benya zur Antwort: Ja.



Eine Delegation des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wurde Mittwoch abend von Bundespräsident Dr. Kirchschiäger zu einem Gespräch empfangen

Der Bundesparteivorstand der ÖVP billigte gestern den „Friedensplan“ Mocks, der eine Aussetzung der Rodungsarbeiten bis zur Behandlung des Volksbegehrens und bis zum Abschluß der höchstgerichtlichen Entscheidungen sowie einen Abzug der Kraftwerksgegner aus der Au und eine ständige „Hainburg-Konferenz“ als Gesprächsforum vorsieht. Der ÖVP-Chef kritisierte in einer anschließenden Pressekonferenz das seiner Ansicht nach „stümperhafte“ Verhalten der Regierung in der Hainburg-Frage. Er schloß nicht aus, daß die ÖVP nach einer Gesamtbeurteilung eine Sondersitzung des Nationalrates fordern werde. Er wollte dies jedoch ausdrücklich nicht als Drohung verstanden wissen. Die ÖVP sei bisher überhaupt sehr zurückhaltend gewe-

sen. Mock würdigte, daß die Gewerkschaft in einer „außerordentlich ernsten Lage“ von einer Demonstration Abstand genommen habe und die Rolle, die ÖGB-Präsident Benya dabei spielte. Er sprach von einer bedauerlichen Inkompetenz der Regierung, insbesondere des Innenministers, beim Krisenmanagement. Von „Staatskrise“ könne man jedoch nicht reden. SPÖ-Zentralsekretär Peter Schieder rechtfertigte gestern bei einer Pressekonferenz den Einsatzbefehl des Innenministers Blecha. „Die Exekutive will einen gesetzmäßigen Zustand ermöglichen. Erst wenn die Organe von angeblich Friedfertigen gewaltlos angegangen werden, müssen sie reagieren.“ Eine Partei, die Regierungsverantwortung

trage, habe auch Verpflichtungen zu erfüllen, selbst wenn dabei einige Prozentpunkte an Wählerstimmen verlorengehen, sagte Schieder. Er stellte sich vor Innenminister Blecha, der in einer beispielhaften Form bemüht war, mit Gesprächen und Aufrufen eine andere Regelung zu finden. Aber ab einem Zeitpunkt, ab dem ein gesetzmäßiges Agieren nicht mehr möglich ist, müsse die Exekutive entsprechende Maßnahmen setzen. Der SPÖ-Zentralsekretär bedauerte, daß es nicht gelungen sei, viele gutwillige junge Menschen von der Notwendigkeit des Kraftwerks in Hainburg zu überzeugen. „Es ist eben leichter, Symbole als schwierige Zusammenhänge zu vermitteln“, sagte Schieder. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschiäger empfing gestern nachmittag eine Gewerkschaftsdelegation unter der Führung des niederösterreichischen Arbeiterkammerpräsidenten Abg. Hesoun. Der Abgeordnete erklärte anschließend, man habe eine sehr ernste Aussprache über die Ordnung in einer Demokratie geführt. Hesoun wollte nicht für alle Zukunft ausschließen, daß einzelne Bauarbeiter zur Vertretung ihres Anliegens in die Au kommen werden. Schließlich sei der Unmut in den Betrieben schon sehr groß.

Die Gewerkschafter hätten sich als Demokraten bewährt, im Unterschied zum Konrad-Lorenz-Volksbegehren, das die Zusage gebrochen habe, keinen Zuzug von Demonstranten in die Au zu fördern. Er warf den Proponenten vor, sorglos zu handeln, indem sie auch Mütter mit ihren Kindern in die Au lassen.

In der Au herrschte gestern weitgehend Ruhe. 70 Gendarmen verzaeh den Dienst. Es strömten immer mehr Demonstranten aus Wien in die Lager der Aubesetzer. Am Nachmittag schätzte man, daß sich rund 3000 Personen in der Au befinden. Die Besetzer bauten die Lager aus. Es sollen nach Angaben der Gendarmerie Erdhöhlen gegraben worden sein. Die Demonstranten befürchten für heute einen Großeinsatz der Exekutive. Wenn die-

ser ausbleibe, soll nach Ansicht der Besetzer, die in der Au Weihnachten feiern wollen, der 7. Jänner „Lostag“ sein.

Das Innenministerium gab bekannt, daß nach Auswertung des Filmmaterials die Neonazigruppe Küssel eindeutig unter den Aubesetzern identifiziert worden sei.

Zu den Ereignissen des Vortages meldeten sich zahlreiche Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens zu Wort: So appellierte das FCG-Präsidium, Besonnenheit auf beiden Seiten zu zeigen. Die Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr forderte in einem Schreiben an den Bundeskanzler, den Einsatz aller angemessenen Mittel, um Recht und Demokratie zu schützen.

Die Gewerkschaft Kunst, Medien, freie Berufe, Zeitungs- und ORF-Journalisten forderten vom Innenministerium, die freie Berichterstattung auch bei Polizeieinsätzen sicherzustellen und Übergriffe von Exekutivorganen auf Journalisten und Gerät zu verhindern.

Die Bundessektion Sicherheitswache in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst protestierte gegen unerlässliche Berichte in verschiedenen Zeitungen. Kardinal Dr. König appellierte an alle Beteiligten, keine in Zukunft nicht wieder gutzumachende Konfrontation zuzulassen, sondern auch in dieser Kontroverse das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Als einen „absoluten Blödsinn“ bezeichnete Altbundeskanzler Dr. Bruno Kreisky die von Gewerkschaftern vor einigen Tagen ausgesprochene Vermutung, daß die Aubesetzer u. a. auch vom lybischen Revolutionsführer Muammar Gaddafi finanziert würden. Diejenigen, die „solche Dumheiten“ verbreiteten, „sollen das oral beweisen“, meinte der Altkanzler, der nach seiner Rückkehr von Mallorca auf diese Behauptung angesprochen wurde. Mit dem Hinweis, daß er seit einundhalb Jahren nicht mehr Bundeskanzler sei, erklärte Kreisky, er wolle zur innenpolitischen Lage keine Stellungnahme abgeben.

## 21. 12. 1984 Salzburger Nachrichten



Hainburg-Kundgebung mit brennenden Grablichtern  
Anhänger des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens führten Donnerstag nachmittag auf dem Alten Markt in Salzburg eine Kundgebung durch. Mit Grablichtern wurde ein Schriftzug „Rettet die Demokratie“ erhellt. Bild: S/N/Ratzer

### „Es ist mehr als Hainburg“

Rund 500 Leute bei Kundgebung auf dem Alten Markt

SALZBURG-STADT. „Ich war selbst in der Au. Ich bin tief beeindruckt, wie die jungen Menschen sich für die gute Sache einsetzen. Ich möchte sie sogar als Helden bezeichnen. Es geht um weit mehr als nur um Hainburg. Es geht um einen neuen Weg der Besinnung“, mit diesen Worten leistete Donnerstag nachmittag der Leiter des Hauses der Natur, Eberhard Stüber, in seiner Eigenschaft als Obmann des Österreichischen Naturschutzbundes einen Beitrag bei einer Kundgebung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens auf dem Alten Markt.

Nach polizeilichen Schätzungen haben rund 300 Personen der Kundgebung beigewohnt, diese Zahl ist aber mit Vorsicht zu sehen, da es wegen vieler Zu- und Abgänge sehr schwer war, sich ein Bild zu machen. Gegen Ende der Kundgebung waren rund 500 Leute versammelt.

Von den Rednern wurde das totale Einstellen der Rodungsarbeiten und das Abwarten bis zur parlamentarischen Behandlung des Volksbegehrens gefordert. Mit Kerzen wurde ein Tannenbaum nachempfunden und ein Schriftzug „Rettet die Demokratie“ beleuchtet.

Die Diskussion um Hainburg färbte Donnerstag auch eine Sitzung des Altstadtausschusses im Schloß Mirabell. ÖVP-Gemeinderat Toni Bueck beantragte beim Vorsitzenden Hans-Jörg Pribik (FPÖ) eine „einminütige Besinnung wegen beängstigender Umweltfragen im speziellen wegen der Situation in Hainburg“. Dem Antrag wurde stattgegeben. Bürgerlisten-Stadtrat Johannes Voggenhuber, der sich nach der Sitzung in Richtung Hainburg in Marsch gesetzt hat, meinte zu diesem Vorgang: „Es war eine Peinlichkeit.“

GEROLD CHRISTIAN:

## Hilfe für Demokratie Zweifel an der Macht

Die etwa 3000 Hainburg-Besetzer und die über 20.000 Hainburg-Demonstranten auf der Wiener Ringstraße können und wollen das demokratische System Österreichs nicht destabilisieren. Was sie verursachen können, ist, die seit Jahrzehnten erstarre Demokratie in Österreich durchzurütteln. Und zwar in einer Form, daß der Schwerpunkt des Systems, die Demokratie, wieder nach unten, zum Volk kommt und nicht unbeschränkte Legitimation für selbstgefällige Machtausübung

bleibt.

Mit dem Engagement von Persönlichkeiten des „wissenschaftlichen Lebens“ (Exrektor Wilfried Platzgummer), denen nicht das Kraftwerk, sondern das demokratische Regieren und Verwalten ein Anliegen ist, ist der Protest gegen den Kraftwerksbau an der Donau abseits des Natur- oder Umweltschutzes zu einem hochpolitischen Problem für die Politiker und zu einem Phänomen für Demokraten ohne Mandat geworden.

Sieht man von kommunistischen

Agitatoren, anarchischem und anderem Gelichter ab, und subtrahiert man die kleine Zahl von karrierebesessenen Polit-Strebem, ist zur Kenntnis zu nehmen, daß sich jene Bevölkerungsgruppen für „die Au“ und für eine humanere, weil nähere Demokratie engagieren, denen man politisches Desinteresse und Politikverdrossenheit vorhält. In Österreich braut sich sicherlich keine Revolution zusammen. Aber Veränderungstendenzen in der demokratischen Praxis werden angestrebt.

Als 1848 die ersten Revolutionäre gegen das damals monarchistische System auftraten, hatte Kaiser Ferdinand noch gefragt: „Dürfen s' denn das?“

1984 stellen sich die „Regenten des Landes“ nicht einmal mehr diese ängstlich zweifelnde Frage, sondern behaupten selbstsicher: „Das ist gegen das Gesetz.“

Etwas mehr Zweifel an der eigenen demokratischen Unfehlbarkeit täte den Regierenden auch im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert gut.

## Die Presse 21.12.1984

### Mock: Hainburg keine Staatskrise Jusos fordern SP-Sondervorstand

VP-Obmann Mock rügte nach einer Sitzung des Parteivorstandes die Regierung, sie hätte „gewaltsame Zusammenstöße bewußt in Kauf genommen“, ohne friedliche Lösungsmöglichkeiten ausgeschöpft zu haben. Seinen Mocks, „Friedensplan“ habe Kanzler Sinowatz bisher nicht beachtet. Die Situation sei „außerordentlich ernst“, aber bewältigbar. So habe ÖGB-Chef Benya „mit Vernunft und Ausgewogenheit“ reagiert. „Ich darf sagen, daß wir uns sehr zurückgehalten haben“, wagt Mock eine Portion VP-Eigenlob. „In anderen Ländern würde die Opposition das stümperhafte Vorgehen in rechtlicher Hinsicht ganz anders ausnutzen.“ Die Volkspartei halte sich allerdings die Möglichkeit einer Sonder-sitzung des Nationalrats offen. Dieser Weg würde etwa dann beschritten, wenn sich die Situation verschärfe, ließ der Parteivorsitzende durchblicken.

Es gebe „sicherlich eine Krise der Regierung“, meinte Mock. Aber: „Ich weigere mich, zu übertreiben und gleich von einer Staatskrise zu sprechen.“ Und zur Sache selbst: Er würde es zunächst als Geste begrüßen, die (jetzt noch fünfjährige) Einspruchsfrist des Volksbegehrens abzuwarten. Und zu den Mittwoch-Vorfällen: „Blecha hat zur Eskalierung beigetragen.“ Eine Kritik an der Exekutive unterließ Mock ausdrücklich.

Gestern meldeten sich die Vorsitzenden der Sozialistischen Jugend und der Jungen Generation in der SPÖ, Alfred Gusenbauer und Maria Berger, zu Wort, die erst in der Nacht auf Donnerstag von einem längeren Aufenthalt in Zentralamerika zurückgekehrt waren. Beide bedauerten die Vorfälle von Mittwoch und erklärten sich mit den Aubesetzern solidarisch. Gusenbauer forderte die Einberufung des SP-Vorstandes. Dieses Spitzengremium sollte über einen Aufschub der Rodungen bis zum Vorliegen der Ergebnisse der höchstgerichtlichen Verfahren und des Volksbegehrens diskutieren, aber auch über die Durchführung einer Volksabstimmung.

Gleichzeitig kritisierte Gusenbauer, daß im Rahmen der Auseinandersetzung um Hainburg, „verschiedene politische Süppchen gekocht“ wür-

den. Es gehe nur vordergründig um den Konflikt zwischen Umweltschützern auf der einen sowie Regierung und Gewerkschaft auf der anderen Seite. Im Hintergrund stünden die Interessen der auflagenstärksten Zeitung Österreichs, die Gründung einer vierten Parlamentspartei sowie die Bildung einer großen Koalition, meinte der SJ-Chef.

Der Wiener VP-Chef Erhard Busek attackierte gestern den Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, der sich – wie berichtet – einer Aussage zu den Vorgängen in der Au enthalten hat. Zilk habe damit seine Chance vertan, sich aktiv in den Friedensprozeß zwischen Gegnern und Befürwortern des Kraftwerks einzuschalten. „Es ist eines Bürgermeisters unwürdig, den Kopf in Zeiten wie diesen in den Sand zu stecken“, sagte Busek. Es sei mehr als bemerkenswert, wie Zilk die Jugend Wiens in ihrem Kampf um ihre demokratischen Rechte, um die Erhaltung der Au und damit um die Sicherheit des Trinkwassers in Stich gelassen habe.

#### Auseinandersetzung um Berichterstattung in Medien

Kraftvolle Worte fand die Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr, die Bundeskanzler Sinowatz ihre volle Unterstützung zusagte. Gleichzeitig wies die Gewerkschaft hin, daß die Geduld der Arbeitnehmer erschöpft sei und die Rechtsbrüche der Aubesetzer abgestellt werden müßten. Die christlichen Gewerkschaften gaben eine differenzierte Aussage ab: Einerseits müsse das Demonstrationsrecht gewahrt bleiben, andererseits müssen sich Demonstranten an bestehende Gesetze halten.

Die Stellungnahmen der Kraftwerksgegner überwogen am Donnerstag. VP-Umweltschutzsprecher Heinzinger setzte sich dafür ein, daß man den Ausschützern „nicht systematisch die Ehre beschneide!“. Die SP-nahe Gesellschaft für Politikwissenschaftler forderte die Einstellung der Rodungen. Das Bauvorhaben werde „mit aller Macht in unverantwortlicher Weise forciert“, meinte der Vorsitzende Anton Pelinka. Der Einsatz von Polizei und Gendarmerie wird von der SP-Naturfreunde-

jugend klar abgelehnt. Die Vereinten Grünen Österreichs fordern die Bevölkerung auf, aus Protest gegen die Ereignisse die Parteibücher wegzulassen und aus dem ÖGB auszutreten.

Am Donnerstag gab es noch zahlreiche Reaktionen auf die Ereignisse vom Vortag. Die Gewerkschaft Kunst, Medien und Freie Berufe forderte das Innenministerium auf, die freie Berichterstattung auch bei Einsätzen der Exekutive ohne Behinderungen zu ermöglichen. Der ORF-Redakteursrat prangerte in einem Schreiben an Innenminister Blecha die Übergriffe der Exekutive an, die nicht nur die Redakteure an ihrer Arbeit gehindert, sondern auch technische Geräte zerstört und Gewalt angewendet hätten. Mit der Berichterstattung zeigten sich allerdings beide einander konfrontierte Seiten unzufrieden. Die Hochschülerschaft wies darauf hin, daß die Pressekonferenz des Komitees „Wissenschaftler und Künstler für Demokratie“ am Mittwoch im TV zu kurz gekommen sei. Die Bundessektion Sicherheitswache im ÖGB legte wiederum „mit aller Schärfe gegen die unseriöse und skandalöse Berichterstattung in vielen Medien“ Protest ein.

Auch die Vorsprache der Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens am Mittwoch nachmittag bei Bundespräsident Kirchschiäger rief weitere Stellungnahmen hervor. Der Geologe Alexander Tollmann, der an dem Gespräch teilgenommen hatte, wollte noch gestern das Staatsoberhaupt in einem offenen Brief unterstützen. Die Gewerkschaft Transport, Handel und Verkehr dankte hingegen Kirchschiäger für die konsequente Haltung gegenüber den Aubesetzern. Donnerstag wurde Kirchschiäger von ÖGB-Seite neuerlich kontaktiert: Ein Aktionskomitee von Betriebsräten sprach unter der Führung des niederösterreichischen AK-Präsidenten Hesoun in der Präsidentschaftsanzlei vor und ersuchte Kirchschiäger, gegen die unrechtmäßige Besetzung der Hainburger Au aufzutreten. Nach dem Gespräch sagte Hesoun, er könne für die Zukunft nicht ausschließen, daß einzelne Arbeiter in die Au kommen würden, um ihr Anliegen zu vertreten.

### Kardinal beschwört Streitgegner

Einen „beschwörenden Appell an alle, keine nicht wieder gutzumachende Konfrontation zuzulassen“ richtete gestern Kardinal König. Er unterstrich sein Verständnis für beide Streitparteien: Für das Engagement zur Erhaltung der Umwelt, das als „erfreuliches Zeichen“ zu werten sei und das „sehr viele Christen“ gewählt hätten; und für „jene, die sich, ebenfalls mit guten Gründen, für den geplanten Kraftwerksbau einsetzen“. Ausdrücklich betonte der Kardinal aber auch, daß sich die Entscheidungsträger gewiß „ihre Entscheidungen und Handlungen nicht leichtgemacht haben“. Lösung vermöge die Kirche jetzt keine anzubieten, sie rufe jedoch zu einem „loyalen Dialog“ auf.

VP-Obmann Mock machte zwar Innenminister Blecha für die Auseinandersetzungen vom Mittwoch in der Au voll verantwortlich, äußerte sich aber sonst eher zurückhaltend und sprach ÖGB-Präsident Benya sogar ein Kompliment aus. SP-Zentralsekretär Schieder schließlich rief die Aubesetzer dazu auf, die Arbeit nicht weiter unmöglich zu machen, und ließ keinen Zweifel: „Es wird weitergebaut.“

Schieder bedauerte es am Donnerstag bei einer Pressekonferenz, daß die Regierung die jungen Menschen nicht von ihren Argumenten für das Kraftwerk überzeugen konnte. Sollen diese Argumente nun in die Jungen hineingepöbelt werden? Schieder: Davon könne keine Rede sein, die „Organe des Staates“ müßten sich aber zur Wehr setzen, wenn sie angegriffen würden. Demonstrativ stellte sich Schieder gestern hin-

ter Innenminister Karl Blecha, seinen Vorgänger im SP-Zentralsekretariat: Blecha habe sich als Innenminister beispielhaft um Gespräche bemüht. Aber er könne nicht zulassen, daß die Exekutive angegriffen werde.

#### In der Au herrschte gestern Ruhe

HAINBURG (red.). Einen Tag nach den schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Exekutive im Zuge der Rodung einer etwa vier Hektar großen Waldfläche war gestern, Donnerstag, die Lage in den Hainburger Auen ruhig und entspannt. Die Schätzungen über die Zahl der Kraftwerksgegner, die sich in den zum Sperrgebiet erklärten Auen aufhielten, waren recht unterschiedlich – sie schwankten zwischen 1500 und 3000.

Zu den Auseinandersetzungen vom Mittwoch – Beamte hatten, wie berichtet, Gummiknüppel gegen Demonstranten eingesetzt; es gab Verletzte auf beiden Seiten – hieß es gestern im Innenministerium, wenn die Demonstranten nicht die Exekutive attackiert hätten, wäre es auch nicht zu den „härteren Aktionen“ der Beamten gekommen.

Die Hainburg-Gegner haben indes neuerlich zu einem „Weihnachten in der Au“ aufgerufen; für das Wochenende wird mit 5000 Blockiern gerechnet. Der Schweizer World Wildlife Fund hat am Donnerstag übrigens via Radio eidgenössische Sympathisanten aufgefordert, am Wochenende Gruppenreisen in die Hainburger Auen zu buchen.

KULISSENGESPRÄCHE

**K**ürtens Landeshauptmann Leopold Wagner (S) erzählte in diesen letzten Hainburgtagen folgende Episode: Drei Kraftwerksgegner hätten bei ihm vorgesprochen. Einer sei ein Ostdeutscher gewesen, „der zufällig und ohne Arbeit“ in Österreich lebe. Wagner: „Ein hervorragend geschulter Missionar.“ Es seien „wahnsinnig viele Missionare“ zur Zeit unterwegs, denn die Kommunisten, „die sonst keinen Blumentopf mehr gewinnen können“, versuchten eben auf Schleichwegen die Demokratie zu unterlaufen.

Für Wagner lauert in den Auen der Kommunismus. Für den VP-

Kraftwerk dient den Vereinten Grünen Österreichs und der Alternativen Liste als politischer Kitt für eine gemeinsame Kandidatur, demnächst bei den Landtagswahlen in Oberösterreich und dann bei den Nationalratswahlen. Schließlich gibt es für eine derartige Kopplung, so professionelle Meinungsforscher übereinstimmend, ein potentiellies Wählerreservoir von 12 bis 16 Prozent. Und ganz konkret? Der Leiter des Linzer IMAS-Instituts, Andreas Kirschhofer, will darüber keine Auskunft geben, meint aber: Wenn die Grünen und Alternativen vereint antreten, würden sie im Moment „etwas mehr als die FPÖ“ an Wählern bekommen. Das wiederum kostet den Leiter des Wiener Fessel-Instituts, Rudolf Bretschneider, einen herzhaften Lacher: „Locker.“ Jüngste Umfragen, und zwar noch vor Hainburg, hätten in den Rohdaten folgende Ergebnisse gebracht: Sieben bis acht Prozent für die Grün-Alternativen und drei bis vier Prozent für die „Blauen“. Bretschneider: „Und schwächer werden sie (nach Hainburg) sicher nicht.“

Einheitlich ist auch die Auffassung in den einzelnen Flügeln der beiden Großparteien und bei den Grünen, daß die herkömmlichen Parteien die beiden unterschiedlichen Bewegungen mit ihrem Verhalten geradezu ins gemeinsame Kandidatorturbett zwingen. Je einheitlicher die drei Parteien in der Hainburgkrise auftreten, je öfter sie von dem „einen Boot, in dem alle sitzen“, reden und je stärker die Erwartung einer kommenden großen Koalition werde, desto sicherer sei ein



Photo: „Die Presse“/Blaich

KÖNNTE EINE GRÜNKOALITION IHR VERTRAUEN GEWINNEN?

Wahlerfolg der Grün-Alternativen.

Die „Nagelprobe“ werden die Landtagswahlen in Oberösterreich sein, heißt es allgemein. Dort ist aber ein Zusammengehen der beiden neuen Gruppen im Landtag nach dem Erfolg in Vorarlberg schon vorbereitet worden, die Vorgänge rund um Hainburg erleichterten eine Einigung. So meint zum Beispiel der Chef der Vereinten Grünen, Josef Buchner, nun: „Es ist nicht nur Hainburg, sondern was sich alles zeigt, das den Ausschlag gibt. Wir werden vielleicht eine Ver-nunftehe eingehen, und solche Ehen halten oft besser als alle Lie-besehen.“ Buchner ist zuversicht-

lich, daß man im Land und im Bund die Zusammenarbeit finden werde: „Es ist sicher nicht alles Liebe und Griefschmarren zwischen uns, aber in Sachfragen könnten wir reibungslos zusammenarbeiten.“ Der gemeinsame Nenner werde sein: die „Macht“ der anderen zu stören; ferner Ökologie, Bürgerrechte, die Freiheit der einzelnen Menschen.

Zwar würden in den Meinungs-umfragen und von der Organisation her die Vereinten Grünen besser liegen als die Alternative Liste, aber dennoch haben in den letzten Tagen die VGÖ zuerst die Hand ausge-streckt. Das einzige, was Buchner

nun zu fürchten scheint, sind plötzliche Neuwahlen: „Was weiß man schon, was aus der Hainburgkrise wird. Aber ich muß das nicht haben. Wir können warten.“ Man will jedenfalls das erfolgreiche Vorarlberger Modell nachvollziehen und sich lediglich auf einer gemeinsamen „Wahlplattform“ treffen, ohne die Fusion der beiden unterschiedlichen Gruppen anzustreben.

Selbst in der Bundeshauptstadt Wien, wo die größte Distanz zwischen Grünen und Alternativen besteht, sollen ab Jänner zarte Bande für eine gemeinsame Kandidatur bei den nächsten Gemeinderatswahlen geknüpft werden. Eva Hauk von den Vereinten Grünen: „Ganz ehrlich, wir kennen von der Alternativen Liste noch wenig Leute und hatten nur ein erstes unfruchtbares Gespräch. Aber Vorarlberg hat gezeigt, daß die Wähler ein Zusammengehen wünschen.“ Hainburg hat auch die Wiener Gruppen bereits einander näher gebracht – auf einem gemeinsamen Flugblatt.

Hauk, Hausfrau und Mutter zweier fast erwachsener Kinder, über die zukünftigen Chancen zur Überwindung der Angst vor den extremen Linken unter den Wiener Alternativen: „Es ist jetzt eher anzunehmen, daß wir vereint losschlagen werden.“ Den gleichen Versäumnisfehler wie bei den Gemeinderatswahlen 1983 wolle man nicht mehr machen. „Wir werden eben vorsichtiger miteinander umgehen müssen und toleranter werden.“ Die Aussichten auf einen „Schulterschluß“ in Wien bezifferte Hauk mit 50:50.

Grün-alternative Vernunftehe: SP, VP, FP als Trauzeugen

Von Anneliese Rohrer

Gemeinderat in Wien und Hainburggegner Johannes Hawlik hingegen die Gefahr des Bürgerkrieges. Es sei doch grotesk, daß ausgerechnet im Gedenkjahr 1984 ein „ökologisches vierunddreißiger Jahr“ passiere. Nur setze heute eben die Sozialdemokratie die „Wehrverbände“ ein.

So unterschiedlich wie diese beiden Analysen der Ereignisse sind viele. Einheitlich ist nur die Prognose der politischen Folgen der Hainburgkrise: Der Zement für das

Rodung der Donau-Auen wurde wieder eingestellt

Von unserem Korrespondenten Arthur Meyer

Wien, 20. Dez. Nach den gewalttätigen Szenen vom Mittwoch bot die nach wie vor von Tausenden Naturschützern besetzte Stopfenreuth Au gegenüber von Hainburg an der Donau am Donnerstag wieder ein völlig friedliches Bild: Das massive Polizeiaufgebot mit zeitweise über 1000 eingesetzten Gendarmen und Bundespolizeibeamten war am Mittwochabend abgezogen worden. Donnerstagabend stieg jedoch die Spannung zufolge von Gerüchten über einen Polizeigrößeinsatz am Freitag.

Innerhalb der regierenden Sozialistischen Partei (SPÖ) ist der Gegensatz der Standpunkte in bezug auf das umstrittene Donaukraftwerk bei Hainburg noch härter geworden.

In den verschiedenen im Auen-Gebiet errichteten Lagern treffen stündlich neue Au-Schützer ein, die die bisherigen Waldbesetzer teilweise ablösen. Sie werden vom kleinen Ort Stopfenreuth aus in Gruppen durch den Spriegel der Gendarmarie durchgeschleust. Die Lager selber werden durch den Bau von Erdhütten winterfest gemacht und sind ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt, die den Au-Schützern von der Bevölkerung aus einem weiten Umkreis laufend gebracht werden.

Ärzte und Krankenpflegepersonal des Lorenz-Böhler-Unfallkrankenhauses aus

Wien lösen sich inzwischen bei der medizinischen Betreuung der Au-Schützer ab; sie leisten diesen Dienst in ihrer Freizeit, nachdem bekannt wurde, dass zahlreiche beim Polizeieinsatz leicht oder mittelschwer verletzte Umweltschützer eingeschlossen sind, in den primitiven Au-Lagern auszuhalten. Im Krankenhaus Hainburg waren am Donnerstag noch drei schwerer verletzte Au-Besetzer in Spitalpflege.

Auch aus Vorarlberg kommen Umweltschützer

Das brutale Vorgehen der Alarmeinheiten der Wiener Polizei hat zweifellos den Zuzug immer neuer Schichten in die Donau-Auen noch verstärkt; das dürfte mit dazu beigetragen haben, dass die ge-

waltsame Aktion vom Mittwoch am Donnerstag nicht wiederholt wurde. Es wurde kein Versuch mehr unternommen, die begonnenen Rodungs- und Bauarbeiten fortzusetzen. Für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr wird mit der Ankunft weiterer Gruppen von Umweltschützern gerechnet; insbesondere aus den entfernt liegenden westlichen Bundesländern Österreichs, Vorarlberg und Tirol, sind grössere Kontingente von Au-Schützern angekündigt.

Innerhalb der Führungsspitze der regierenden Sozialistischen Partei (SPÖ) scheint sich die Haltung inzwischen eher verhärtet zu haben. Die scharfe Kritik, die das Vorgehen der Regierung gerade in Kreisen ehemaliger intellektueller SP- und Kreisky-Sympathisanten findet – der 19. Dezember wird von vielen bereits als «Tag der nationalen Schande» bezeichnet –, hat eine Stimmung des «Jetzt erst recht» erzeugt.

Unversöhnliche Standpunkte

Langjährige Kenner der Partei sind entsetzt darüber, wie unversöhnlich die

Standpunkte auf einander geworden sind. Für die Befürworter des Konrad-Lorenz-Volkstagesgeheens gibt es seit Mittwoch praktisch keine Gesprächsbasis mehr, nachdem auch ihre letzte Hoffnung, die Vorsprache bei Bundespräsident Kirchschräger, nichts gebracht zu haben scheint. Die von einem Parteiausschussverfahren durch ein SPÖ-Schiedsgericht bedrohte und als Moderatorin der Fernsehsendung «Club 2» von ORF-Generaldirektor Gerd Bacher mit einem vorläufigen Berufsverbot belegte Freda Meissner-Blau nach dem Gespräch: «Kirchschräger hat sich als Sonntagsredner entpuppt.»

Bacher hat sich inzwischen beim Innenministerium gegen die Misshandlung und Behinderung von Fernsichtteams des Österreichischen Rundfunks (ORF) durch Polizisten und wegen der dabei begangenen Sachbeschädigung von ORF-Material beschwert; ein Team des westdeutschen ARD-Fernsehens, das einige der besonders hässlichen Prügel-szenen gefilmt hatte, war sogar vorübergehend festgenommen worden.

# Die Ruhe kehrte ein

**ÖGB: Stellt Rechtsbrüche in der Au ab**

Wien. — Gestern zog erneut der ÖGB vom Leder. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Fred Sinowatz wies die Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr darauf hin, daß die Geduld der Arbeitnehmer erschöpft sei. Man unterstütze die Bemühungen des Bundeskanzlers, den Bau des Kraftwerks Hainburg mit möglichst gewaltlosen Mitteln zu sichern, doch müßten die Rechtsbrüche der Aubesetzer abgestellt werden. „Wenn die Provokationen der vorsätzlichen Gesetzesverletzer anhalten, ist es aufgrund der Stimmung in den Betrieben zweifelhaft, ob die Arbeitnehmer dies ein weiteres Mal ohne gewerkschaftliche Maßnahmen hinnehmen werden“, hieß es in dem Schreiben.

In einem weiteren Brief an Bundespräsident Rudolf Kirchschläger dankte schließlich die Transportarbeitergewerkschaft dem Staatsoberhaupt dafür, daß dieser den Sprechern der Aubesetzer in den Unterredungen „die reale Situation klargemacht“ habe. Wie erinnere sich Kirchschläger am Mittwochabend einer Abordnung der Kraftwerksgegner erklärt, daß er voll auf seiten der Regierung stehe.

**Blockade ist nicht gewaltfrei**

Wien. — Innenminister Karl Blecha bekräftigte, daß von einem „passiven Widerstand“ in der Au nicht mehr die Rede sein könne. Dies hätten die Vorfälle am Mittwoch deutlich bewiesen. Die Demonstranten seien in mehreren Wellen gegen die Exekutivbeamten, die ein größeres Areal umstellt hatten, vorgegangen und hätten versucht, gewaltsam den Kordon der Gendarmerie und der Polizeibeamten zu durchbrechen. Dadurch sei das Schlagwort vom „passiven Widerstand“ Lügen gestraft worden. Er bestätigte, daß sich eine größere Zahl polizeibekannter Extremisten unter die jungen, idealistischen Au-Besetzer gemengt haben. Diese seien „während an den Gewaltaktionen“ beteiligt gewesen. Die Beamten hätten rund 50 Extremisten, teilweise mit paramilitärischen Uniformen ausgerüstet, identifiziert und fotografiert.

Blecha war gestern auch das Ziel des Protestes des ORF und der Journalistengewerkschaft (der bekanntlich Hainburg-Gegner Günter Nanning vorsteht). Beklagt wurde dabei, daß eine freie Berichterstattung über die Geschehnisse in der Stopfenreuther Au nicht möglich gewesen sei, da die Exekutive den Medienvertretern am Mittwoch den Zutritt zum „Kampfgebiet“ verweigert habe. Außerdem seien Fotoapparate und technische Geräte des ORF zerstört oder beschädigt worden.

AUS HAINBURG BERICHTEN HERBERT STARMÜHLER UND REINHOLD TSCHERNE

**Gespannte Ruhe in der Au. Gestern gingen die Kraftwerksgegner wieder daran, sich vom Polizeieinsatz des Mittwochs zu**

Erst gestern konnte eine halbwegs vollständige Bilanz über die Auseinandersetzungen am Mittwoch morgen gezogen werden. Die Kraftwerksgegner beklagen 25 Verletzte, die ins Hainburger Landeskrankenhaus eingeliefert wurden. Drei davon befinden sich noch in Spitalspflege. Wie viele der Demonstranten nach Wien transportiert wurden, steht noch immer nicht genau fest, doch vermutet man, daß es sich dabei um rund zehn bis 15 Personen gehandelt haben muß. Auf seiten der Exekutive hatte es, wie erinnerlich, nach den Zusammenstößen mit den Kraftwerksgegnern ebenfalls fünf Verletzte gegeben.

Wie das Innenministerium gestern bekanntgab, wurden insgesamt 48 Personen festgenommen. Nach der Feststellung ihrer Personalien und nach der Aufnahme des Protokolls wurden diese aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Da von den Bezirkshauptmannschaften Bruck an der Leitha und Gänserndorf die Au tags zuvor zum Sperrgebiet erklärt worden war, drohen den kurzzeitig festgenommenen Demonstranten Geldstrafen bis zur Höhe von 3000 S. Im Nichteinbringungsfall könnte ersatzweise eine Arreststrafe bis zu 14 Tagen ausgesprochen werden.

Empört zeigten sich die Besetzer über das Vorgehen der Wiener Polizei. Die Prügeleien werden ausschließlich ihr angerechnet. Während sich die Gendarmerie eher zurückhaltend verhalten habe, sei die Wiener Polizei „wie eine Schlägertruppe aufgetreten“, hieß es gestern.

Alles in allem glauben die Au-Besetzer aber, daß ihre Aktionen von Erfolg begleitet gewesen

**erholen. Neue Zeltlager wurden errichtet, die vorhandenen Stellungen noch weiter ausgebaut. Viele halten die Ruhe freilich für trügerisch: Sie rechnen mit einem erneuten Vorgehen der Exekutive.**

sein. Das massive Vorgehen der Exekutive habe gezeigt, daß die Regierung das Problem mit friedlichen Mitteln nicht mehr lösen könne.

Seit gestern funktioniert auch der Nachschub mit Bekleidung und Nahrungsmitteln wieder klaglos. Die Kraftwerksgegner haben größere Lebensmitteldepots eingerichtet. Sie erhalten dabei immer wieder Unterstützung von der Bevölkerung in den umliegenden Gemeinden, die Pakete mit Lebensmitteln in die Au schicken.

Darüber hinaus ist im umstrittenen Gebiet wieder ein größerer Zuzug von Hainburggegnern zu verzeichnen. Bis gestern mittag wurde die Zahl der Besetzer auf

rund 1500 Personen geschätzt. Allerdings ist anzunehmen, daß sie gegen Ende dieser Woche noch weiter ansteigen wird.

Die meisten haben sich bereits darauf eingerichtet, den Heiligen Abend in der Au zu verbringen. Sollte es notwendig sein, wird die Blockade auch über Silvester hinaus aufrechterhalten werden, heißt es zuversichtlich. Auf alle Fälle konnte gestern in den angrenzenden Gemeinden beobachtet werden, daß die Bevölkerung Sammlungen veranstaltete. Mit den Spenden sollten Christbäume gekauft werden. Die sollen am Weihnachtsabend in die Au getragen und den Besetzern zur Verfügung gestellt werden.



Gespannte Ruhe in der Au. Viele trauen dem Frieden allerdings nicht und befrüchten neuerliche Rodungsarbeiten

# SP verteidigt Einsatz der Polizei: „Nur Warnung“

VON UNSERER WIENER REDAKTION

Wien. — „Es war nicht ‚Die-Faust-des-Staates-Zeigen‘, sondern eine wirklich notwendige Maßnahme des Rechtsschutzes und eine Warnung an kleine Gruppen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.“ Mit diesen Worten stellte sich gestern der SPÖ-Zentralsekretär Peter Schieder voll hinter den massiven Polizeieinsatz in der Hainburger Au. Rechtsgewunden äußerte sich wenig später eine Juso-Riege über „eine der schwersten Krisensituationen der letzten Jahre“.

Schieder „bedauerte“ es einleitend, daß in der Berichterstattung über die Chronik der Ereignisse an Ort und Stelle die grundsätzlichen Fragen der Umweltpolitik und Energieversorgung untergegangen seien. Das Donaukraftwerk Hainburg sei eben in diesem Zusammenhang zu sehen, weil es „in Wirklichkeit das erste einer neuen Art ist“. Es werde unter einer Fülle von Umweltauflagen und unter begleitender Kontrolle gebaut. Zu einem späteren Zeitpunkt, so Schieder, würden das auch „die Tausenden in

der Au, die sich aus guten und besten Absichten einsetzen“ einsehen.

Auf die Frage, ob er wirklich glaube, man könne den Au-Besetzern einen so verstandenen Fortschritt in die Köpfe hineinprügeln, statt sie zu überzeugen, meinte Schieder, davon könne wirklich keine Rede sein, es gehe vielmehr lediglich darum, einen „gesetzmäßigen Zustand“ zu ermöglichen: „Die Polizei schützt Arbeiten, die rechtmäßig sind.“

Schieder wollte auch keinen Bruch in der Tradition

seiner Partei sehen, die einst angetreten war, einen festgeschriebenen Rechtszustand zu verändern und nun mit Polizeigewalt gegen den Willen einer großen Minderheit die Fortschreibung eines Rechtszustands betriebe. Der wesentliche Qualitätsunterschied zwischen der Monarchie und heute sei doch, daß unsere Regierung durch demokratische Wahlen legitimiert sei.

Auch Analogien mit den ebenfalls gewählten bürgerlichen Regierungen der Ersten Republik wollte Schieder nicht gelten lassen. denn 1927 sei auf die demonstrierenden Arbeiter geschossen worden.

In Schieders Ausführungen waren zwei weitere drohende Andeutungen verpackt: Wenn die Zeitungen jetzt so

einseitig über die Ereignisse in der Au berichteten, müsse man bei einer Ausweitung in ein neues Medium (gemeint Verleger-TV) „besonders strenge Richtlinien finden“. Und bei Leuten, die gegen die Regierung demonstrieren, sei eine Abwahl in den SPÖ-Sektionen und beim Parteitag möglich. Bei Parteigestellten sollten sich die Vorgesetzten überlegen, „was zu tun ist“.

Zum Slalomlauf zwischen der harten offiziellen SPÖ-Linie und den Au-Besetzern („auch Leute von uns sind unten“) gestaltete sich unmittelbar danach eine Pressekonferenz der Juso-Riege Alfred Gusenbauer (SJ), Maria Berger (JG) und Mark Hall (Studenten), die ein Papier zur Steuerreform vorlegen

wollten. Man bemühte sich krampfhaft, nur ja keine der „Stangen“ zu streifen: Ja, diese „Art der Konflikt-austragung ist schlimm“, hieß es schließlich auf mehrfaches Nachfragen. Aber auch die Umweltschützer sollten eben „nicht über Gandhi hinausgehen“.

Eine volle Breitseite gegen Nennung, Freda Meissner-Blau und „manche“ Lehrer und Universitätsprofessoren kam hingegen von der SP Niederösterreich: „Wer die Jugend derart verführt und den Rechtsstaat aufhetzt, kann sich nicht vor der Verantwortung für das, was dadurch passiert, drücken“.

## 21. 12. 1984 Neue Zürcher Zeitung

### Zweifel am Rechtsstandpunkt Wiens

Aufruf Kardinal Königs zum Dialog

In den Hainburger Donau-Auen herrschte am Donnerstag wieder Ruhe. Das Innenministerium liess sich dahin vernehmen, dass keine Rodungsarbeiten vorgesehen seien; der Polizeieinsatz war minimal. Nach den Auseinandersetzungen vom Mittwoch waren 27 Demonstranten mit Verletzungen in das Krankenhaus Hainburg eingeliefert worden, die meisten mit Quetsch- und Schürfwunden; bis auf drei konnten alle in häusliche Pflege entlassen werden.

R. St. Wien, 20. Dezember

Dass sich Innenminister Blecha, der sich nach eigener Darstellung «humanistischen Traditionen» verpflichtet fühlt, entgegen seinen Versprechungen am Mittwoch doch zum Einsatz von Hunden entschloss und aus einem Tankwagen Wasser spritzen liess, hat abermals böses Blut geschaffen. Die Hainburg-Gegner, unter denen sich von Anfang an viele Künstler befanden, haben starken Zuzug aus Universitätskreisen erhalten. Der frühere Rektor der Wiener Universität, der Strafrechtler Wilfried Platzgummer, hat das Vorgehen der Behörden als «rechtlich unerträglich» bezeichnet. In einem von mehreren hundert Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst unterschriebenen Aufruf heisst es, man könne zu Hainburg stehen, wie man wolle, der von der Behörde gewählte Weg widerspreche den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates und der politischen Fairness.

«Berechtigte Anliegen» auf beiden Seiten

Kritisiert werden in dem Appell die Absicht der Regierung, durch Schaffung vollendeter Tatsachen die Einrichtungen der direkten Demokratie zu unterlaufen, die willkürliche Interpretation von Gutachten und die Missachtung internationaler Abkommen. Darüber hinaus ist weiterhin die Frage nicht geklärt, ob die Anliegergemeinden ein Recht auf Anhören vor der Erteilung der Wasserrechtsbewilligung hatten.

Nicht nur die Regierung kann also den Rechtsstandpunkt für sich in Anspruch nehmen – zumindest dann, wenn man nicht obrigkeitstaatliche Massstäbe anlegt.

Nach dem evangelischen Bischof Knall hat nun auch Kardinal Franz König appelliert, das Geschehene nochmals zu überdenken und keine Konfrontation zuzulassen. Mit den zurzeit angewandten Mitteln könne keine Lösung gefunden werden, notwendig sei ein loyaler Dialog. Kardinal König sagte, dass von beiden Seiten berechtigte Anliegen vertreten würden, dass sowohl die Regierung wie die Landschaftsschützer Werte vertreten, die für eine demokratische und menschliche Gesellschaft unersetzlich seien. Der gelegentlich als «roter Kardinal» apostrophierte Erzbischof von Wien hat damit in erster Linie dem sozialistischen Bundeskanzler Sinowatz ins Gewissen geredet.

Bunkerstimmung in der SPÖ

In der SPÖ herrscht jedoch zurzeit Bunkerstimmung. Selbst im allgemeinen kritische Geister melden sich kaum mehr zum Wort. Die sozialistischen Jugendfunktionäre, die Fragen des Umweltschutzes gegenüber sonst aufgeschlossen sind, bedienen sich, um kritischen Aussagen auszuweichen, einer Verschleierungssprache, wie sie sonst von Funktionären totalitärer Systeme gebraucht wird. Enttäuschend ist die Haltung

der Opposition. Die ÖVP ist mehrheitlich für den Bau der Staustufe Hainburg, was ihr niemand streitig machen kann. Unverständlich ist hingegen, dass sie die Rechtsmängel beim Bewilligungsverfahren nicht schonungslos kritisiert hat. Sie hat damit erkennen lassen, dass die Interessenverflechtung mit entsprechenden Gruppen in den anderen Parteien so gross ist, dass sie keinen spezifischen Standpunkt mehr einnehmen kann. Geradlinig geht nur der Wiener ÖVP-Obmann Busek seinen Weg der Ablehnung. Die anderen werden die Rechnung mit den anderen etablierten Parteien zusammen bei den nächsten Wahlen präsentiert erhalten.

Ein Angebot Franz Webers

Montreux, 20. Dez. (Reuter) Für den Verzicht auf einen Kahlschlag der Hainburger Au in diesem Winter will der Schweizer Umweltschützer Franz Weber Österreich eine Million Franken zahlen. Diese Summe bot seine Stiftung laut einem am Donnerstag veröffentlichten Telegramm an den österreichischen Bundeskanzler Sinowatz als Ersatz für den Arbeits- und Lohnausfall der Holzfäller an. In einem weiteren Telegramm an die Holzfäller und Bulldozerführer von Hainburg wiederholte die Stiftung das Angebot und schrieb: «Kameraden, wir verstehen Eure Sorge um Arbeitsplatz und Broterwerb. Doch was Ihr in der Hainburger Au verrichten sollt, ist keine anständige Arbeit, sondern ein illegales Werk der Zerstörung.»

Österreichischer Umweltskandal

# Anschlag auf eine Landschaft

Der Widerstand gegen das Kraftwerk in den Donau-Auen wächst / Von Reiner Klingholz

Zugegeben, die Sache ist für Außenstehende, für Nicht-Österreicher allemal, etwas verwirrend. Aber in der Alpenrepublik, so erklären Eingeweihte, laufe eben alles „a bissl anders“.

Es geht um ein geplantes Wasserkraftwerk an der Donau, unweit der tschechischen Grenze, das genau dem etwas verschlafenen Städtchen Hainburg gegenüber errichtet werden soll – und zwar inmitten eines einzigartigen, riesigen Naturschutzgebietes, den Donau-Auen. Die Kraftwerks-Gesellschaft, die sozialistisch-liberale Bundesregierung, die Koalition aus Volkspartei und Sozialisten im Lande Niederösterreichs, die Gewerkschaften, kurz alle unmittelbar am Projekt Beteiligten haben sich unisono für das Kraftwerk stark gemacht. Trotzdem stoßen sie auf erbitterten Widerstand in der Bevölkerung. Glaubt man Umfragen, erwünscht inzwischen die Hälfte aller Österreicher das Stauwerksprojekt.

Unklar ist bis heute, wer den endgültigen Entscheid pro oder kontra Kraftwerk fällen wird. Seit dem 26. November liegt zwar eine offizielle Genehmigung vor, doch nach Meinung der Bau-Gegner ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen: Der Baubeschluss der niederösterreichischen Landesregierung verstoße gegen nationale und internationale Naturschutzgesetze. Die Sache gehöre deshalb in die Hände des Verwaltungsgerichtshofes, der verantwortliche „Rechtsbrecher“ und Jurist, Landesrat Ernest Brezovsky, ins Gefängnis.

Ungeachtet der wirren Rechtslage begannen in den vergangenen Tagen am Bauplatz die ersten Rodungsaktionen. Im Gegenzug rückten ein paar Tausend Umweltschützer an, darunter ein Großteil der grünherzigen Prominenz aus Österreichs Kultur und Wissenschaft. Der Maler Friedensreich Hundertwasser zerriß erobert seine Staatspreisurkunde.

Knapp tausend Demonstranten richteten sich für eine längere Zeit in den Auen ein. Sie halten

das Gebiet bei Schnee und Minustemperaturen rund um die Uhr besetzt. Es gab Gendarmereieinsätze, Rangelien und Verletzte. Betriebsräte und Gewerkschaft planen jetzt „friedliche Gegen-demonstrationen“ vor Ort. „Wir wollen unbedingt bauen und werden uns net lang dran hindern lassen“, erklärte einer der Funktionäre. Daß dabei „auch Blut rinnt“, gilt ihm als sicher. Doch fürs erste, so scheint es, sind die Rodungen aufgehoben.

Für Österreicher bedeuten diese Demonstrationen für den Umweltschutz und gegen die Staatsgewalt ein Novum – das ist, wie ein Gendarm feststellte, der Aufrühr. Aber die Aufregung ist der Sache angemessen, denn in dem umstrittenen Gebiet, östlich von Wien, beginnt ein noch weitgehend unberührtes Urwaldgebiet, ein Auwald, wie er vor Jahrhunderten noch alle europäischen Flüsse säumte. Heute bleiben in Westeuropa, da die Ströme allerorts verkehrstechnisch reguliert sind, von den ökologischen Oasen nicht mehr als ein paar kleine Flecken. Mit einer Ausnahme: eben den Donau-March-Auen zwischen der österreichischen Hauptstadt und Hainburg, einer Fläche von immerhin 270 Quadratkilometern.

Dieses dynamische System aus durchflossenen Altarmen, verlandenden Weihern, feuchten und trockenen Wiesen und Wäldern dämpft wie ein Schwamm die alljährlichen Hochwasserschübe, speichert und reinigt das Grundwasser und sorgt im Umkreis von 60 Kilometern für die landwirtschaftlich wichtige Luftfeuchtigkeit. Die riesigen Getreidekulturen im angrenzenden Marchfeld wären ohne die Auen undenkbar. Auf keiner vergleichbar großen Fläche des europäischen Festlandes tummeln sich mehr Tier- und Pflanzenarten als im Naturschutzgebiet bei Hainburg.

Doch die österreichische Energiewirtschaft wünscht sich lieber elektrischen als den wilden Strom. Sie möchte den ungestümen Fluß der Do-



Teile und herrsche

nau durch Turbinen leiten und elektrische Energie erzeugen – billige und saubere obendrein.

Das geplante Kraftwerk bei Hainburg – es wäre das größte im Lande – könnte im Jahr über zwei Milliarden Kilowattstunden liefern, das sind immerhin fünf Prozent des gesamten Bedarfs in Österreich. Bisher, so argumentiert der Staatskonzern Donaukraftwerke AG (DoKW), fließe diese potentielle Energie ungenutzt ins Ausland ab. Eine ideale Energiequelle also für ein Land, das 70 Prozent seines Strombedarfes durch das „weille Gold der Alpen“, Wasserkraft, deckt? Ideal schon, aber in diesem Falle auch unnötig: Der österreichische Stromverbrauch steigt seit Mitte der siebziger Jahre wesentlich langsamer als vor-ausgerechnet, 1983 nur noch um 1,5 Prozent. Die DoKW geht jedoch nach wie vor von einem Zuwachs von 3,4 Prozent aus und scheut sich mit Hilfe dieser Phantasiezahlen auch nicht, das Uralt-Märchen von einer nahenden Stromlücke an die Wand zu malen.

Bevor der Hainburg-Strom verschleudert wird, wollen die Umweltschützer das Projekt jedoch ersatzlos gestrichen sehen. Schon jetzt ist die Donau zwischen Passau und Wien in neun Stufen aufgestaut. Dazwischen schleppt sich „der Strom“, wie die Österreicher ihr abwasser-schwangeres Nationalgut nennen, behäbig und begrudigt durch das Land. Damit, darin sind sich die Hainburg-Gegner einig, sei die Donau ausreichend „erschlossen“.

In der Protestbewegung arbeiten lokale Bürgerinitiativen, die eher konservative österreichische Hochschülerkraft, Alpenverein, Atomkraftgegner, Wissenschaftsverbände, Greenpeace, der World Wildlife Fund (WWF) und die Initiatoren des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens einträchtig miteinander. Initiator des Widerstandes ist der WWF. „Ein recht honorierter internationaler Geldschnorrerverein für Umweltschutz“, wie das österreichische Wirtschaftsmagazin *trend* den WWF titulierte.

Ihr Präsident, Prinz Philip von England, erschien noch im Mai dieses Jahres höchstpersönlich in Hainburg, ließ sich durch den schönsten Auen-Arm rudern und polterte anschließend in ungeohnter Härte auf einer Pressekonferenz: „Ich glaube, daß Österreich in Gefahr geraten könnte, seine Reputation in der Gemeinschaft der Nationen aufs Spiel zu setzen.“ Sinngemäßer Kommentar der österreichischen Sozialisten und Hainburg-Anhänger: „Der Prinz solle lieber heimgehen und Polo spielen.“

Der forsche Gang der Österreicher durch das dreistufige Genehmigungsverfahren mutet tatsächlich wie ein Amoklauf gegen bestehende Gesetze an: Ohne daß je ein Beschluß gefaßt wurde, hatte Bundeskanzler Sinowatz bereits in seiner Regie-

rungerklärung 1982 verkündet, Hainburg werde gebaut. Im Mai 1983 reichte dann die DoKW ihr Projekt bei der Wasserrechtsbehörde im Landwirtschaftsministerium ein. Sieben Monate später erklärte Minister Haiden das Vorhaben zum „bevorzugten Wasserbau“, was zwar keine Billigung bedeutete, aber den kürzesten Instanzenweg ermöglichte.

Für einen solchen Entscheid genügte zwar die Angabe von wirtschaftlichen Gründen, aber er kollidiert mit zwei internationalen Abkommen, die Österreich erst wenige Monate zuvor unterzeichnet hatte:

- mit der Berner-Konvention, die eine Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere in ihrem natürlichen Lebensraum regelt; die in der Konvention aufgezählten Arten kommen zu 40 Prozent in den Donau-Auen vor;
- mit dem Ramsar-Abkommen. Es verpflichtet zum Schutz ausgesuchter Feuchtgebiete, darunter auch auf speziellen Wunsch Österreichs – der Donau-March-Auen.

Die Erklärung des Landwirtschaftsministers zu dem offensichtlichen Zwiespalt zwischen Naturschutz und Kraftwerkbau: „Die Abkommen sind völkerrechtlich verbindlich, innerstaatlich aber mangels eigener Gesetze nicht unmittelbar anwendbar.“

In der zweiten Instanz stand der Entscheid an, ob sich das Wasserkraftwerk mit dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz vereinbaren ließ. Entscheidungsträger war der sozialistische Landesrat Ernest Brezovsky, auf dessen Bestreben das Gesetz ursprünglich erlassen worden war. Nach dem Einholen von zwölf Gutachten entschied Brezovsky vor drei Wochen für den Bau und gegen sein eigenes Gesetz, in dem es unter anderem heißt: „In Naturschutzgebieten ist eine Baubewilligung zu versagen, wenn . . . das Landschaftsbild oder die Landschaft in ihrer Eigenart und Schönheit . . . dauernd und maßgeblich beeinträchtigt wird.“ Doch der promovierte Jurist Brezovsky weiß sich zu rechtfertigen: „Können Sie mir vielleicht juristisch den Begriff von Schönheit in der Landschaft erklären?“

Angesichts der gigantischen Dimensionen des Kraftwerks ist dazu sicher einiges zu sagen: Die Baugesellschaft will mindestens vier Quadratkilometer Auwald roden und mehr als 15 Millionen Kubikmeter Erdschutt bewegen. Sie plant die gesamte Donau auf einer Länge von 5,5 Kilometern aus dem alten Bett zu nehmen und durch einen 15 Meter hohen Kanal zu führen, der mitten im Auen-Gebiet liegt. Die Dämme sollen insgesamt 42 Kilometer bis hin nach Wien reichen. Dort wirbt die DoKW auf Plakatwänden für das schlicht Unver-einbare: für das Kraftwerk – und für den Erhalt der Donau-Auen.



**Roßkopfarm**



**Donau**

# **Freitag, 21. Dezember**

*Vorbereitete Polizeiaktion wird  
abgeblasen*

*Kanzler Sinowatz erklärt  
Weihnachtsfrieden*

*Baumaschinen ziehen ab*

# Ganz Österreich atmet auf: Weihnachtsfrieden in Hainburger Au!

## Applaus, als die Bagger wegfuhr

Erleichterung und Freude herrschte bei den Aubesetzern, als sich Freitag gegen drei Uhr früh wie ein Lauffeuer herum-sprach, daß ein neuerlicher Einsatz der Exekutive gegen die Umweltschützer abgeblasen worden sei. Wenige Minuten nach acht Uhr verließen Bauarbeiter mit dem ersten Bagger die Au. Der Weihnachtsfrieden hatte begonnen . . .

Daß eine weitere Aktion der Polizei, Gendarmerie und der Antiterrorgruppe „Kobra“ bevorstand, kündigte sich bereits am Donnerstag an: Stundenlang kreiste ein Hubschrauber des Innenministeriums über der Stopfenreuther Au. Man sah deutlich, daß alle sieben

VON ERICH SCHÖNAUER  
UND KARL WENDL

Lager und die Zentrale fotografiert wurden.

Gendarmen, Polizisten und Beamte aus dem Innenministerium riefen wenig später bei den Zeitungen, dem ORF und dem Volksbegehrenkomitee an: „Sie müssen verstehen, daß wir anonym bleiben wollen“, sagten sie und erzählten Einzelheiten von dem geplanten Einsatz.

2500 Mann Polizei und Gendarmerie wurden zusammengezogen. Das Personal des Krankenhauses Hainburg wurde angewiesen, die ganze Nacht über Dienst zu tun. Mit Pumpen und Feuerwehrschräuchen als „Wasserwerfer“ sollten die Demonstranten vertrieben werden.

Die Ausschützer schlugen noch in der Nacht Alarm: Eine wahre Menschenlawine setzte sich in Richtung Au in Bewegung. In den Abendstunden hatten sich 4000 Naturschützer an den Gendarmesperrvorbei in die Lager geschlichen. Darunter auch Insassen eines Autobusses mit prominenten Künstlern und Sängern. Auch Gewerkschafter aus dem Wiener Rathaus und der VOEST-Alpine waren gekommen.



Foto: Ernst Kainerstorfer

## Politik inoffiziell

VON PETER GNAM



**S**ensationelle, fast ungläubliche Entwicklung hinter den Kulissen im Fall Hainburg: Wie am gestrigen Freitag höchst inoffiziell durchsickerte, könnte der von Kanzler Sinowatz verkündete Weihnachtsfriede für die Au ein Friede für eine viel längere Zeit werden. Im Klartext: Der Bau von Hainburg wird vielleicht um ein Jahr verschoben oder überhaupt nicht stattfinden. Anzeichen dafür gab es in der gestrigen, überraschend einberufenen Pressekonferenz des Regierungschefs, bei der dieser erstmals die Wichtigkeit der „sozialen Verträglichkeit“ beim Bau von Hainburg hervorhob. Übersetzt man das ins Allge-

me, sich wegen Hainburg keinen Bürgerkrieg „einhandeln“ zu wollen.

**E**in wichtiger Aspekt, der im allgemeinen Trubel der letzten Tage fast untergegangen ist, wäre auch noch die Zeitfrage: Im amtlichen Bescheid für den Bau des Kraftwerks Hainburg ist festgehalten, daß die Rodungen in der Au bis 31. Jänner abgeschlossen sein müssen. Gerodet wurde bis jetzt fast überhaupt nicht. Bis 3. Jänner stehen wegen des Weihnachtsfriedens für Hainburg „die Sägen still“. Wörtliches Zitat eines Hainburgskeptikers, der aus der SPÖ kommt: „Ob sich das bis 31. Jänner dann mit dem Roden noch ausgeht, ist mehr als fraglich. Vor allem dann, wenn man bedenkt, daß der Widerstand der Aubesetzer ja aufrechtbleibt und jeden Tag nur ein lächerliches Fleckerl gerodet werden kann.“

**E**inen höchstpersönlichen Hinweis darauf, daß sich die Rodungsarbeiten bis 31. Jänner nicht mehr ausgehen werden, hat der Kanzler bei einem Gespräch mit Umweltschützer Dozent Dr. Lötsch gemacht. In dem privaten Gespräch wies Sinowatz darauf hin, daß die Rodungszeit sehr kurz bemessen sei, man sich deshalb fragen müsse, ob man auf Grund der Ereignisse überhaupt fertig werden könne. Sei das nicht der Fall, dann könnte das in der Praxis natürlich bedeuten, daß der Bau von Hainburg um ein Jahr verschoben wird.

**L**etztes und gravierendes Indiz dafür, daß Hainburg, wenn überhaupt, dann erst in einem Jahr gebaut wird: Innenminister Blecha erklärte bekanntlich offiziell, daß es für ihn „nie wieder einen blutigen Mittwoch“ geben könne. Diese Aussage wurde gestern von seinem Pressesprecher auf alle bohrenden Fragen der „Kronen Zeitung“ fast stereotyp wiederholt. Und aus der Wiener SPÖ sickerten gestern erstmals handfeste Gerüchte durch, daß man sich ja „statt Hainburg“ Alternativprojekte überlegen könnte und sollte. Aus jener Wiener SPÖ, die am meisten Angst haben muß, Stimmen an die Grünen zu verlieren, weil ein Erhard Busek gegen Alois Mock total auf dem Anti-Hainburg- und Grünkurs segelt...



TRAC

meinverständliche – und hohe SPÖ-Funktionäre halfen beim Übersetzen inoffiziell mit –, dann heißt das: Kein Bau von Hainburg, wenn wieder blutige Ausschreitungen zwischen Polizisten und Besetzern der Au drohen.

**M**öglicherweise ist es nämlich beim Einsatz von Polizei und Gendarmerie an diesem letzten Mittwoch darum gegangen, Scharfmachern in der SPÖ zu beweisen, daß es gar nicht möglich ist, die Au ohne blutige Zusammenstöße zu räumen. Daß diese Zusammenstöße zwischen Exekutive und Studenten oder Arbeitern und Studenten stattfinden würden, sei jetzt voraussehbar, erzählt man sich in der SPÖ.

**P**robleme, die Kanzler Sinowatz jetzt noch mit den für den Bau von Hainburg eintretenden Gewerkschaftern bekommen könnte, müßte der Regierungschef einfach unter Hinweis auf die enorme Bedeutung des sozialen Friedens für Österreich „bewältigen“. Dazu wird vom Regierungschef erzählt, daß er schon vor zwei Monaten im kleinen Kreis betont

# Hainburg: Kanzler ruft Weihnachtsfrieden aus

**W**ien. – Jetzt atmet ganz Österreich erleichtert auf; Kanzler Sinowatz hat in letzter Minute den Weihnachtsfrieden um den Hainburg-Konflikt beschert. Die Bagger und Planiermaschinen wurden von ihm aus der Stopfenreuther Au zurückgepiffen. Sinowatz' Begründung dafür: Alle Betroffenen (vor allem die Aubesetzer) sollen das Weihnachtsfest in der Familie feiern können. Entscheidungen müssen neu überdacht, Emotionen abgebaut werden. In einer eigens einberufenen Ministerratssitzung wird am 3. Jänner über die künftige Marschroute entschieden.

Kanzler Sinowatz bekannte sich weiter zum Kraftwerksbau, verurteilte neuerlich die gesetzwidrige Aubesetzung und attackierte die Medien: Nicht die Demonstranten sollten zu Helden gemacht werden, sondern die Arbeiter und Angestellten, weil sie zur Mäßigung bereit gewesen seien. Kanzler Sinowatz war von den Strapazen der vergangenen Tage sichtlich gezeichnet, von den Krisensitzungen rund um

VON DIETER KINDERMANN

die Uhr, von der Abwehr des massiven Gewerkschaftsdrucks, von dem tiefen Eindruck der blutigen Auwaldschlacht.

Sinowatz zeichnete aber klar die künftige Regierungslinie, die er unter Androhung seines eigenen

schützern und Arbeitern, müsse vermieden werden. Der Kanzler konnte sich bei der Ausrufung des Weihnachtsfriedens auf Innenminister Blecha stützen, der ebenfalls mit persönlichen Konsequenzen gedroht hatte, falls er noch einmal die Polizei gegen junge Menschen einsetzen müßte. Wie sehr Sinowatz unter psychischem Druck gestanden war, ging auch daraus hervor, daß er seufzend erklärte: „Immer, wenn es schwierige Fragen gibt, bleibt einer übrig, der sie zu bewältigen hat – der Bundeskanzler.“

Die „mutige Entscheidung“ (SPÖ-Abgeordneter Cap), den Hainburg-Konflikt durch Weihnachtsfrieden zu entschärfen, wurde von allen Seiten spontan begrüßt: von Bundespräsident Kirchschläger, der selbst an einen Friedensappell gedacht hatte, von Kardinal König, der seine Vermittlerdienste anbot, von ÖVP-Familiensprecherin Flemming, die an den Friedensplan von ÖVP-Chef Mock erinnerte. Der Sprecher des Volksbegehrens, Günther Nennung, jubelte ebenfalls: „Nach dem Gummiknüppel scheint jetzt die Vernunft eingekehrt zu sein. Wir werden Weihnachten in der Au feiern – nicht aus Mißtrauen gegen die Regierung, sondern aus psychologischen Gründen.“

Welcher Kompromiß nun in der Hainburg-Frage gefunden werden könnte, deutete gestern der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk an: Er dankte den Gewerkschaftern für ihr einsichtiges Verhalten und plädierte für eine politische Lösung – „etwa im Zusammenhang mit einer direkten Stellungnahme der Österreicher selbst“. Die junge SPÖ und die ÖVP formulierten ihre Vorstellungen noch klarer: Sie forderten eine Volksabstimmung.



## Herr Strudl

„Da Sinowatz wird jetzt vermutlich der einzige sei, der so glaubt, daß die Polizei sei Freund und Helfer ist.“

Rücktritts durchgesetzt hatte: Ein prinzipieller Konflikt zwischen den Generationen, zwischen Umwelt-

„Weihnachtsfest soll in den Familien gefeiert werden — Alle Aspekte überdenken“

# Sinowatz: Weihnachtsfriede für die Au Am 3. Jänner berät der Ministerrat

WIEN (AZ). Bundeskanzler Sinowatz kündigte Freitag einen „Weihnachtsfrieden“ bis zum 3. Jänner an. Bis dahin werden die Arbeiten in der Hainburger Au ruhen. Mit diesem Entschluß will Sinowatz, wie er sagt, ermöglichen, daß das Weihnachtsfest in den Familien gefeiert werden kann. Am 3. Jänner wird

Bis zum 3. Jänner 1985 kann nun jede Seite ihre Positionen überdenken, meinte Sinowatz. Die Bundesregierung werde jedenfalls alle Aspekte, auch die neu hinzugewonnenen, beraten. Er habe in den letzten Tagen mit allen Seiten Gespräche geführt und wolle nun dazu beitragen, Gräben zuzuschütten und keinen Generationenkonflikt entstehen zu lassen. „Es hat in Österreich noch keine solche Situation gegeben“, meinte der Kanzler. Die weitere Vorgangs-

weise erfordere aber ein besonders hohes Maß an Verantwortung. Umweltschutz dürfe sich aber nicht auf einzelne Symbole beschränken. Sinowatz erinnerte daran, daß die Bundesregierung gerade bei der Planung dieses Kraftwerkes ihre Sensibilität für die Anliegen des Umweltschutzes unter Beweis gestellt hat: Kein anderes Kraftwerk in Europa muß unter derartig strengen Auflagen errichtet werden! Auch werden nur vier Prozent des Auwaldes be-

dann in einer Sitzung des Ministerrates das Thema Hainburg erörtert, wobei alle Aspekte „gründlich und vorurteilsfrei“ behandelt werden sollen. Nach wie vor ist Sinowatz der Meinung, daß das geplante Kraftwerk aus Gründen des Umweltschutzes und der Wirtschaftlichkeit „wichtig und richtig“ ist.

nötigt, obwohl es nach der ursprünglichen Planung ein Vielfaches gewesen wäre.

### Die wirklichen Helden

Zur Besetzung der Au meinte der Kanzler, daß der „gewaltfreie Widerstand“ jedenfalls nicht gewaltfrei gewesen ist. Auch habe er durch einen Teil der Bericht-erstattung ein bißchen den Eindruck, daß die Aubesetzer zu Helden gemacht werden. In Wirklichkeit aber sind die Helden die

österreichischen Arbeitnehmer, die alles unternommen haben, um den sozialen Frieden nicht zu gefährden, sagte Sinowatz. Er habe es auch nicht als richtig gefunden, daß die Gegner des Kraftwerkes an jenem Tag eine Großdemonstration ankündigten, an dem nach langen Verhandlungen die Vertreter der Gewerkschaft ihre geplante Kundgebung absagten, um die Situation nicht weiter anzuhäufen.

Schließlich unterstrich Sinowatz, daß noch nie in einem Jahr so viele strenge Umweltschutzgesetze und Auflagen beschlossen wurden, wie 1984 von der jetzigen Bundesregierung. Wie bereits angekündigt, werde auch 1985 der Umweltschutz Priorität haben. „Auch dies sei ein Beweis für die Sensibilität der Regierung.“

## Au-Splitter

Ein „Weihnachtsgeschenk“ besonderer Art — einen mit toten Vögeln und anderen Aulären „geschmückten“ Betonblock überbrachten Freitag Vertreter von Greenpeace DOKW-Generaldirektor Kobilka. Kobilka lehnte das „Geschenk“ verständlicherweise ab.

Als „absoluten Blödsinn“ bezeichnete Altbundeskanzler Kreisky die von Gewerkschaftern vor einigen Tagen ausgesprochene Vermutung, die Aubesetzer seien von Libyens Revolutionsführer Gaddafi finanziert worden. Kreisky: „Diejenigen, die solche Dummenheiten behaupten, müssen sie erst beweisen.“

Rechtsanwalt Heinrich Wille hat Freitag beim Verwaltungsgerichtshof im Namen von zwei Stopfenreuther Bauern und des World Wildlife Funds den Antrag auf Einstellung der Rodungsarbeiten eingebracht. Wille sagte, er hoffe auf eine Entscheidung bis 3. Jänner (also dem letzten Tag des „Weihnachtsfriedens“).

# Kanzler stoppt Hainburg-Krise

Zwei Tage nach den blutigen Schlägereien in der Hainburger Au hat Bundeskanzler Fred Sinowatz entscheidend durchgegriffen: Er verordnete Freitag mittag in Wien einen „Weihnachtsfrieden“ in der Stopfenreuther Au, die Rodungen werden — so der Kanzler — bis 3. Jänner vorläufig ausgesetzt. Durch diese Maßnahme soll allen, der Regierung, dem ÖGB, der DuKW und auch den Au-Schützern Gelegenheit gegeben werden, „ihre Positionen zu überdenken“, wie der sichtlich nachdenkliche und von den Anstrengungen der vergangenen Tage gezeichnet wirkende Regierungschef verkündete.



„Ich trage den Emotionen hiermit Rechnung!“

Offensichtlich erwartet sich Sinowatz nun einen Abzug der Aubesetzer aus Hainburg, „weil ich Gelegenheit geben möchte, daß alle bei ihren Familien Weihnachten feiern können“, betonte er.

Sinowatz gab zu, daß er mit seiner Entscheidung den „Emotionen und Leidenschaften“ der letzten Tage Rechnung trage, aber nach wie vor sei klar: Die Aubesetzer hätten unrecht gehandelt, die eigentlichen Helden seien die Arbeiter und der ÖGB durch deren „verantwortungsvolle und besonnene Haltung“.

Wie es dann weitergeht in Hainburg, in der Au, wollte der Kanzler nicht präzisieren. Nur soviel: Am 3. Jänner tagt ein außerordentlicher Ministerrat, dort wird das Kraftwerksprojekt neuerlich, unter Einbeziehung „aller Aspekte, auch der in den letzten Tagen gewonnenen“ diskutiert werden. Was dann pas-

sirt? Sinowatz: „Ich denke nicht daran, jetzt schon diesen Weihnachtsfrieden zerreden zu lassen!“

Ein deutlicher Hinweis, was in der SPÖ vorgeht, lieferte zur selben Stunde prompt Wiens Bürgermeister Helmut Zilk: Es müsse „eine politische Lösung“ geben, etwa eine im Zusammenhang „mit einer direkten Stellungnahme der Österreicher selbst“. Was im Klartext auf eine Volksabstimmung über das Kraftwerk Hainburg hindeutet!

Sinowatz unterstrich neuerlich, daß er persönlich für Hainburg eintrete, daß er aber „keinen tiefen Generationenstreit“ wolle und daß seine Regierung das Jahr 1985 ganz in den Dienst des Umweltschutzes stellen wolle. Womit er andeutete, daß die Regierung künftig auf „soziale Verträglichkeiten“ mehr als bisher Rücksicht nehmen dürfte. **HUBERT WACHTER ■**

## Industrie-General Krejci antwortet Jörg Mauthe

Ich habe darum auch kein Mitleid mit jenen, die gar nicht so „gewaltlos“ angetreten sind.

Es ist im höchsten Maße zu bedauern, daß Menschen wie Jörg Mauthe offenbar das Gefühl für Recht und Unrecht verloren haben. Sie laden schwere Schuld auf sich, wenn sie junge, suchende Menschen zu Aktionen verleiten, deren Tragweite diese nicht erfassen können. Der Zukunft der Demokratie in Österreich wird damit ein schlechter Dienst erwiesen. Von einem Stadtrat und damit Repräsentanten der Demokratie müßte man mehr Rechtsbewußtsein und staatspolitisches Verantwortungsgefühl erwarten.

Mein Platz ist darum auch weiterhin nicht in der Au und nicht in der Gesellschaft von Menschen, deren Aktionen sich gegen unseren Staat richten.“

Herbert Krejci

„Jörg Mauthe hat mir — ebenso wie Herrn Dr. Lenhardt von der ‚Presse‘ — vorgeworfen, die Ereignisse von Mittwoch in der Au nicht durch persönlichen Augenschein zur Kenntnis genommen zu haben.“

Ich kann ihm darauf nur antworten, daß mein Platz aus innerster Überzeugung nicht in der Au ist. Ich halte auch von der Jungvolkromantik und Irrationalismen nichts, mein diesbezüglicher Bedarf ist seit den dreißiger Jahren hinreichend gedeckt. Ich halte nach wie vor die Polizeiaktion für gerechtfertigt. Wer sich der Staatsautorität entgegenstellt, muß damit rechnen, etwas „abzubekommen“.

Wer aus Mutwillen, ‚Krieg spielen‘ will, muß auch etwaige Folgen in Kauf nehmen. Frauen und Kinder haben bei Demonstrationen gegen die legale Staatsautorität nichts zu suchen.

# Weihnachtsfriede in der Au: Baumaschinen zogen ab

Der angekündigte Weihnachtsfriede löste bei 1500 Umweltschützern in der Stopfenreuther Au eine abwartende Haltung aus. Sie wollen die Feiertage mit ihren Familien verbringen – im Waldgebiet. Viele von ihnen planen, die gerodeten Flächen wieder aufzuforsten.

Freitag hielt Greenpeace vor dem Bürogebäude der DoKW eine Demonstration ab.

Flankiert von zwei Weihnachtsmännern, gezogen von Pferden, traf Freitag vormittag ein 200 Kilogramm schweres Geschenk von Greenpeace Österreich vor dem Portal des DoKW-Gebäudes auf dem Wiener Parkring ein: Als Symbol gegen das geplante Kraftwerk wurde eine Betonimitation abgeladen, durchsetzt mit Fischteilen, Wildköpfen und Pflanzen. Rund 400 Demonstranten sangen die Bundeshymne, dann ertönten Sprechchöre: „Volksabstimmen, Neu-

über den Weihnachtsfriede ab. Die Tiroler wurden schließlich um 13.45 Uhr nach mehrmaliger Aufforderung von Polizisten aus dem Büro getragen. Fili, SP, mit hochrotem Kopf. „Mit solchen Leuten rede ich nicht. Das sind für mich Berufs-demonstranten. Ich bin in Gefahr. Ich lasse mich zu nichts zwingen.“

Die sieben Tiroler wollten Freitag abend noch den Christbaum in der Innsbrucker Altstadt vor dem Goldenen Dachl ersteigen und mit einer Motorsäge per Megaphon den „Originalton“ von Hainburg vortönen.

Vorarlbergs Alternative rufen jeden Freitag zum Stromsparen auf. Montag wird in allen fünf Städten für Hainburg gesammelt – vor allem Lebensmittel, aber auch Weihnachtsgeschenke.

FORTSETZUNG AUF SEITE 14



Der Auszug der Maschinen in der Au – aber für wie lange? Bild unten: Küssel ist rechts außen zu erkennen, Resinger in Bildmitte, halb verdeckt

Von Georg Spiegelhofer, Ernst Bieber, Michael Mattuschka, Susanne Pesak, Christian Purkhart und Peter Grolg (Text). Bilder: Gerhard Sokol, Hubert Kluger und österreichische Staatspolizei.

wahlen, stoppt die DOKW. Generaldirektor Josef Kobilka nahm eine Petition der Kraftwerksgegner nicht an und ließ das Geschenk von der Magistratsabteilung 48 abtransportieren.

Kurz vor Mittag besetzten sieben Tiroler das Innsbrucker Landhaus und drangen bis in das Büro von Landesvize Ernst Fili vor. Auch dem Landespartei sekretär Lothar Müller gelang es nicht, die Umweltschützer aus dem Raum zu weisen. Sie übermittelten direkt aus dem Landhaus ein Fernschreiben an den Bundeskanzler und forderten einen Aufschub des Kraftwerksbaus, eine Volksabstimmung und den Abzug der Exekutive aus der Au. Originalton: „Wir warten auf ihre Antwort im Büro des Landeshauptmannstellvertreters Fili.“

Zur selben Stunde hielt jedoch der Bundeskanzler bereits seine Pressekonferenz



## Die Rechtsradikalen waren falsch im Bild Extremisten: Peinlicher Irrtum des Ministeriums

Der – manchmal krampfhaft – Versuch des Innenministeriums, einen führenden Teil der Aubesetzer als Rechtsradikale abzustempeln und so die ganze Aktion ins Zwielicht zu rücken, endete Donnerstag abend zunächst mit einer peinlichen Panne.

Das Ministerium hatte mitgeteilt, daß am 19. Dezember auf einem in der Au gemachten Foto zwei bekannte Extremisten erkennbar seien, Gottfried Küssel, 26, und Thomas Resinger, 18. Dazu schickte man dem Fernsehen ein Bild,

das zwei junge Männer in der Au zeigt (unten). Aber leider: Die beiden sind nicht Küssel und nicht Resinger.

Das richtige Foto (links oben) wurde nachgeschickt, aber für die Sendung kam es zu spät. Der Sprecher korrigierte wohl den Irrtum ein paar Minuten später, aber ohne Foto. Auf diesem Foto ist Küssel nur am Bildrand mit halbem Kopf erkennbar. Außer Küssel und Resinger sind noch drei Bur-schen zu sehen, die Staatspolizei-beamte schon bei der im

November mißglückten Gründungsversammlung der „Nationalen Front“ in Wien beobachtet hatten, die aber nicht identifiziert sind.

Auch auf dem falschen Bild glaubt die Polizei auf Grund einer „paramilitärischen Uniform“ einen Neonazi entdeckt zu haben. Der zweite Abgebildete kam jedoch völlig schuldlos in den Ruf, ein Neonazi zu sein – wie überhaupt die überwiegende Mehrheit der Aubesetzer, die sich von Extremisten distanzieren.



Falsches Bild: Bei dem Mann mit dem Funkgerät schien der Polizei die Uniform verdächtig

# Politik, die scheitern muß

KARL HEINZ RITSCHEL

Zum Jubeln besteht kein Anlaß. Ebenso keiner, den Herrn Bundeskanzler etwa als Krisenmanager zu feiern. Oder als gutmütigen Menschen, wengleich er am Freitag in seiner Pressekonferenz in den Vordergrund seiner Überlegungen gestellt hat, die Schlägerungen in der Hainburger Au aufzuschieben, um den Ausbesetzern ein Weihnachtsfest in den Familien zu ermöglichen. Trotzdem müssen wir für den Weihnachtsfrieden dankbar sein, für den Abstand von einer immer heißer werdenden Konfrontation.

Insgesamt aber ist die Situation mehr als unbehaglich. Ja vielmehr entsetzlich, denn wiederum hat die Bundesregierung gezeigt, wie inkompetent sie ist, die Geschicke unseres Staates zu leiten.

Die Probleme um die Hainburger Au und den Kraftwerksbau sind vielschichtig und reichen weit über den Anlaß hinaus in grundsätzliche staatspolitische Fragen. Hinzu kommt eine höchst problematische Berichterstattung in den Boulevardblättern, die das Ausmaß einer Kriegsberichterstattung angenommen hat.

Grundsätzlich gilt, den Naturschützern Respekt zu zollen, daß sie eingestellt sind für ihre Überzeugungen. Denn mit der Erklärung, wie sie Sinowatz und Blecha gegeben haben, daß man dem Recht um Durchbruch verhelfen müsse, war es ja nicht abgetan. Es muß auch die Möglichkeit zum demonstrativen Widerstand geben, wenn man erkennt, daß kodifiziertes Recht nicht rechtens ist, vor allem, wenn man überzeugt ist, daß bei der Rechtsfindung Fehler begangen worden sind und der Staat nicht bereit ist, die Ausschöpfung der Rechtsmittel abzuwarten. Und auf dem langen Weg dieser Rechtsfindung inzwischen den Donaukraftwerken das Recht gibt, Auwald zu schlagen. Mit dem Kahlschlag also ein fait accompli zu schaffen! Da sind schon rein formalrechtlich problematische Dinge passiert. Die Regierung war schlecht beraten, Einwände gegenwärtig, um sich auf eine Kraftprobe einzulassen. Wenn man ein solches Bauvorhaben, das auf so großen Widerspruch stößt, durchsetzen will, muß man jeden Anschein auch nur des kleinsten Formalfehlers vermeiden, ja darüber hinaus eher zusätzlich alle möglichen Entscheidungskriterien als Hilfe einbeziehen. Das aber ist mit unheilvoller Arroganz vermieden worden. Zuerst wollte man auch die Gutachten, auf die sich der niederösterreichische Landesrat für Naturschutz stützte, gar nicht veröffentlichen. Erst unter Druck war man dazu bereit. Sind sie veröffentlicht? Man kann am Amtssitz des Landesrates in den gewaltigen Stapel von Akten Einsicht nehmen. Der vom Obrigkeitstaat geprägte Herr Landesrat hat gar nicht daran gedacht, die Gutachten zu publizieren. Das aber wäre Öffentlichkeitsarbeit. Dann könnte er den Vorwurf entkräften, er habe einseitig aus den Gutachten zitiert. Wenn man nicht einmal bereit ist, die Gutachten vollständig zu veröffentlichen, darf man sich über Angriffe nicht wundern. Gerade dieses Detail aber zeigt, mit welcher Präpotenz vorgegangen wird. Man sage nicht, die Veröffentlichung käme zu teuer. Man könnte die billigste Vervielfältigungsart wählen. Betrachtet man, was sonst Ämter und Parteien an gedrucktem Papier her-



Im Ringen um die Hainburger Au gibt es jetzt einen „Weihnachtsfrieden“  
Der Wunsch nach einer lebenswerten und auch lebensfähigen Umwelt hat viele junge Leute in die Stopfenreuther Au getrieben. Sie protestieren dort gegen den Bau eines Wasserkraftwerkes, von dem sie glauben, daß ihm eine unverwechselbare und unwiederbringliche Naturlandschaft geopfert werden soll. Freitag verkündete Bundeskanzler Fred Sinowatz einen „Weihnachtsfrieden“, der bis zum 3. Jänner 1985 andauern soll. (Dazu Berichte auf Seite 4.)  
Bild: SN/Rosner

## Ein Krieg ohne Augenzeugen

HELMUT L. MÜLLER

Vor fünf Jahren marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Die Sowjets wählten wohlweislich die Tage um Weihnachten, als sie zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg in einem Land außerhalb des Warschauer Paktes intervenierten. Nach fünf Jahren sind die Soldaten der Sowjetunion in Afghanistan immer noch in einen „schmutzigen Krieg“ verwickelt. Dennoch treibt dieses Gemetzel kaum empörte Demonstrationen auf die Straßen wie einst Amerikas Krieg in Vietnam.

Das läßt sich erklären. Die Amerikaner führten ihren Krieg in Vietnam vor den Fernsehkameras. Es verging kein Tag, an dem das Fernsehen nicht Bilder sendete: von Gefallenen und Verstümmelten, von Flüchtlingslagern und entlaubten Wäldern. Journalisten waren – oft unter Einsatz ihres Lebens – am Schauplatz des Geschehens, um ihre Informationspflichten zu erfüllen.

In Afghanistan ist ihnen das verwehrt. Die Sowjets sind bestrebt, ihre militärischen Operationen dort ohne fremde Zeugen ablaufen zu lassen. Dies zeigte zuletzt der Fall des französischen Fernsehreporters Abouchar, dem es als einem französischen Fernsehreporter war, in das Kampfgebiet vorzudringen. Er wurde gefaßt und zu einer abschreckend „drakonischen Haftstrafe“ verurteilt. Erst die resolute Regierung in Paris konnte, unterstützt von einer empörten französischen Öffentlichkeit, Abouchar herauspauken.

In der Regel aber beobachtet keine Fernsehkamera den Krieg in Afghanistan und seine Opfer. Allenfalls Flüchtlinge berichten von Zeit zu Zeit über das Blutvergießen. Aber Worte – ob gesprochen oder gedruckt – sind wohl nicht stark genug. Empörung, die auf die Straße drängt, bedarf heutzutage – so scheint es – der bewegten Bilder. So tragen die USA noch immer an Vietnam, während die Sowjets in Afghanistan einen unerklärten Krieg führen können und manchen verblenden Augen trotzdem als Friedensengel erscheinen.

Die Berichte, die das Fernsehen ins Wohnzimmer liefert, sind kein getreues Abbild der Wirklichkeit. Daß die elektronischen Ausschnitte des Geschehens dies nie sein können, verhindern schon die unterschiedlichen politischen Systeme in Ost und West. Aus den demokratischen Ländern kommt eine wahre Bilderflut auf die Fernsehschirme; die undemokratischen dagegen blenden sich aus. Gefilmt werden darf nur, was genehm und genehmigt ist – und fertig ist ein schiefes Bild der Welt. Daß unvollständige Information Wirkung in den Köpfen hat, läßt sich belegen – z. B. an der wachsenden Amerika-Kritik in Westeuropa.

Wenn der US-Präsident den Bau neuer Waffen anordnet, steht dies auf Seite eins aller Zeitungen. Auf eine

Schlagzeile, die eine vergleichbare Rüstungsentscheidung des sowjetischen Staats- und Parteichefs plakatiert, wird der Leser oftmals vergesslich warten, es sei denn, sie diene politischen Zwecken Moskaus. Kommunistiche Schaltzentralen machen „selektiv“ nur das ihnen Passende publik. Da, wo die persönliche Freiheit nicht gilt, fürchten die Machthaber Informationen wie der Teufel das Weihwasser.

Die Folge sind Fehlsichten: Der amerikanische Adler bedrohe den Frieden, der russische Bär aber verteidige diesen. Gegen solche fahrlässig falschen Urteile helfen gesunde Menschenverstand, historische Kenntnis, genaues Hinschauen auf die politischen Vorkommnisse.

Zwar fließen etwa die Nachrichten aus Afghanistan nur spärlich; aber die Mosaiksteine fügen sich zu einem allgemeinen Bild der Entwicklung in diesem Land zusammen. Bei ihrer Invasion 1979 waren die Sowjets lediglich auf vereinzelte Erhebungen gefaßt, die – wie sie meinten – schnell abflauen würden. Doch bis heute versucht die sowjetische Militärmaschinerie, Afghanistan zu „befrieden“. Dieser kurzfristigen Strategie dient das Bemühen der Besatzer, die afghanischen Widerstandsgruppen zu spalten und sie dazu zu bringen, die Waffen niederzulegen. Um dem Widerstand der Mudschaheddin die Lebensgrundlage zu entziehen, haben die sowjetisch-afghanischen Truppen weite Teile des Landes zerstört.

Die Leiden, die das afghanische Volk dabei erdulden muß, sind fast unbeschreiblich. Etwa eine Million Afghanen hat der Krieg bisher das Leben gekostet; mehr als vier Millionen sind nach Pakistan und in den Iran geflohen.

Langfristig versucht Moskau, Afghanistan allmählich in den sowjetischen Staatsverband einzugliedern. Deshalb werden afghanische Kinder in großer Zahl in die Sowjetunion verschickt. Der Krenl will ideologisch zuverlässige Kader aufbauen, die künftig in Kabul das Heft in die Hand nehmen können.

All dies läßt keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion gewillt ist, Afghanistan nicht mehr loszulassen. Die Rote Armee wird sich erst dann aus Afghanistan zurückziehen, wenn sie ihre „Aufgabe“ erfüllt hat und daher nicht mehr gebraucht wird. Der oft vergessene Krieg am Hindukusch bleibt für das afghanische Volk also vorerst ein Schrecken ohne Ende.

Davon erreichen uns kaum Bilder. Wir sehen nicht alles, was in der Welt vor sich geht. Wir sehen nicht alles, was wir sehen sollten, um uns ein umfassendes Urteil bilden zu können. Doch die Nicht-Bildierung der Ereignisse in Afghanistan darf uns nicht davon abhalten, auch über dieses Unrecht betroffen zu sein.

vorbringen, wäre diese „Verschwendung“ wohl angemessen.

Wie gesagt, allein dieses Detail zeugt nicht nur von Unfähigkeit, sondern auch von Unwillen. Von der Grundfrage gar nicht zu sprechen, wie dringend dieses Kraftwerk wirklich ist. Der Wandel der Energiewirtschaft von der Bedarfsdeckung zur Bedarfsdeckung ist ein Faktum. Zunehmend aber ist dieser Wirtschaftszweig, der mit dem Bau des Speicherkraftwerks Kaprun geradezu zum nationalen Heldendenkmal stilisiert worden ist, in ein schiefes Licht geraten. Kaprun war eine Großleistung! Die Energiewirtschaft aber hat sich zum Staat im Staate gemauert, zum Prüfendument, und eine falsche Föderalisierung in Landesgesellschaften und länderweise Sondergesellschaften brachte riesige Vorstände, Aufsichtsräte, Planungsstäbe – alles in Größenordnungen, die, wie die Rechnungshofberichte zeigen, überdimensioniert sind. Hier wird ein Hebel anzusetzen sein, um die E-Wirtschaft überhaupt neu zu organisieren und bei der Gelegenheit auch ihre Aufgabenstellung neu zu definieren. Die am Schalthebel sitzende Garnitur aber hat durch die Art, wie sie Energiepolitik betrieben hat, an Glaubwürdigkeit verloren.

Was nun konkret Hainburg anbelangt, steht zumindest eines fest: Zur Akutversorgung wird dieses Kraftwerk nicht benötigt, daher wäre Zeit, alle Facetten des Problems zu überdenken, mögliche Varianten zu studieren. Das wäre die einzige Antwort, die die Regierung geben könnte, um aus der Misere herauszufinden.

Das Argument nämlich, die Wirtschaft brauche die Arbeitsplätze, ist unzulässig, weil der Arbeitsplatzsicherung gegenüber steht die Vernichtung einer durch internationale Konvention geschützten urwaldähnlichen Aulandschaft, die unwiederbringbar ist. Die diese Werbung der E-Wirtschaft, daß erst durch ihre Gestaltung Landschaft schön wird, ist gleichzusetzen mit den Technikern, für die Bäche erst einen Reiz haben, wenn sie im Betongerinne gefaßt sind, oder jenen Architekten, für die Betonwände die schönste Landschaft sind. Das Gewerkschaftsargument stimmt nicht, weil ein Recht reklamiert wird durch Zerstörung eines anderen Rechtes, vor allem durch Vernichtung ererbter Natur, die weder vermehrbar noch züchtbar ist. Geht es um Arbeitsplätze, gibt es andere Möglichkeiten, ja dringende Notwendigkeiten, wie etwa die gesamte Sanierung des Althausbestandes im Wiener Bereich, wo weit mehr Arbeiter beschäftigt werden können als beim Kraftwerksbau.

Der Gewerkschaft aber ist für das Mathhalten zu danken, weil bei den ursprünglich geforderten Demonstrationen in der Au wir mit höchster Wahrscheinlichkeit noch einen Tag nationaler Trauer hätten begehnen müssen.

Innenminister Blecha hat die Aubesetzer wiederholt als Rechtsbrecher bezeichnet und demonstrativ von geschulten Extremisten gesprochen. Die es zweifellos in der Au gegeben hat und gibt, denn dort, wo sich Widerstand gegen den Staat formiert, kochen Extremisten linker und rechter Prägung und Anarchisten ihre Suppen. Solche Leute waren in der Au feststellbar, aber in einer winzigen Minderzahl. Der großen Mehrheit geht es wirklich um den Schutz der Natur, um ein grundsätzliches Umdenken der Gesellschaft. Da nützen auch die berühmten

zynisch-gekonnten Sprüche des Generalsekretärs der Industriellenvereinigung, Krejci, nichts, der den Umweltschützern attestiert, wie träumerisch sie zurückfallen in ein Leben, das wir gar nicht mehr führen können.

Die Sehnsucht der Menschen geht vielmehr dahin, das Leben wieder lebenswerter zu machen, auch um den Preis so manchen Verzichts in einer hochgezüchteten Konsumgesellschaft, die dabei ist, sich und die ihr anvertraute Natur umzubringen. Hier wird nur eine grundsätzliche Weichenstellung helfen können, die Innovationskraft des Menschen einzusetzen – etwa um alte Kohlekraftwerke zu entgiften, Energie zu sparen, Ersatzenergien zu finden und vieles mehr –, um diese Welt lebenswert und lebensfähig zu machen. Die dramatische Zunahme des Waldsterbens in einer erschreckend progressiven Form gibt schließlich den jungen Menschen sehr wohl das Recht, die Frage zu stellen: Wie sollen wir leben? Und sie gibt ihnen das

Recht, die Antwort zu suchen, wie sie leben wollen.

Eine Politik, die diese zentrale Frage nicht aufnimmt, muß scheitern.

### Die Realität in der Au

Seit mehr als einer Woche berichte ich für die „Salzburger Nachrichten“ aus der Stopfenreuther Au. Hingefahren bin ich mit einem unguuten Gefühl, gestern nach Salzburg zurückgefahren bin ich mit noch einem viel schlechteren. Ich erlebte die Sorgen und die Ängste dieser jungen Leute, die hier die wertvollste Zeit im Jahr damit verbringen, in Erdhöhlen und notdürftig mit Planen abgedeckten Baumzelten, unter primitivsten hygienischen Verhältnissen für ihre Ideale einzutreten. Ich erlebte den Teil

der österreichischen Exekutive, der jahrein, jahraus mit der Landbevölkerung in Kontakt ist. Eine Vielzahl dieser Beamten versteht den geistigen Hintergrund dieser Bewegung immer besser: Eintreten für die unmittelbar bedrohte Umwelt. In einer Vielzahl an Gesprächen erfuhr ich, daß zahlreiche Beamte nach Dienstschaft in Zivil wiederkommen würden. Das Verhältnis der Umweltschützer zur Exekutive ist ausgezeichnet. Viele auf beiden Seiten unterscheiden sich nur durch die graue Uniform.

Ganz im Gegensatz dazu die Wiener Polizei: Diese Beamten werden (will man Kontakte verhindern?) bis kurz vor ihren Einsatz in den Bussen gehalten, um nur ja nicht mit der Bevölkerung der Au zusammenzukommen. Auch war es unmöglich, als Journalist von Polizeioffizieren irgendwelche Informationen zu erhalten. Ihren Auftrag erfüllen sie zweifellos.

Ich berichtete nicht von einem Kriegsschauplatz, wie es in Wien all-

täglich in den späten Abendstunden kolportiert wird, sondern von einer Aktion von Idealisten, die bereit sind, Entbehrungen auf sich zu nehmen, Entbehrungen, die sich bei stationärem Krankenhausaufenthalt fortsetzen. Diese jungen und auch alten, von Idealen besessenen Personen, die aus ganz Österreich in der Au sind, werden von jeder der in dieser Woche veröffentlichten Umweltkatastrophenmeldung in ihrem Ausharren nur bestärkt. Die größte Angst dieser Gruppe: Daß ihre Ideale durch, dem Innenministerium anscheinend bekannten, Extremisten verraten werden. Doch funktioniert das System der Selbstkontrolle ganz gut. Es handelt sich um Gruppen, die schon seit Jahren in bekannten Umweltschutzgruppen einander kennenlernten und halt jetzt gemeinsam in der Au sind.

Und noch etwas: Nach dem Polizeieinsatz am Mittwoch gaben sich die Demonstranten die Hand und wünschten einander Beileid. Für viele in der Au wurde mehr zerstört als vier Hektar Wald. Hannes Rosner



22.12.1984

# Nacht der Entscheidung: Teilsieg der Ausschützer

Augenzeugenbericht aus der Stopfenreuther Au

Stopfenreuther Au, Donnerstag, 18 Uhr: Dichtgedrängt sitzen die Menschen um die große Feuerstelle im Lager 4. Im Radio das Abendjournal. Nervosität macht sich breit, als unverhohlene Drohungen anklingen. Alle wissen: diese Nacht und der nächste Morgen werden für dieses Jahr die Entscheidung bringen.

22.30 Uhr, Lager 2: Über das Megaphon wird eine wichtige Mitteilung angekündigt. Alle werden zu einem Kurzplenum gerufen. Aus der „Zentrale“ hat man erfahren, daß für morgen eine Großaktion geplant ist. 14 Gendarmriebsbusse und rund 1000 Mann Wiener Bereitschaftspolizei seien im Anrollen. Gegen Mitternacht kommt die Information, daß Wasserspritzen angefordert worden seien. Vermutliches Ziel des Polizeieinsatzes: das Lager 1. Es liegt

nur 500 Meter von jener Stelle entfernt, an der am Mittwoch ein fußballfeldgroßes Gebiet gerodet worden war.

Freitag, 0.20 Uhr: Fünf Leute setzen sich in Bewegung, um Verbindung zum Lager 1 aufzunehmen. Unterwegs begegnet man ständig Menschengruppen, die unter Umgehung der Polizeisperrn ins Auegebiet gekommen sind. Die Nachricht von der bevorstehenden Polizeiaktion hat in dieser Nacht hunderte Umweltschützer aus Wien und Niederösterreich in Bewegung gesetzt. Der Weg zum Lager 1 wird beschwerlich: alle 100 Meter müssen Holzbarrikaden umgangen werden.

Die Stimmung im Lager 1 ist malmig. Noch einmal wird beim Küchenzelt die Taktik im Falle eines Einsatzes diskutiert: Keine Panik, keine Gegenwehr, kein Räuber-und-Gendarm-Spiel —

Wegtragen lassen und am nächsten Tag wiederkommen.

Am Weg zum Lager 4 Begegnung mit Beamten in Zivil, mäßig als „Auschützer“ getarnt. „Woher kommt ihr?“ — „Ah, ah, na aus dem Lager dahinten.“

Das Lager 4 ist inzwischen auf die doppelte Größe angewachsen — laufend treffen neue Leute ein. 3 Uhr früh: Im Lager wird mobilgemacht — sicherheitsshalber.

Freitag, 9.30 Uhr, allgemeine Entwarnung. Bis Neujahr ist die Au gerettet. Seltsame Szenen bei den Barrikaden: Arbeiter und Aubesetzer beseitigen gemeinsam die Sperren. Die Baufirma zieht ihren eingekesselten Caterpillar ab. Beim Verlassen der Au grüßen die Gendarmen „auf Wiedersehen“.

Rainer Grünwald



Alle 30 Meter eine Barrikade: der Weg zwischen Lager 2 und 2a ist fast uneinnehmbar.



Eintracht: Ausschützer und Bauarbeiter „befreien“ gemeinsam einen Caterpillar.

## BH in der Au?

WIEN/SANKT PÖLTEN. Gerüchtweise sollen Angehörige des Bundesheeres bei Baugeräten in der Stopfenreuther Au Sicherungsdienste leisten. Was bei der Patenschaft der Donaukraftwerke AG für das Militärkommando Niederösterreich kein Wunder wäre. Divisionär Maerker, Befehlshaber dieses Bereichs, erklärte allerdings gegenüber unserer Zeitung: „Wer das behauptet, ist des Teufels!“

## Au-Solidarität

WIEN. Bereits 30.000 Schilling sind auf einem Bawag-Konto für den Verdienstenang der Forstarbeiter bei der Aurodung eingegangen.

Die Au wird nicht gestürmt, sie bekommt eine Schonfrist, vielleicht auch noch mehr. Der Bundeskanzler hat es verkündet, der Bundespräsident, von allen Seiten angegangen, hat ihn den limitierten Weihnachtsfrieden verkünden lassen. Kardinal König erhob seine Stimme früher, der Altbundeskanzler wieder versichert, Gadhafi, der geschätzte Gesprächspartner in Mallorca, habe mit der Au wirklich nichts zu tun. Dagegen hat mit finsterner Miene ÖGB-Präsident Benya, umgeben von Paladinen, Abwarten zugestanden, auch wenn die eigene Basis rumort. Wenn schon „Friede“, dann muß Sinowatz der Mittler sein? Das ließe sich selbst ein Benya etwas kosten? In der Au regnet es im Augenblick, die Besetzer halten bisher aus.

Der Kehraus vor Weihnachten hat begonnen, was bei uns Regen ist, hoffen die meisten am Ziel als Schnee vorzufinden. In der Stopfenreuther Au läuft alles so, wie es sich vor Weihnachten geizert. Dreinschlagen? Das geht vollends ins eigene Auge. Also die Zeit arbeiten lassen, bis der leidenschaftliche Protest abbröckelt, so Gelegenheit finden, wie

## Die Weihnacht in der Au

VON OTTO SCHULMEISTER

es der ÖGB-Präsident unverhüllt äußerte, den Schwarzen Peter diesen „Kinderkreuzzügen“, wenn nicht gar von der Anarcho-Terror-Szene Manipulierten zuschieben: Seht ihr, wir wollten ja Frieden, wir haben Geduld, wir kämpfen ja nur für die Arbeitsplätze, für Bescheide. Die aber, von Steuergeldern aufgepöppelt, die wollen ja nichts als in der Zeitung stehen. Dümmeres zu dem, was sich in diesen Tagen im Kampf um ein Donaukraftwerk Hainburg abgespielt hat, hat man selten gehört. Die so geredet haben, darunter auch ein Vizekanzler, wissen nicht, was in dieser Republik vorgeht. Sie kennen wohl nur sich.

Aber ist der Aufstand gegen die Zerstörung der Au, einen weiteren Monsterbetonbau à la Greifenstein und Melk, die elektrisierende Wirkung in einer sonst von Überdruß und Langeweile heimgesuchten Gesellschaft ein Programm für die Zukunft? Gewiß nicht. Und auch sonst ist nicht alles Gold des Idealismus, was glänzt. Journalisten sind immer

dabei, wenn etwas los ist, erst recht Massenblätter, ohne sie hätten es manche Politiker leichter. Viel Drang zur Selbstbestätigung, Aufbegehren, Spinnerei, bei Hintermännern auch Geschäftsgeist zeigen sich, was ändert es daran, daß eine Reservarmee an sozialem Idealismus da hervortritt, die die Innenpolitik, ja die Republik bisher nicht in Dienst zu nehmen verstand? Daß sich in solcher Menge, mit solchen Opfern und Strapazen junge Österreicher engagieren, daß ihr Beispiel die ganze Gesellschaft mitreißt, ist Anlaß zu Optimismus, wenn es gelingt, die Begeisterung vom Protest einer Erneuerung des öffentlichen Lebens zuzuführen.

Können das das politische System, die Parteien, so wie sie sich derzeit darstellen, überhaupt noch leisten? Nicht erst einmal haben solche Initiativen der Basis der sterilen Selbstbeschäftigung der Funktionsrklasse etwas Beine gemacht. Das Erschrecken in diesen Kreisen läßt auf Besinnung hoffen, der

Kampf um Hainburg könnte dann, wenn Klugheit und auch ein Herz für die Jungen ins Spiel kommen, noch eine gewonnene Schlacht für Österreich werden. Daß in allen Parteien Bruchlinien zu beobachten sind, spricht dafür, daß sich sonst eine Systemkrise anbahnt. Hat der Bundeskanzler den Scheideweg erkannt?

Salbadereien kann man sich freilich ersparen, sie liegen vor Feiertagen und zur Jahreswende in der Luft. Auch Fisch und Fleisch zugleich sein zu wollen, wie die Opposition derzeit, das bringt nichts. Die Aubeschützer vertreten eine Sache, die dazu zwingt, Politik neu zu konzipieren und vorzuleben oder von der Zeit abserviert zu werden.

Und doch ist in diesen Tagen, da der Rest der Christen Weihnachten feiert, in dem göttlichen Kind die Vergöttlichung der Schöpfung selbst gemeint, einer geschändeten, von Gier mißbrauchten. Das drohende Jesuswort geht wieder um: Ihr habt mein Haus zu einer Räuberhöhle gemacht. Eine solche Weihnacht sollte alle in der Au versammeln. Wir müssen umkehren.

## Trotz Rodungsstopps bis 3. Jänner: „Hainburger Auen bleiben besetzt“

Eigenbericht der „Presse“

STOPFENREUTH (st, mk, t, h). So mancher hatte wohl vorher Jubel und auch den Abbruch der Zelte erwartet – aber als gestern in den von etwa 1500 Kraftwerksgegnern besetzten Hainburger Auen die Entscheidung der Bundesregierung bekannt wurde, die Rodungen zumindest bis zum 3. Jänner aufzuschieben, war davon kaum etwas zu bemerken. Skepsis prägte die Stimmung unter den Demonstranten, Durchhalteparolen wurden ausgegeben.

„Wir bleiben da, weil wir niemanden in Versuchung führen wollen“, meinten die Kraftwerksgegner, die nun schon seit 10. Dezember in den Auen die Durchführung der Rodungsarbeiten verhindern. Wenn sie, die Demonstranten nämlich, abzögen, so deren – vielleicht etwas krause – Überlegungen, könnte vielleicht doch etwas „passieren“. Und im selben Atemzug hieß es: „Wir trauen dem Sinowatz schon, dem Benya und den Arbeitern auch, aber...“

Auch gegen Mittag einsetzender Regen konnte also nur wenige Blockierer zur Abfahrt bewegen; die Zahl derjenigen, die doch heimführen, war etwa gleich der, die neu ankamen. „Weihnachten in der Au“, „Urlaub in der Au“ und „Wir gewöhnen uns schon an die Belagerung“, hieß es in der Kommandozone der Kraftwerksgegner in Stopfenreuth.

Deutlicher war hingegen die Erleichterung unter den Gendarmen, die die Zugänge zur Au bewachten. „Na hoffentlich“, lautete etwa die Antwort, ob nun das Aufgebot für die Feiertage reduziert werde. Im Innenministerium hieß es gestern nachmittag, es sei noch keine Entscheidung über den Abzug von Beamten gefallen; es würden aber sicher nur ein „paar“ bleiben. Die Verordnung über die Erklärung der Au zum Sperrgebiet sei nach wie vor gültig, aber auf Grund der nun getroffenen politischen Entscheidung werde bis zum 3.

Jänner niemandem etwas passieren, der sich in der Au aufhalte.

In der Nacht auf Freitag hatte sich noch das gewohnte Bild der Blockade geboten. Rund 2000 Kraftwerksgegner harrten in der Au in den insgesamt sieben Lagern aus; der Zustrom neuer Demonstranten hielt unvermindert an. Die Gendarmen beschränkten sich darauf, „anwesend“ zu sein – mit Autos durfte nach wie vor nicht in die Au eingefahren werden, aber wer zu Fuß hineinwollte, hatte nur selten Schwierigkeiten oder ging eben – wie gewohnt – ein paar Meter neben dem Posten durch den Wald.

Ganz im Gegensatz zu diesen friedlichen Szenen standen freilich die Gerüchte, mit denen sich die Belagerten gegenseitig verunsicherten. Es hatte beispielsweise geheißt, noch in der Nacht werde durch die Exekutive die Totalräumung der besetzten Au erfolgen, und diesmal unter dem Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas.

Am Vormittag wurde schließlich klar, daß es vorläufig zu keinen weiteren Rodungsarbeiten kommen werde. Erst wurde ein Bagger, dann auch eine Planierdraupe von den Baufirmen aus dem Gelände wieder abgeholt – unverhohlener Jubel seitens der Demonstranten: „Frohe Weihnachten und ein schönes neues Jahr“ wurde den Arbeitern gewünscht. Die Planierdraupe sei in der Nacht auf Donnerstag, nach den Ausschreitungen vom Mittwoch, beschädigt worden, wurde seitens der ARGE Hainburg erklärt. Und: Der Großteil der Holzfüller sei schon heimgeschickt worden.

Typisch für das entspannte Verhältnis zwischen Gendarmen und den Demonstranten dann auch eine Szene in der Nähe des Lagers sieben: Den Beamten, die den Zugang bewachten, wurde im Morgengrauen in einem VW-Bus der Gendarmerie das Frühstück gebracht – Tee, Linsen mit

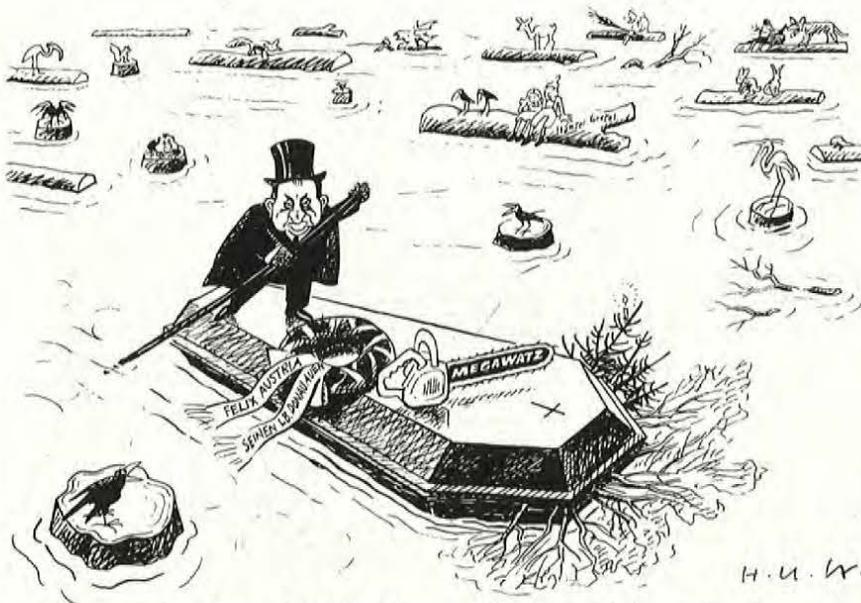
Speck, Brot, Semmeln. „Wollts ihr auch was?“ wurden die Demonstranten gefragt, und diese ließen sich nicht zweimal fragen, obwohl sie selbst bestens versorgt waren.

### Demonstration in Wien gegen Donaukraftwerke AG

Rund 300 Personen beteiligten sich gestern vormittag an einer Demonstration vor dem Gebäude der österreichischen Donaukraftwerke AG auf dem Wiener Parkring. Aktivisten der Umweltschutzbewegung „Greenpeace“ wollten deren Direktor Dipl.-Ing. Kobilka einen mit toten Vögeln und andeen Ästernen „geschmückten“ Betonblock überbringen, wurden aber nicht empfangen. Auf Transparenten, die zwischen den Bäumen auf der Ringstraße befestigt wurden, waren Parolen gegen die Rodung der Au und die Errichtung des Kraftwerks Hainburg zu lesen.

Die Pressestelle der niederösterreichischen Landesregierung gab gestern übrigens bekannt, daß das Amtsgebäude der niederösterreichischen Landesregierung schon seit längerer Zeit das Ziel diverser Stör- und Schmieraktionen sei. Aus Sicherheitsgründen kann das niederösterreichische Regierungsgebäude nur noch durch den Eingang in der Minoritengasse betreten werden; es gibt Sicherheitskontrollen. Besonders gravierend war die Beschmutzung des niederösterreichischen Landesmuseums in der Herrngasse 9, das erst vor kurzem renoviert worden war.

In Graz überreichte gestern nachmittag eine Delegation von Hainburggegnern Landeshauptmann Josef Krainer eine Unterschriftenliste gegen den Bau des Kraftwerks. Währenddessen erklimmte ein Kraftwerksgegner in der Innsbrucker Innenstadt den Weihnachtsbaum und drohte, den Ast, auf dem er in 20 Meter Höhe saß, mit einer Motorsäge abzuschneiden, falls man versuche, ihn herunterzuholen.



Hoher Waldbestattungsbeamter

## Kahlschlag der «Demokratie»

Von Arthur Meyer, Wien

Der 19. Dezember 1984 hat die politische Landschaft Österreichs nachhaltiger verändert, als die Verantwortlichen zunächst wahrhaben wollten. Die Polizeiknüttel, die an diesem «Tag der nationalen Schande», wie ihn der Wiener Publizist und ÖVP-Stadtrat Jörg Mauthe nannte, auf die Köpfe junger Menschen, geachteter Hochschullehrer und grundständiger Bewohner umliegender Dörfer niedersausten, haben Wunden geschlagen, deren Narben den Politikern aller Couleure noch lange zu schaffen machen werden. Man fragt sich heute, welcher Schaden dieses Tages schwerer wiegt, die vier Hektaren in aller Eile im Rücken eines Polizeikordons gerodeten Auwaldes oder die im Namen des sogenannten Rechtsstaates zerschlagenen Illusionen bislang loyaler Staatsbürger.

Als am Mittwochabend in Wien spontan Zehntausende Menschen auf die Strasse gingen und sich mit den Au-Schützern solidarisierten, als immer neue Schichten aus ganz Österreich aufbrachen und hinuntereilten in den kleinen Ort Stopfenreuth, bloss fünf Kilometer vor der Staatsgrenze, die den sogenannten freien Westen vom kommunistischen Osten trennt, war längst klar geworden, dass es hier nicht mehr nur um die Verhinderung eines Kraftwerks ging; da zeichnete sich ein Aufstand gegen obrigkeitliche Willkür und so manches hinter

den Fassaden formaler Demokratie und einverträglicher Sozialpartnerschaft Faulgewordene ab.

### Zu Systemveränderern gemacht

Die Industriellenvereinigung, die die Au-Schützer noch am Freitag mit der Behauptung zu diskreditieren trachtete, es gehe ihnen längst nicht mehr um den Auwald, sondern um die Veränderung des gesamten politischen Systems, ahnte wohl gar nicht, wie richtig sie damit lag: Nur, zu Systemveränderern waren die weitgehend unpolitischen Umweltschützer, die in ihrer ganzen Erscheinung meilenweit von manchen ihrer angeblichen Artgenossen in weiter westlich gelegenen Ländern entfernt sind, erst in diesen Tagen gemacht worden. Ehrbare Universitätsprofessoren, die erlebt hatten, wie ihre mit grosser Gewissenhaftigkeit und Akribie erstellten Gutachten von einem allein entscheidenden, inkompetenten Verwaltungsjuristen einer Provinzregierung zurechtgebogen und ihre Aussagen ins Gegenteil verkehrt wurden, autoritätsgläubige Idealisten, die von der Wirkung demokratischer Institutionen wie der eines Volksbegehrens überzeugt waren, Naturschutzorganisationen, die auf die bindenden Formulierungen eines von Österreich erst vor anderhalb Jahren ratifizierten internationalen Abkommens ge-

baut hatten, machten in der Kürze weniger Tage einen politischen Bewusstwerdungsprozess durch, wie er für dieses Land einzigartig war.

Ein in seiner ganzen Geschichte stets von oben regiertes Volk, dessen demokratische Einrichtungen zumindest zu einem Teil auch ein Diktat der Siegermächte des letzten Weltkriegs waren, hatte das für jede Demokratie lebensnotwendige Misstrauen entdeckt. Dafür hatte es dieser Tage bedurft, in denen ein Innenminister heute im Fernsehen von einem gewaltfreien, «österreichischen» Vorgehen ohne Schlagstücke und Wasserwerfer sprach und schon morgen Spezialeinheiten der Polizei mit Hunden und Gummiknüppeln auf Menschen losgehen liess. Auf völlig friedliche, nur mit ihrer physischen Präsenz demonstrierende Menschen, unter denen sich ein beträchtlicher Teil der gegenwärtigen und künftigen Intelligenz dieses Landes aufhielt.

### Sie wollen Sozialdemokraten sein

Dass derselbe Karl Blecha unter Bruno Kreisky als Paradeintellektueller und besonders progressiver Jugendreferent aufgetreten war, dem zur Zeit der Zürcher Jugendunruhen Worte einfielen, die man ihm heute gerne auf die Hausmauern schreiben würde, machte die Sache keineswegs besser. Da hatte eine Bundesre-

gierung mit den Proponenten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens stunden-, ja nichtelang – worüber eigentlich? – verhandelt, und dann beugte sie sich einfach dem Druck von Gewerkschaftsfunktionären, die nach Heimwehrmanier der 1930er Jahre mit dem Eingreifen der von ihnen zuvor aufgehetzten sogenannten «schweigenden Mehrheit» gedroht hatten: «entweder ihr oder wir».

Auch das war in einem zivilisierten westlichen Land neu, dass «Sozialdemokraten», deren Vorfahren einst das Recht auf Bildung an die vorderste Stelle ihres Kampfes gesetzt hatten, Arbeiter gegen Studenten aufhetzten und sich dafür von der Wirtschaft auch noch als «massvoll» loben liessen.

Die Opposition, der in den vergangenen Jahren bisweilen jedes Mittel recht gewesen war, das geeignet erschien, die Arbeit der Regierung in ein schiefes Licht zu stellen, war im Fall Hainburg auf einmal auffallend still geworden. Kritiker innerhalb der ÖVP wurden wie zuvor die Kraftwerkgegner in den Reihen der SPÖ mundtot gemacht; nur die Wiener Stadtpartei mit ihrem offenbar etwas näher am Puls des Volkes sitzenden Chef und Vizebürgermeister Erhard Busek sprach sich aus Sorge um die Qualität des vom Aufstau der Donau gefährdeten Wiener Trinkwassers offen gegen die Staustufe Hainburg aus.

Deutlicher hätte man die Allmacht der Sozialpartnerschaft nicht demonstrieren können: Wenn die Spitzen der Gewerkschaften und der Wirtschaftskammern in Österreich gemeinsam etwas beschliessen, dann wird es auf Biegen oder Brechen durchgezogen, und da beugen sich Sinowatz wie Mock dem Diktat der vereinigten Wirtschaft. «Demokratie» hatte es Günther Nennung, Au-Schützer, Nach-SPÖ-Mitglied und Journalistengewerkschaftschef genannt.

Fred Sinowatz verkündete nun einen «Weihnachtsfrieden». Ist ihm denn angesichts der von Stunde zu Stunde angewachsenen Bewegung der Au-Schützer und des bereits auch im Ausland angeschlagenen Images des Fremdenverkehrslandes Österreich überhaupt etwas anderes übriggeblieben? Die Holzfüller, die Weihnachten zu Hause feiern wollten und genug hatten von gefährlichen nächtlichen Einsätzen, liefen den Donaukraftwerken ohnehin schon davon, und junge Polizisten, die von ihren eigenen Vorgesetzten gehaut worden waren, wenn sie den Gummiknüppel zu wenig vehement gegen die Au-Besetzer geschwungen hatten, hätten ihnen schon bald folgen können.

Wichtiger als ein befristeter «Frieden» ist die Erklärung des Kanzlers, über die Feiertage «alles» noch einmal überdenken zu wollen. Man sollte den Politikern und Funktionären, die sich bislang für die alleinigen Entscheidungsträger gehalten haben, diese Chance der Beteiligung an dem begonnenen nationalen Denkprozess geben. Dann könnte der Kahlschlag in der Hainburger Donau-Au am Ende noch jenes zarte Pflänzchen fördern, das längst weltweit ins Inventar gefährdeter Arten gehört: die Demokratie.

Frank Hoffmann  
Schauspieler



„Ich bin gegen die Todesstrafe. Beim Menschen, bei Tieren, und selbstverständlich auch bei Landschaften.“

Rosemarie Isopp  
Autofahrer unterwegs



„Schnellfahren ist keine Kunst. Hohe Geschwindigkeit bedeutet hohe Umweltbelastung. Bremsen Sie sich ein!“

Axel Corti  
Regisseur



„Weil über allen Gipfeln ist Ruh, in allen Wipfeln spürest du, kaum einen Hauch. Die Vöglein schweigen im Walde, warte nur, balde ruhest du auch.“

No'a Frey  
Österreich-Bild



„Als Kind habe ich meine schönsten Stunden in den Donauauen zwischen Klosterneuburg und Greifenstein verbracht. Es ist erschütternd, wie diese Auen in so kurzer Zeit zerstört wurden. Wo soll mein Sohn eine ebenso schöne Kindheit verbringen?“

Udo Huber  
„Die großen 10“



„Das ist sehr einfallslos: Einen Plan über ein Großkraftwerk aus der Lade ziehen. Warum macht sich niemand Gedanken über Alternativen, wie Kleinkraftwerke und andere Energieformen?“

Brigitte Xander  
„Dalli, Dalli“



„Ich war in der Steiermark wandern: Jeder zweite Baum ist tot.“

Louise Martini  
Schauspielerin



„Wir erben die Welt nicht von unseren Vätern, sondern leihen sie von unseren Kindern.“

Catherina Braunsteiner & Robert Reumann  
„03 dabei“



„Nur der verdient Macht, der sie täglich rechtfertigt.“  
(Dag Hammarskjöld)

# Österreichs Radiolieblinge für das Konrad Lorenz Volksbegehren

Unterschreiben Sie zwischen 4. und 11. März in Ihrem Wahllokal



Lager sechs  
Topfengolatschen von draußen

Foto: Horst Christoph

Für die Erhaltung des Naturschutzgebiets von Hainburg lebt Horst CHRISTOPH seit einer Woche im Lager 6 bei Stopfenreuth.

## WEIHNACHTEN IN DER AU

Sonntag, 16. Dezember, 17 Uhr. Der Haufen, der aus der wohligen Wärme des Busses quillt, ist ein recht verlorenere. Versorgt mit zwei Basisbefehlen – „keine Gewalt“, „keinen Alkohol“ – stolpern fünfzig Leute ins eisige Abenddunkel von Stopfenreuth.

Zwei davon sind Dorte und ich. Nach der Attersee-Matinee im Museum des 20. Jahrhunderts haben wir noch einmal kurz überlegt. Sind wir nicht eigentlich zu alt, um uns im Dezembernebel in eine feuchte Au zu legen? Sollten wir nicht am nächsten Tag unseren Kindern das Schulfrühstück machen? Und heute abend den Adventkranz anzünden?

Aber dann haben wir doch gepackt und uns warm angezogen. Charlotte würde ohnehin erst am späten Abend zurückkommen – aus der Au. Und Nikola sagt sowieso immer: „Drehts das Licht ab, sonst kommt Hainburg.“

Jetzt stehen wir am Info-Stand der Naturschützerzentrale in Stopfenreuth, bekommen einen kopierten Lageplan, „Tipp zum gewaltfreien Widerstand“ und die Empfehlung, Lager 2 sei voll, Lager 5 oder 6 günstig erreichbar.

Ein gut gepacktes Dutzend trabt los, auf einer eisigen Forststraße über den Hubertsdamm Richtung Osten.

Das Lager 6 ist neu. Keines der „Veteranen“ der ersten Woche, sondern angelegt für die vielen, die jetzt in die Stopfenreuther Au kommen, um gegen den für Montag angekündigten Rodungsbeginn zu protestieren. Geschützt durch zwei Barrikaden aus Klaubholz – wie Land-art-Objekte sechs Meter in den Himmel ragend – kuscheln sich ungefähr siebzig Zelte in der Mitte einer Lichtung zusammen, beleuchtet von fünf oder sechs Feuerstellen.

Gleich nachdem wir ankommen, gibt's ein chaotisches „Plenum“. Es müssen sich

erst einmal gutgemeinte Vorschläge zu Tode laufen. „Glory, glory, Halleluja“, sollen wir singen, wenn Polizei auf uns zugeht. Stehen oder sitzen, wird diskutiert. Einer schlägt sich als Sprecher des Lagers gegenüber der Polizei vor.

Gegen Mitternacht krieche ich in den Daunenschlafsack, angezogen mit Anorak, Mütze und Schuhen. Wir haben kein Zelt mitgenommen, liegen im Freien, einmal beginnt es kurz zu schneien. Wir wärmen einander durch „Löffeln“: Seitlich aneinandergedrückt, wie das Besteck in der Schatulle, alle halbe Stunden umdrehen.

Mir ist nicht kalt, aber ich schlafe höchstens eine halbe Stunde. Ich habe Angst. Wie ist das, wenn man Polizei gegenübersteht? Wie reagiert man? Um halb fünf ruft mich der Charly zum Wachestehen.

Wir sind fünf, um ein Feuer herum, vor der ersten Barrikade. Zehn Meter von uns steht ein Gendarmerie-VW-Bus schon die ganze Nacht mit laufendem Motor. Die Gendarmen sind müde, wechseln sich beim Schlafen ab. Wenn wir näher als fünf Meter an den Bus herangehen, werden Blinklichter eingeschaltet.

Manchmal kommt ein Gendarm zum Feuer. Wir reden über ihre Überstundenregelung, über Weihnachtseinkäufe. Kommt das Gespräch auf die Au, bitten sie, das Thema zu wechseln.

Die Gerüchteküche dampft. Während all der Tage, die ich da draußen sein werde, vergeht keine halbe Stunde ohne Meldung über eingekreiste Lager, anrückende Cobras, Boote, die zum Sturm einsetzt über die Donau ansetzen. Sogar Kanonen werden auf der Hainburger Brücke gesichtet.

Die Psychowaffe gegen die Gerüchte ist der Witz. Stündlich werden neue geboren. Etwas über Blechas neue Wunderwaffe: winterfeste Gelsen. Oder wie die von

Sinowatz angekündigte österreichische Lösung ausschauen könnte: in Naßbauweise ein halbes Kraftwerk im Burgenland.

Vor sechs kommt eine Meldung, die kein Gerücht ist. Die Schlägerarbeiten beginnen, zwei Kilometer von uns entfernt. Die Reaktion im nachtdunklen Lager 6 ist chaotisch. Etwa siebzig Leute rennen los, in die Richtung, aus der die Motorsägen zu hören sind. Die Hälfte verirrt sich zwischen den Furten, einige schaffen es.



Die Stopfenreuther Au  
Sechsmann-Bäume

Foto: Horst Christoph

Wir stehen weiter bei unserer Barrikade, die Gendarmen ebenfalls. Um acht Uhr wird in den Nachrichten bestätigt, was wir schon wissen. Die Schlägerungen sind eingestellt. Neidvoll wird mir die ungeheure Wirkung des Mediums Radio in einer solchen Situation bewußt. Da kann keine Zeitung und Fernsehen erst recht nicht mit. Das gemeinsame Radiohören an den Feuerstellen wird zur Kulthandlung. Die stündliche Spitzenmeldung in den Nachrichten gibt die Bestätigung, daß das, was hier geschieht, in ganz Österreich registriert wird.

Montag, 17. Dezember, 9 Uhr. Abwanderung setzt ein. Erst jetzt wird deutlich, wie viele da sind, die nicht den „Randgrup-

pen der Gesellschaft“ angehören. Die, ohnehin zu spät, wieder arbeiten müssen, Kinder versorgen, Termine einhalten. Auch wir wollen wieder heim, aber wir sind Privilegierte. Die Kinder sind groß, die nächste profil-Nummer würde erst Ende Dezember erscheinen.

Das Lager beginnt ein kleines Dorf zu werden. Um die Feuerstellen werden aus toten Stämmen „Tipis“ gebaut, bis zu fünf Meter hoch, mit Plastikfolien umwickelt. Die Tipis sind die festen Punkte im Dorf, die „Familien“-Sitze. Um sie herum stehen die Schlafzelte. In einem sind zwei Plätze freigeworden, die wir belegen können.

Am Eingang des Dorfs steht ein Zelt aus Strohballen. Dort wohnt mit seiner Familie Karl Prantl, 61, einer der wichtigsten österreichischen Bildhauer. Seine Meditationssteine stehen in Japan, in den USA, in der CSSR, in ganz Westeuropa. Auch Prantl wollte nur für eine Nacht kommen und ist geblieben.

Die Menschen im Lager sind bunt gemischt. Die Maturantin aus Hainburg hat am Sonntag bei der Feldmesse vorsichtig bei einer Professorin geheckt, welche Folgen das Fernbleiben vom Unterricht haben könnte. Ein HTL-Lehrer aus St. Pölten verbringt jeden unterrichtsfreien Tag hier. Ein Vorarlberger praktischer Arzt läßt sich für zwei Tage vertreten und fährt in die Au. Ein Wiener Handelsvertreter macht am Nachmittag Kundenbesuche und ist über Nacht im Rodungsgebiet.

Alle Bundesländer sind im Lager repräsentiert und alle Altersgruppen, von 15 bis 70. Nur etwa zwei Drittel sind Studenten. Müßte ich „typische“ Hainburg-Naturschützer nennen, so wären es vielleicht aus ländlichen Gegenden stammende jüngere Menschen, die in der Stadt leben. Manfred, mit dem ich Batterien für die Funkgeräte ins Einser- und Zweierlager bringe, kommt aus dem Lavanttal und studiert in Graz. Elisabeth, die mit ihrem Mann in unserem Tipi wohnt, stammt aus der Melker Gegend und lebt in Wien.

Dienstag, 18. Dezember. Das Lager hat sich konsolidiert. Es hat sich herausgestellt, wer mit Hand und Fuß argumentiert und

wer nur g'schafelt, Mike, am Funkgerät, teilt die Wachen ein. Die Nahrungsversorgung klappt. Einmal, als sie am Montag ausgefallen war, ist der Donauwirt, der mit seinem Auto ungehindert die Sperren passiert, eingesprungen. Sein Gasthaus, nur ein paar hundert Meter von Lager sechs entfernt hat ein WC mit einem uner-

für Naturschützer verwandelt hat. Kaum einmal fährt der ÖH-Bus in Wien weg, ohne von Privatpersonen mit Decken, alten Mänteln, Moonboots oder Obst versorgt zu werden.

Unterschwellig hat Angst die Au ergriffen. Die radikalen Töne der Gewerkschaftsführer lassen für die angesagte Belegschaftsdemonstration der Kraftwerksfirmen Schlimmes befürchten. Wir sind nicht hergekommen, um uns gegen Arbeiter zu stellen. Von der Zentrale werden wir immer wieder vor Rechtsradikalen gewarnt. Ein Dutzend soll im Augebiet sein, einer schaltet sich immer wieder in den Funkverkehr ein und verkündet „Dreihauen“-Parolen.

Dienstag mittag fahre ich in die Stadt. Alles kommt mir komisch vor, der Verkehr, die Werbung. Ich schaue in der profil-Redaktion vorbei. Ob ich etwas schreiben will? Eigentlich bin ich nicht deshalb in der Au, ich wollte am Donnerstag wiederkommen und meine angesagte Geschichte über Pasolinis „Salò“ machen. Eigentlich wollte ich den Journalisten und den Naturschützer nicht durcheinandermischen. Aber ich könnte – vom Sonderheft war noch nicht die Rede – nach Weihnachten eine Reportage über das Lager schreiben.

Das Baden daheim war herrlich, die Kinder lieb, aber ich habe immer an das Sechser-Dorf gedacht.

Im Bus zurück treffe ich Hias, meinen Mitschüler aus dem Gymnasium in Innsbruck. Er ist Chirurg in einem Wiener Krankenhaus und zusammen mit seinem Bruder auf dem Weg in die Au. Im Radio hören wir von der abgesagten Demonstration und der Erklärung der Stopfenreuther Au zum Sperrgebiet. In einer Gruppe von 30 Leuten umgehen wir in der Dunkelheit die Gendarmeriekontrolle. Ich freue mich richtig, wieder im Lager zu sein, am Abend gehen wir zum Wirt.

Mittwoch, 19. Dezember, 8 Uhr. Es wird geschlägelt. Die Motorsägen kreischen, Bäume krachen. Eine größere Gruppe aus unserem Lager ist zur Verstärkung unterwegs. Wir wollen aber vermeiden, daß es uns geht wie denen in Lager eins, die durch einen falschen Funkspruch aus ihrer Mulde gelockt wurden. Das Lager eins, erfahren wir, gibt's nicht mehr. Wir gehen vor bis zur Furt, wo die Polizisten mit Helmen stehen und aus einem Feuerwehrschauch Naturschützer naß spritzen.

Inzwischen kommen, in größeren und kleineren Gruppen, immer neue Menschen in die Au –

Hunderte, die, seit die Busse schon in Eckartsau aufgehalten werden, oft zehn Kilometer zu Fuß marschiert sind. Ganze Schulklassen, denen der Lehrer freigegeben hat, Busse aus der Steiermark und aus Kärnten. Die Bevölkerung der Umgebung hat mit Pkw einen Pendeltransport für Demonstranten eingerichtet, in Witzelsdorf weht eine schwarze Fahne.

Bei einem Lagerplenium zu Mittag wird diskutiert, ob wir alle geschlossen ins Schlägerungsgebiet gehen sollen. Die Neuen, von denen viele am Abend wieder weg müssen, möchten verständlicherweise „etwas tun“. Die Mehrheit ist dagegen. Unser Lager soll nicht gefährdet werden. Die Au-Besetzung, davon sind jetzt fast alle überzeugt, geht weiter. Weihnachten im Au-Lager ist für viele eine Realität.

Am Nachmittag entspannt sich die Atmosphäre. Wir wandern durch die dämmrige Au, vorbei an einem Baum, den sechs von uns gerade umspannen können. „Zum Abendessen“, ruft einer, „gibt's Kamelschnitzel vom Gaddafi!“

Der Donauwirt hat geschlossen – ein offenes Gasthaus in einem Sperrgebiet wäre doch etwas zu österreichisch –, so beschließen einige, nach Stopfenreuth, zum Kaider, auf ein Stehviertel zu gehen. Ich rufe die Redaktion an, erfahre vom profil-Sonderheft und daß morgen mittag Radaktions-schluß ist.

Die Filme, die ich verschossen habe, sind im Lager, so muß ich noch einmal zurück. Soll ich jetzt mit dem Presseausweis durch die Sperre gehen? Ich begleite aber doch die Elisabeth auf dem Schleichweg. Am Ende von Stopfenreuth steht jetzt auch ein Gendarmerieauto, so klettern wir über einen Gartenzaun und sind bald auf dem dunklen Hubertusdamm.

Donnerstag, 20. Dezember, 13.30 Uhr. Diese Geschichte ist jetzt fertig, ich muß sie nur noch in die Redaktion bringen. Dann fahren wir wieder in die Stopfenreuther Au. Ich freue mich schon auf das Lager sechs. Charlotte ist mit ihren Freunden auf dem Weg, Nikola fährt mit Dorte und mir. Wir haben jetzt unser eigenes Zelt mit.



Barrikaden aus Klaubholz Land-art in der Au

schöpflichen Vorrat an Klopapier und ein Telefon.

Wichtig ist die Verbindung mit draußen, das Feedback unserer Anwesenheit hier drinnen. Das funktioniert auf vielen Ebenen. Vom älteren Ehepaar aus Stopfenreuth, das zehn Topfengolatschen ins Lager bringt, über Bauern, die Äpfel abliefern, bis zum Hainburger Primararzt, der seine Wohnung in eine Dusch-, Atz- und Schlafstelle



Plenum im Lager „Glory Halleluja“



**Hochwasser**



**Abend**

# EPILOG

**Keine Rodung in der Hainburger Au!**

**Konrad Lorenz hofft  
auf Friedensschluß  
mit der Natur!**

**Versöhnlicher Jahresausklang:**

**Regierung verspricht  
österreichische  
Lösung für Hainburg!**

**Zwei kleinere  
Kraftwerke und  
Staustufe Wien**

**10.000 bei Christmette in der Au**

**Zu Neujahr in der Au  
erste Baumpflanzung!**

Ruhige Silvesternacht in Stopfenreuth

**Gerodete Au wird  
wieder aufgeforstet**

**Besetzer wollen Au als  
Nationalpark widmen**

**„Zauberformel“ für Hainburg gesucht**

**Wird Staustufe Wien  
nun doch vorgezogen?**

**Es darf nicht nur beim  
Weihnachtsfrieden bleiben**

**Finger weg von der Au — Ersatzlösung für Arbeitsplätze!**

**Große Mehrheit der  
Österreicher für  
Volksabstimmung!**

**Steger will jetzt die  
DoKW-Manager loswerden**

AUFSCHUB UM EIN GANZES JAHR MÖGLICH

**Hainburg vorerst „tot“  
Kommt neues Projekt?**

**Umweltschützer jubeln: Jetzt  
verfügte auch Höchstgericht  
Rodungsstopp in der Au**

**Aufbruchstimmung in  
der Au: Bald Abmarsch**

# Elf Punkte: So will Regierung Hainburg-Frage friedlich lösen

● Festhalten an Donaukraftwerk

● Varianten für Standort prüfen

● Kontrollor für E-Gesellschaften

## Hainburg-Kompromiß: Zuerst Baustufe Wien? Vor Köpferrollen bei Donau-Kraftwerken

## Regierung will jetzt ein „neues“ Hainburg

Höchstgericht bestätigt:  
Au-Rodung ist ungesetzlich

## Regierung doch nach wie vor für Hainburg

Kanzler: Wir waren im Recht!

## Hainburg: Bau um ein Jahr vertagt